Innerhalb der Presseerzeugnisse ließen sich eindeutige Diskurspositionen zur Mediendebatte feststellen. Nach den Ereignissen im Oktober und November 2003 räumten die überregionalen Presseerzeugnisse der Bewerbung kaum Chancen ein, während die Lokalpresse weiterhin an einen positiven Ausgang glaubte. Die *LVZ* und die Nachrichtenagenturen ließen dabei die gebotene Distanz zum Gegenstand des Diskurses innerhalb der Berichterstattung oftmals vermissen und gingen so über eine nachvollziehbare lokalpatriotische Haltung hinaus. Häufig wurden unbedeutende Nachrichten lanciert, was eine Verzerrung der tatsächlichen Geschehnisse zur Folge hatte. Ihr Vorwurf, ein Teil der Presse würde die Bewerbung kippen wollen, ist somit widerlegt worden. Die Außenwirkung der Berichterstattung der deutschen Presse in Bezug auf die IOC-Entscheidung war darüber hinaus minimal und daher für die letztendlich ablehnende Haltung des IOC gegenüber der Leipziger Bewerbung kaum relevant.

10. Der Eingriff der Bundespolitik in die Bewerbung war im Herbst 2003 nötig und richtig. Nur so konnte ein vollständiger Gesichtsverlust des Leipziger Olympiavorhabens vermieden werden. Das Eingreifen ist jedoch als „Armutszeugnis“ für die deutsche Sportpolitik zu werten, die es versäumte, die Olympiabewerbung konsequent an den internationalen Kriterien auszurichten. Die Autonomie des Sports ist so lange theoretisch, wie der Sport selbst nicht ausreichende Mittel und qualifiziertes Personal für die Olympiabewerbung akquirieren kann. So hat es vor allem das deutsche NOK versäumt, die ihr nach dem Gesellschaftsvertrag angetragene Führungsrolle innerhalb der Olympia-GmbH zu übernehmen. Das Agieren Schilys war der Situation angemessen, blieb letztlich jedoch glücklos und ohne den gewünschten Ausgang. Die in einigen Medien erhobenen Forderungen nach einem früheren Eingreifen der Bundespolitik sind aus zwei Gesichtspunkten zurückzuweisen: Zum einen hatte der Bund schon beim nationalen Ausscheid die Wahl zugunsten Leipzigs beeinflusst und so in das Verfahren eingegriffen. Zum anderen war der Bund nach dem Gesellschaftsvertrag nicht Anteilseigner der Olympia-GmbH. Die Einflussmöglichkeiten ergaben sich somit zunächst nur aufgrund von zwei Aufsichtsratsmandaten durch Bundesinnenminister Schily und dessen Staatssekretär Göttrik Wewer. Letztendlich muss konstatiert werden, dass nur durch den das Eingreifen der Bundespolitik durch Otto Schily die Leipziger Olympiabewerbung weitergeführt und nicht nach den Ereignissen im Herbst zurückgezogen wurde. Dies wurde in der deutschen Presse als richtige Entscheidung gewertet auch wenn die Mehrheit der Presseerzeugnisse nur noch von einer „Schadensbegrenzung“ ausging.

11. Die Einsetzung des Wirtschaftsfachmannes Peter Zühlsdorff war für die Bewerbung ein richtiger und notwendiger Schritt. Seine Berufung als neuer erster Geschäftsführer der Olympia-GmbH durch Otto Schily führte zu einer „Beruhigung“ der Olympiabewerbung und der mit ihr verbundenen Berichterstattung. Diese war jedoch nur oberflächlich, da neben offenen Finanzierungsfragen und schwebenden Gerichtsverfahren weitere Schwierigkeiten das Leipziger Vorhaben belasteten. Wirkliche „Ruhe“ brachte seine Verpflichtung der Bewer-

bung nicht. So musste sich Zühlsdorff zum einen mit den Geschäftsgebaren seiner Vorgänger auseinandersetzen, zum anderen neue konzeptionelle Entwicklungen vorantreiben, um die strukturellen Probleme der Bewerbung zu lösen. Die Bewältigung dieser Aufgaben war durch die zeitlich begrenzten Möglichkeiten von Beginn an stark eingeschränkt. Der von Schily und Steinbach beschworene „neue Schwung“ blieb auch deshalb aus, da Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der Lage von Seiten der Olympia-GmbH kaum überzeugend dargelegt werden konnten. Begründungen für eine vermeidlich bessere konzeptionelle Ausrichtung der Bewerbung blieben die Verantwortlichen schuldig. So hinterließ die Berufung von Peter Zühldorff zwar einen punktuell „schwungvollen Eindruck“, konnte die Bewerbungsaussichten Leipzigs aber nicht mehr nachhaltig steigern.

12. Die Wirtschaft hat sich mit einem Engagement für die Olympiabewerbung Leipzigs zurückgehalten. Als Gründe dafür können die einerseits die umständlichen Entscheidungsprozesse innerhalb der Olympia-GmbH angesehen werden, zum anderen fehlte nicht zuletzt durch die Querelen im Herbst der Antrieb für die Unternehmen, sich finanziell an dem Olympia-Projekt zu beteiligen. Sowohl die Bewerbungsgesellschaft, als auch das NOK als Mehrheitseigner der GmbH und die Stadt Leipzig hätten mit professionellen Vorleistungen Anreize für einen Einstieg der Wirtschaft schaffen müssen. Auch das zweistufige, und damit mehrjährige Bewerbungsverfahren strahlt wenig Zugkraft auf potenzielle Unterstützer aus. Nachdem in Leipzig bis zuletzt weder ein PR-Konzept noch eine Marketingstrategie für das Großprojekt vorlagen, fehlte auf Unternehmerseite der kollektive Wille, in die Olympiabewerbung zu investieren. Somit muss konstatiert werden, dass vor allem Strukturprobleme der Bewerbergesellschaft einer zügigen Profilierung der Bewerbung entgegengestanden haben. Demnach hatte die konjunkturelle Lage nur bedingt einen Einfluss auf die Zurückhaltung der deutschen Wirtschaft. Die abwartende Haltung national und international tätiger Unternehmen ist aus den genannten Gesichtspunkten nachvollziehbar, da man sich gegebenenfalls dann der letztendlichen „Siegerstadt“ zuwenden könnte. Hinzu kam weiterhin, dass die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 für viele Konzerne das primär sponsorenwürdigere Ereignis darstellte und so eine Fördererakquise für die Leipziger Olympiabewerbung erschwerte. Das mangelnde Interesse der großen Wirtschaftsunternehmen konnte durch das Engagement der regionalen und lokalen Förderer finanziell nicht aufgefangen werden, sodass letztlich statt der erhofften zehn bis 15 Millionen Euro nur knapp sechs Millionen an Fördermitteln eingeworben werden konnten. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Zurückhaltung der Wirtschaft und dem Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung besteht nicht.

13. Das von der Bewerbungsgesellschaft eingereichte *Questionnaire* zeichnete ein beschönigendes Bild des Leipziger Olympia-Vorhabens. Neben falschen Angaben bei der Unterbringung und der Verkehrsinfrastruktur, muss vor allem die unzureichende Darstellung des Finanzbudgets bemängelt werden. Trotz Warnungen der Presse und der Bedenken des Freistaates Sachsen wurde kein stringent durchdachtes Finanzierungskonzept vorgelegt, an dem eine Orientierung hätte stattfinden können. Die öffentliche Kommunikation von Seiten der Olympia-GmbH war dem Gehalt der Debatte unangemessen. Konkrete Zahlen über Budgets sind Presse und Steuerzahlern gleichermaßen vorenthalten worden, da ausführliche Berechnungen nicht vorgenommen worden waren. Dem öffentlichen Interesse an einer Bekanntgabe der angenommen Ein- und Ausgaben kam die Bewerbergesellschaft nicht nach, was sich imageschädigend auswirkte und eine enorm kritische Berichterstattung zur Folge hatte. Ermöglicht wurde die geringe Transparenz der eingereichten Unterlagen durch die vom IOC schwammig formulierten Richtlinien. Durch diesen Umstand war es den Städten bei der Bearbeitung des Fragebogens möglich, Kostenbudgets in die jeweils gewünschte Richtung zu verlagern. Eine transparente Kalkulation wäre notwendig gewesen, um auch interne Konflikte zwischen den Partikularinteressen innerhalb der Bewerbungsgesellschaft zu vermeiden. Ohne ein differenziert durchdachtes Finanzierungskonzept wäre das Projekt „Olympia 2012 in Leipzig“ somit eine hochriskante Investition gewesen.

14. Das IOC schätze die Leipziger Bewerbung weit kritischer ein als das deutsche NOK. Besonders schlecht wurden die Kategorien „Beherbergung“ und „Infrastruktur“ des sächsischen Kandidaten bewertet. Diese waren von der Presse im Vorfeld der Entscheidung immer wieder als mögliche K.o.-Kriterien benannt worden. Die Bewerberstadt Leipzig hätte jedoch allein aufgrund der technischen Bewertung des IOC nicht aus dem Wettbewerb um die Olympischen Spiele 2012 ausscheiden dürfen. Die Evaluierung des IOC ist wissenschaftlich zweifelhaft, da über die Bewertung der elf im Vorfeld bestimmten Kategorien weitere Kriterien in die Evaluierungsergebnisse eingingen. Für die angestellte Endbewertung gibt es keine nachvollziehbare mathematische oder statistische Grundlage. Nach wissenschaftlich einwandfreien Berechnungen hätte die Leipziger Vorhaben in der Evaluierung somit vor der Moskauer Bewerbung liegen müssen. Nach dieser Analyse der Evaluierungsergebnisse ergibt sich somit eine Diskrepanz zwischen dem Aussagehalt des IOC-Reports und einer tatsächlich einwandfreien wissenschaftlichen Messung. Somit muss konstatiert werden, dass Leipzig nicht aufgrund der technischen Bewertungen in der Vorrunde ausschied, sondern offensichtlich aufgrund von persönlichen Einstellungen der IOC-Exekutive und aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht als Bewerberstadt für die Olympischen Spiele akzeptiert wurde. Kritisch zu hinterfragen bleibt die mangelnde Auskunftsbereitschaft des IOC, das an einer transparenten Darstellung ihrer Evaluierung kein Interesse zu haben schien.

Warum die Olympiabewerbung Leipzigs scheiterte

Eine Analyse der deutschen Presse

Eine Arbeit im Rahmen der Magisterabschlussprüfung

Vorgelegt von:

Stefan Behning
Mariaspringweg 6
37120 Bovenden (Göttingen)

Magisterstudiengang
Medien- und Kommunikationswissenschaft /
Betriebswirtschaftslehre an der Universität Göttingen

Abgabetermin: 20. Januar 2005

Für meinen Vater

Du fehlst mir jeden Tag mehr!

Warum die Olympiabewerbung Leipzigs scheiterte

Eine Analyse der deutschen Presse

Eine Arbeit im Rahmen der Magisterabschlussprüfung

Vorgelegt von:

Stefan Behning
Mariaspringweg 6
37120 Bovenden (Göttingen)

Magisterstudiengang
Medien- und Kommunikationswissenschaft /
Betriebswirtschaftslehre an der Universität Göttingen

Abgabetermin: 20. Januar 2005

**„Es ist alles falsch, was sie machen.
Aber es hat Qualität.“**

Jürgen Habermas zu Niklas Luhmann

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	=	Abbildung
a.D.	=	außer Dienst
A.d.A.	=	Anmerkung des Autors
Aufl.	=	Auflage
BDZV	=	Bund Deutscher Zeitungsverleger
bzw.	=	beziehungsweise
ca.	=	circa
CDU	=	Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)
DDR	=	Deutsche Demokratische Republik
d.h.	=	das heißt
DHfK	=	Deutsche Hochschule für Körperkultur
dpa	=	Deutsche Presse Agentur
DSB	=	Deutscher Sportbund
DSM	=	Deutsche Sport-Marketing
DTSB	=	Deutscher Turn- und Sportbund (der DDR)
etc.	=	et cetera
FAZ	=	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Hrsg.	=	Herausgeber
IM	=	Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR
IHK	=	Industrie- und Handelskammer
IWH	=	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
IOC	=	Internationales Olympisches Komitee
LVZ	=	Leipziger Volkszeitung
MfS	=	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MDR	=	Mitteldeutscher Rundfunk
NOK	=	Nationales Olympisches Komitee
OB	=	Oberbürgermeister
PDS	=	Partei des demokratischen Sozialismus
sid	=	Sportinformationsdienst
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
S.	=	Seite
SZ	=	Süddeutsche Zeitung
u.a.	=	unter anderem
u.ä.	=	und ähnliches
usw.	=	und so weiter
WM	=	Weltmeisterschaft

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

A. EINFÜHRUNG UND DATENERHEBUNG

1. Einleitung

1.1 Problemstellung und Aufbau der Arbeit

1.2 Vorhandene Literatur zum Thema

1.3 Die deutsche Presse – ein Situationsbericht

1.4 Sport in den Massenmedien und Kritik der Sportberichterstattung

2. Methode und Analyse

2.1 Inhaltsanalyse vs. Diskursanalyse – was ist sinnvoll?

2.2 Auswahl der Presseerzeugnisse im Rahmen der Arbeit

2.3 Datenerhebung und Analyseergebnisse

B. DIE LEIPZIGER OLYMPIABEWERBUNG

3. Einführung

3.1 Die Olympiaidee in Sachsen – Die Visionen einer Region

3.2 Die Besonderheiten und Probleme der sächsischen Bewerberstadt

4. Die internationale Bewerbungsphase

4.1 Exkurs: Von der NOK-Evaluierung zum Gewinn der nationalen Ausscheidung – Leipzig die richtige Wahl?

4.1.1 Pressereaktionen in Deutschland

4.1.2 Der 12. April 2003 als Synonym des neuen Aufbruchs?

4.2 Die Bewerbung im Fokus der Öffentlichkeit

4.2.1 Der Sommer – Autoritätsprobleme und politische Ränkespiele

4.2.1.1 Machtfragen und Kompetenzstreitigkeiten

4.2.1.2 Kompakte Spiele als (einzige) Chance?

4.2.2 Der Herbst – Rückzug nicht ausgeschlossen
4.2.2.1 Der Fall Dirk Thärichen
4.2.2.2 Stasivergangenheiten und Ost-West-Konflikte
4.2.2.3 Streitbare Helfer, zweifelhafte Geschäfte, zahlreiche Rücktritte
4.2.2.4 Tiefensee „am Abgrund“ – die Olympiabewerbung vor dem Aus
4.2.2.5 Die deutsche Presse mit anti-olympischer Haltung?
4.2.3 Der Winter – Die neue Ära: Schily und Zühlsdorff
4.2.3.1 Der Eingriff der Bundespolitik
4.2.3.2 Der „1-Euro-Mann“ als Retter?

4.3 Die Rolle der Wirtschaft – unterlassene Hilfeleistung?

4.4 Das offizielle Scheitern – Die Wahl der offiziellen Bewerberstädte
4.4.1 Questionnaire – Die offizielle Bewerbung zur „Candidate City“
4.4.2 Die Bewertung Leipzigs durch das IOC
4.4.3 Reaktionen auf die Niederlage
4.4.4 Die Folgen der gescheiterten Olympiabewerbung

C. FAZIT

D. ANHANG
Quellenangaben: Literaturverzeichnis - Abbildungsverzeichnis

a, Chronologie der Ereignisse
b, Charakterisierung der einzelnen Presseerzeugnisse
c, Evaluierungsergebnisse des NOK in der innerdeutschen Ausscheidung
d, Die Förderer der Olympiabewerbung
e, Questionnaire des IOC bezüglich der Ernennung zu „Candidate City“
f, Der Fragebogen an Journalisten und Wissenschaftler
g, Das 10-Punkte-Programm des NOK nach der gescheiterten Olympiabewerbung
h, Hypothesenkatalog: Die Gründe des Scheiterns im Überblick

Danksagung

Eidesstattliche Erklärung

A, EINFÜHRUNG UND DATENERHEBUNG

1. Einleitung

Es erscheint grotesk, in Zeiten leerer Kassen Geld für eine Idee auszugeben. Die gesellschaftlichen, speziell politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme stehen derzeit offenkundig verstärkt im Fokus des allgemeinen öffentlichen Interesses in Deutschland. Vordergründig geht es in allen Bereichen um finanzielle und personelle Fragen. Im Sport, als Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens, sind die Entwicklungen ähnlich. Doch sportliche Großereignisse, speziell Olympische Spiele, scheinen auf den ersten Blick noch immer den Mythos der „heilen Welt“ zu vermitteln. Wenn Athleten sich im sportlichen Wettkampf messen, kann man Siegern und Verlierern gleichermaßen zujubeln. Sport erzeugt Spannungen und Emotionen, entspringt immer wieder neu und ist im Endergebnis scheinbar nicht vor voraussagbar. Er stellt für die Menschen offensichtlich eine unentbehrliche Ablenkung von den alltäglichen Schwierigkeiten und Problemlagen dar.

Hinterfragt man das Geschehen, wird schnell klar, dass Olympische Spiele als internationale Großsportveranstaltung selbst vorrangig ein Ereignis von hoher politischer und vor allem großer wirtschaftlicher Bedeutung ist. Es geht um viel Geld – Milliardenbeträge werden umgesetzt, egal ob mit Winter- oder Sommerspielen. Die Medien haben die sportlichen Wettkämpfe inzwischen zu einem gigantischen, inszenierten Schauspiel gemacht. Alle Jahre berichten sie von den „best games ever“. Die Städte profitieren scheinbar davon. Aus diesem Grund wurde das Ringen um den Zuschlag für Olympia im Zeitverlauf immer stärker zu einem Prestigeobjekt. Wirtschaft und Politik buhlen gleichermaßen um die Ausrichtung der Globalveranstaltung, obwohl die direkten und indirekten Effekte für eine Ausrichterstadt höchst komplex und nicht immer risikofrei sind. Die Durchführung Olympischer Spiele ist – und wird es vermutlich immer bleiben – eine hochriskante Investition. Für die Verwirklichung der Olympia-Idee muss eine Stadt, eine Region, ein Land enorme finanzielle Mittel aufwenden. Die unmittelbaren Kosten stehen dabei in einem für den Bewerber nicht immer günstigen Verhältnis zu den erhofften Einnahmen.

Deutschland bewarb sich für die Olympischen Spiele im Jahr 2012. Leipzig ging als gewählter nationaler Kandidat in den vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) ausgeschriebenen internationalen Wettbewerb. Die sächsische Stadt scheiterte bereits in der Vorrunde. Über die Gründe des Scheiterns der deutschen Bewerbung ist in den Medien – speziell der Presse – viel berichtet worden. Diese Arbeit fasst die Zusammenhän-

ge der Leipziger Olympiabewerbung zusammen und formuliert eine wissenschaftliche Betrachtungsweise der Ereignisse.

1.1 Problemstellung und Aufbau der Arbeit

Wissenschaftlern und Vertretern der Medien (ganz gleich welcher Ausrichtung) sollten in der Regel eines gemein haben: Sie sollten sich nicht auf eine Quelle verlassen. Es wäre naiv, alles zu glauben, was einem tagtäglich offeriert wird. Zu groß ist die Informationsvermittlung speziell durch die Medien geworden. Neben einer möglichen Reizüberflutung („information overload“) besteht auch die Gefahr einer unzureichenden Selektion der Informationen. Ob Quellen als sicher eingestuft werden können, seien sie nun wissenschaftlicher oder journalistischer Natur, ist für die Rezipienten oftmals nur schwer nachvollziehbar.

Überaus spannend erschien vor allem das Beziehungsgeflecht von Sport, Politik und Wirtschaft, welche die Bewerbung im so genannten „vorolympischen Ausscheid“ aufwarf. Dies war, neben der Sportbegeisterung, einer der Gründe, sich der Olympiabewerbung 2012 anzunehmen Zudem hat der Studiengang der „Medien- und Kommunikationswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre“ an der Universität Göttingen dazu angeregt, sich Themen der Sportberichterstattung in Verbindung mit wirtschaftlichen und politischen Fragen intensiv zu widmen. Daher erscheint die Verknüpfung des sportpolitischen Themas der Leipziger Olympiabewerbung mit den erlernten wissenschaftlichen Methoden als durchaus konsequent und reizvoll. Wer sagt was, in welchem Kanal zu wem, mit welchem Effekt? Die aus der Kommunikationsforschung bekannte Lasswell-Formel[1] ist auch in dieser Arbeit immer präsent.

Gründe für das Scheitern Leipzigs auszumachen und zu formulieren, erscheint auf den ersten Blick als keine schwierige Aufgabe. So war zum Zeitpunkt der Erstellung der Arbeit bereits klar, dass der Bewerbungsprozess offenkundig durch interne Streitereien, Neid und Missgunst das Projekt involvierten Personen beschädigt wurde. Die Problemstellung der Arbeit besteht daher vorrangig darin, wissenschaftlich fundierte Hypothesen aufzustellen, *warum* die Olympiabewerbung scheiterte. Dazu muss geklärt werden *wie* es dazu kommen konnte, *welche* Entwicklungen dafür verantwortlich waren, und *was* für Fehler möglicherweise von den handelnden Personen getroffen wurden. Dabei erscheint vor allem die Kombination der wissenschaftlichen Auswertung bei journalistischer Arbeitsgrundlage als Herausforderung. Es dürfte es nicht immer leicht fallen, konkurrierende journalistische Behauptungen und in einen wissenschaftlichen Rahmen zu

[1] Lasswell-Formel: Who says what in which channel to whom with what effect (Harald D.Lasswell)

übertragen. Angenommen werden muss auch, dass es bei der Bearbeitung des zu analysierenden Materials nicht immer einfach sein wird, den auftretenden sprachlichen Euphemismen des Pressejournalismus auszuweichen. Es ist für die Arbeit unerlässlich, sich nach der Lektüre der Pressebeiträge immer wieder die wissenschaftliche Arbeitsweise vor Augen zu führen. Durch den Einbezug einer umfassenden Quellensammlung soll jedoch versucht werden, Themenkomplexe, welche die Olympiabewerbung Leipzigs geprägt haben, zu isolieren, um gesicherte Erkenntnisse zu gewinnen. Eine wissenschaftliche Hypothesenbildung war erst nach einer umfassenden Analyse der zugrunde liegenden Pressebeiträge möglich.
Das Vorgehen dabei muss durch kritisches Denken und einem gesunden Misstrauen gegenüber dem zu untersuchenden Material geprägt sein. Dennoch gestattet nur eine unvoreingenommene Quellenprüfung und die Berücksichtigung aller Fakten eine letztendliche Einordnung der Geschehnisse. Als möglicherweise nachteilig könnte sich erweisen, dass für den Beweis von Fakten kaum Originalunterlagen und Dokumente verfügbar sind. Dies liegt zum einen daran, dass die Bewerbergesellschaft „Leipzig 2012 GmbH“ nach dem Ausscheiden Leipzigs im Mai 2004 aufgelöst wurde. Zum anderen sind nach wie vor juristische Prozesse anhängig, über die scheinbar aufgrund laufender Ermittlungen keine Auskünfte erteilt werden. So soll mit Hilfe des Vergleichs der Pressebeiträge die unterschiedlichen Standpunkte und Entwicklungstendenzen gegenüber der Bewerbung analysiert werden. Dazu wurden unterschiedliche wissenschaftliche Methoden angewendet, um zu untersuchen, ob abweichende Haltungen in der Presseberichterstattung zu konstatieren sind. Ein Zwischenziel muss deshalb auch darin liegen, mögliche politische Einflüsse auf die Bewerbung, mögliche redaktionelle Zwänge oder bewusst irreführende Informationen aus der Berichterstattung herauszufiltern, um Rückschlüsse auf die Arbeit der unterschiedlichen Presseerzeugnisse ziehen zu können. Nur so erscheint eine sachliche Betrachtung möglich.

Der Titel dieser Arbeit deutet es bereits an: Bei der fehlgeschlagenen Olympiabewerbung Leipzigs handelt es sich um einen komplexen Sachverhalt dessen Scheitern nicht das Ergebnis eines konkreten Fehltritts sein kann. Die Frage wird sein, ob sich das Scheitern an bestimmten zeitlich markanten Punkten festmachen lässt. Vermutlich ist die Zielverfehlung aber vielmehr das Resultat eines Zusammenspiels vieler Komponenten, Ereignisse und Entscheidungen. Es gilt, die Gründe für die Zielverfehlung zu ermitteln – die deutsche Presse ist dabei Grundlage der Analyse.

Um den wissenschaftlichen Ansprüchen, die an diese Arbeit gestellt werden, zu genügen, ist eine stringente Einteilung der Themenkomplexe vorgenommen worden: Einleitend wird themenübergreifend ein Überblick über die derzeitige Situation der deutschen Presse vermittelt, die durch Aspekte der Sportberichterstattung und dem Sport in Massenmedien ergänzt werden. Anschließend erfolgt eine Diskussion über die angewendeten Analysemethoden. Neben der Inhaltsanalyse wird in dieser Arbeit auch die Diskursanalyse zum Einsatz kommen. Es wird dargelegt, welche Presseerzeugnisse im Rahmen dieser Arbeit ausgewählt wurden und wie die Datenerhebung sowie deren Auswertung erfolgte. Dabei ist die Analyse auf den Zeitraum vom 12. April 2003 bis 18. Mai 2004 begrenzt, nachfolgend als internationale Bewerbungsphase bezeichnet. Die Ergebnisse der Untersuchung geben bereits erste Beurteilungsmöglichkeiten, was den Umfang einzelner Presseerzeugnisse über die Leipziger Olympiabewerbung in diesem Zeitraum angeht. Ebenso werden Informationen über die Verwendung journalistischer Darstellungsformen, die Gewichtung der Berichterstattung im Zeitverlauf und Angaben über beteiligte Autoren und Journalisten gegeben. Es handelt sich hierbei im ersten Teil also um eine quantitative Ausrichtung der Analyse.

Im zweiten Abschnitt wird die Leipziger Olympiabewerbung auf internationaler Ebene ausführlich dargestellt. Diese ist sowohl qualitativ als auch diskursiv angelegt und ermöglicht die Einordnung der Ereignisse sowie deren Interpretation. Ob und wie die Methodenkombination Vorteile gegenüber anderen gewählten Untersuchungsdesigns besitzt, ist demnach auch ein Untersuchungsziel dieser Arbeit. Um eine nachvollziehbare Darlegung zu gewährleisten, wurde eine möglichst chronologische Vorgehensweise gewählt. Die Bewerbung ist somit in drei Phasen unterteilt worden: Sommer, Herbst, Winter. Den Frühling hatte Leipzig mit dem Gewinn des nationalen Ausscheids bereits hinter sich. Die Phasen sollen aufzeigen, welche Probleme sich im Zeitverlauf für die Olympiabewerbung ergaben. Neben Kompetenzstreitigkeiten, Stasivergangenheiten und politischen Querelen, werden auch persönliche Schicksale, fehlende wirtschaftliche Unterstützung und das Eingreifen der Bundespolitik thematisiert. Abschließend steht die Entscheidung des IOC gegen den Standort Leipzig im Fokus, infolgedessen auch die Reaktionen auf die Niederlage untersucht und mögliche Folgen nähere Erwähnung finden sollen. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass innerhalb der Arbeit zwei unterschiedliche Zeitformen des deutschen Sprachgebrauchs gewählt wurden. Während die Kapitel 1 und 2 vornehmlich im Präsens (Gegenwartsform) abgefasst sind wurden die Kapitel 3 und 4 fast ausschließlich im Präteritum (Vergangenheitsform) niedergeschrieben. Als Grund

dafür wird geltend gemacht, dass die Bemerkungen zur Presse und die Methodenfragen aktuelle Themen darstellen und daher die Gegenwartsform angebracht erscheint, während die Leipziger Bewerbung an sich eine zeitlich abgeschlossenes Geschehen kennzeichnet und daher hier die Vergangenheitsform gewählt wurde.

Die deutsche Presse hat die Bewerbung, je nach redaktioneller Ausrichtung, kritisch oder weniger kritisch begleitet. Hauptaufgabe ist es, mögliche gleichförmige oder auch unterschiedliche Ausrichtungen der Redaktionsbeiträge zu analysieren und die Diskurse herauszufiltern, die die Leipziger Olympiabewerbung bestimmt haben. Welche Gründe gibt es, dass die sächsische Bewerberstadt scheiterte? Welche Institutionen oder Personen haben Schaden genommen? Gab es innerhalb der Presse unterschiedliche Auffassungen bezüglich des Leipziger Bestrebens, die Olympischen Spiele auszutragen? War das Scheitern gar ein Ergebnis der kritischen Berichterstattung? Welche Möglichkeiten gibt es, Olympiabestrebungen künftig erfolgreicher zu gestalten?
All diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Dies geschieht immer mit der Intention, einer objektiven, kritischen, wissenschaftlichen Betrachtungsweise zu folgen – was allerdings subjektive Bewertungen nicht ausschließen kann. So ist das Fazit ein Konglomerat aus der Lektüre der Presseerzeugnisse und deren Interpretation, persönlich gewonnenen Eindrücken und den Gesprächen mit Journalisten und Wissenschaftlern, sowie den sich aus der Analyse ergebenen Fakten.
Ziel ist es, einen Hypothesenkatalog entwerfen, der Antworten auf die Frage gibt, *warum* die Leipziger Bewerbung für die Spiele 2012 scheiterte. Dazu wurden, zusätzlich zur Presseanalyse, Journalisten sowie Wissenschaftler und Sportfunktionäre befragt. Da diese Erhebung mit Hilfe nicht-standardisierter Interviews erfolgte (schriftlich oder telefonisch), finden sie aufgrund der Methodenschwäche hier keine ausführliche Darstellung (Anlage f,). Dennoch werden viele Aussagen in die Themenaufarbeitung aufgenommen worden und sind als solche kenntlich gemacht. Im Anhang findet sich darüber hinaus auch eine Chronologie der Ereignisse (Anlage a,) der Leipziger Bewerbung. Diese gewährt während der Lektüre immer wieder einen Blick in den zeitlichen Rahmen der Geschehnisse und kann somit zur Unterstützung herangezogen werden.

1.2 Vorhandene Literatur zum Thema

Fundierte wissenschaftliche Literatur oder umfassende Studien zum Thema „Leipziger Olympiabewerbung 2012“ liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit nicht vor. Dies ist zum einen der zeitlichen Nähe des Untersuchungsgegenstandes, zum anderen aber auch der Geringschätzung von Presseanalysen in der Forschung geschuldet. So findet man bei der Recherche nur wenige Quellen, die einen Bezug von Analysemethoden und Sportberichterstattung in Printmedien herstellen. Trotzdem gibt es einige wenige Veröffentlichungen, Studien und Ansätze, die das Thema punktuell streifen. Auf diese Publikationen sei an dieser Stelle kurz hingewiesen:

Sechs Veröffentlichungen befassen sich mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012, allerdings alle mit unterschiedlicher Intention. Die umfassendste Ausgabe stammt von Hartmann/Jeske/Weinreich, die mit ihrem Buch „*Operation 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip*“[1] den bisher meist beachteten Beitrag zum Thema vorgelegt haben. Das Buch verfolgt den Verlauf der Bewerbung nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung im April 2003, beleuchtet intensiv die Manipulationen der Olympia-GmbH´s und deckt dabei diverse „Ungereimtheiten“, „Ränkespiele“ und Fehler des Leipziger „Olympia-Teams“ auf. Neben olympischen Biographien wird auch das Thema Doping angesprochen und ein Blick auf die zweifelhaften Geschäfte rund um das Leipziger Zentralstadion geworfen. Das Buch erschien im Januar 2004 – vier Monate vor der Entscheidung des IOC über die endgültige Festlegung der Kandidatenstädte. Während das Projekt von Hartmann/Jeske/Weinreich den Bewerbungsverlauf sehr kritisch beleuchtet, ist das offizielle Olympiabewerber-Buch „*Das Ergebnis heißt Leipzig. Auf dem Weg zu den Spielen 2012.*“[2] das komplette Gegenteil: Beschönigende Berichte über die Macher der Leipziger Bewerbung, ungebremster Optimismus und grenzenlose Vorfreude vermittelt ein Buch, das von zwei Autoren verfasst wurde, die wirtschaftlich mit ihrer Agentur *Westend* in die Bewerbung involviert waren. Sowohl aus journalistischer als auch wissenschaftlicher Sicht aufgrund fehlender Objektivität ein äußerst fragwürdiges Projekt, da jegliche kritische Berichterstattung außen vor gelassen wird.

Wissenschaftlich betrachtet wird das Leipzig-Thema vom *Institut für Wirtschaftsforschung Halle* (IWH)[3], das die möglichen regionalökonomischen Effekte Olympischer

---

[1] Hartmann, Grit / Jeske, Cornelia / Weinreich, Jens: Operation 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip ; Forum Verlag Leipzig, Leipzig, 2004

[2] Fuge, Jens / Mädge Marko: Das Ergebnis heißt Leipzig. Auf dem Weg zu den Spielen 2012 ; Connewitzer-Verlagsbuchhandlung, Leipzig, 2003

[3] Vgl.: Franz, Peter / Kronthaler, Franz: Regionalökonomische Effekte bei Durchführung der Olympischen Spiele 2012 in der Sadt Leipzig einschließlich ihrer Partnerstädte. Eine Analyse für den Bereich der Infrastrukturinvestitionen ; Institut für Wissenschaftsforschung Halle (IWH), Halle, 2003

Spiele in Leipzig und Umgebung analysiert. Die *Universität Hohenheim* hat am Lehrstuhl für Marketing eine Studie[4] veröffentlicht, die sich mit dem Scheitern der Stuttgarter Olympiabewerbung (und somit auch den Gründen für den Standort Leipzig) im nationalen Ausscheid beschäftigt. Die Autoren Scharff/Ahrens/Dausenau von der Universität Leipzig haben eine Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung zur Bewerbung vorgelegt, die den Zeitraum der nationalen Ausscheidung betrachtet. Die neueste Untersuchung zum Thema der deutschen Olympiabewerbung wurde an der Universität Göttingen durchgeführt. Sportwissenschaftler Christoph Schlienz[5] befasst sich im Rahmen einer empirischen Untersuchung dabei vorrangig mit dem Wahlverhalten der NOK-Mitglieder am 12. April 2003 – dem Tag, an dem Leipzig den Zuschlag im nationalen Ausscheid erhielt. Seine Thesen, dass die Wahl der sächsischen Stadt eine politische Entscheidung war und auch die Präsentation Leipzigs am Tag der Entscheidung eine Rolle spielte, werden auch in dieser Arbeit Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus finden sich in der Literatur Ansätze zum Thema Presseanalyse, die in ihrer Ausrichtung dieser Arbeit ähnlich sind. Diese Untersuchungen nehmen den Versuch vor, Ereignisse anhand unterschiedlicher Presseerzeugnisse mit Hilfe des Vergleichs darzustellen. Besonders sei hier auf drei Veröffentlichungen hingewiesen: Batsilas[6] betrachtet die Bewerbung Athens um die Spiele 1996 im Spiegel der internationalen Presse, Wipper[7] untersucht in seiner Studie die Fußballberichterstattung in den Printmedien. Ähnlich argumentiert auch Krüger[8], die zudem methodisch „Neuland“ betritt, in dem sie Inhalts- und Diskursanalyse in Ihrer Untersuchung miteinander verbindet.

Damit wäre ein Hauptproblem dieser Arbeit angeschnitten: die Methodenvielfalt. In der Wissenschaft herrscht ein Methodenpluralismus, der sehr undurchsichtig ist und somit die Art der Untersuchung erschwert. Nicht nur Verfechter quantitativer und qualitativer Analyseverfahren streiten um die Vorteile ihrer Methoden; immer stärker treten auch Diskursanalytiker auf, die Vorzüge in ihren Analysepraktiken sehen. In diesem Zusammenhang sei auf das Kapitel 2.1 hingewiesen, in dem dieser Komplex detailliert aufgearbeitet wird.

---

[4] Vgl.: Voeth, Markus / Schumacher, Arne / Spohrer, Jürgen: Stuttgarts gescheiterte Olympiabewerbung: Ursachen und Auswirkungen. In: Hohenheimer Arbeits- und Projektberichte zum Marketing Nr. 10 ; Förderverein für Marketing an der Universität Hohenheim e.V. , Hohenheim, 2003

[5] Vgl.: Schlienz, Christopher: Unveröffentlichte Untersuchung der Universität Göttingen

[6] Vgl.: Batsilas, Athanaios-Defkalion: Die Bewerbung Athens um die Olympischen Spiele 1996 im Spiegel der internationalen Presse ; Gießen, 2002

[7] Vgl.: Wipper, Herdin: Sportpresse unter Druck. Die Entwicklung der Fußballberichterstattung in den bundesdeutschen Printmedien. Eine komparative Studie am Beispiel der Fußball-Weltmeisterschaften 1990 und 1998 ; Dissertation, Berlin 2003

[8] Vgl.: Krüger, Antje: Die argentinische Diktatur im Spiegel der ost- und westdeutschen Presse am Beispiel der Berichterstattung über die Fußballweltmeisterschaft 1978. Diplomarbeit, FU Berlin, 2001

So bleibt abschließend noch der Blick auf die Literatur zum Thema Sportberichterstattung, sowie Sport und Medien, die diese Arbeit inhaltlich bereichert haben oder Denkanstöße geben konnten: Hier sei besonders auf Tewes[9], Gleich[10], Hoffmann-Riem[11] und Digel[12] hingewiesen. Zudem finden Hackforth[13], Becker[14] Binnewies[15] und Weischenberg[16] Erwähnung. Die neueste Kritik an Sportberichterstattung und der Arbeit von Sportjournalisten üben Kistner[17] und Weinreich[18] in der Internationalen Fachzeitschrift für Journalismus *message*. Sie beklagen, dass Sportberichte konsequent seicht und selten gut recherchiert seien. Neben „Anbiedereien“ und „unengagierten Chefs“ beobachten sie eine „journalistische Vier-Klassen-Gesellschaft“ und den Trend, dass immer öfter „Journalisten gegen Journalisten“ arbeiten. Ihre Forderung nach einem konsequent investigativen Journalismus ist bisher jedoch in vielen Führungsetagen von Verlagen und Sportredaktionen unerfüllt geblieben.

Es bleibt festzuhalten, dass die Leipziger Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 bisher nur bedingt Forschungsgegenstand war. Zwar tangieren einige Untersuchungen das Vorhaben der sächsischen Stadt, die internationale Bewerbungsphase wurde nach bisherigem Kenntnisstand noch nicht eingehend in der Wissenschaft behandelt. Zudem wird mit dieser Arbeit der Versuch unternommen, die Methoden der Inhalts- und Diskursanalyse zu verbinden und so ein bisher wenig erforschtes Feld der Lehre zu betreten.

---

[9] Vgl.: Tewes, Günther: Kritik der Sportberichterstattung. Der Sport in den Tageszeitungen zwischen Bildungs-Journalismus, Unterhaltungsjournalismus und „1:0-Berichterstattung“. Eine empirische Untersuchung ; Dissertation, Düsseldorf, 1991

[10] Vgl.: Gleich, Uli: Merkmale und Funktionen der Sportberichterstattung. Sport und Medien – ein Forschungsüberblick. In: Media-Perspektiven, Heft 11/2000, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2000

[11] Vgl.: Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.): Neue Medienstrukturen – neue Sportberichterstattung ? ; Hamburg, 1988

[12] Vgl.: Digel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung, Reinbeck, 1983

[13] Vgl.: Hackforth, Josef / Fischer, Christoph (Hrsg.): ABC des Sportjournalismus; Reihe Praktischer Journalismus, Band 11, Verlag Ölschläger GmbH, München, 1994

[14] Vgl.: Becker, Peter: Sport in den Massenmedien. In: Sportwissenschaft, Schorndorf, 1983, S.24-45

[15] Vgl.: Binnewies, Harald: Sportberichterstattung in Tageszeitungen. In: Diegel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung, Reinbeck, 1983, S. 114-122

[16] Vgl.: Weischenberg, Siegfried: Beruf und Rolle des Sportjournalisten. In: Digel, Helmut (Hrsg.): sport und Berichterstattung ; Reinbek, 1983, S. 125-134

[17] Vgl.: Kistner, Thomas: Fairness auf deutsche Art. Deutschen Sportjournalisten fehlt es an Watchdog-Mentalität und Misstrauen. Beobachtungen eines investigativen Sportjournalisten über Anbiederei, National-Pathos und unengagierte Chefs. In: message. Internationale Fachzeitschrift für Journalismus; Heft 3/2004, Konstanz, 2004, S. 10-14

[18] Vgl.: Weinreich, Jens: Bunte Storys über Olympia. Seit etwa zehn Jahren etabliert sich ein weltweites Netz kritischer Sportjournalisten. Doping und Korruption enthüllen sie ebenso wie windige PR-Aktionen und Olympia-Organisatoren. In: message. Internationale Fachzeitschrift für Journalismus; Heft 3/2004, Konstanz, 2004, S. 16-21

1.3 Die deutsche Presse – ein Situationsbericht

Der Zeitungsmarkt in Deutschland[19] steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise: sinkende Anzeigenerlöse durch einen starken Umsatzrückgang im Rubrikengeschäft, die Zunahme der Pressekonzentration und Konkurrenz von Onlineanbietern sowie schwache Konjunkturaussichten. Stellenabbau und Kostensenkungsprogramme kennzeichnen die derzeitige Lage auf dem Pressemarkt. Glaubt man den umfangreich vorliegenden Quellen, die zu diesem Thema vorliegen, ist Besserung nicht in Sicht – Experten zeichnen eher düstere Zukunftsszenarien. Im Folgenden sind die Kernaussagen zusammengefasst, um die Tendenzen und Aussichten der Branche zu erläutern. Im Fokus stehen dabei die Entwicklungen der Tageszeitungen und die Reaktionen der Verlage auf die Konjunkturkrise, da in diesen Bereichen valide Daten zur Verfügung stehen.

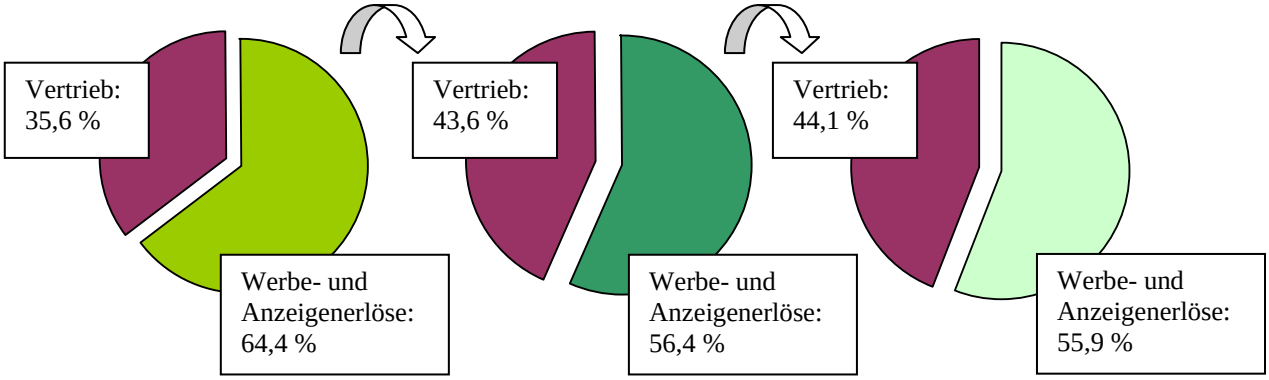
Der *Bund Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV)* zählt in Deutschland insgesamt 349 selbstständige Tageszeitungen.[20] Davon entfallen 331 Ausgaben auf lokale und regionale Abonnementzeitungen, zehn auf überregionale Zeitungen und acht Straßenverkaufszeitungen. Im Jahr 2003 erzielten diese insgesamt eine Auflage von 22,6 Millionen Exemplaren. Hinzu kommen 1,9 Mio. Exemplare von so genannten Wochenzeitungen und 4,3 Millionen Exemplare, die Sonntagszeitungen zugeschrieben werden können. Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich ein Auflagenrückgang beobachten, der jedoch moderat ausfällt. Weitaus stärker ist die Branche durch die erheblichen Ertragseinbußen im Anzeigengeschäft betroffen. Nach einem über 12-prozentigen Einbruch der Anzeigenerlöse im Jahr 2002 und einem Minus von mehr als 10 Prozent im Jahr darauf, geht die Zeitungsbranche im Jahr 2004 bereits im dritten Jahr hintereinander wirtschaftlich schweren Zeiten entgegen. „Konjunkturell bedingte Ausfälle der Werbeanzeigen, das Abwandern der Rubrikanzeigen ins Internet [sowie] technologiebedingte Veränderungen des Mediennutzungsverhaltens“[21] sind nur drei Schwerpunkte der „neuen Realität, mit der sich Zeitungsverlage auseinander zu setzen haben.“[22] Das deutschen Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen *Ernst & Young* hat im August 2003 eine Studie vorgestellt, die sich mit den wichtigsten aktuellen Tendenzen und Perspektiven der Zeitungsbranche beschäftigt.[23] Darin wird zum Thema Anzeigenumfang eine Entwicklung von minus 27 Prozent innerhalb der letzten vier Jahre aufgezeigt. Besonders einschneidend stellt sich demnach die Entwicklung bei den Stellenanzeigen dar, bei dem

---

[19] Vgl.: Im Folgenden verstanden als Markt für Tageszeitungen
[20] www.bdzv.de/pressem/markdaten/schaubilder2003/pics/s11.htm - Zugriff am 12.08.2004
[21] Frey, Lutz G. / Klein, Herbert / Koch, Alexander: Zeitungsverlage im Umbruch. Stimmungen und Perspektiven ; Studie der Ernst & Young AG, Eschborn, 2003, S. 5
[22] Ebenda, S. 5
[23] Vgl.: Ebenda, S. 6

seit dem Jahr 2000 ein Rückgang von 69 Prozent zu beobachten ist.[24] Die starken Anzeigenverluste gehen an den Verlagen nicht spurlos vorbei. Die kräftigen Ertragseinbußen haben sogar zu einer Verschiebung des „traditionellen dualen Finanzierungskonzeptes (zwei Drittel Anzeigenerlöse und ein Drittel Vertrieb) geführt.“[25] Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung des dualen Finanzierungskonzepts von Tageszeitungen unter Berücksichtigung des Umsatzes. Zu erkennen ist ein erheblicher Einbruch der Werbe- und Anzeigenerlöse seit dem Jahr 2000. Die Differenz zwischen den Jahren 2002 und 2003 fällt nicht mehr so deutlich aus, ist in der Tendenz jedoch weiter negativ.

Das duale Finanzierungskonzept kippt[26]



Jahr:	2000	→	2002	→	2003
Umsatz:	10,9 Mrd.€		9,4 Mrd.€		8,9 Mrd.€

Abbildung 1: Das duale Finanzierungskonzept in der Umbruchphase

Deutlich wird vor allem, dass Tageszeitungen der Konkurrenz der Online-Anbieter im Rubrikengeschäft wenig entgegen zu setzten haben. „Die Akzeptanz und Nutzung der Internet-Stellenmärkte nimmt stetig zu“[27], sodass „die Hoffnung vieler Verlage, das Rubrikengeschäft werde sich mit einem Wirtschaftsaufschwung wieder erholen“[28] weitgehend unbegründet erscheint. Das Schalten von Anzeigen in Printmedien ist für viele Unternehmen nur noch aus Imagegründen interessant, zudem bieten Online-Stellenmärkte neben der Aktualität umfangreiche Recherche- und Kontaktmöglichkeiten in verschiedenen individuellen Angebotsforen. So sehen nicht nur *Ernst & Young*, dass „ein Gros der Stellen in Zukunft über das Internet verfügbar gemacht“[29] werden.

[24] Vgl.: Frey/Klein/Koch (2003), S. 6
[25] Ebenda, S. 5
[26] Ebenda, S.5 sowie www.bdzv.de (Zugriff: 23.09.2004)
[27] Ebenda, S. 8
[28] Ebenda, S. 4
[29] Ebenda, S. 9

Die Krise der Verlage hat auch systemimmanente Gründe und ist keineswegs nur Ergebnis der konjunkturellen Entwicklung: Neben dem „Abwandern“ des Rubrikengeschäfts ins Internet zählt auch das geänderte Mediennutzungsverhalten zu den strukturellen Problemen der Branche. Zwar lesen gut drei Viertel der deutschen Bevölkerung regelmäßig eine Tageszeitung, die Entwicklung ist jedoch rückläufig.[30] Besonders Jugendliche und junge Leute (14- bis 29-Jährige) zeigen immer weniger Interesse an den gedruckten Publikationen. Weniger als die Hälfte greift regelmäßig zu einer Tageszeitung, „mit [weiterhin] abnehmender Tendenz“[31]. Für viele Werbekunden ist aber gerade diese Bevölkerungsgruppe die wirtschaftlich interessanteste Zielgruppe. Die Verlage versuchen daher mit regelmäßigen „Jugendsupplements […], speziellen Jugendseiten in Zeitungen oder speziell auf die Zielgruppe zugeschnittenen Internetaktivitäten“ eine Verknüpfung zur gedruckten Zeitung herzustellen. Zudem wird durch modische Innovationen versucht, neue Leser zu gewinnen. So entstehen neben Zeitungen mit sehr kleinem Format (*Tabloid-Format*) auch Versuche, mit der Erschließung neuer Geschäftsfelder den nachlassenden Zeitungsumsatz auszugleichen.[32] Die *Süddeutsche Zeitung* bot 50 Romane des 20. Jahrhunderts zum Preis von je 4,95 Euro an, Abonnenten erhielten einen Zusatzrabatt und zahlten für die Bücher nur 4,00 Euro je Exemplar. Wie die Auflagenzahlen zeigen, ist dieses Projekt äußerst erfolgreich. Hingegen verliefen Experimente mit der Publikation von Gratiszeitungen in Hamburg, München und Köln (1999 und 2000) wirtschaftlich weniger erfolgreich.

Die Zeiten hoher Gewinnmargen sind für die meisten Zeitungsverlage vorbei. Heute stehen „Kostensenkungsprogramme – insbesondere Personalreduzierung – und auch Kooperationen […] auf der Tagesordnung“[33]. Kostendisziplin, der Ausbau der lokalen Berichterstattung, die die Leser bewiesener Maßen am meisten interessieren[34], und Kooperationen bieten nach Ansicht der Verlage Möglichkeiten, die Krise der Branche zu beenden und sie wieder auf die Erfolgsspur zu bringen.[35]

Der Konzentrationsprozess innerhalb der Branche nimmt seit Jahren signifikant zu. Derzeit existieren in Deutschland nur noch 134 Publizistische Einheiten[36] (Vollredaktionen), in denen der „Mantel“ selbst erstellt wird. Dies wird nicht nur von Verlegerseite

---

[30] Vgl.: Pasquay, Anja: Zur Lage der Zeitungen in Deutschland 2004 ; In: www.bdzv.de – (Zugriff 23.09.2004)
[31] Frey/Klein/Koch (2003), S. 14
[32] Vgl.: Röper, Horst: Bewegung im Zeitungsmarkt 2004. In: Media Perspektiven 6/2004, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt, 2004, S.269
[33] Ebenda, S. 4
[34] Auf die Frage, was in der Tageszeitung am meisten interessiert, antworteten 83% aller Befragten, dass sie „Lokale Berichte aus Ort und Umgebung“ im Allgemeinen immer lesen. Das ist mit Abstand der absolute Spitzenrang einer BDZV-Studie aus dem Jahr 2003.
[35] Vgl.: Frey/Klein/Koch (2003), S. 22
[36] 1954 zählte man 225 publizistische Einheiten (BRD), 1989 waren es noch 156 (Deutschland West: 119, Ost: 37)

kritisch gesehen. Besonders die Wettbewerbsbehörden beobachten den anhaltenden Konzentrationsprozess mit Sorge. Für die Wettbewerbsschützer gilt, die „Starken nicht noch stärker zu machen“. Für die Verlage gilt es, sich auf Kerngeschäfte zu konzentrieren, auf journalistische Qualität zu setzen und sich an den Interessen der Leser zu orientieren. Inzwischen sind aber viele Lokalausgaben eingestellt und Verlage vollständig oder teilweise verkauft. So wurden beispielsweise 90 Prozent der *Frankfurter Rundschau* durch die SPD-Medienholding *Deutsche Druck- und Verlags GmbH* übernommen.

Die Konzentration des Zeitungsmarktes ist hoch und wird aller Voraussicht nach zukünftig weiter zunehmen. Kleine Lokalzeitungen lassen sich offensichtlich nur schwer rentabel betreiben. Vielen Regionalzeitungen werden in Zukunft wohl eingestellt werden oder auf einzelne Lokalredaktionen verzichten müssen. Die Tendenz zur Bildung von Monopolen (so genannte Lokalmonopole oder Ein-Zeitungs-Kreise) ist gegeben, und eine weitere Konsolidierungen sind zu erwarten. Verstärkt durch die aktuelle Krise, sind gerade kleine Zeitungsverlage akut bedroht, während der „Marktanteil der zehn größten Verlagsgruppen in Deutschland […] seit Jahren leicht, aber stetig steigt. […] Einer weiteren Verschärfung der strukturellen Probleme (Mediennutzung, Wegbrechen des Rubrikengeschäfts etc.) werden [die kleinen Zeitungen] kaum etwas entgegen zu setzen haben.“[37]

Konsolidierung auf dem deutschen Tageszeitungsmarkt

PROBLEME		AUSWIRKUNGEN
Mediennutzungsverhalten	→	Auflagen- / Reichweitenverluste
Konkurrenz durch das Internet	→	Rückgang im Rubrikengeschäft
Demographische Entwicklung	→	Auflagen- / Reichweitenverluste
Nachfolgeproblematik	→	Gesellschafterwechsel
Finanzierung	→	Investitionsschwierigkeiten

Abbildung 2: Ursachen für die weitere Konsolidierung auf dem deutschen Tageszeitungsmarkt. Angelehnt an Frey, Lutz G./Klein, Herbert/Koch, Alexander (2003), S. 36

[37] Frey/Klein/Koch (2003), S. 35

Der Kampf um Anzeigenkunden wird kleinen Zeitungen zusätzlich durch die Probleme der „Auflagen-Anzeigen-Spirale“ erschwert. Dieser von Elisabeth Noelle-Neumann geprägt Begriff bezeichnet die wechselseitige Abhängigkeit von Entwicklungen im Leser- und Anzeigenmarkt[38]. Als „Kuppelprodukt“ ist eine Zeitung grundsätzlich auf beiden Märkten präsent und den Marktbedingungen ausgesetzt. Die Wirkungszusammenhänge der Auflagen-Anzeigen-Spirale sind seit Jahrzehnten bekannt: Je geringer die Auflage, desto geringer ist die Nachfrage nach Anzeigen, da der Tausend-Kontakt-Preis hoch ausfällt. Das Interesse der Anzeigenkunden sinkt, Werbeeinnahmen fließen nicht in die Redaktion. Bei nachlassender redaktioneller Leistung geht die Auflage weiter zurück und wird für Werbekunden noch unattraktiver. Ein Entrinnen aus dem „Strudel der Spirale“ gelingt nur wenigen Titeln. Und so wird oft der Ruf nach einer politischen Entscheidung laut, um die publizistische Vielfalt der deutschen Presse zu gewährleisten. Ob jedoch eine solche politische Prioritätsentscheidung sinnvoll ist, bleibt abzuwarten.

Auch wenn im Jahr 2004 nach aktuellen Prognosen das Ende der anhaltenden Flaute erwartet wird, muss davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Werbeerlöse dauerhaft an konkurrierende Werbeträger verloren wurden.[39] Im Bereich der Zeitungen scheinen Konsolidierungsmaßnahmen unerlässlich, um Wachstum zu realisieren. Experten von *Ernst & Young* gehen davon aus, dass sich in den kommenden zehn Jahren nur wenige große, überregionale Tageszeitungen als „Premium-Zeitungen“ etablieren werden. Umfassende Online-Angebote stehen dabei gleichwertig neben der Printausgabe für Qualität und Exklusivität. Die Zahl regionaler Tageszeitungen wird sich aller Voraussicht nach reduzieren und unter Kostengesichtspunkten und Nutzung von Synergien mit schlanken Redaktionen verstärkt auf die regionale Berichterstattung beschränken.[40]

Fazit: Die Zeitungsverlage befinden sich nach wie vor im Umbruch. Neben den Konzentrationstendenzen gilt es vor allem strukturelle Probleme zu lösen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Verlage müssen neue, innovative Wege beschreiten, um bestehende Leser zu halten und potenzielle „Neu“-Leser zu binden. Allein der Schutz der publizistischen Vielfalt kann nicht nur von der Marktseite her bestimmt werden. Hier ist auch die politische und wissenschaftliche Ebene gefragt, die geeignete Instrumente entwickeln müssen, die wiederum einen fairen Wettbewerb und eine Verbesserung der journalistischen Qualität wahrscheinlicher machen.

---

[38] Vgl.: Noelle-Neumann, Elisabeth / Schultz, Winfried / Wilke, Jürgen (Hrsg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik - Massenkommunikation ; 5. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main, 1999

[39] Vgl.: Frey/Klein/Koch (2003) S. 37

[40] Vgl.: Ebenda, 39

1.4 Sport und Massenmedien / Kritik der Sportberichterstattung

Sport und Massenmedien

In Anlehnung an Luhmann[41] könnte man es so formulieren: Alles, was wir über die Welten des Sports wissen, wissen wir vor allem durch die Medien.

Das komplexe Verhältnis von Sport und den Massenmedien ist in den vergangenen Jahren ausführlich diskutiert und dokumentiert worden. Digel stellte 1983 fest, dass der Sport „das, was er heute ist, in erster Linie durch die Massenkommunikation geworden [sei]. Sie hat ihn gleichsam salon-, wirtschafts- und politikfähig gemacht. Er ist dadurch zu einem Massenphänomen geworden.“[42] Tatsächlich lässt sich heute kaum über Sport sprechen, ohne sich auf die von Medien hergestellte Repräsentation zu beziehen. Sie sind es, die den Sport zu einem gesellschaftlichen Ereignis und „weithin dominierenden Phänomen der Alltagskultur“[43] gemacht haben. Die Wechselbeziehungen zwischen Sport und den Medien sind vielfältig, eines hat sich jedoch gezeigt: Sie entwickeln sich „gewissermaßen symbiotisch“.[44] Insbesondere für das Fernsehen ist der Sport zu einem unverzichtbaren und wichtigen Programmbestandteil geworden.[45]

Historisch ist die „Thematisierung des Sports in den Massenmedien [zunächst] unauflöslich mit den kommerziellen Interessen der Presseverlage verbunden. Im Zuge der Marktdurchsetzung der Printmedien entstehen so seit Mitte des 19. Jahrhunderts erste Formen der Sportberichterstattung, da die sich etablierenden Zeitungen frühzeitig die verkaufsfördernde Wirkung dieses Inhalts und sein Potenzial für die Werbung erkannten“.[46] Den sportpublizistischen Anfang in Deutschland machte die *Allgemeine Turn-Zeitung* im Jahre 1842, erstmalig in der Tagespresse fand Sportberichterstattung im *Sport im Bild* Einzug. Im Rundfunk startete der *Berliner Sender* 1924 mit Nachrichten von Sportereignissen.[47] Mit der wachsenden Verbreitung des Fernsehens avancierte der Sport endgültig „zu einem festen und gewinnträchtigen Genre“.[48] Mit der Einführung des dualen Rundfunksystems Mitte der 80er Jahre wurde die Beziehung des Sports und der Medien durch eine dritte Komponente, die Wirtschaft, erweitert. Neben dem wachsenden Sportrechtemarkt und überdurchschnittlich stark ansteigenden Kosten für attrak-

---

[41] Vgl.: Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien ; Westdeutscher Verlag, Opladen, 1996, S.9
[42] Digel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung, Reinbeck, 1983, S.22
[43] Brinkmann, Thomas: Sport und Medien – Die Auflösung einer ursprünglichen Interessengemeinschaft? Sportvermarktung und Berichterstattung im Widerstreit. In: Media-Perspektiven, Heft 11/2000, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2000, S. 491
[44] Gleich (2000), S. 511
[45] Vgl.: Ebenda
[46] Schwier, Jürgen / Schauerte, Thorsten: Sport und Massenmedien. Untersuchung der Universität Gießen, 2001
[47] Vgl.: Ebenda
[48] Ebenda

tive Sportübertragungen entstand eine spezifische Publikumsbindung, die besonders für die Werbeindustrie immer interessanter wurde. In der Literatur hat sich der Begriff des „Magischen Dreiecks“ durchgesetzt, der von nun an die Symbiose der Dreiecksbeziehung Sport, Medien und Wirtschaft aufzeigen sollte. Inzwischen hat sich die Interessengemeinschaft „zu einem höchst komplexen und kommerziellen System entwickelt […], die von gegenseitigen Einflussnahmen und Abhängigkeiten gekennzeichnet ist“.[49] Konflikte bleiben dabei nicht aus: Je nach Standpunkt wird entweder ein zu großer Einfluss der Medien auf den Sport beklagt oder die zu stark in den Vordergrund tretenden ökonomischen Unternehmerinteressen kritisiert. Auch dem professionalisierten Sport wird häufig vorgeworfen, die Medien zu vereinnahmen. Fakt ist: Medien umgeben uns nahezu überall, der Mediensport ist Bestandteil des Alltagslebens und die Wirtschaft hat frühzeitig Beziehungen zum Sport geknüpft. Gegenseitige Abhängigkeiten sind die logische Folge.

Es stellt sich die Frage, warum gerade dem Sport in den Medien ein so großes Interesse zukommt. Die Wissenschaft hat dafür eine Reihe von Erklärungen gefunden: „Die Reize des Sports für die Medien liegen demnach in seinem Wesen: das strukturelle Grundmuster sportlicher Aktivitäten, der Wettkampfcharakter und die Ungewissheit des Ausgang erhöhen Aufmerksamkeit und Attraktivität. Sportereignisse mit ihrer innewohnenden Dramaturgie garantieren Spannung und Unterhaltung, sie produzieren pausenlos Uraufführungen […]“.[50] Zudem bietet Sport durch simple Verständigungsmuster und seinen allgemeinverständlichen Charakter trotz geradezu unendlicher Gestaltungsspielräume allen gesellschaftlichen Schichten die Möglichkeit des Rezipierens. Bildungs- und Verständnisbarrieren gibt es kaum.[51] Sportangebote (ob im Fernsehen oder in der Tagespresse) werden überdurchschnittlich stark genutzt. Neuere Studien von Rühle[52] sowie Gerhards/Kringel[53] bestätigen diese Thesen. So stieg beispielsweise die Fernsehnutzung von Sportsendungen von sechs Prozent im Jahr 1998 auf nunmehr neun Prozent im Jahr 2002.

---

[49] Gleich (2000), S. 511

[50] Görner, Felix: Vom Außenseiter zum Aufsteiger. Ergebnisse der ersten repräsentativen Befragung von Sportjournalisten in Deutschland, Band 4, Berlin, 1995, S.33

[51] Vgl.: Ebenda

[52] Vgl.: Rühle, Angela: Sportprofile deutscher Fernsehsender 2002. In: Media-Perspektiven, Heft 5/2003, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2003, S. 216 ff

[53] Vgl.: Gerhards, Maria / Klinger, Walter: Programmangebote und Sprtennutzung im Fernsehen 2002. In: Media-Perspektiven, Heft 11/2003, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2003, S. 500 ff

Kritik der Sportberichterstattung

Aus den vorangegangenen Ausführungen ergibt sich der Blick auf die Merkmale, Funktionen und Tendenzen der Sportberichterstattung. Grundsätzlich muss dabei bezüglich Sportartenpräsenz und ihrer Präsentation in den Medien zwischen Fernsehen, Tagespresse, Hörfunk und Online-Medien unterschieden werden. Dies soll an dieser Stelle nicht explizit geschehen, sondern es wird vielmehr versucht, allgemeingültige Aussagen zur Sportberichterstattung zu treffen.

In der Literatur finden sich einige Studien zu diesem Thema. So gibt Gleich[54] im Jahr 2000 einen Forschungsüberblick über die „*Merkmale und Funktionen der Sportberichterstattung*“. Diese beziehen sich größtenteils auf das Fernsehen (was angesichts der Tatsache, dass das Fernsehen als Leitmedium begriffen wird, gerechtfertigt erscheint), sind jedoch in Teilen auch auf andere Medien übertragbar. So beklagt Gleich neben der eingeschränkten Vielfalt der Sportberichterstattung und der Konzentration auf den Spitzensport zudem die mangelnde Auseinandersetzung mit den negativen Aspekten des Sports. Zu oft gebe es reine „1:0-Berichterstattung“ und den Versuch, „Sport als inszenierte Unterhaltung darzustellen“. Auch Hackforth[55] kritisierte bereits 1999, dass „der Schritt vom Infotainment zum Entertainment“ bereits vollzogen sei und Brinkmann[56] beklagt das „Verschmelzen von Objekt und Subjekt der Berichterstattung zu einer Einheit“. Programmziele und -inhalte dienten einzig der „publizistischen Selbstinszenierung und der Werbung“.

Neben der zunehmenden Kommerzialisierung des Sports und der zum Teil enorm hohen Beträge, die Sender für Übertragungsrechte ausgeben, lässt sich neben der Fokussierung auf Spitzensport eine Spezialisierung auf wenige Sportarten konstatieren. Der Fußball stellt dabei mit Abstand den häufigsten gemeinsamen Nenner dar – sowohl im Fernsehen als auch im Print- und Hörfunkbereich wird der Sportart Nummer Eins der größte Teil der Berichterstattung eingeräumt. Im Fernsehen ist zusätzlich speziell die starke Fokussierung auf telegene Sportarten wie Automobilsport, Tennis, Radsport, Boxen und Leichtathletik zu beobachten. Die Zahl der Aktiven, die den Sportausüben stehen dabei oftmals in keinem Verhältnis zum Umfang der Berichterstattung über diese Sportart. Ein reales Spiegelbild der Sportrealität ist somit nicht gegeben.

Darüber hinaus spielen auch nationale Elemente eine Rolle: Ist kein einheimischer, erfolgreicher Sportler vertreten, wird die Berichterstattung schnell wieder zurückgefah-

---

[54] Vgl.: Gleich (2000), S.511ff
[55] Vgl.: Hackforth, Joseph: „Der Fußball wird vom Fernsehen „kaputtgesendet". In: Die Welt, vom 10.02.1999,S. 18
[56] Vgl.: Brinkmann (2000), S. 495

ren.[57] Große internationale Ereignisse, wie Olympische Spiele, Welt- und Europameisterschaften finden dabei innerhalb der Berichterstattung einen weit höheren Stellenwert, als nationale oder regionale Wettbewerbe. Die Sportberichterstattung ist im Wesentlichen also durch folgende Tendenzen gekennzeichnet: Professionalisierung, Internationalisierung, Spezialisierung, Kommerzialisierung.

Auch in der Sportberichterstattung der Presse ist durch eine deutliche Überrepräsentanz des Spitzen- und Leistungssports zu beobachten. Für Breitensport und Themen wie Sportmedizin und Sportpolitik scheint nur wenig Raum innerhalb der Berichterstattung zu sein. Hackforth kritisiert, „dass sich ein Leser nur für das interessieren kann, was ihm auch angeboten wird“.[58] Dennoch bleibt bei der Presselektüre der Trend zum „more of the same“ nicht verborgen. Die starke Fokussierung auf den Fußball ist bei Zeitungen ebenso zu beobachten, wie in anderen Medien. Für die Sportartenvielfalt in Presseerzeugnissen tragen in hohem Maße oft nur die Lokalsportteile bei.

Sport ist eine Männerdomäne – von Männern für Männer gemacht. Auch in der Berichterstattung spiegelt sich diese Aussage wider. Frauensport ist nur mit marginalen Anteilen an der Berichterstattung im Sportressort beteiligt, in vielen Sportarten findet das weibliche Geschlecht so gut wie gar keine Erwähnung.

In puncto Sprache wird den Sportjournalisten fehlendes handwerkliches Können und mangelnde Fachkenntnisse vorgeworfen. Viele würden sich eines Sonderwortschatzes oder gar eines eigenen Sprachstils bedienen. Die Sprache der Sportberichterstattung sei „emotional“, was den Zugang zum eigentlichen Sachverhalt erschwert. Sportjournalisten neigen zu „pathetischen Überhöhungen […] und Superlativen („Knüller“, „Schlager“). Sorglose Wortwahl („Hexenkessel“, „krasser Außenseiter“) und die Verwendung dynamischer Bilder („Bombenstimmung“) bestätigen Kritiker in der Aussage, dass Sportjournalisten häufig gängige sprachliche und stilistische Klischees verwenden würden. Digel hält dem entgegen, dass Sportjournalisten „nicht für eine Elite […] schreiben. […] Der viel geschmähte Superlativ und die häufig kritisierte Metaphorik sind deshalb nahezu folgerichtig Notwendigkeit“.[59] Auch der Journalist und anerkannte Sprachkenner Wolf Schneider bringt Verständnis für seine Sportkollegen auf, zumal aus seiner Sicht in anderen Redaktionsbereichen auch nicht pfleglicher mit der deutschen Sprache umgegangen wird. „So schlimm ist das alles gar nicht. Oder sagen wir es an-

[57] Vgl.: Schwier/Schauerte (2001)
[58] Hackforth (1999), In: Die Welt, 10.2.1999, S. 18
[59] Digel (1983), S.20

ders. Alle Scheußlichkeiten der Sport-Sprache kommen in politischen Sendungen und Artikeln ähnlich vor“.[60]

Am schärfsten wird jedoch die mangelnde kritische Distanz von Journalisten und Sportlern beanstandet. Vorgeworfene Kumpanei und Komplizenschaft werden oft mit dem Schlagwort „Hofberichterstattung“ umrissen und äußern sich beispielsweise im vertraulichen „Du“ als Anredeform während eines Interviews. „Ob Waldi mit Hanni oder Poschi mit Anni: Man kennt sich. Man duzt sich. Man schätzt sich. Und – man braucht sich“.[61] Tatsächlich scheint vor allem Sportjournalisten im Fernsehen durch die Nähe zum Geschehen und den Personen ein gewisses Maß an Objektivität verloren zu gehen. Nicht selten „glänzen“ sie nur noch als Stichwortgeber und Unterhalter. Es scheint darum zu gehen, prominente Sportler nicht mit kritischen Fragen zu verprellen, um sich das eigene Produkt nicht kaputt zu machen.

Diese Tendenzen werden zunehmend kritisiert – auch aus den Reihen der Sportjournalisten selbst. Thomas Kistner, Sportredakteur der *Süddeutschen Zeitung*, wirft seinen Kollegen „Standardfloskeln, Stillhalten und kritikloses, gedankenarmes Wiederkäuen von Leerformeln“[62] vor. In seinem Artikel, der im August 2004 in der *Internationalen Fachzeitschrift für Journalismus message* erschien, erhebt er gegenüber der deutschen Sportpresse schwere Vorwürfe. Er bemängelt, dass Missstände der (Sport)Gesellschaft nicht einmal dann beleuchten werden, wenn sie bereits publik sind. „Die deutsche Sportpresse hat nicht nur niemals Bewusstsein für journalistische Feldforschung entwickelt, sie hat erkennbare Ängste davor“.[63] Kritik übt Kistner unter anderem am Vorsitzenden des Verbandes deutscher Sportjournalisten, Erich Laaser. Dieser wird für sein im Mai 2004 erschienenes Vorwort im Verbandsorgan *Sportjournalist* stark gerügt: Seine Präambel sei ein „verbrämter Aufruf, alle störenden journalistischen Standards fahren zu lassen und den Sportlern zuzujubeln“. Laaser zog es vor, auf diese Anschuldigungen nicht öffentlich zu reagieren. In einem mit ihm geführten persönlichen Gespräch wirft er seinem Pressekollegen dennoch fehlendes Augenmaß vor: „Herr Kistner sollte sich fragen, warum er diese Anschuldigungen nicht im *Sportjournalist* veröffentlicht hat. Zudem sollte er sich vergegenwärtigen, dass Fußball im Privatfernsehen bei *Sat 1* eine andere Sache ist, als investigativer Journalismus über Doping oder Seilschaften in Fußballverbänden in einer Tageszeitung. Das hier andere journalistische Anforderungen

---

[60] Schneider, Wolf: Sport und Sprache unter dem Brennglas. In: Honauer, Urs (Hrsg.): Sport & Wort. Sportberichterstattung – zwischen Strohfeuerjournalismus und kritischer Reportage. ; Zürich, 1990, S. 35
[61] Klawitter, S. 68
[62] Kistner (2004) S.10
[63] Ebenda

und Elemente eine Rolle spielen, ist völlig klar".[64] Viele TV-Kollegen dürften dies ähnlich sehen – Kistner aber geht noch weiter: Die „deutsche Sportpolitik (und die internationale erst recht)" sei für Sportjournalisten aus Deutschland „ein schwarzes Wissensloch, nur eine Hand von Journalisten kennt die Funktionäre und Drahtzieher ihre Maschen und Motive, Hinter- und Abgründe. Der Rest will sie lieber gar nicht kennen, und spricht das oft genug offen aus".[65] Auf diesem Boden kann „kein Gespür für investigative Arbeit gedeihen".[66] Zumal Struktur- und Bildungsprobleme die Tendenzen verschärfen würden: „Zwar ist der Sport die wichtigste und am meisten beachtete Gesellschaftssparte, die Sportjournalisten aber bilden in ihren Verlagshäusern meist die Schlusslichter der internen Hierarchie".[67] Diese Aussagen stehen im Kontrast zu wissenschaftlichen Erhebungen, die belegen, dass sich das Bild der Sportjournalisten im Laufe der Jahre verbessert hat. Waren sie nach einer *Weischenberg-Studie* aus dem Jahre 1976 noch die „Außenseiter der Redaktion"[68], so beobachtete der Wissenschaftler im Jahre 1995, dass Sportjournalisten innerhalb der Redaktionsebenen eine anerkannte Stellung innehätten. Durch ein positives Selbstbild und die gestiegenen Ausbildungsansprüche an den Beruf, attestierte Weischenberg den Sportjournalisten einen „Aufstieg der Außenseiter". Auch Laasers Meinung nach müssten Sportjournalisten heute neben einer guten Allgemeinbildung vor allem Kenntnisse aus den Bereichen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Sportmedizin und des Sportmanagements mitbringen, um die Hintergründe des Sports analysieren zu können.

Kistner bezweifelt jedoch, dass viele Sportjournalisten diese Eigenschaften mitbringen. Er bemängelt, dass „vielerorts […] ehemalige Aktive in die Tasten" greifen, „deren Nähe zum Objekt" und „fehlendes journalistisches Talent" einer guten Sportberichterstattung nicht dienlich sein könnten. Er kritisiert die „Scharen von Berufsjublern in den Öffentlich Rechtlichen"[69], stellt den Medienwissenschaftler Hackforth als „habilitierten Plauderer" hin, der „bisher geschickt verborgen [hätte], mit investigativem Journalismus etwas anfangen"[70] zu können und belächelt die alljährliche „dubiose Würdigung" der *FAZ* als „Sportredaktion des Jahres"[71]. Von einer Funktionserfüllung der Tagespresse in Sachen Information, Integration, Interaktion und dem Üben von Kritik könne keine Rede sein. Einzig die Unterhaltungsfunktion würde wahrgenommen.

---

[64] Interview Erich Laaser am 19.09.2004
[65] Kistner (2004), S.11
[66] Ebenda
[67] Ebenda, S.13
[68] Weischenberg (1983), S.125ff
[69] Kistner (2004), S.12
[70] Ebenda, S.13f
[71] Ebenda, S.14

Kistners Mitstreiter heißt Jens Weinreich, mit dem er zahlreiche (und in der Sportwelt beachtete) Buchprojekte vorgelegt hat. Weinreich, Sportchef der *Berliner Zeitung*, geht mit seiner Kritik in eine ähnliche Richtung wie sein Münchner Kollege. Auch aus seiner Sicht „können sich die öffentlich-rechtlichen Rechteinhaber Recherchejournalismus leisten. […] Doch sie sollen lieber Medaillen bejubeln und schöne Bilder zu schmalzigen Tönen zusammenschneiden".[72] Die deutschen Printmedien müssten sich hingegen im internationalen Vergleich nicht verstecken: Die „Enttarnung des dopenden Skilangläufers Johann Mühlegg [sei im Jahre 2002] trotz aller Hektik relativ überzeugend [dargelegt] worden".[73] Weinreichs Ausführungen zufolge gibt es ein „Netzwerk von Journalisten, Wissenschaftlern und aufrechten Sportfunktionären", die unaufhörlich Nachrichten und Rechercheergebnisse austauschen. In der Sportpresse gäbe es jedoch auch Journalisten, die die Pressefunktionen nicht beachten würden. So benennt Weinreich mit dem Redakteur des Sportinformationsdienstes, Adolf Scherer, einen Mann, der für seinen unkritischen Journalismus gegenüber den Machenschaften des IOC „zweifelhaften Ruhm" erlangt hat. Hinzu „gesellen sich Kollegen", die sich „seit Jahren als notorische Verharmloser, Schönschreiber und Unterdrücker schlechter Nachrichten hervor[tun]".[74]

In Bezug auf die Leipziger Olympiabewerbung hat Weinreich eine klare Entwicklung ausgemacht. Seiner Meinung nach „spaltete die Leipziger Olympia-Offerte die Berichterstattung, und zwar nicht nur die Sportjournalisten. Eine Minderheit unternahm den Versuch, Öffentlichkeit herzustellen und Missstände aufzudecken – eine Mehrheit betrieb eine Blockadehaltung, die nur schwer nachvollziehen kann, wer an journalistische Werte glaubt".[75] Besonders die *Leipziger Volkszeitung*, ortsansässiger Monopolist, habe mit einer „Mischung aus Lokalpatriotismus, journalistisch fragwürdiger Hurra-Stimmung und schließlich Verschwörungstheorien" eine fragwürdige Rolle innerhalb der Berichterstattung gespielt. „Es gibt viele Gründe dafür, dass Journalisten (und Wissenschaftler) auf dem Gebiet des Sports oft haarsträubend ihre Pflichten vernachlässigen".[76] Es wird eine Aufgabe dieser Arbeit sein, diese Thesen zu erhärten oder zu relativieren. Auch, oder gerade für die Wissenschaft gibt es reichlich Gesprächsbedarf.

---

[72] Weinreich (2004), S.17
[73] Ebenda, S. 17f
[74] Ebenda, S. 20
[75] Ebenda, S.20f
[76] Ebenda, S.21

2. Methode und Analyse

2.1 Inhaltsanalyse vs. Diskursanalyse – was ist sinnvoll?

Es ist bereits angeklungen, dass die Methodenvielfalt der wissenschaftlichen Analyseverfahren die Rezipienten der Forschungstexte, aber auch die Wissenschaft selbst vor große Probleme stellt. Der Methodenpluralismus bringt den Forscher bei der Wahl der Methode zunächst in Bedrängnis: Welches Verfahren bietet sich an? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich? Welche Aussagekraft lässt sich durch welche Methode erreichen?

Die Literaturlage zur Untersuchung von Medieninhalten ist vielschichtig und die unterschiedlichen Autorenansätze erschweren selbst bei gleichartiger Methodentechnik den Zugang zum Thema. Neben Verfechtern quantitativer und qualitativer Analysemethoden treten seit einiger Zeit verstärkt Diskurstheoretiker auf, die in ihren Analysepraktiken Vorteile bezüglich des Untersuchungsdesigns sehen.

Diese Arbeit versucht die Vorteile der verschiedenen Möglichkeiten zu bündeln und nach einer kurzen Vorstellung der Methodentechniken der Inhaltsanalyse und der Diskursanalyse, die Vorzüge beider Vorgehen miteinander zu verschmelzen. Der Nutzen ist offenkundig: Prozesse, die in der Erhebung sehr aufwändig sind, denen aber kein adäquater Ertrag gegenübersteht, werden in der Untersuchung vernachlässigt. Faktoren, die allein in einer Inhaltsanalyse unausgesprochen geblieben wären, werden durch den Diskurs-Einsatz nun berücksichtigt. Bisher ist diese Form der Untersuchung in der Wissenschaft kaum zur Anwendung gekommen, obwohl die Methodenkombination neben gängigen Faktoren der Inhaltsanalyse weitere relevante Größen bewusst machen kann, die sonst unhinterfragt vorausgesetzt werden. Fraglich erscheint, ob es sinnvoll ist, die Methodenvielfalt mit der nachfolgenden Kombination von Inhalts- und Diskursanalyse nochmals auszuweiten. Dies kann und soll nicht Ziel dieser Arbeit sein – vielmehr wird versucht, mit der Begriffsverknüpfung den Pluralismus einzudämmen. Die Konzentration auf eine effektive und effiziente Ausrichtung der Arbeit soll einen Mehrwert an Information und Wissen vermitteln, ohne dabei die zwei Gütekriterien einer Messung, Reliabilität[77] und Validität[78], zu verletzen.

[77] Reliabilität = Zuverlässigkeit, d.h. intersubjektive Nachprüfbarkeit. Kann als das Ausmaß bezeichnet werden, in dem wiederholte Messungen eines Objektes mit einem Messinstrument die gleichen Ergebnisse liefern würde

[78] Validität = Gültigkeit eines Messinstruments . Man versteht darunter das Ausmaß, in dem das Messinstrument tatsächlich das misst, was es messen sollte.

Inhaltsanalyse

Die Inhaltsanalyse ist eine Methode zur Erhebung empirischer Daten. Sie wird seit Anfang des 20. Jahrhunderts angewandt und ist mittlerweile ein häufig genutztes Messinstrument zur Untersuchung von Inhalten der Massenkommunikation. Der Begriff „Inhaltsanalyse“, der aus dem Wortsinn „content analysis“ abgeleitet wurde, subsumiert dabei Wortbedeutungen wie *Aussageanalyse*, *Textanalyse* oder *Bedeutungsanalyse* und gilt weithin als akzeptierter umfassender Begriff.[79] Bis dahin hatte sich eine Reihe von Wissenschaftlern um die Entfaltung der Methode bemüht. Auf die wissenschaftlichen Wegbereiter wie Lazarsfeld, Laswell, Staton und Osgood sei an dieser Stelle – aufgrund der Themenstellung dieser Arbeit nur kurz – hingewiesen.

Die Entwicklung des Begriffs der Inhaltsanalyse, wie er bis heute verstanden wird, hängt jedoch maßgeblich mit den Untersuchungen von Berelson und Kracauer zusammen, die in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts die Forschung auf diesem Gebiet bestimmten. Berelson verstand die Inhaltsanalyse als eine Forschungstechnik zur objektiven, systematischen und quantitativen Beschreibung des manifesten (offenkundigen) Inhalts von Kommunikation. Sein wissenschaftlicher Gegner, Kracauer, war eher ein Verfechter der qualitativen Inhaltsanalyse. Neuere Autoren, wie Merten (1983), beschränken sich bei der Inhaltsanalyse nicht nur auf manifeste Inhalte. Ihm geht es nicht allein um die bloße Beschreibung von Inhalten und Aussagen, sondern darum, Schlussfolgerungen (Inferenzen) auf Einstellungen und Wirkungen zu untersuchen. Für ihn ist die Inhaltsanalyse eine „Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Inhalts auf Merkmale eines nicht-manifesten Kontextes geschlossen wird“.[80] Soziale Wirklichkeit ist „wie die Theorie des Konstruktivismus […] überzeugend aufgezeigt hat, nicht nur ein wie auch immer definierter Bestand an Objektivität, sondern selbst ein soziales Konstrukt“.[81]

Im Laufe der Entwicklung hat sich somit folgendes Verfahren durchgesetzt: Bei der quantitativen Inhaltsanalyse geht es um die Untersuchung des vordergründigen *manifesten Inhalts*. Der Text wird anhand eines eigens dafür entwickelten Kategorienschemas analysiert. Man ermittelt dabei die Häufigkeitsverteilungen von Textformeln u.ä. (beispielsweise Auszählung des Anteils der Sportberichterstattung am Gesamtumfang). Die qualitative Inhaltsanalyse geht einen Schritt weiter und versucht, Einstellungen im Text

[79] Vgl.: Merten, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. 2. Auflage, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995, S. 14
[80] Ebenda, S.59
[81] Ebenda, S. 334

zu erfassen sowie Sinn und Bedeutungen zu analysieren, die „zwischen den Zeilen stehen“. Somit werden auch versteckte *(latente) Inhalte* aufgezeigt.[82]
Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass mit der Inhaltsanalyse Aussagen über soziale Wirklichkeiten getroffen und Schlussfolgerungen gezogen werden sollen. Es gilt, umfangreiche Kommunikationsinhalte so zu klassifizieren, dass Aussagen über die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Inhalte getroffen werden können.[83] Als Vorteile der Inhaltsanalyse werden dabei immer wieder zwei Punkte angeführt: Zum einen wird die Tatsache hervorgehoben, dass „weder Produzenten noch Leser [von Presseerzeugnissen] durch die Inhaltsanalyse direkt betroffen sind“[84] – anders als beispielsweise bei Datenerhebungstechniken wie der „Befragung“ oder Formen der „Beobachtung“. Darüber hinaus wird in der „disziplinübergreifenden Verwendbarkeit der Methode“[85] ein Vorzug gegenüber anderen Analysemethoden gesehen.

Die fünf gebräuchlichsten Techniken der Inhaltsanalyse sollen nachfolgend stichwortartig benannt und beschrieben werden:[86]

- ***Raumanalyse*** (Ausmessung, Klassifizierung)
- ***Frequenzanalyse*** (Häufigkeit von Textinhalten)
- ***Valenzanalyse*** (Kategorienbildung, spezifische Beschreibung von Inhalten durch Angabe einer Bewertung)
- ***Intensitätsanalyse*** (wie Valenzanalyse, darüber hinaus Intensitätsmessung von Aussagen)
- ***Kontingenzanalyse*** (Überprüfung sprachlicher Elemente im Zusammenhang mit anderen Begriffen)

„Alle diese Techniken basieren auf der gleichen Vorgehensweise bei der Ermittlung und Aufbereitung des zu untersuchenden Materials“.[87] Zunächst erfolgt die Festlegung des Forschungsproblems, welches in diesem Fall durch das Thema der Arbeit vorgegeben ist. So gilt es zunächst zu ermitteln, welche Texte für den Zweck der Untersuchung relevant und darüber hinaus zugänglich sind. Nach der Recherche wurden folgende Kriterien für die Inhaltsanalyse dieser Arbeit festgelegt:

---

[82]Vgl.: Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass es auch Autoren gibt, die auf eine Unterscheidung zwischen quantitativer und qualitativer Inhaltsanalyse vollkommen verzichten. So ist für *Früh* Quantität und Qualität nur eine Frage des Messniveaus.
[83] Vgl.: Laaser / van Djik: Discourse and Communication. New Approaches to the Analysis off Mass Media. Berlin, New York, 1985, S.2
[84] Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung ; 4. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München, 1993, S. 409f
[85] Ebenda, S.410
[86] Vgl.: Laaser, S. 64f
[87] Schnell/Hill/Esser (1993), S. 411

1. Der ***Untersuchungszeitraum*** wurde auf die Zeit vom 12. April 2003 bis 18. Mai 2004 eingegrenzt. Die Zeitspanne entspricht dabei genau der Dauer, in der sich Leipzig in der internationalen Bewerbungsphase um die Olympischen Spiele 2012 befand.[88]
2. Die ***Zahl*** der in der Analyse berücksichtigten ***Presseerzeugnisse*** musste aufgrund der Vielzahl der Zeitungs- und Zeitschriftentitel eingeschränkt werden. Es handelt sich demnach um keine Gesamtanalyse, sondern um eine Stichprobe, die sieben Tageszeitungen *(Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Berliner Zeitung, Die Welt, taz, Leipziger Volkszeitung und Sächsische Zeitung)* eine Wochenzeitung *(Die Zeit)*, ein Nachrichtenmagazin *(Der Spiegel)* und ein Stadtmagazin *(Kreuzer)* berücksichtigt.[89]
3. Die ***Analysetechnik*** wird die ***Valenzanalyse*** angewandt. Sie beinhaltet nach der Bildung von Kategorien deren spezifische Beschreibung.[90]

Die wesentliche Entscheidung bei der Inhaltsanalyse ist die Entwicklung eines Kategorienkatalogs, der als „Leitfaden“ verschiedene Aspekte der Berichterstattung beleuchten soll. Er dient zur Systematisierung der quantitativen Erkenntnisse und später der Beschreibung der relevanten Gesichtspunkte. Der Kategorienkatalog wird demnach individuell festgelegt und ist nicht starr auf bestimmte Gesichtspunkte fixiert. Zudem muss er, je nach Wahl des zu untersuchenden Mediums, unterschiedlich ausfallen. Für Analysen der Presse können beispielsweise Kategorien wie Umfang der Berichterstattung, journalistische Darstellungsformen, Verwendung von Fotos oder das Verhältnis von Sport und Politik betrachtet werden. Bei TV-Analysen können neben Beitragslängen, Moderationsformen oder Marktanteile der Sendungen untersucht werden. Ähnlich verhält es sich bei Forschungen im Rundfunkbereich.

Für diese Arbeit wurde ein Kategorienkatalog entworfen, der relevante Gesichtspunkte der Presseberichterstattung über die Leipziger Olympiabewerbung aufzeigen soll. Im Kapitel 2.3 (Datenerhebung und Analyseergebnisse) wird eine solche Übersicht entwickelt und ausgewertet, im Abschnitt zuvor eine Auswahl der Presseerzeugnisse vorgenommen.

---

[88] Den nationalen Ausscheid hatte Leipzig gegen die Städte Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Stuttgart am 12. April 2003 für sich entschieden und wurde folglich als deutscher Kandidat in das internationale Bewerbungsverfahren geschickt.

[89] Eine Erläuterung der ausgewählten Presseerzeugnisse ist im Kapitel 2.2 dargestellt.

[90] Wie im Kapiteln 2.2 und 2.3 deutlich werden wird, bietet sich diese Form der Analyse an, da aufgrund der unterschiedlichen Recherchequalität der Presseartikel beispielsweise die Form der Raumanalyse ausfällt. Die Kategorienbildung bietet somit aus Autorensicht die beste Möglichkeit, die Ergebnisse der Analyse zu präsentieren

Diskursanalyse

„Offenbar gibt es im Bereich der Wissenschaften […] eine Fülle von Möglichkeiten, sich die Welt zu erklären bzw. sie zu deuten, von Möglichkeiten die so verschieden sind, dass es vorkommt, dass die eine Gruppe von Wissenschaftlern der gleichen Disziplin die Sprache und die Texte einer anderen (selbst der gleichen Disziplin) nicht mehr versteht und deshalb auch gar nicht zur Kenntnis nimmt. Die Sprache der anderen Gruppe wirkt wie eine Fremdsprache, die man sich oft erst mühsam aneignen muss. Trotz dieses Befundes ist es doch erstaunlich: – wie im Alltag auch – keiner denkt sich allzuviel dabei“.[91]

Die Worte Siegfried Jägers, neben Foucault und Habermas der Protagonist auf dem Gebiet der Diskurstheorie, deuten an, dass die Mittel, theoretische und methodologische Begründungen für empirische Untersuchungen bereitzustellen, unbegrenzt und beinahe beliebig austauschbar zu sein scheinen. Dabei herrscht zudem die Neigung vor, „die eigene Position bis hin zum eigenen Welterklärungsmodell für die alleinig richtige und ‚normale’ zu halten und alle Abweichungen davon als tendenziell falsch“.[92] Gleichzeitig fügen sich diese Autoren jedoch einem Wissenschaftspluralismus. *Jäger* erklärt diesen scheinbaren Widerspruch folgendermaßen: „Sie tun dies, weil es sie schützt: auch die eigene Position kann bestehen, auch wenn es tausende gibt, die davon abweichen. Selbstverständlich sind die anderen trotzdem alle falsch“.[93] Die wissenschaftliche Schattenboxerei endet dabei oftmals in sehr eigenen Publikationen wie der interkulturellen Zeitschrift *Die Brücke* oder in Beitragssammlungen über Diskussionsstandpunkte wie die *Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion*[94]. Für viele Leser nicht mehr nur „Fremdsprache“, sondern eine unüberwindliche wissenschaftliche Hürde.

Warum also Diskursanalyse, wenn die Literatur so undurchsichtig erscheint? Warum der Diskurs und die Diskurstheorie im Rahmen dieser Arbeit, wenn das Konzept seit ihrem Aufkommen umstritten ist? Die Antwort kann ganz pragmatisch nur heißen: Weil sie – abgesehen vom sprunghaften Literaturfundament – Vorteile bei der Bearbeitung konkreter Analysen bietet. Sie kann Zusammenhänge darstellen, die aus rein quantitativen Analysen nicht ablesbar sind. So werden neben sprachlichen Mitteln vor allem Wirkungsabsichten untersucht und gesellschaftliche Bedingungen betrachtet. In diesem Zusammenhang können Rückschlüsse auf Einstellungen und Positionen verschiedener

---

[91] Jäger, Siegfried: Die Wirklichkeit ist diskursiv. Vortrag auf dem DISS-Sommer-Workshop 1996 vom 13.-15. Juni in Lünen, S.1
[92] Ebenda
[93] Ebenda
[94] Vgl.: Maciejewski, Franz: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion. Band 1: Theorien ; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973

Personen oder Institutionen zu bestimmten Themen gezogen werden, die in einer reinen Inhaltsanalyse nur schwer wissenschaftlich zu belegen sind.

Für den Begriff Diskurs existiert in der Wissenschaft „keine einheitliche oder gar verbindliche Definition“.[95] Ursprünglich als Bezeichnung für eine systematische Abhandlung zu einem Thema verwendet, wird der Terminus in unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht. Diese sind nachfolgend in Stichworten kurz angedeutet[96]:

1. In der ***Linguistik***: der Begriff Diskurs bezeichnet hier in der Regel zusammenhängende Rede, konträre Texte.
2. Nach ***Habermas***: Die „Frankfurter Schule“ fasst den Begriff eher philosophisch auf. Er bezeichnet denjenigen Kommunikationstyp, mit dem sich Personen über den Geltungsanspruch von Normen verständigen.
3. Die ***Erzähltheorie***: bezieht den Diskursbegriff auf das Erzählen, die Narration.
4. ***Diskurstheoretisch***: bezeichnet disziplinübergreifend den Diskurs als System des Denkens und Argumentierens.

Als kreativer Denker wird immer wieder Michel Foucault (1926-1984) genannt, der den Begriff der Diskursanalyse durch seine verschiedenen Arbeiten geprägt hat. Auch wenn er den Begriff selbst oft uneinheitlich verwendet, bleibt als zentrale Aussage festzuhalten, dass die Diskursanalyse eine „genaue Untersuchung von Diskursen, ihren Funktionsweisen und Bedingungen“[97] ist. Die „Diskurse entstehen und regeln sich nicht aus sich selbst heraus, [sie sind] vielmehr Bestandteil von sozialen Kräfteverhältnissen von Praktiken der Macht“.[98] Auch dem Subjekt selbst kann „infolgedessen keine Autonomie mehr zugemessen werden: es ist abhängig von den Diskursen, in denen es erkennt und spricht und die es erst hervorbringen und ausmachen. […] Mit jeder Aussage gibt sich ein Sprecher als von den Diskursen geprägt zu erkennen und keineswegs freies Subjekt“.[99]

Jeder Mensch hat zu einem bestimmten Thema somit eine bestimmte Einstellung. Siegfried Jäger verweist in diesem Zusammenhang auf einen Komplex, der für diese Arbeit von zentraler Bedeutung sein soll. Die Einstellung zu einem bestimmten Thema im Rahmen der Diskursanalyse wird Diskursposition genannt. Es ist „der ideologische Ort,

[95] Winko, Simone: Diskursanalyse, Diskursgeschichte. In: Die westdeutsche Literatur 1945 bis 1990. Ein kritischer Überblick, Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1996, S. 463
[96] Vgl.: Ebenda, S. 463ff sowie Scharf, Wilfried: Anmerkungen zur Diskursanalyse. Ein Merkblatt des Zentrums für interdisziplinäre Medienwissenschaft, Göttingen, 2004, S. 2
[97] Winko (1996), S. 465
[98] Ebenda, S 468
[99] Ebenda, S. 471

von dem aus eine Teilnahme am Diskurs und dessen Bewertung erfolgt".[100] Der Autor einer Diskursanalyse nimmt immer eine Diskursposition ein, die eben keine Wahrheit produzieren kann, sondern selbst Teil des Diskurses ist. Die Grundannahme *Jägers* ist, dass „unser Weltwissen nicht auf ein angeborenes, kognitives Kategoriensystem rückführbar [ist], sondern auf gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme oder Ordnungen, die in und durch Diskurse produziert werden"[101]. Wissen oder gar „Wahrheit" existiert nicht außerhalb der Diskurse, sondern wird erst historisch-diskursiv erzeugt.[102] Die uns umgebende Wirklichkeit resultiert also aus den Diskursen, in die die jeweils agierenden Menschen verwickelt sind.

Daraus ergibt sich, dass Diskurse und Wissen immer sowohl zeitlich als auch gesellschaftlich gebunden sind und nicht universell gelten.[103] Die Diskursanalyse will das jeweils gültige Wissen der Diskurse ermitteln, das erfassen, was in einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt sagbar ist.[104] Sie geht also über die quantitativ erhobenen empirischen Befunde (der reinen Inhaltsanalyse) hinaus. Es reicht nicht aus „wie viele Artikel zu einem bestimmten Ereignis in einem bestimmten Medium erschienen sind und/oder wie häufig bestimmte inhaltliche Aussagen getroffen werden. Erst die Darstellung und Analyse der Gesamtheit der angesprochenen Inhalte und der dabei verwendeten sprachlichen Mittel in ihren Verästelungen zeigen die Relevanz der Thematik für die Entstehung von Inhalten (festem Wissen) im Massenbewusstsein".[105]

Als Arbeitsschritte einer Textbearbeitung als Diskursanalyse schlägt Jäger einen Entwurf vor, den er jedoch keineswegs als „Rezept" oder „Methode" verstanden wissen will. Er warnt sogar davor, die nachfolgende Gliederung einfach zu übernehmen.[106] Sie soll vielmehr als Einstiegshilfe dienen und nach der Textsichtung sowie der Art des zu untersuchenden Materials auf einzelne Punkte konzentriert werden:

I. Analyseschritte

1. Aufbereitung des Textes (Bsp. Zeilen nummerieren)
2. Text langsam und gründlich lesen
3. Genaue Inhaltsangabe

---

[100] Keller, Rainer / Hirseland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöfer, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 1, 2001

[101] Keller, Rainer: Diskursforschung, Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen ; Leske & Budrich, Opladen, 2004, S.57

[102] Vgl.: Jäger, Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung ; 2. Auflage, DISS, S.23

[103] Vgl.: Ebenda, S. 129

[104] Vgl.: Jäger, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- u. Dispositivanalyse, Uni Duisburg, 2004S. 81ff

[105] Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus,Münster,2003, S.31

[106] Vgl.: Jäger, Siegfried: Text und Diskursanalyse. Eine Einleitung zur Analyse politischer Texte , 4.Auflage, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg, S. 33ff sowie Scharf, Wilfried (2004), S.2

4. Inhaltsangabe der Kapitel
5. Bestimmen der Komposition
6. Bauelemente analysieren
7. Analyse der graphischen Form
8. Bestimmung der Textsorte / journalistische Darstellungsform

II. Analyse des sprachlichen Kontextes

1. Beitrag im Kontext zu mehreren Beiträgen
2. Charakterisierung der Zeitschrift, des Mediums
3. Autor
4. Andere Autoren im Medium
5. Redaktion
6. Andere Redaktionen
7. Verortung der Gesellschaft
8. Bezug zum Diskurs oder zu Diskursen

III. Beantwortung folgender Fragen

1. Welche Botschaft versucht der Text zu vermitteln?
2. In welchen weltanschaulichen (ideologischen) Rahmen geschieht das?
3. Welche Zielgruppe?
4. Welche sprachlichen und propagandistischen Mittel?
5. Welche Wirkung ist beabsichtigt?
6. Welche gesellschaftlichen Bedingungen und Diskurse gehen ein?

Die Schwierigkeiten einer diskursanalytischen Betrachtung liegen zum einen darin, dass eine erhebliche Menge an Informationen präsentiert werden soll. Die Bezugnahme des Autors bleibt oft beliebig, wenn keine Auswahlkriterien benannt werden. Damit bliebe die Konklusion oft nicht nachvollziehbar. Zum anderen besteht ein Problem in der Präsentation selbst. Viele Autoren, die sich diskursanalytischen Betrachtungen angenommen haben, neigen zu „wohlklingenden […] Formulierungen, [die] nicht selten auf Kosten der argumentativen Prägnanz und Klarheit“[107] gehen.

Aufgabe dieser Arbeit soll es sein, Deutungen des Themas „Warum die Leipziger Olympiabewerbung scheiterte“ systematisch und nachvollziehbar anzulegen und zur Diskussion zu stellen. Die weiter reichenden Möglichkeiten der Kombination von Inhaltsanalyse und Diskursanalyse stellen Vorteile und daraus resultierend einen Erkenntnisgewinn dar.

[107] Winko (1996), S. 478

2.2 Auswahl der Presseerzeugnisse

Bei der Vielzahl der in Deutschland erscheinenden Presseerzeugnisse ist es für die Arbeit unerlässlich, die Zahl der zu untersuchenden Blätter zu begrenzen. Nach gründlicher Recherche und Sichtung des zur Verfügung stehenden Materials ist die Stichprobe auf folgende Presseprodukte begrenzt worden:

1. **Lokale Presse:**
   - Leipziger Volkszeitung (Lokalzeitung)
   - Kreuzer (Stadtmagazin)
2. **Regionale Presse:**
   - Sächsische Zeitung (Regionalzeitung Sachsen)
3. **Überregionale Presse:**
   - Berliner Zeitung
   - Die Welt
   - Frankfurter Allgemeine Zeitung
   - Süddeutsche Zeitung
   - Die tageszeitung (taz)
   - Der Spiegel (Wochenmagazin)
   - Die Zeit (Wochenzeitung)

Zu den Gründen der Auswahl sei folgendes angemerkt: Es wurde versucht, eine heterogene Quellengrundlage in der Untersuchung sicherzustellen. So fließen neben lokalen und regionalen vor allem überregionale Presseerzeugnisse in die Analyse ein, um ein möglichst sachdienliches, repräsentatives und objektives Abbild der Berichterstattung über die Leipziger Olympiabewerbung zu gewährleisten. Für die Betrachtung sind dabei vor allem die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Art der Berichterstattung von Bedeutung. Darüber hinaus wurde auch eine „Mischung“ in Bezug auf die Pressegattung vorgenommen. So finden sich neben sieben Tageszeitungen auch ein Wochenmagazin, eine Wochenzeitung und ein Stadtmagazin in der Untersuchung wieder. Die starke Präsenz von Tageszeitungen ergab sich nach den ersten Überlegungen und Quellensichtung und kann durchaus als Spiegelbild der Präsenz innerhalb der Berichterstattung betrachtet werden.

Der Gesamtumfang der ausgewählten Zeitungen und Magazine erscheint auf den ersten Blick als überhöht. So könnte die Berücksichtigung von fünf überregionalen Tageszeitungen auf den ersten Blick als überzogen angesehen werden. Aber im Laufe der Aus-

führungen wird sich zeigen, dass sich gerade am Beispiel der überregionalen Tageszeitungen die vorherrschenden Diskurse sehr gut darstellen lassen. Vor allem die unterschiedlichen Wesensmerkmale der überregionalen Presse selbst und die Abweichungen in Bezug auf die Lokal- und Regionalpresse machen die Berücksichtigung (auch oder gerade in diesem Umfang) nötig.

Der Zeitraum ist, wie bereits erwähnt, auf die internationale Bewerbungsphase Leipzigs begrenzt. Somit fließen alle Artikel vom 12. April 2003 bis 18. Mai 2004 der oben genannten Presseerzeugnisse in die Untersuchung ein. Für die Beschaffung der Materialien wurden drei unterschiedliche sich ergänzende Wege beschritten. Diese waren erforderlich, da in den Göttinger Bibliotheken nicht die Möglichkeit bestand, alle Beiträge der oben genannten Zeitungen zu recherchieren.

1. Schritt: Alle in Göttinger Universitätsbibliotheken verfügbaren Beiträge (*Die Welt*, F*rankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *taz* sowie *Der Spiegel* und *Die Zeit*) gesammelt und für die Analyse aufbereitet. Dazu wurden alle Artikel kopiert und nach Erscheinungsdatum und Quelle sortiert.

2. Schritt: Alle im Untersuchungszeitraum liegenden Ausgaben des *Kreuzer* Stadtmagazins im Analysezeitraum wurden auf Nachfrage von der Leipziger Redaktion per Post zugesandt. Die Artikel wurden ebenfalls (wie in Schritt 1) nach Erscheinungsdatum und Quelle sortiert.

3. Schritt: Es galt, die noch fehlenden Beiträge der *Leipziger Volkszeitung*, *Sächsischen Zeitung* und der *Berliner Zeitung*, die nicht in der Göttinger Universitätsbücherei archiviert sind, zu beschaffen. So wurden zunächst in der Datenbank *ZDF.sphinx* alle Artikel der oben genannten Presseerzeugnisse zum Arbeitsthema ermittelt. Die Datenbank enthielt Artikel dieser Presseerzeugnisse mit Autoren- und Seitenzahlangabe in digitalisierter Form. Da die Datenbank jedoch nicht alle, für die Analyse dieser Arbeit zwingend notwendigen, Artikel aufwies, wurde ein weiterer Weg zur Beschaffung des Materials gewählt. Beiträge der *Berliner Zeitung* ließen sich im für alle Leser offenen Internetarchiv der Zeitung einsehen, in dem man auf Beiträge vom April 1994 bis heute, ressortübergreifend zugreifen kann.

Schwieriger gestaltete sich die Suche nach den Artikeln der *LVZ* und der *Sächsischen Zeitung*: Unter der Internetdomain www.olympiabewerber.de fanden sich die noch fehlenden Beiträge. Hier wird der interessierten Öffentlichkeit eine umfassende Dokumentation der deutschen Presseerzeugnisse zum Download angeboten. Die Betreiber der

Seite (*CMC – Agentur für Kommunikationsmanagement*) haben Beiträge zum Thema der Leipziger Olympiabewerbung seit dem 12. April 2003 gesammelt. Sie wurden ausgeschnitten und digital aufgearbeitet, sodass dem Leser ein kompletter Medienspiegel zur Verfügung gestellt werden konnte. Nach Erscheinungsdatum geordnet, müssen dann noch die relevanten Texte gefiltert werden. Die bereits im *ZDF.sphinx* gesammelten Daten wurden so komplettiert, sodass sichergestellt werden konnte, dass alle erschienenen Artikel der vorgesehenen Presseerzeugnisse im Untersuchungszeitraum Berücksichtigung fanden.

Die beschriebene Form der Presseauswahl hat Vor- und Nachteile: Nachteilig muss beschieden werden, dass durch die unterschiedliche Art der Beitragsgewinnung ein höherer Rechercheaufwand zu verzeichnen war. Da nicht alle ausgewählten Presseerzeugnisse in Göttingen verfügbar waren, mussten alternative Recherchemöglichkeiten ermittelt werden. Zudem ist eine Analyse der Fotos nicht möglich, da sowohl in der *ZDF.sphinx* - Datenbank als auch der Internetseite www.olympiabewerber.de keine validen Informationen verfügbar sind. So sind weder für die *Berliner Zeitung*, noch für die *LVZ* und die *Sächsische Zeitung* genaue Angaben zum Umfang der Fotos innerhalb der Berichterstattung möglich. Daher wird auf eine Betrachtung der Fotos komplett verzichtet. Darüber hinaus sind die Artikel zwar mit einem Datum versehen worden, die Angaben zur Platzierung im Presseerzeugnis fehlen jedoch. Daher sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass fehlende Angaben in den Fußnoten, dem hier dargelegten Problem geschuldet sind und die Seitenangaben keineswegs bewusst oder fälschlicherweise entfernt wurden.

Die Vorzüge liegen in der ortsungebundenen Möglichkeit der Beitragsgewinnung durch die Datenbank und das Internet. Ohne diese beiden Möglichkeiten der Recherche wäre eine Beschaffung der Presseartikel aus *Leipziger Volkszeitung*, *Berliner Zeitung* und *Sächsischer Zeitung* nur schwer möglich gewesen. Durch die professionelle Aufbereitung des Internet-Medienspiegels und der *ZDF.sphinx*-Datenbank lässt sich trotz des erhöhten Rechercheaufwandes ein nicht unerheblicher Zeitgewinn bei der Quellenanalyse konstatieren.

2.3 Datenerhebung und Analyseergebnisse

Nachfolgend wird, wie im Kapitel 2.1 angedeutet, eine quantitative Inhaltsanalyse vorgenommen. Sie zeigt auf, wie viele Beiträge in die Untersuchung eingingen, unterscheidet nach einzelnen Presseerzeugnissen und versucht, erste Anhaltspunkte über die Art der „Olympia-Berichterstattung“ zu geben.

Der Untersuchungszeitraum begann mit dem Gewinn des nationalen Ausscheids der sächsischen Bewerberstadt am 12. April 2003 und endete mit der Entscheidung des IOC, Leipzig nicht den Status einer offiziellen Bewerberstadt für die Olympischen Spiele 2012 zuzuerkennen. Insgesamt gingen so Beiträge aus über einem Jahr in die Analyse ein. Genau 403 Tage hatten die Leipziger Olympia-Verantwortlichen Zeit, die Bewerberstadt im internationalen Wettbewerb mit den Städten Paris, London, Madrid, New York, Moskau, Rio de Janeiro, Istanbul und Havanna zu profilieren. Am 18. Mai 2004 entschied das IOC mit nur fünf Städten in die letzte Ausscheidungsrunde um die Spiele 2012 zu gehen. Die Stadt, die den Zuschlag für die Olympischen Spiele erhält, wird am 6. Juli 2005 in Singapur bekannt gegeben. Leipzig hingegen scheiterte in der Vorrunde.

Der Weg bis zu dieser Vorrunden-Entscheidung ist von den deutschen Medien begleitet worden. Die Tendenzen innerhalb der Presseberichterstattung waren dabei oft unterschiedlich und die Diskurse innerhalb der Publikationen in Teilen divergent, worauf an späterer Stelle ausführlich Bezug genommen werden soll. An dieser Stelle wurde der Untersuchungszeitraum zunächst in drei Phasen unterteilt, an deren Beginn jeweils Ereignisse standen, die innerhalb der Leipziger Bewerbung und Berichterstattung charakteristische Zeitpunkte kennzeichneten.[108] Die Phasen waren unterschiedlich lang und, wie sich zeigen wird, in Art und Weise sowie Umfang und Häufigkeit zudem auch äußerst heterogen.

1. Phase: (12. April 2003 – 3. Oktober 2004) – 174 Tage

Die Phase war geprägt durch den Gewinn des nationalen Ausscheids und die Gründung der neuen Bewerbergesellschaft „Leipzig 2012 GmbH“. Auseinandersetzungen auf politischer und persönlicher Ebene belasteten den Start in den internationalen Wettbewerb.

2. Phase: (4. Oktober 2003 – 18. November 2003) – 46 Tage

Stasivergangenheiten und Vorwürfe eines unsauberen Geschäftsbetriebs der Bewerber-GmbH rückten in den Fokus der Berichterstattung. Im Mittelpunkt stand dabei Ge-

[108] Unterstützend kann hierbei die im Anhang bereitgestellte Chronologie geben. Hier sind die wichtigsten Ereignisse rund um die Leipziger Olympiabewerbung aufgezeigt. Die Phaseneinteilung findet darüber hinaus ihren Ausschlag im zweiten Abschnitt der Arbeit (B), in dem die gesamte Bewerbungsphase mittels der Diskursanalyse betrachtet wird.

schäftsführer Dirk Thärichen, der nur kurze Zeit später seines Amtes enthoben wurde. Im weiteren Verlauf kam es zu weiteren Rücktritten und Entlassungen innerhalb der Olympia-GmbH und in Reihen der Politik. Ein Rückzug der Bewerbung wurde erwogen, nach intensiven Gesprächen zwischen dem Aufsichtsrat der GmbH und Vertretern aus Politik und Wirtschaft jedoch nicht vollzogen.

3. Phase: (19. November 2003 – 18. Mai 2004) – 182 Tage
Die Bundespolitik griff in die Bewerbung ein. Mit Innenminister Otto Schily und Manager Peter Zühlsdorff sollte das Vorhaben wieder auf einen möglichst aussichtsreicheren Kurs gebracht werden. Im Mai 2004 fällte das IOC die Entscheidung gegen Leipzig als offizielle Bewerberstadt für die Olympischen Spiele 2012.

In Anlehnung an die beschriebenen Eigenschaften einer Inhaltsanalyse ist nach der Sichtung des vorliegenden Materials ein Kriterienkatalog entwickelt worden. Explizit wurden in den zehn ausgewählten Presseerzeugnissen folgende Daten untersucht:

- **Zahl der Beiträge**
  - Gesamt
  - Nach Publikation
  - Nach Phasen
- **Verwendung journalistischer Darstellungsformen**
  - Gesamt
  - Nach Publikation
  - Nach Phasen
- **An der Berichterstattung beteiligte Journalisten und Autoren**
  - Gesamt
  - Nach Publikation
- **Verhältnis von Journalisten und Journalistinnen**
  - Gesamt
  - Nach Publikation

Aufgrund der unterschiedlichen Recherchequalität musste auf eine Flächenmaßanalyse (Umfang der Berichterstattung in Recheneinheiten) sowie Angaben zu Umfang und Häufigkeit von Fotos verzichtet werden. Dies ist aus Faktensicht sicher zu bedauern, für die Aussagefähigkeit der Analyse jedoch nicht merklich von Nachteil. So lassen sich beispielsweise aus der Zahl der Fotos nur schwerlich Rückschlüsse auf die Berichterstattung und Diskurse ziehen.

Zahl der Beiträge

Für die Erhebung der Daten wurden alle Beiträge einer Publikation nach Erscheinungsdatum sortiert und anschließend ausgezählt. In die Messung gingen Artikel jeglicher Art ein, aus deren Inhalt der Bezug zur Leipziger Olympiabewerbung deutlich wurde. Insgesamt wurden im Betrachtungszeitraum ***1197 Beiträge*** gezählt. Aufgeschlüsselt nach den Presseerzeugnissen ergab sich demnach folgendes Bild:

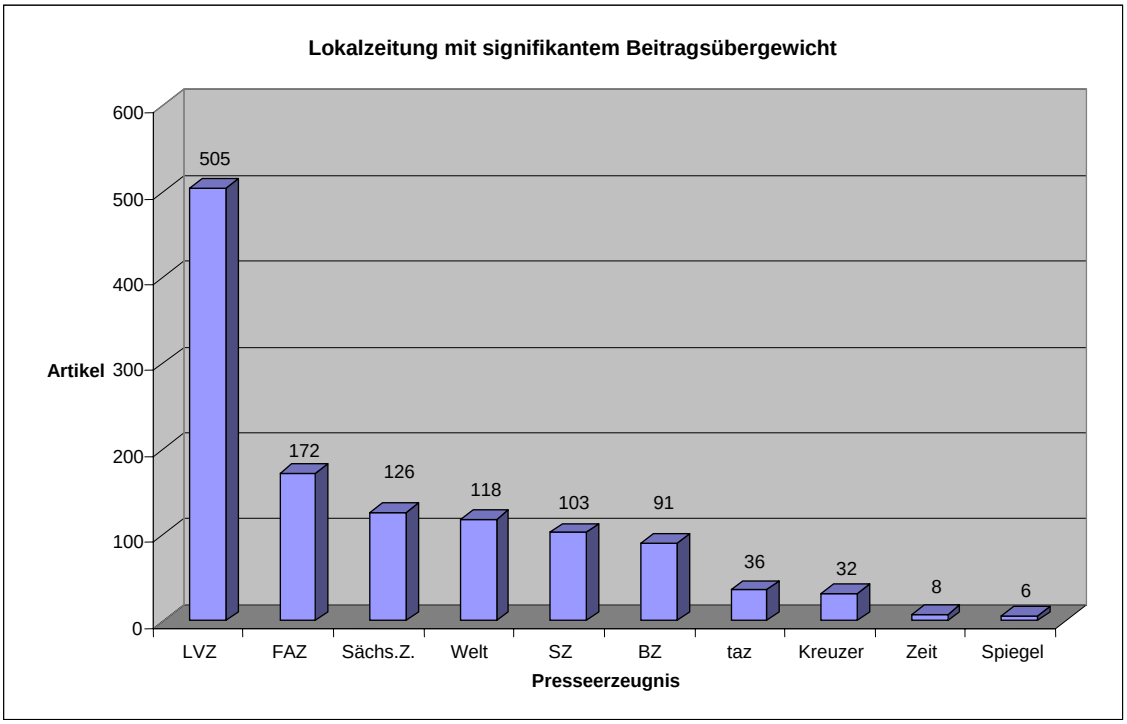


Abbildung 3: Anzahl der Beiträge nach Presseerzeugnissen im Untersuchungszeitraum.

Ersichtlich wird eine Dominanz der *LVZ*, was den Umfang der Berichterstattung angeht. Die Tatsache ist nicht überraschend, da das Blatt als Lokalmonopolist (neben der *BILD*) die einzig tagesaktuelle Zeitung in Leipzig darstellte. So berührte die Olympiabewerbung hier nicht nur, wie zumeist in den überregionalen Zeitungen, Themen des Sports und der Sportpolitik, sondern vor allem die lokale Berichterstattung. Neben lokalpolitischen Themen beleuchtete die *LVZ* die gegenwärtige Infrastruktur Leipzigs und analysierte die Auswirkungen der Bewerbung auf die Stadt. Mit eigens ins Leben gerufenen Serien wie „Olympia intern“ oder „Nachdenken über Leipzig“ wurden die Leser nahezu jede Woche mit Hintergrund- und Randgeschichten zum Thema Olympia versorgt. Die Lokalzeitung (505) veröffentlichte im Untersuchungszeitraum fast allein so viele Beiträge wie alle überregionalen Tageszeitungen zusammen (520). Nicht bei allen Lesern kam die teilweise sehr ausführliche Berichterstattung gut an: So bemängelten einige Leserbriefe den oft „fadenscheinigen Bezug“ zum Olympiathema. „Scheinbar wird jede

Geschichte, die auch nur im Entferntesten mit Leipziger Sport zu tun hat, mit dem Olympialogo verziert und so getan, als ob dies ein Plus im Kampf um die Spiele wäre.“[109] Ein Bericht vom 14. Juli 2003 gab beispielsweise Auskunft darüber, dass Leipzig die Bogenschützen-Weltmeisterschaft für das Jahr 2007 in die Stadt geholt hatte. Die *LVZ* sah darin einen Punktgewinn im Rennen um die Olympischen Spiele und setzt die WM in einen vermeidlichen Zusammenhang mit der „Vision 2012.“

Die Zahl der Beiträge in den überregionalen Tageszeitungen war ausgeglichen. Einzig die *taz* stellte mit 36 Beiträgen das „Schlusslicht“ im Vergleich der tagesaktuellen Presse dar. Als Grund dafür dürfte die weniger starke Fokussierung auf Sportthemen im Blatt verantwortlich sein.

Auf den ersten Blick erstaunlich ist die relativ geringe Zahl der Beiträge der *Sächsischen Zeitung*. Das sinkende Interesse des Regionalblattes an der Olympiabewerbung hatte jedoch zwei Hintergründe: Die Zeitung gehört in Teilen zum Verlag *Gruner & Jahr*, mit dem Sitz in Hamburg. Die Hansestadt schied im nationalen Ausscheid gegen Leipzig aus. Später machte die Abkehr vom sächsischen Regionalkonzept, hin zu einem einzig allein auf Leipzig fußenden Entwurf, die Bewerbungsabsichten und -aussichten für die Zeitungsmacher der Regionalzeitung mit Sitz in Dresden weniger relevant. Vermutlich wäre die Zahl der Beiträge bei einer Einbeziehung der Regionen Dresden, Chemnitz, Halle umfangreicher ausgefallen.

Auffällig blieb die geringe Artikelzahl in der *Zeit* und im *Spiegel*. Aufgrund der wöchentlichen Erscheinungsweise war und ist ein tagesaktueller Themenbezug in der Berichterstattung kaum möglich und daher eher selten. Vielmehr fanden sich bei der Wochenzeitung und dem Wochenmagazin Hintergrundberichte, die in der Regel inhaltlich weitaus umfangreicher sind als die Artikel der Tagespresse. So kamen, trotz der geringen Zahl der Beiträge, viele Diskurse vor, wobei auffällig wurde, dass beide Publikationen die Bewerbung bereits im November 2003 als gescheitert betrachteten. Vor diesem Hintergrund erklärt sich scheinbar auch die eher geringe Relevanz des Themas.

Das in Leipzig erscheinende Stadtmagazin *Kreuzer* kam im Untersuchungszeitraum auf 32 Beträge zum Thema Olympiabewerbung. In den vierzehn Ausgaben, die in die Analyse eingingen, erschienen nur drei Hefte (Mai, Juli und Oktober 2003) ohne einen Beitrag zum Leipziger Olympia-Vorhaben. Die vergleichsweise hohe Zahl der Beiträge lässt sich vor allem dadurch erklären, dass die Olympiabewerbung innerhalb der Bevölkerung einen hohen Stellenwert besaß. Als Magazin für die Menschen der Stadt ver-

[109] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004)

suchte der *Kreuzer* dem Leserinteresse in einem hinreichenden Maß Rechnung zu tragen. Beachtenswert war bei der Analyse der Beiträge die Entwicklung der Artikelzahl im Zeitverlauf. Wie die Abbildung zeigt, sind in der zweiten Phase nahezu gleich viele Beiträge erschienen wie in Phase 1.

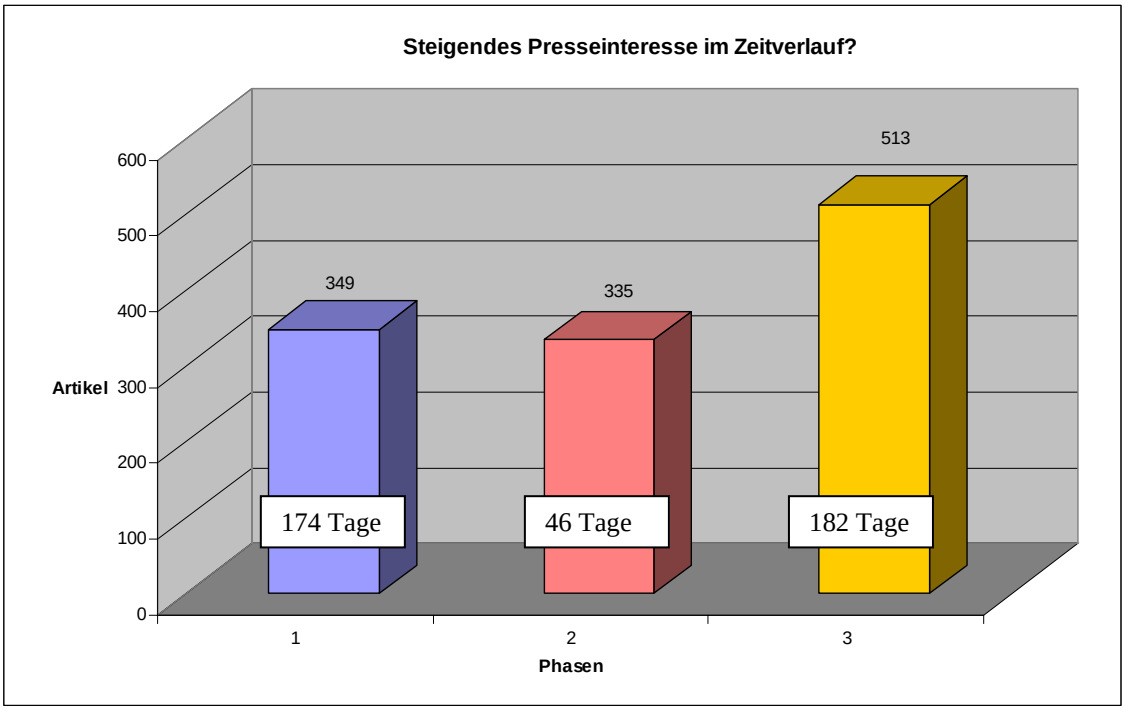


Abbildung 4: Anzahl der Beiträge im Phasenverlauf

Setzt man dies allerdings in Bezug zu den Tagen der Untersuchung, wird deutlich, dass es sich keineswegs um eine gleichartige Verteilung handelt. Vielmehr sind nach dieser Berechnung in Phase 2 viermal so viele Beträge erschienen, wie in Phase 1. Selbst in Relation zur dritten Phase, sind die Beiträge in den Oktober- und Novembertagen 2003 weitaus häufiger ausgefallen. Man kann also festhalten, dass das Presseinteresse (gemessen an den veröffentlichten Beträgen) in der zweiten Phase am größten ausgefallen ist. Die Gründe dafür werden in der diskursanalytischen Betrachtung ausführlich dargestellt.

Abschließend wurden die Zahl der Beiträge nach Phasen und Publikation aufgeschlüsselt (siehe dazu Abbildung 3). Hier bestätigte sich die These, dass die *Sächsische Zeitung* die Berichterstattung im Zeitverlauf eingeschränkt hat. Nach noch 64 Artikeln in der ersten Phase der Bewerbung, waren es (in der zeitlich vergleichbaren) dritten Phase weniger als die Hälfte (30). Im Gegensatz dazu hatte die *LVZ* die Zahl der Beiträge und somit den Umfang der Berichterstattung merklich erhöht.

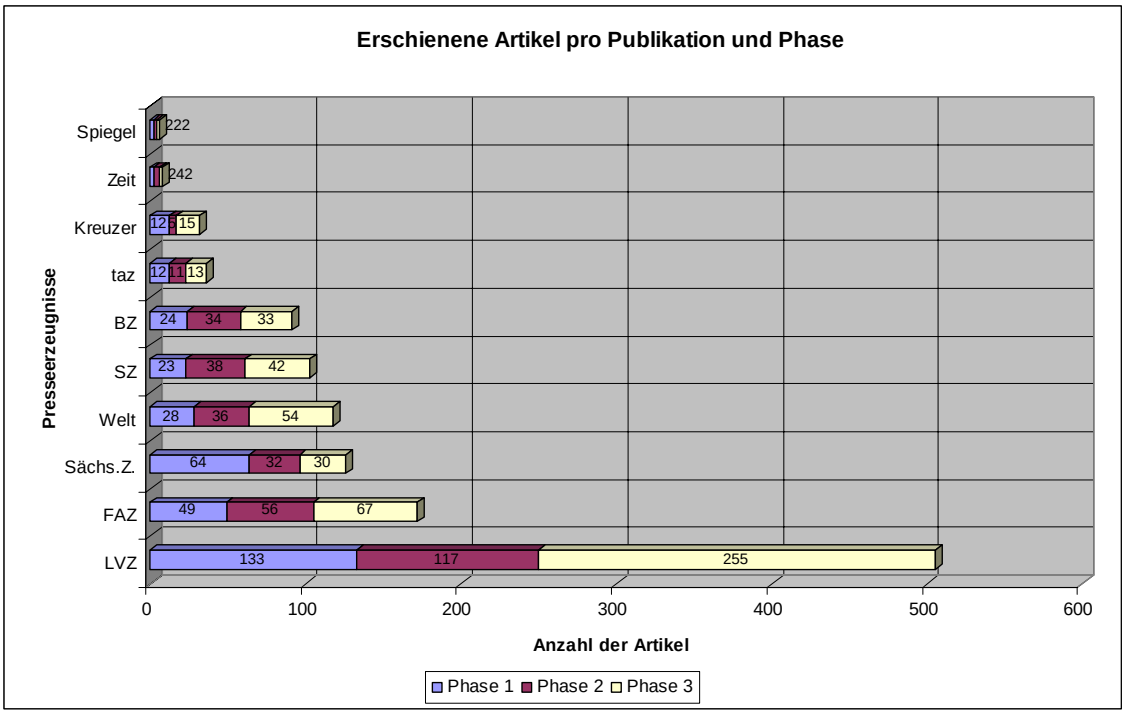


Abbildung 5: Anzahl der Beiträge pro Presseerzeugnis im Phasenverlauf

Zahl der journalistischen Darstellungsformen

Im zweiten Schritt der Untersuchung wurde anhand des erstellten Kriterienkatalogs die Verwendung journalistischer Darstellungsformen überprüft. Journalistische Darstellungsformen sind formal charakteristische Arten, in denen ein zur Veröffentlichung in den Massenmedien bestimmter Stoff gestaltet ist. Die Presse bediente sich verschiedener Stilmittel, um den Lesern möglichst anschauliche und verständliche Ausdrucksmittel zu präsentieren, bei gleichzeitiger Beibehaltung der sachlichen Prägnanz. Folgende Darstellungsformen wurden unterschieden[110]:

- **Meldung** (Nachricht) – im Allgemeinen knapp und prägnant formuliert. Sie informieren – soweit das möglich ist – unpersönlich und sachlich über die ***vier W´s*** (Was, Wer, Wann, Wo).

- **Bericht** – sind längere Meldungen oder Nachrichten. Ihr Aufbau ist variabler, zumal sie nicht nur die vier unerlässlichen W´s, sondern auch das ***Wie*** und ***Warum*** behandeln.

- **Reportage** – ein tatsachenorientierter, aber persönlich gefärbter ***Erlebnisbericht***. Die Lebhaftigkeit dieser Darstellungsform resultiert aus dem Wechsel der Perspektive oder dem Wechsel der Aktualität.

- **Interview** – neben Stilform auch Recherchemethode. Durch Fragestellungen und Formulierungen wird versucht, Tatsachen, Meinungen und Einstellungen zu sammeln.

[110] Vgl.: Behning, Stefan: Die Sportberichterstattung der Süddeutschen Zeitung; Göttingen, 1999, S. 7f

- **Kommentar** – ist eine sachbezogene Meinungsform. Er argumentiert, indem er Tatsachen in Zusammenhänge stellt, das Entstehen von Meinungen untersucht und deren Bedeutung diskutiert. (Unter den Begriff des Kommentars wurden auch ***Glossen*** gefasst, die sich durch die zugespitzte Art der Argumentation und vor allem die Verwendung von Ironie und Satire auszeichnen).

- **Sonstiges** – Unter „Sonstiges“ wurden die den anderen Formen nicht zuzuordnenden journalistischen Stilmittel zusammengefasst. Dies sind neben Schaukästen mit biografischen Angaben zu Personen auch Statistiken, Darstellungen über Zeitabläufe und Legenden.

In der vorliegenden Untersuchung wurden alle vorliegenden 1197 Beiträge gesichtet, analysiert und einer Darstellungsform zugeordnet. Das Diagramm zeigt die vorkommenden Darstellungsformen im Überblick:

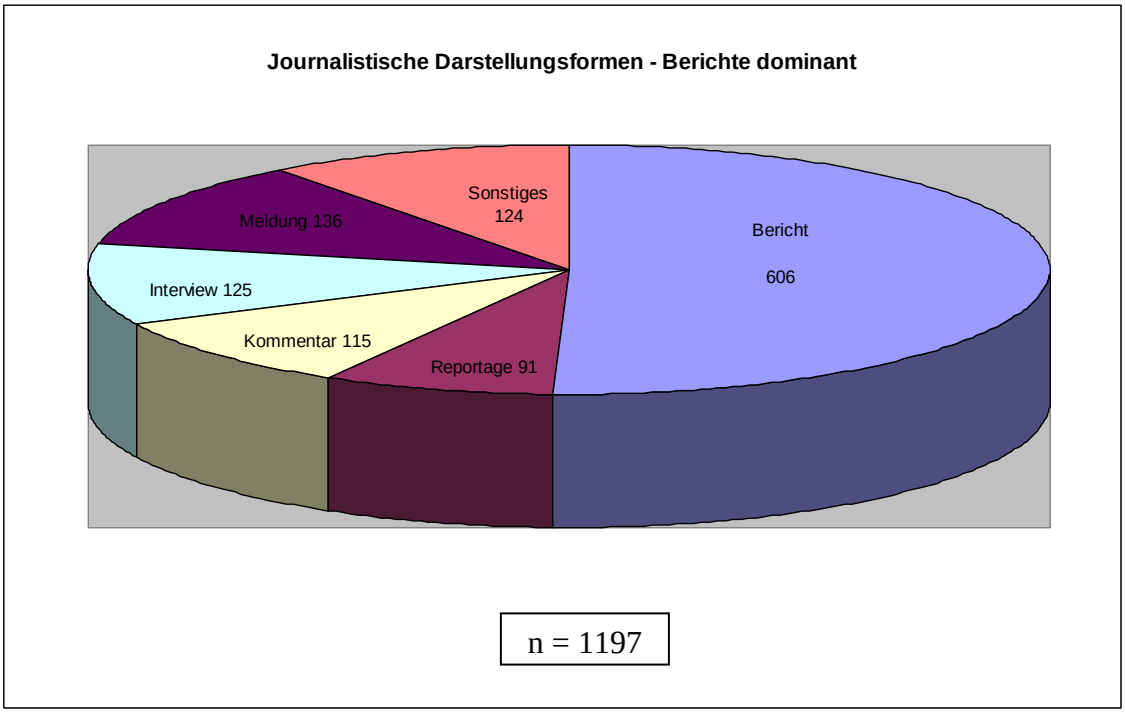
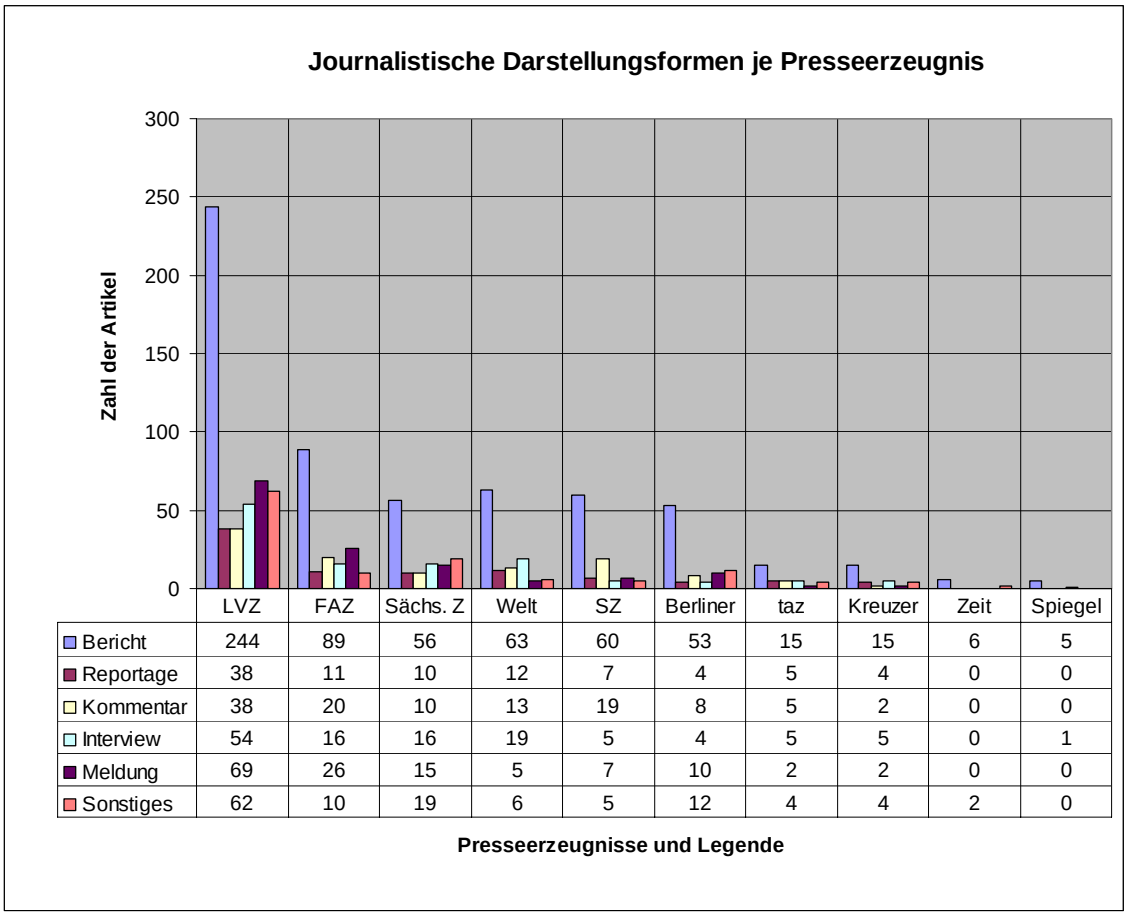


Abbildung 6: Aufschlüsselung der verwendeten journalistischen Darstellungsformen

Die eindeutig vorherrschende journalistische Form war der Bericht, mit einem Aufkommen von 606 wird er in über fünfzig Prozent der Fälle als Mittel der Berichterstattung genutzt. Über die gesamte Stichprobe gesehen verteilen sich die anderen Darstellungsformen fast uniform – einzig die Reportage, die oftmals umfangreiche Recherche und einen höheren Zeitaufwand erfordert, war mit 91 gezählten Beiträgen die am wenigsten genutzte Darstellungsform. Bemerkenswert erschien die Zahl der Kommentare, die mit 115 gezählten Beiträgen eine verhältnismäßig starke Beachtung fanden. Knapp

zehn Prozent der erhobenen Artikel waren somit Meinungsbeiträge – ein für Presseerzeugnisse ungewohnt hoher Wert. Signifikante Häufigkeitsunterschiede in Bezug zu den weiteren Darstellungsformen (mit Ausnahme des Berichts) ließen sich nicht feststellen. Dies lässt darauf schließen, dass die Journalisten und Journalistinnen beim Thema Olympiabewerbung 2012 den Lesern im erhöhten Maße meinungsgeprägte Standpunkte und Ansichten aufzeigen wollten.

Eine detailliertere Betrachtung erlaubt Einblicke, welche Darstellungsform in welchem Blatt die höchste Berücksichtigung erhielt. Dafür wurde eine Auflistung der journalistischen Darstellungsformen nach Publikation vorgenommen. Allen gemein war die Dominanz des Berichts als die am häufigsten gebrauchte Darstellungsform. Wissenschaftlich interessant war jedoch vor allem der Blick auf den nachfolgenden unterschiedlichen Gebrauch der Darstellungsformen. Die verschiedenen Publikationen setzen in ihrer Arbeit auf ganz unterschiedliche Verwendungsformen, wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist.



	LVZ	FAZ	Sächs. Z	Welt	SZ	Berliner	taz	Kreuzer	Zeit	Spiegel
Bericht	244	89	56	63	60	53	15	15	6	5
Reportage	38	11	10	12	7	4	5	4	0	0
Kommentar	38	20	10	13	19	8	5	2	0	0
Interview	54	16	16	19	5	4	5	5	0	1
Meldung	69	26	15	5	7	10	2	2	0	0
Sonstiges	62	10	19	6	5	12	4	4	2	0

Abbildung 7: Aufschlüsselung der journalistischen Darstellungsformen nach Presseerzeugnis

Während die *LVZ* und die *FAZ* verstärkt auf Meldungen setzten, fiel bei der *Süddeutschen Zeitung* die Häufigkeit der Verwendung des Kommentars auf: 19 von insgesamt 103 Beiträgen waren Kommentare – das sind fast 20 Prozent. Demgegenüber nutzen *Die Welt* und die *Sächsische Zeitung* vermehrt das Interview als Darstellungsform innerhalb der Berichterstattung. Die *taz* hingegen war bei der Wahl der Präsentationsform nicht einseitig ausgerichtet, sowohl Reportage als auch Kommentar und Interview wurden jeweils fünfmal ausgewählt. Es bleibt festzuhalten, dass mit Ausnahme der *Zeit* und des *Spiegel* in den ausgesuchten Presseerzeugnissen alle Darstellungsformen vorkamen.

An der Berichterstattung beteiligte Autoren

Die Auszählung aller an der Berichterstattung über die Olympiabewerbung beteiligten Autoren ergab den Wert von 189. Untergliedert nach Publikation ergab sich folgende Darstellung[111]:

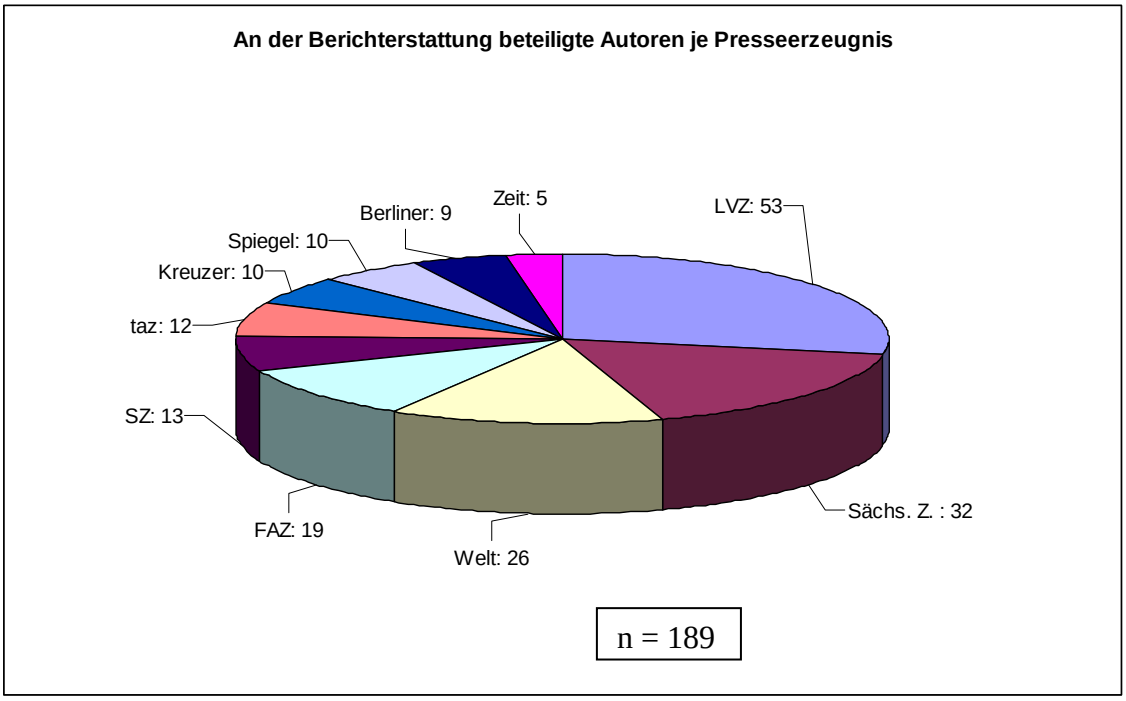


Abbildung 8: Anzahl der Autoren je Presseerzeugnis im Untersuchungszeitraum

Es zeigte sich, dass die *Leipziger Volkszeitung* die meisten Autoren in die Berichterstattung einbezog. Mit 53 Autoren überwog die *LVZ* die anderen Blätter in diesem Bereich deutlich. Dies dürfte darin begründet sein, dass die Zeitung neben der Vielzahl der Artikel auch ressortübergreifend über die Bewerbungsphase Leipzigs berichtet hat.

[111] Gezählt wurden alle Autoren, die mindestens einmal während des Untersuchungszeitraums in einer der analysierten Presseerzeugnisse veröffentlicht hat. Sollten Autoren in unterschiedlichen Publikationen veröffentlicht haben, so wurden sie auch für beide oder mehrere Blätter als Autoren gezählt.

In der überregionalen Tagespresse war die Leipzig-Berichterstattung meist Aufgabe von Sportjournalisten. Der Großteil der Beiträge wurde dabei von einem eher kleinen Kreis von Journalisten publiziert. Das markanteste Beispiel war das der *Berliner Zeitung*: Hier zeichnete Jens Weinreich für 69 von insgesamt 91 Beiträgen verantwortlich. Nimmt man die (nicht selbst verfassten) Agenturmeldungen aus der Betrachtung heraus, sind es 69 von 81 Artikeln, was einem Anteil von fast 85 Prozent entspricht. Ähnliche Tendenzen, aber weniger extrem, ließen sich auch bei der *Süddeutschen Zeitung* (Kistner, Caceres), der *Welt* (Winterfeldt, Müller), der *taz* (Ketterer, Völker) und der *FAZ* (Waldbröl, Reinsch, Burger) beobachten.

In der *Sächsischen Zeitung* und der *LVZ* war auffällig, dass neben den Sportredakteuren eine Vielzahl von Autoren an der Berichterstattung über die Olympiabewerbung beteiligt waren. Das Übergewicht der Sportredaktionen und die somit verbundene Häufigkeit der Veröffentlichung in den Blättern ergaben sich aus dem Gegenstand der Berichterstattung – Olympische Spiele sind vor allem Thema des Sports. Dennoch wurden oftmals anderweitige Bezüge zu den Spielen 2012 gezogen. Neben rein politischen und wirtschaftlichen Themen, wurden vor allem infrastrukturelle und ökonomische Sachfragen erörtert. Die Interaktion mit der Bevölkerung hatte für die *Sächsische Zeitung* und die *LVZ* (im Gegensatz zu den überregionalen Zeitungen) einen anderen Stellenwert, da die Planungen des Projekts 2012 viele Menschen vor Ort direkt oder indirekt betroffen hätte. Erstaunlicherweise griff *Sächsische Zeitung* dabei der Berichterstattung nur auf unwesentlich mehr Autoren zurück, wie beispielsweise *Die Welt*. Der personelle Mehraufwand der *LVZ* erschien vor dem Hintergrund des Standortes und der unmittelbaren Betroffenheit der Stadt als durchaus gerechtfertigt.

Verhältnis von Journalistinnen und Journalisten

Deutlich wurde bei der Analyse, dass nicht nur innerhalb der Sportberichterstattung sondern auch innerhalb der Sportredaktion klare geschlechtsspezifische Tendenzen zu beobachten waren. Die vorliegenden Beiträge wurden zur Überprüfung dieser These auf die Verteilung der Beiträge von Frauen und Männern untersucht, die über die Olympiabewerbung berichtet haben. Von den beteiligten 189 Autoren waren 28 Frauen – was einem Anteil von knapp 15 Prozent entspricht. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das nachfolgende Diagramm keinerlei Aussagen über die tatsächliche Häufigkeit von Beiträgen von Frauen machen kann. Setzt man den Frauenanteil noch in Beziehung zu den erschienenen Beiträgen relativiert sich der Anteil auf weniger als vier Prozent.

Die letzte Abbildung der quantitativen Analyse zeigt eine Aufschlüsselung der Autorenzahl geordnet nach den Publikationen. Die Verteilungen kommen der Forderung nach einem ausgewogenen Verhältnis von Frauen und Männern innerhalb der Redaktionen und Publikationen nicht nach. Bei der *taz* fanden Frauen als Autoren zum Thema Olympia 2012 gar keinen Platz. Auch die Verteilung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* scheinen für das derzeitige Geschlechterverhältnis innerhalb der Sportberichterstattung charakteristisch zu sein.

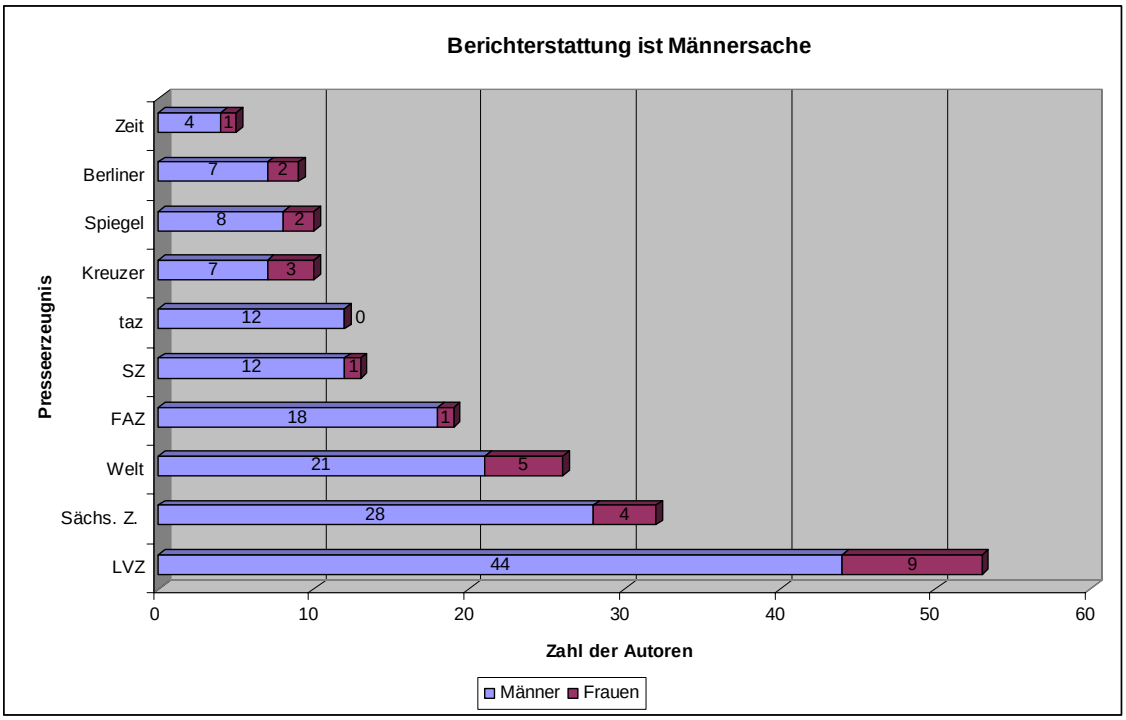


Abbildung 9: Das Verhältnis von Journalisten und Journalistinnen

B, DIE LEIPZIGER OLYMPIABEWERBUNG

3. Einführung

Nachdem im vorigen Kapitel vor allem die Methodenformen und Datenerhebung sowie deren Analyse im Vordergrund standen, wendet sich das Kapitel B detailliert der internationalen Bewerbungsphase der Leipziger Olympiabewerbung zu. Nach einer kurzen Einführung über die Entstehung der Idee, die Olympischen Spiele nach Leipzig zu holen und einer Übersicht über die Eckdaten der Bewerberstadt, wird im Hauptteil dieser Arbeit der Zeitraum vom 12. April 2003 bis 18. Mai 2004 reflektiert. In dieser Zeit stand Leipzig im internationalen Wettbewerb mit acht Konkurrenzstädten, die alle um den Status einer *Candidate City* warben. Erst dieser Status berechtigte eine Stadt, sich offizielle Olympia-Kandidatenstadt zu nennen. Mit London, Madrid, Rio de Janeiro, Havanna, Istanbul, Paris, Moskau und New York befand sich Leipzig in einer als „bestes Bewerberfeld aller Zeiten“[112] bezeichneten Teilnehmerrunde. Aus dem Bewerberfeld würden einige Städte in der Vorrunde an den Bemessungskriterien der IOC-Kommission scheitern.

Die Betrachtung der Bewerbung Leipzigs wurde auf der Grundlage von Pressebeiträgen der zehn ausgewählten Zeitungen und Zeitschriften durchgeführt. Dabei konnte es nicht darum gehen, alle Einzelheiten des Betrachtungszeitraums aufzuzeigen. Vielmehr wurde untersucht, wie die Pressebeiträge in Zusammenhang mit anderen Artikeln standen, wie sie in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen waren und vor allem welche Diskurse innerhalb der Berichterstattung auftraten und bestimmend waren. Es ging um beabsichtigte Wirkungen von Presseartikeln, die Tendenzen innerhalb der Berichterstattung im Zeitverlauf und darum, welche gesellschaftlichen Bedingungen und Diskurse in die Thematik der Leipziger Olympiabewerbung einflossen.

Leipzig erhielt bei der Entscheidung des IOC am 18. Mai 2004 nicht den Status einer offiziellen Bewerberstadt und schied aus. Ziel soll es sein, Gründe für das Scheitern zu analysieren. Gab es beispielsweise bereits im Vorfeld Anhaltspunkte dafür, dass die Bestrebungen der sächsischen Stadt wenig Aussicht auf Erfolg hatten? Welche Argumente für eine solche Annahme spiegelten sich innerhalb der Berichterstattung wieder? Durch welche Konflikte hatte die Bewerbung möglicherweise Schaden genommen? Wie verhielten sich die Medien innerhalb des Zeitverlaufs? Diesen Fragen soll nachgegangen werden. Im Verlauf werden dabei Hypothesen entwickelt, die durch eine strin-

[112] Aussage von IOC-Präsident Jaques Rogge

gente Darlegung erhärtet werden. Sie sollen mögliche Gründe des Scheiterns aufzeigen. Details der offiziellen Ablehnung soll der Leipziger Bewerbung das Kapitel 4.4 aufzeigen, in dem der IOC-Report und die Bewertung der einzelnen Teilnehmer betrachtet werden. Abschließend wurde versucht die Reaktionen auf die Niederlage aufzuzeigen und über mögliche Folgen zu diskutierten.

3.1 Die Olympiaidee in Sachsen – Die Vision einer Region

Die Überlegung, die Olympischen Spiele 2012 nach Deutschland zu holen, war nicht die Idee der Leipziger Stadtregierung. Sie wurde in Riesa begründet, was für den Verlauf der Bewerbung nicht unerheblich sein sollte. Die Stadt zwischen Leipzig und Dresden war Ende der neunziger Jahre Jahr in der Presse vor allem dadurch aufgefallen, Ausrichter für sämtliche Sportereignisse zu sein, die sonst scheinbar keiner veranstalten wollte. Neben der WM der Jung-Akrobaten und der Kurzbahn-Europameisterschaft im Schwimmen richtete die 38.000-Einwohner-Stadt auch die Weltmeisterschaft der Volleyballdamen und die WM der Sumoringer aus. Beide Veranstaltungen sind nachweislich finanziell wenig erfolgreich. Initiator war Wolfram Köhler (CDU), der der kleinen sächsischen Stadt ein sportliches Image verordnen wollte. Im Mittelpunkt stand dabei die 8.000 Zuschauer fassende *Arena*.

In den Fokus des öffentlichen Interesses trat Köhler dann im Jahr 2000, als er den Vorschlag unterbreitete, die Olympischen Spiele 2012 in die Region zu holen. Sowohl von der Presse als auch von Seiten der Politik wurde die Idee zunächst „allseits belächelt“[113], dennoch war die Stadt plötzlich in den Schlagzeilen. Die Bevölkerung verband mit der Idee mögliche wirtschaftliche und infrastrukturelle Impulse und die Hoffnung auf mehr Beschäftigung. Machbarkeitsstudien wurden in Auftrag gegeben, die Aufschluss darüber geben sollten, ob die Durchführung von Olympischen Spielen realisierbar und vor allem finanzierbar sei. Die Grundannahme war dabei, die gesamte Region um Leipzig, Dresden, Halle und Riesa in das Konzept einzubeziehen. Eine Region, die knapp fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands wirtschaftlich noch immer deutlich hinter dem Niveau der alten Bundesländer liegt. So zeigten die Wirtschaftdaten eine Arbeitslosenquote von fast 18 Prozent in der Region und stadtspezifisch bedenkliche Entwicklungstrends.[114] „Die wirtschaftlichen Umbruch- und Revitalisierungsprozesse haben sich nach 1990 nicht gleichmäßig im städtischen Raum vollzogen, sondern haben im Zeitverlauf an wechselnden räumlichen Schwerpunkten stattge-

[113] Fuge, S. 25
[114] Vgl.: Franz/Kronthaler (2003), S. 12ff

funden. […] Die ersten Jahre der Transformation waren durch die Stagnation sowie (fortschreitenden) Verfall innerstädtischer Lagen und durch den boomartigen Aufbau neuer Wirtschaftskapazitäten am Stadtrand und im Umland gekennzeichnet. Erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gelang eine teilweise Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes."[115]

Die Idee die Olympischen Spiele in der Region rund um Leipzig zu veranstalten, traf neben dem sportlichen Reiz der Veranstaltung vor allem die ökonomischen Interessenlagen auf Seiten der Politik und die Befindlichkeiten der sächsischen Bevölkerung. Mit der Olympiade sollte der ganze Landstrich das Image einer Sportregion erhalten, der Bevölkerungsrückgang abgemildert und die Arbeitslosigkeit verringert werden. Zudem würden (mit den für die Großveranstaltung verbundenen möglichen Investitionen) womöglich infrastrukturellen Probleme gelöst werden und der Standort Sachsen aufgewertet werden.

Ideengeber Wolfram Köhler profitierte von der wachsenden Olympiabegeisterung und wurde im August 2001 zum Oberbürgermeister der Stadt Riesa gewählt, nachdem sich die Region am 27. Juni 2001 offiziell beim deutschen NOK beworben hatte. „Wir brauchen Ziele und Visionen, die Menschen verbinden und bewegen"[116], meinte auch Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister von Leipzig zur damaligen Zeit. Das Gefühl für „eine gemeinsame Sache" zu kämpfen, schien eine gewisse Integrationskraft innerhalb der sonst so „fragmentierten deutschen Gesellschaft"[117] zu besitzen. Der Enthusiasmus prägte die Region lange und erreichte seinen Höhepunkt mit der Wahl Leipzigs im nationalen Ausscheidverfahren des NOK gegen Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt und Stuttgart. Bereits vier Monate nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung beschloss der Aufsichtsrat ein konzentriertes Sportstättenkonzept, das mit Ausnahme von Segeln (Rostock) und Reiten (Moritzburg) alle sportlichen Entscheidungen im 10-km-Radius um Leipzig vorsah. Mit „kompakten Spielen im Herzen der Stadt" war für die Städte Chemnitz, Halle und Riesa kein Platz mehr und auch der „Urvater der Olympia-Bewerbung"[118], Wolfram Köhler, wurde kurze Zeit später aus seinem Amt als Olympiastaatssekretär entlassen. Spätestens mit seiner Amtsenthebung waren die Begeisterung und die Vision vorbei, welche die Region mit den Olympischen Spielen verband.

---

[115] Franz/Kronthaler (2003), S.15
[116] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.17
[117] Ebenda
[118] taz, 1.11.2003, S. 12

3.2 Die Besonderheiten und Probleme der sächsischen Bewerberstadt

„Die Akzeptanz der Olympischen Spiele in der Bevölkerung hängt auch oder gerade davon ab, ob sich die Ausrichtung des Großereignisses auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt und ihrer Region positiv auswirken kann, ob es sich mithin lohnt, die mit der Olympiade verbundenen Risiken einzugehen.“[119] Vor diesem Hintergrund soll ein kurzer Blick auf die Stadt Leipzig mit ihren Besonderheiten und Problemen geworfen werden. Diese sind auch für den Verlauf der Bewerbungsphase punktuell immer wieder von Bedeutung.

Mit der offiziellen nationalen Bewerbung beim NOK bekundete die Region um Leipzig ihr Interesse an den Olympischen Spielen. Außenstehende Beobachter, die Medien und vor allem die Wirtschaft reagierten mit Erstaunen und Skepsis. Vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern und einer Arbeitslosenquote von fast 20 Prozent erschien das Vorhaben wenig realistisch. „Im Vergleich zu anderen Städten verlor Leipzig nach 1990 seine industrielle Basis völlig […] und nicht alle seit dieser Zeit mit den Bauinvestitionen verbundenen Hoffnungen auf wirtschaftliche Belebung gingen in Erfüllung“.[120] Auch in großen Teilen der Industrie war der Wirtschaftsstandort Leipzig ökonomisch eher uninteressant. Erst durch die Ansiedlung der Automobilhersteller *Porsche* und *BMW* erfuhr der Standort eine gewisse Aufwertung. Als sicher galt zu diesem Zeitpunkt die Ansiedlung der *DHL*, der Express- und Logistiktochter des Konzerns *Deutsche Post World Net*. So sollte der Flughafen Leipzig/ Halle zum europäischen Hauptumschlagplatz des Unternehmens werden. Bis 2012 will der Konzern rund 300 Millionen Euro in den Standort investieren und so bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze in den kommenden Jahren schaffen.[121]

Die ökonomische Dimension der Spiele durch notwendige Investitionen und Maßnahmen der Infrastruktur ist von Bewerberseite kaum zu leugnen. Der sächsische Bewerber versuchte mit verschiedenen Akzenten seine Attraktivität zu vermitteln: Leipzig sei schon immer Sportstadt gewesen, die Gründung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) im Jahre 1900, die erste Professur für Sportwissenschaft 1925 und schließlich die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) seien Indikatoren dafür. Verschwiegen wurde jedoch, dass gerade die DHfK zu Zeiten der DDR ein eher unrühmliches Kapitel der Sportgeschichte schrieb. Das Staatsplan-Thema „14.25“ stand in der DDR für systematisches, organisiertes und überwachtes Staatsdoping. Bei der Aufarbeitung der alten

[119] Franz/Kronthaler (2003), S.3
[120] Ebenda, S. 14f
[121] Vgl.: http://www.dhl.de/dhl?check=yes&lang=de_DE&xmlFile=3000374, Abruf: 9.11.2004

Stasi-Akten wurde deutlich, dass hier Sportler „wie Versuchskaninchen benutzt wurden“.[122] Die Tatsache, die ein eher negatives Bild auf den Standort Leipzig warf und wirft, wurde von Seiten des Bewerbers nur ungern betrachtet. Diesbezüglichen Fragen von Redakteuren der *Berliner Zeitung*, der *FAZ* und der *Süddeutschen Zeitung* wich die Bewerbergesellschaft in der Regel aus. Befragt nach dem Thema antwortete Wolfgang Tiefensee, der Oberbürgermeister Leipzigs: „Die Thematik Doping und Stasi ist eine Randthematik“.[123] Vielmehr sollte sich der Blick, so Tiefensee, auf die kommenden Großveranstaltungen richten: Leipzig ist ein Standort der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und sechs Jahre später sollten die Olympischen Spiele stattfinden. Von Seiten der Presse ist der Stadt für diese Haltung teilweise fehlende Vergangenheitsbewältigung vorgeworfen worden.

Als problematisch wurden die räumlich weit gestreuten Sportstätten gesehen, die sich über den gesamten Freistaat Sachsen verteilten. Zudem waren viele Anlagen durch die Überflutungen im Sommer 2002 in hohem Maße beschädigt oder vollständig zerstört worden. Den Bewerbungsabsichten schien dies jedoch keinen Abbruch zu tun. Vielmehr wurden von der Olympia-GmbH im gleichen Jahr insgesamt 914,8 Millionen Euro für Sport- und Trainingsstätten veranschlagt. Auf Leipzig sollten dabei allein 531,3 Millionen Euro entfallen.[124] Insgesamt betrug das zu diesem Zeitpunkt angenommene Investitionsvolumen knapp 2,6 Milliarden Euro. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Leipzig ging in einer Studie aus dem Jahr 2003 davon aus, dass, auf Dauer knapp 8.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten, wenn Leipzig die Wahl als Olympiastandort gewinnen würde.[125] „Die nötigen Investitionen hätten in Leipzig und den Partnerstädten weniger negative Auswirkungen als in stark gesättigten Großstädten. Grund dafür sei, dass wegen bestehender Infrastrukturdefizite etliche Vorhaben beispielsweise im Straßen- und Schienenbau ohnehin geplant sind“.[126] Gerade für die Baubranche seien „nicht nur Einkommens- und Beschäftigungseffekte in der Bauphase, sondern auch beträchtliche Angebotseffekte“[127] in der Zeit danach zu erwarten. Nach dem Gutachten der IHK könnten die Olympischen Spiele der Region einen zusätzlichen Mittelzufluss von insgesamt 2,4 Milliarden Euro durch Investitionen und Tourismus bescheren. Ähnlich wie das NOK Deutschland kommt auch die IHK zu dem Schluss:

---

[122] FAZ, 30.6.2000
[123] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 19
[124] Vgl.: Franz/Kronthaler (2003), S. 19
[125] Vgl.: http://www.iuk.com/termine/event_alt/event_20_alt.htm, Abruf 8.11.2004
[126] Ebenda
[127] Franz/Kronthaler (2003), S. 16

„Olympia tut Deutschland gut“[128] – zeigte aber dennoch Skepsis. So sprach Professor Hans-Jürgen Weißbach, unter dessen Leitung das Gutachten erstellt wurde, dem Leipziger Bewerber „die nationale Anerkennung für dessen Mut“ aus.[129] Es schien, als glaube er selber nicht wirklich an die Durchsetzungsfähigkeit der Idee

Politisch-kulturell versuchte sich Leipzig als weltoffene Metropole und Stadt der Wende zu profilieren. Sie stehe dabei ganz im Zeichen der Kultur, neben Johann Sebastian Bach berief sich Leipzig vor allem auf Johann Wolfgang Goethe, der von 1765 bis 1768 in der Stadt studierte. Mit „Auerbachs Keller“ und als Stadt der friedlichen Revolution von 1989, die schließlich in der Wiedervereinigung Deutschlands mündete, sah sich der Bewerber auf kultureller Ebene weit vor vielen Mitbewerberstädten.

Stadtpolitisch ist Leipzig vor allem durch eines geprägt – das so genannte „Leipziger Modell“. Dieses Anfang der 90er Jahre vom damaligen OB Hinrich Lehmann-Grube ins Leben gerufene Projekt, sieht eine „Art lockeres Bündnis über Parteigrenzen hinweg“ mit „abwechselnden Allianzen“ vor. So war die Verwaltungsspitze der Stadt eher christdemokratisch geprägt, hatte später mit Wolfgang Tiefensee einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister und im Stadtparlament eine starke Fraktion der PDS. Die Politik war geprägt von einer Einmütigkeit in vielen Fragen und fehlendem Konfliktpotenzial. „Das Modell, vielleicht nützlich für eine Stadt im Umbruch, lähmt seit langem den so gern und pathetisch beschworenen Leipziger Aufbruch.“[130]

Die Stadt Leipzig und die Region hatten in der Vergangenheit und haben noch immer mit einer Reihe von Problemen im wirtschaftlichen aber auch im politischen Bereich zu kämpfen. Auch wenn Studien in der möglichen Austragung der Olympischen Spiele eine Aufwertung des Standortes und eine Reihe von wirtschaftlich positiven Effekten sahen, musste bezweifelt werden, ob dem hohen finanziellen Aufwand ein entsprechender Ertrag gegenüberstehen würde. Die Begeisterungsfähigkeit der Bevölkerung, der Ausbau der Infrastruktur und mögliche positive Imageeffekte für die gesamte sächsische Region waren Parameter, die für eine Bewerbung sprachen. Dennoch mussten sowohl politische, gesellschaftliche und vor allem wirtschaftliche Aspekte eine verstärkte Beachtung finden, da sie dem Engagement für die Spiele 2012 entgegenstehen hätten können.

---

[128] Franz/Kronthaler (2003), S.16
[129] Vgl.: Ebenda
[130] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 15

4. Die internationale Bewerbungsphase

Mit dem folgenden Abschnitt rückt der Kern dieser Arbeit in den Mittelpunkt der Betrachtung. Die kommenden Ausführungen sollen die Gründe des Scheiterns der Bewerbung untersuchen. Dabei kommt, wie bereits erläutert, die Methode der Diskursanalyse zur Anwendung. Die Schwierigkeit dieser Form der Analyse liegt dabei vor allem in der Vermittlung der erheblichen Informationsmenge. Es ist demnach unerlässlich, Auswahlkriterien zu benennen, um die ermittelten Diskurse veranschaulichen zu können. So soll der Fokus der Betrachtung auf der Darstellung der Diskurse liegen, die durch das Inhaltsverzeichnis bereits angedeutet sind. Augenscheinlich konzentrierten sich die Debatten innerhalb der Berichterstattung sowohl auf Sachthemen als auch auf personelle Fragen. Der Blick auf politische Tendenzen und die Einstellung der Wirtschaft zum Thema Olympia ergibt sich zwangsläufig, nicht zuletzt auch aus den bisher getätigten Ausführungen. Auftretende Interdependenzen der Diskurse sind daher bei dem sehr weit gefassten Thema Olympiabewerbung unvermeidlich. Es ist jedoch versucht worden, die Diskursstränge vereinzelt darzustellen, um das Leseverständnis in diesem komplexen Sachverhalt zu erhöhen. Eine Isolation der einzelnen Diskurse wäre jedoch unsinnig, da sie aufeinander aufbauen oder sich gegenseitig bedingen.

In Anlehnung an die von Jäger vorgeschlagene, aber keineswegs bindende Gliederung einer diskursanalytischen Betrachtung von Texten ist eine eigene Vorgehensweise entwickelt worden, um die Diskurse nachvollziehbar darstellen zu können. Die Analyse folgte demnach folgendem Muster:

I. Analyseschritte:
    1. Text langsam und gründlich lesen
    2. Erstellung eines Themengrundgerüstes
    3. Medienübergreifende Zuordnung der Beiträge zu bestimmten Themen
    4. Bestimmung der Komposition (Ausrichtung, Inhalt, Tendenz)

II. Analyse des sprachlichen Kontextes:
    1. Beitrag im Kontext zu anderen Beiträgen (Bezug zur „Konkurrenz“)
    2. Autoren
    3. Verortung des Beitrags
    4. Bezug zum Diskurs oder den Diskursen

III. Beantwortung folgender Fragen:
    1. Welche Botschaft vermitteln die unterschiedlichen Presseerzeugnisse?
    2. In welchem Rahmen geschieht dies?

3. Wer ist die Zielgruppe?
4. Welche Wirkungen werden erzielt?
5. Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Diskurse gehen ein?

Für die nachfolgenden Beschreibungen soll diese Gliederung als Maßstab dienen, ohne die Form der Analyse vollständig daran zu binden. Sie ist vielmehr als Orientierungshilfe gedacht und soll zu einem besseren Verständnis führen. Aufgabe dieses Abschnittes ist es demnach, Hypothesen zu entwerfen, welche die zentralen Gründe für das Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung aufzeigen. Grundlage sind primär die Presseartikel der ausgesuchten Zeitungen im Untersuchungszeitraum, aber auch Interviews mit den an der Bewerbung beteiligten Personen sowie eine Befragung von Journalisten und Wissenschaftlern mit Hilfe eines eigens für die Arbeit erstellten Fragebogens. Ein Überblick über alle Hypothesen, die Angabe der Interviewpartner sowie der angefertigte Fragebogen finden sich im Anhang dieser Arbeit.

4.1 Exkurs: Von der NOK-Evaluierung zum Gewinn der nationalen Ausscheidung – Leipzig die richtige Wahl?

Um die Ereignisse im gegebenen Untersuchungszeitraum zur erklären, ist zunächst ein Exkurs zu den Geschehnissen im März und April 2003 unumgänglich. In dieser Zeit war die nationale Evaluierung der Städte Hamburg, Leipzig, Frankfurt, Düsseldorf und Stuttgart das vorherrschende sportpolitische Thema in Deutschland. Es ging darum, welche Stadt das deutsche NOK in den internationalen Wettbewerb um die Spiele 2012 entsenden würde. Zu diesem Zweck wurde vom NOK eine elfköpfige Evaluierungskommission benannt, die alle eingegangenen nationalen Bewerbungen prüfen sollte. Als Ergänzung wurden Gutachten in Auftrag gegeben, die Aufschluss über die technische, wirtschaftliche und logistische Machbarkeit der Olympischen Spiele in den Bewerberstädten geben sollte.

Bereits Wochen vor der Bekanntgabe der Evaluierungsergebnisse war das Medieninteresse beachtlich. Auch innerhalb der Presse wurde über die Bedeutung und Wichtigkeit des Prüfberichts gemutmaßt. Neben der *FAZ* sahen auch *Die Welt* und die *Süddeutsche Zeitung* in Hamburg den Favoriten des nationalen Ausscheids. Neben der internationalen Bekanntheit wurde auch die Größe der Stadt als Pluspunkt gegenüber den Mitbewerbern gesehen. Die Evaluierungskommission unter dem Vorsitz des NOK-Vizepräsidenten Dieter Graf Landsberg-Velen präsentierte am 13. März 2003 die Ergebnisse der Untersuchungen. Demnach erfüllten alle Bewerberstädte die Anforderungen und erhielten gute und sehr gute Noten. Insgesamt wurden 16 verschiedene Kategorien bewertet, die sich nach Aussagen des NOK bereits an den späteren internationalen Kriterien des IOC orientieren sollten. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Ergebnisse zeigt die Abbildung (C) im Anhang dieser Arbeit. Demnach erhielt Hamburg in neun der 16 Kategorien die beste Bewertung, Leipzig punktete besonders in den Bereichen „Öffentliche Unterstützung“, „Infrastruktur“ und „Leitmotiv“.

Der Bericht des NOK führte in den Medien zu kontroversen Reaktionen. Vor allem ein fehlendes Fazit wurde bemängelt, da innerhalb der Untersuchung auf eine Endnote verzichtet wurde. Dieses Vorgehen stieß allseits auf Unverständnis, da durch das Punktesystem ein „Sieger“ der Evaluation durch einfache Addition der Kategorienpunkte zu errechnen war. Gerundet kamen die Bewerber auf folgende Gesamtpunktzahlen: Hamburg 428, Leipzig 421, Frankfurt 417, Düsseldorf 409, Stuttgart 408. Rein rechnerisch hatte somit Hamburg die Vorauswahl für sich entschieden.

Das NOK hingegen betonte, dass der Bericht keineswegs eine verpflichtende Vorgabe für die Abstimmung am 12. April 2003 in München darstellen sollte und somit auch keine Vorentscheidung gefallen sei. Ein Ranking, wie es in der Presse aufgezeigt würde, sei von Seiten des NOK nicht gewollt, vielmehr handle es sich um eine Einschätzung der derzeitigen Situation. Die Presse reagierte überwiegend verwundert auf die Äußerungen, die vornehmlich von NOK-Präsident Klaus Steinbach zur Sprache gebracht wurden. Seinen Ausführungen zufolge handele es sich bei dem Bericht lediglich um einen „Baustein“[131] und „eine Vorlage für den Kopf“[132] auf dem Weg zur Entscheidung.

Ohne das Ranking, so die Argumentation der Presse, sei der Bericht jedoch wenig aussagefähig. Die *SZ* sprach von einem „Armutszeugnis für das NOK“[133] und auch *Die Welt* und die *FAZ* artikulierten Zweifel am Aussagehalt der Evaluation. Die Kritik ging zudem über das fehlende Ranking hinaus, zusätzlich wurde der fehlende Bezug zu den IOC-Kriterien bemängelt und die Bewertung der Kategorien an sich als überzogen und unrealistisch eingeschätzt. So spottete *Die Welt*, dass „nicht einmal Schlafwagons auf stillgelegten Gleisen […] eine mittlere Bewertung“ Leipzigs in der Kategorie „Beherbergung“ verhindern konnte. Mit 8,55 von möglichen zehn Punkten erhielt die sächsische Stadt eine gute bis sehr gute Bewertung. Der Evaluierungsbericht sprach Bewerberstädten mit acht Punkten in einer Kategorie „gute, überdurchschnittliche“ und bei neun Punkten „sehr gute, kaum besser machbare“ Urteile zu.[134] Leipzig lag also zwischen diesen beiden Wertepolen. Die *Süddeutsche Zeitung* verwies auf den internationalen Richtwert des IOC: 42.000 Zimmer forderte das Olympische Komitee für eine gute Bewertung in der Kategorie „Beherbergung“. Leipzig konnte zu diesem Zeitpunkt nicht einmal auf 30.000 Zimmer verweisen. Demnach seien sechs Punkte realistisch gewesen, jedoch keinesfalls die vom NOK angegebene Bewertung.[135] Auch die Bestnote Leipzigs im Bereich der „Infrastruktur“ stieß auf Unverständnis. „Hervorragende, nicht besser machbar“ lautete das Urteil der Evaluierungskommission. Trotz der zu leistenden Baumaßnahmen in der Region, einem nachteiligen Schienennetz erhielt Leipzig 9,80 Punkte und wurde in dieser Kategorie als „uneingeschränkt leistungsfähig“ angesehen.

Das NOK bemühte sich im Zeitverlauf, die Debatte in den Medien zu beruhigen, verwies immer wieder darauf, dass eine Entscheidung keinesfalls gefallen sei und alle Be-

---

[131] NOK-Pressedienst, 19.03.2003 abrufbar unter: www.nok.de
[132] SZ, 9.42003, S.37
[133] Ebenda
[134] Vgl.: NOK Deutschland: Olympische Spiele 2012 in Deutschland. Evaluierungsbericht des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Bewerberstädte ; Frankfurt/Main, 2003, S.58
[135] Vgl.: SZ, 9.4.2003, S.37

werber im internationalen Wettbewerb realistische Chancen besäßen. Doch gerade diese Aussagen wurden von Presseseite wiederum kritisch hinterfragt. „Ist Deutschland konkurrenzfähig?“ fragte beispielsweise die *SZ* am Tag der Ergebnispräsentation und gab die Antwort gleich selbst vor: Das NOK habe „nicht den Mut zu einer klaren Einschätzung gehabt“ und so die Spekulationen erst möglich gemacht. Angesichts der Kosten für den Evaluierungsberichts von 150.000 Euro pro Stadt, sei das Output des Berichts alles andere als aussagekräftig gewesen, da „alle Kandidaten fast gleichauf lagen“.[136] Scheinbar wollte das NOK den „Burgfrieden“[137] der Städte nicht unnötig stören.

So versuchte jede Stadt, die Ergebnisse für sich zu interpretieren. Während sich Hamburg und Leipzig durchaus stolz zeigten, waren die Vertreter aus Düsseldorf und Stuttgart enttäuscht über einzelne Kategorienbewertungen. Den direkten Reaktionen auf den Evaluierungsbericht folgten Spekulationen, welche Stadt bei der Wahl auf welchen Sportfunktionär und wessen Stimmen vertrauen könnte. Stimmberechtigt waren insgesamt 73 Personen mit insgesamt 137 Stimmen.[138]

Für Aufregung sorgte zudem ein Artikel im *Spiegel* vom 7. April 2003, der im gesamten späteren Verlauf eine zentrale Rolle spielen sollte. In einem Interview äußert sich IOC-Mitglied Denis Oswald (Schweiz) zum nationalen Ausscheid in Deutschland und den möglichen Chancen einer deutschen Stadt im internationalen Vergleich. Neben dem „Namen der Stadt“ würde auch deren Größe sicher eine Rolle spielen: „Wegen der wachsenden Anforderungen hat man mit weniger als einer Million Einwohner keine Chance“. Oswald verwies auf die Nachhaltigkeit der Bewerbung, denn „wozu braucht eine 500.000-Einwohner-Stadt zehn Stadien?“. Zudem würden Bewerbungen von Regionen „womöglich skeptisch gesehen“, da das IOC „kompakte Spiele“ wolle. Nach diesen Ausführungen käme nur Hamburg für den internationalen Wettbewerb in Frage. Neben dem *Spiegel* sah auch die *FAZ* die Hansestadt als Favoriten. Auch die in Hamburg ansässige *Welt* erklärt die Bewerbung der eigenen Stadt zum aussichtsreichsten Anwärter, warnte jedoch im Zuge der aufkommenden Spannungen zwischen Düsseldorf und Hamburg davor, das „Leipzig der lachende Dritte“ sein könnte.[139] Ähnliche Überlegungen stellen die *SZ* und die *Berliner Zeitung* an. Leipzig wäre Außenseiter, könnte jedoch „Nutznießer des Kampfes der westdeutschen Bewerber sein.“[140] Die Stadt hätte

[136] SZ. 14.4.2003
[137] SZ, 11.4.2003, S.31
[138] Größtes Gewicht besaßen die 32 olympischen Fachverbandsvertreter mit je drei Stimmen, die nicht aufgeteilt werden durften. Hinzu kamen 25 persönliche NOK-Mitglieder und 16 Ehrenmitglieder und „Ex-offico“-Präsidiumsmitglieder mit jeweils einer Stimme.
[139] Vgl.: Welt, 11.4.2003, S.37
[140] Berliner Zeitung, 12.4.2003, S.3

eine politische Lobby und hohe Sympathiewerte innerhalb der Bevölkerung. Auch die *FAZ* sah im sächsischen Kandidaten den „Favoriten der Herzen“[141], der jedoch aufgrund der Größe der Stadt und infrastrukturellen Problemen durchaus Schwachstellen im internationalen Vergleich gehabt hätte.

Die Vermutungen der Presse waren scheinbar in die richtige gegangen. Dies zeigte sich bei der Abstimmung am 12. April 2003 in München, als Leipzig nach den Abschlusspräsentationen aller Bewerber die Vorauswahl für sich entscheiden konnte. Für den Gewinn musste die absolute Mehrheit erreicht werden, war dies nicht der Fall, schied nach jedem Wahlgang der Kandidat mit den wenigsten Stimmen aus. Die Verteilung zeigt die folgende Übersicht:

	Gültige Stimmen	Leipzig	Hamburg	Düsseldorf	Frankfurt	Stuttgart
1. Wahlgang	135	55	27	17	21	15
2. Wahlgang	134	57	30	31	16	-
3. Wahlgang	135	58	42	35	-	-
4. Wahlgang	132	81	51	-	-	-

Abbildung 10: Die Stimmverteilung der nationalen Ausscheidung am 12. April 2003

Leipzig setzte sich im vierten und damit im letzten möglichen Wahlgang gegen Hamburg durch. Die parallele Abstimmung zum Segelstandort konnte Rostock bereits im ersten Wahlgang für sich entscheiden. Mit dem Sieg begann für die sächsische Stadt nun eine erneute Bewerbungsphase, diesmal gegen internationale Konkurrenz.

Hypothese:

Der Prüfbericht des NOK stellt kein Abbild der realistischen Chancen der deutschen Bewerbung im internationalen Vergleich dar. Die Bewertungen der Kategorien fielen zu optimistisch aus und täuschten so eine vermeidliche Tauglichkeit aller nationalen Bewerberstädte vor. Zwar wurde mit Auswahl der Kategorien eine in der Richtung akzeptable Bemessungsgrundlage getroffen, die Benotung orientierte sich jedoch zu wenig an den Standards des IOC. Die unzureichende Kommunikation nach innen und außen verursachte im weiteren Verlauf Spannungen, die durch eine stringentere Messung hätten verhindert werden können.

[141] FAZ, 29.3.2003, S.33

4.1.1 Pressereaktionen in Deutschland

Die Reaktionen[142] auf die Wahl Leipzigs fielen unterschiedlich aus: Während sich die Verliererstädte über den Ausgang der Abstimmung in München enttäuscht zeigten, feierten in Leipzig über 50.000 Menschen auf dem Marktplatz der Stadt. Die *ARD*, das *ZDF* und *N-tv* übertrugen die Entscheidung „live“ in mehrstündigen Übertragungen. Mit einer Sonderausgabe feierte die *Leipziger Volkszeitung* den Triumph der Stadt. „Geschafft! Leipzig für Deutschland“ war in großen Buchstaben auf dem Extrablatt zu lesen, dass in einer Auflage von 20.000 Stück bereits 90 Minuten nach Entscheidung in der Innenstadt Leipzigs verteilt wurde. Die *Bild*-Zeitung in Leipzig stellte ähnlich plakativ fest: „Jetzt sind alle Deutschen Leipziger“. Auch die *Sächsische Zeitung* wog sich „Im Taumel des Glücks“, verbuchte als Zeitung für Sachsen den Sieg jedoch als regionales Ereignis: „Olympia in Sachsen - es gilt“.

Das Leipzig nur gewonnen hätte, „weil sich die anderen Städte gegenseitig abwählen“, vermutete die *Süddeutsche Zeitung* und fand alles „herzergreifend politisch“. Ähnliche Intentionen ließen sich bei der *Berliner Zeitung* feststellen: „Leipzig hat vom Streit zwischen Düsseldorf und Hamburg profitiert“. Die *Thüringer Allgemeine* sprach von einer Wahl, „die auch von politischen Argumenten getragen wurde“. Politisch, jedoch mit anderer Orientierung, arbeitete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Entscheidung „Pro-Leipzig“ auf und fragte: „Gehen schon wieder „Geldgeschenke an den Osten?“ Auch die *taz* vermutete in der Wahl der sächsischen Stadt „Investitionen für blühende Gärtchen“ in Anspielung darauf, dass es „nicht das erste Mal ist, dass ein Kanzler dem Volk im Osten ein Versprechen macht“. Die *Schweriner Volkszeitung* sah im Abstimmungsergebnis jedoch durchaus innenpolitische Dimensionen. So sei durch die „Kraft der Visionen“ endlich die „Chance für die deutsche Einheit“ gekommen. Das *Badische Tageblatt* ging sogar einen Schritt weiter und schrieb: „Das ist gelebte Wiedervereinigung.

Die Presse der Verliererstädte gratulierte Leipzig zur Wahl und sucht die Ursachen der Niederlage vorwiegend bei sich selbst. „Glückwunsch Leipzig“ titelte die *Rheinische Post* und auch das *Hamburger Abendblatt* gab sich salomonisch: „Hut ab für Leipzig und viel Glück! Ja, wir freuen uns für die Sachsen.“ Für die *Stuttgarter Nachrichten* war „Wolfgang Tiefensee jetzt ein Star“ und kritisierte vor allem die eigene „peinliche Präsentation“. Die Zeitung nahm dabei die „Nörgeleien“ des eigenen Oberbürgermeisters

[142] Nachfolgend wurde auf eine detaillierte Auflistung der Quellen verzichtet, da alle genannten Beiträge und Quellen dieses Kapitels am 13.4.2003 in den benannten Presseerzeugnissen erschienen sind.

Wolfgang Schuster nach der Entscheidung nicht auf. Dieser hatte dem NOK vorgeworfen, „mit Pseudoargumenten zu arbeiten“ und zweifelte die Evaluierung des NOK an. Die *Bild-Zeitung* Hamburg wurde sprachlich drastisch und fragte personenbezogen: „Hat Voscherau alles vermasselt?“ und gab damit Spekulationen freien Raum, dass die Stimmen für Düsseldorf nach deren Ausscheiden nicht nach Hamburg sondern nach Leipzig gegangen seien. Dies sei vor allem auf den Disput zwischen Henning Voscherau und Ulrich Feldhoff im Vorfeld der Abstimmung zurückzuführen. Die *Kieler Nachrichten* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sahen in der Niederlage ihres Standortes unlautere Absichten politischer Kreise. Die Kieler, die im Wettstreit um die Segelwettbewerbe gegen Rostock verloren, meinten trotzig, dass „Emotionen statt Argumente“ den Ausschlag für das Ergebnis gegeben hätten. Das Votum sei „eher ein politisches, denn ein sportliches“. Auch in Frankfurt vermutete man ein Einwirken der Bundespolitik auf die Bewerbung. Unter Berufung auf NOK-Kreise sollen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesinnenminister Otto Schily „vor der Abstimmung […] bei den deutschen Sportverbänden massiv zugunsten von Leipzig interveniert“ haben, meinte die *FAZ*. Als Argumente seien der Aufbau Ost und die Vollendung der deutschen Einheit angeführt worden. Einzig mit Leipzig als Kandidaten könne das NOK auf die Unterstützung der rot-grünen Bundesregierung hoffen“, schrieb das Blatt. Denn nur so sei es erklärbar, dass „die sächsische Stadt wider Erwarten schon im ersten Wahlgang fast die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten habe. Alle anderen Bewerber seien quasi chancenlos in die Abstimmung gegangen.“

Hypothese:

Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Wahl Leipzigs spiegelten sich in einer divergenten Berichterstattung wider. Die Gründe für das große Meinungsspektrum lagen vor allem im jeweiligen regionalen Bezug der Presseerzeugnisse zu den einzelnen Bewerberstädten. Bei den überregionalen Publikationen war eine kritischere Haltung gegenüber dem Ergebnis zu konstatieren, völlig eindeutige Tendenzen ließen sich innerhalb der analysierten Presseerzeugnisse jedoch nicht finden. Als Hauptargumente für den Leipzigs nationalen Erfolg wurden innerhalb der Presseberichterstattung vor allem politische Gründe vor dem Hintergrund einer Weiterführung des „Aufbau Ost“ genannt. Neben der politischen Intervention haben Unstimmigkeiten der Leipziger Konkurrenten untereinander und die stark emotionale Abschlusspräsentation der Leipziger zum Gewinn der nationalen Ausscheidung beigetragen.

4.1.2 Der 12. April 2003 als Synonym des neuen Aufbruchs?

Die nationale Entscheidung mit der Wahl Leipzigs war gefallen. Die emotionale Präsentation der Sachsen hatte bei den stimmberechtigten NOK-Personen scheinbar einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Den ersten Reaktionen der Presse sollten sich in den darauf folgenden Tagen Spekulationen und Vermutungen anschließen, deren Spektrum wiederum groß und vielfältig ausfiel. Auffällig war jedoch vor allem die Sprachwahl. In allen ausgewählten Tageszeitungen wurde von „Chancen“ berichtet, die sich durch die Wahl Leipzigs ergeben würden. „Chancen“ sind nach Definition die mögliche „Aussicht auf Erfolg“.[143] Sie implizieren jedoch immer auch Risiken, die mit dem Treffen einer Entscheidung verbunden sind. Begreift man das Problem aus betriebswirtschaftlicher Sicht, lässt sich der Vorgang als eine reine „Chancen-Risiken-Analyse“ begreifen, wie sie beispielsweise aus dem Marketing bekannt ist. Um Chancen und Risiken zu analysieren, müssen die Stärken und Schwächen des Untersuchungsgegenstandes betrachtet und ausgewertet werden. Es handelt sich demnach um eine „Umfeld- und Unternehmensanalyse“ im klassischen Sinn. Neben den externen wurden auch die internen Rahmenbedingungen der Bewerbung betrachtet, um mögliche Aussagen über die Erfolgsaussichten der Stadt im nun internationalen Wettbewerb treffen zu können.

Das Vorgehen der Presse war dabei freilich nicht streng an wissenschaftlichen Kategorien orientiert. Dennoch unternahm sie eine im Ansatz ähnliche Analyse vor, um ihren Lesern mögliche Standpunkte aufzuzeigen, wie es mit der Bewerbung auf internationaler Ebene weitergehen könnte. Jede Zeitung versuchte Prognosen abzugeben, wie sich die kommende Entwicklung der Bewerbung gestalten könnte. Das Unterfangen ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht unproblematisch, denn die Schwierigkeit dabei liegt im Prognoseaspekt selbst. Viele Entwicklungen sind nur bedingt vorhersehbar, z.B. Verhalten von Personen und Konkurrenten; konjunkturelle und politische Entwicklung, interne Bereichsveränderungen etc. Es existieren also immer objektive und subjektive Wahrscheinlichkeiten. Nur durch die Ermittlung der relevanten Einflussgrößen und die Gewinnung von Informationen und die Auswahl der wesentlichen Kriterien sind aussagekräftige und halbwegs sichere Aussagen möglich.

Um diese möglichen Probleme zu umgehen, hat die Presse unterschiedliche stilistische und inhaltliche Varianten gewählt, um sich dem „Chancen“-Begriff zu nähern. Fast alle Zeitungen wählten das Interview als eine Art „Expertenbefragung“, um die möglichen

[143] Chance, In: Duden: Die deutsche Rechtschreibung ; 22. Auflage, Dudenverlag, Mannheim, 2000, S. 259

Aussichten und Wagnisse zu analysieren. Neben Wolfgang Tiefensee und Thomas Bach wurden Klaus Steinbach, Otto Schily und Richard von Weizsäcker befragt, wie sie die möglichen Potenziale der Stadt im Wettstreit um die Olympischen Spiele 2012 einschätzen. Aber auch in Berichten wurde versucht, eine Analyse vorzunehmen. Besonders starke Positionierungen der einzelnen Presseerzeugnisse ließen sich bereits zu diesem Zeitpunkt vereinzelt in den Meinungsbeiträgen (Kommentaren, Glossen) finden.
Den Anstoß zu der Debatte gab IOC-Präsident Jaques Rogge selbst: „Deutschland, Leipzig und Rostock haben eine gute Chance“[144], ließ er am Tag der deutschen Entscheidung übermitteln. Selbst das Problem der mangelnden Größe der Stadt, die sein IOC-Kollege Denis Oswald im Vorfeld der Wahl im *Spiegel* getroffen hatte, wollte er nicht gelten lassen. „Auch andere kleinere Städte haben die Olympischen Spiele gehabt, wie beispielsweise Lillehammer.“[145] Die Presse nahm das Statement auf, interpretierte den Begriff „Chance“, der mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet ist, jedoch sehr unterschiedlich. So wurde in den Beiträgen offenkundig und zwischen den Zeilen über die tatsächlichen Aussichten der Bewerbung spekuliert. Die *Leipziger Volkszeitung* sah vor allem im Bereich der Infrastruktur erhebliche Potenziale eines Aufschwungs. Neben einer ICE-Trasse und dem Autobahnausbau in der Region könnten mit dem Bau des Citytunnels und der Südumgehung in Leipzig die dringend notwendigen Baumaßnahmen in diesem Bereich realisiert werden.[146] Sachsens Wirtschaftsminister Martin Gillo (CDU), äußerte gegenüber der Zeitung, dass bei einem endgültigen Zuschlag für Leipzig mit Zuwendungen bis zu 16 Milliarden Euro allein für Infrastrukturmaßnahmen und der Schaffung von bis zu 8000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen sei.[147] Auch die *Sächsische Zeitung* liebäugelte mit möglichen „positive Entwicklungstrends“ und fragte: „Wie profitiert Dresden vom Sieg der Leipziger Olympiabewerbung?“[148] Die Zeitung setzte „große Hoffnungen“ in die getroffene Entscheidung und sah in der Wahl vor allem „eine Chance für den Osten“.[149] Die *LVZ* nahm die Wahl Leipzigs und Rostocks als „Indiz für die deutsche Einheit“ und als den „Beweis, dass […] ganz Deutschland hinter uns steht“.[150] Immer wieder wurde in den Beiträgen der überregionalen Presse betont, dass die Bewerbung eine gesamtdeutsche werden müsse, da die rein lokale Un-

[144] taz, 14.4.2003, S.19
[145] Ebenda
[146] Vgl.: LVZ, 15.4.2003
[147] Vgl.: Ebenda
[148] Sächsische Zeitung, 14.4.2003, S. 9
[149] Ebenda, S.1
[150] LVZ, 14.4.2003

mehr zeigten die Konflikte die internen Probleme der Bewerbung auf, welche sich durch die besondere Konstellation der Machtverhältnisse zwischen NOK, der Stadt Leipzig, dem Land Sachsen und dem Bund ergab. Vor diesem Hintergrund geriet die Bewerbung zunehmend zwischen die Fronten politischer und sportpolitischer Interessen, was einer aussichtsreicheren Entwicklung der Olympiaidee entgegenstand.

7. Mit dem Beginn der Thärichen-Debatte im Oktober 2003 begann der „heiße Herbst“ der Bewerbung. Im weiteren Verlauf geriet das Vorhaben zunehmend in parteipolitische und sportpolitische Auseinandersetzungen, die nach der Entlassung Thärichens und der Kündigung der Vertragsverhältnisse mit Jens Fuge zu weiteren personellen Konsequenzen innerhalb der Bewerbergesellschaft führte. Während der Rückzug von Hermann Winkler aus dem Aufsichtsrat primär parteipolitische Hintergründe hatte, war die Suspendierung von Wolfram Köhler vor allem moralischer Natur. Als weitaus schwerwiegender für die Bewerbungsaussichten ist jedoch die Amtsenthebung des Olympia-Beauftragten Burkhard Jung einzustufen. Für sein Vorgehen in Bezug auf das Schreiben vom 3. Januar 2003 gab es keine rechtliche Grundlage, sodass seine Entlassung als gerechtfertigt angesehen werden kann. Seine Unterschrift machte eine Umleitung städtischer Gelder in private Kassen möglich. Davon profitierten in diesem Fall die Unternehmer Henner Ziegfeld und Ivan Radosevic, die bereits im Vorfeld der Bewerbung als zweifelhafte Partner hätten eingestuft werden können. Dies ist sowohl von der Stadt, von Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, als auch vom NOK versäumt worden. Wozu es bei der Akquise von Sponsoren und Beratern teurer Unterhändler bedurfte, ist von den Beteiligten in keiner Weise nachvollziehbar dargelegt worden. Die eingesetzten Prüfungsausschüsse und die vorwiegend auf Fakten, Dokumenten, Verträgen und Protokollen basierende Berichterstattung, zeichneten ein so zweifelhaftes Licht von der Bewerbung, sodass diese aufgrund der Vorgänge in eine so bedrohliche Schieflage geriet. Ein vorzeitiger Rückzug wäre zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen. Vor allem die Dichte der Ereignisse, die Gründlichkeit der Berichterstattung und der Gehalt der gemachten Vorwürfe machte ein Agieren der Bewerbergesellschaft schwierig. Diese versäumte es vor allem die eigenen Strukturen innerhalb der Olympia-GmbH zu entpolitisieren und umgab sich mit zweifelhaften Geschäftspartnern, sodass primär ein Selbstverschulden der Bewerbergesellschaft an der Situation konstatiert werden muss.

8. Wolfgang Tiefensee trägt eine Mitschuld für das Scheitern der Leipziger Bewerbung. Nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung trug er durch eine zum Teil arrogante und oftmals selbstherrliche Art dazu bei, dass das Vorhaben, die Olympischen Spiele 2012 in die Stadt zu holen, Schaden nahm. Durch sein Festhalten an Mitarbeitern, die nicht über jeden Zweifel erhaben waren, und seinen Kooperationen mit dubiosen Lobbyisten, geriet er selbst in den Fokus der kritischen Berichterstattung. Mit der Inthronisierung seines Mitstreiters Thärichen beging er einen Fehler, der sowohl ihn persönlich als auch der Bewerbung abträglich sein

sollte. Mit einer schlechten Kommunikationspolitik fand sich Tiefensee – gewollt oder ungewollt – immer im sächsischen Landtagswahlkampf wieder. Sein Verzicht auf die Kandidatur bei den Landtagswahlen war ein Ergebnis der allgegenwärtigen politischen Differenzen innerhalb der Bewerbergesellschaft. Trotz Unterstützung der lokalen Presse (primär durch die *Leipziger Volkszeitung*) wurde der OB spätestens mit dem Rücktritt seines Freundes und Olympia-Beauftragten Burkhard Jung „vom Frontmann zum Hinterbänkler". Sein Verhältnis zu den überregionalen Medien verschlechterte sich vor allem dadurch, dass er vorwiegend bereits bekannte Tatbestände einräumte, statt eine offensive Kommunikationsstrategie anzustreben. Die daraus resultierende Fokussierung auf seine Person war konsequent, zumal ihn Dokumente zweifelsfrei als Mitwisser bereits geschilderten Skandale auswiesen. Viel zu spät verstand er die Olympiabewerbung als eine gesamtdeutsche Aufgabe und gab seine vermeidliche Vorreiterrolle erst dann auf, als die Kritik zunehmend seine Person traf. Einzig die Ausweglosigkeit der Bewerbung und seine gefestigte Position innerhalb der Leipziger Stadtpolitik bedingten, dass Wolfgang Tiefensee weiterhin an der Bewerbung mitarbeiten durfte. Aus den Vorfällen des „heißen Herbstes" und den daraus resultierenden personellen Konsequenzen ging Tiefensee letztendlich politisch fast unbeschadet hervor. Ob die sächsische SPD bei den Landtagswahlen mit Tiefensee als Spitzenkandidaten ein besseres Ergebnis erzielen hätte können, bleibt Spekulation. Durch seine konsequente Haltung in Bezug zur Stadt Leipzig kann Tiefensees Position innerhalb des Leipziger Rathauses und seiner Funktion als Oberbürgermeister als weiterhin sehr gefestigt angesehen werden.

9. Das Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung war nicht das Ergebnis einer kritischen Berichterstattung der deutschen Presse. Die These, dass die Presse eine anti-olympische Haltung innerhalb der Berichterstattung angenommen hätte, kann nicht bestätigt werden. Vielmehr wurde die Debatte von den lokalen Medien immer wieder neu entfacht, die kritische Fragen oftmals als „Häme" und „Miesmacherei" missverstanden. Zwar verwendete die überregionale Presse mitunter eine drastische Bildsprache und erzeugte so eine starke Wirkung bei den Lesern, dennoch beruhten die getroffenen Aussagen und Anschuldigungen gegenüber der Bewerbergesellschaft und den in ihr tätigen Personen weitestgehend auf Fakten, Dokumenten und Originalunterlagen. Eine Vermischung von Kommentar und Nachricht muss teilweise konstatiert werden, überwiegend wurde sich jedoch an den journalistischen Richtlinien orientiert, die eine Vermengung der beiden journalistischen Darstellungsformen nicht zulässt. Meinungsbeiträge waren in der Regel als solche kenntlich gemacht. Die Vielzahl der Meinungsbeiträge war scheinbar auch ein Ergebnis der teilweise schlechten Informationsaufbereitung der Nachrichtenagenturen (*sid* und *dpa*), deren Arbeit als bedenklich eingestuft werden muss. So kam es, dass in der Debatte vorwiegend die sprachlich nachdrücklichen Beiträge im Diskursmittelpunkt standen. Nach den immer neuen Skandalen im Herbst war die Vielzahl von meinungslastigen Beiträgen durchaus nachvollziehbar und erschien angebracht.

terstützung auf internationaler Ebene nicht ausreichen würde. *Die Zeit* dazu provokativ: „Es gibt jetzt keine Nörgler mehr, es gibt nur noch Deutsche. Alle für Leipzig".[151]
Ohne Hilfe, so ist sich jedoch die Presse übereinstimmend sicher, hätte Leipzig keine Chance. Vor allem die Politik sei jetzt gefordert. So kam auch Bundeskanzler Gerhard Schröder nicht umhin zu betonen: „Alles, was die Bundesregierung tun kann, damit die Bewerbung international Erfolg hat, werden wir tun".[152] In einer gesellschaftlichen Situation zunehmender Orientierungslosigkeit und vor dem Hintergrund wirtschaftlich schwieriger Zeiten klang dies parolenhaft. Auch die Sportpolitik, vor allem in Person von IOC Vize-Präsident Thomas Bach müsse seinen Beitrag leisten, so die Forderung der Presse. Die *Sächsische Zeitung* sah Bach sogar als möglichen „wichtigsten Helfer der sächsischen Metropole".[153] Dieser verwies in einigen Interviews jedoch darauf, dass vor allem die Bundespolitik in der Pflicht sei. Er wolle Leipzig zwar „mit Rat und Tat zur Seite stehen – egal in welchem Gremium"[154], vergaß aber nicht zu betonen, dass es „größter Anstrengungen" bedürfe, um die „Leipziger Bewerbung auf ein internationales Level zu heben".[155] Bach sah sich zuallererst als Repräsentant des IOC. Gegenüber der regionalen Presse gab er sich weniger kritisch und ließ, ähnlich wie IOC-Präsident Jaques Rogge, durchblicken, dass die Einwohnerzahlen für einen Erfolg Leipzigs keineswegs ausschlaggebend seien.
Dies sah die überregionale Presse anders. Gegen Städte wie Paris, Madrid, Moskau, London und New York würde es die sächsische Bewerbung schwer haben. Auch Fünfkampf-Präsident Klaus Schornemann betonte, dass man es mit „einem anderen nationalen Sieger sicher leichter" gehabt hätte. Der einmütige Appell ging dahin, dass Leipzig umgehend die Probleme der Infrastruktur und Hotelkapazitäten angehen müsse, um die Bewerbung erfolgreich zu gestalten. Vor allem die Erfahrungen aus der gescheiterten Bewerbung Berlins um die Olympischen Spiele 2000, sollten als warnendes Beispiel genommen werden. Eindringlich warnte die *FAZ* davor, ähnlich „dilettantisch und selbstsicher"[156] vorzugehen wie die Hauptstadt vor einigen Jahren. Auch die *Berliner Zeitung* erinnerte sich an „die grandios gescheiterte Bewerbung" Berlins und mahnte an, der Bewerbung Leipzigs „schnellstens ein neues Leitmotiv zu verpassen". Die Stadt stehe vor einer „titanischen Aufgabe".[157] Ähnlich äußerte sich *Die Welt*, die vor allem

[151] Die Zeit, 16.4.2003
[152] taz, 14.4.2003
[153] Sächsische Zeitung, 17.4.2003
[154] Ebenda
[155] SZ. 14.4.2003, S.33
[156] FAZ, 14.4.2003
[157] Berliner Zeitung, 14.4.2003

auf die strukturellen Fehler früherer Bewerber hinwies. So seien in Berlin unnötige Sportstätten gebaut worden, auf deren „Folgekosten die Stadt bis heute sitzt“.[158] Auch der Sieger um die Spiele 2000, die Stadt Sydney, habe „Pracht-Stadien gebaut“, die bis heute kaum sinnvoll nachhaltig genutzt werden.

Eine zusammenfassende Übersicht über die Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken, die die deutsche Presse in den Tagen nach der Leipzig-Wahl publiziert hat zeigt folgende Abbildung.

Die Einschätzungen der Presse nach der nationalen Entscheidung

Stärken	**Schwächen**
• Unterstützung in der Bevölkerung • Aufbruchstimmung in der Region	• NOK-Evaluierung • Größe der Stadt • Hotelkapazitäten • Nachhaltigkeit • Sportstätten • Personal
Chancen	**Risiken**
• Wird als Außenseiter möglicherweise unterschätzt • Anti-Gigantismus, Ökologiedenken des IOC • Verbesserung der Infrastruktur	• Fehlende politische Unterstützung • Fehlendes Leitmotiv / Motto • Zeitfaktor • Schwierige Prognose möglicher wirtschaftlicher Effekte

Abbildung 11: Stärken/Schwächen – Chancen/Risikenanalyse

„Hat Leipzig eine Chance?“ fragte am 15. April 2003 auch die *BILD*, die sich in der Folgezeit kaum mehr um die Olympiabewerbung bemühte. Aus den in die Untersuchung eingegangenen Publikationen lässt sich die Frage nicht eindeutig beantworten beantworten. Der Medienpluralismus zeigte sich zu diesem Zeitpunkt sehr deutlich. Während Thomas Kistner von der *Süddeutschen Zeitung*, sich bereits zwei Tage nach der Wahl Leipzigs in einem Leitartikel festlegte, dass es „die Spiele im Jahr 2012 gewiss nicht geben wird“[159], war selbst der *Spiegel* zu dieser Zeit verhalten optimistisch. Die lokale Presse war im „Freudentaumel“, die regionale *Sächsische Zeitung* glaubte ähnlich wie Leipzigs Oberbürgermeister „an das zweite Wunder nach dem Mauerfall“.[160]

[158] Die Welt, 16.4.2003
[159] SZ, 14.4.2003
[160] Sächsische Zeitung, 13.4.2003

4.2 Die Bewerbung im Fokus der Öffentlichkeit

4.2.1 Der Sommer – Autoritätsprobleme und politische Ränkespiele

Dem Gewinn des nationalen Ausscheids folgte eine scheinbar nicht enden wollende Debatte über das weitere Vorgehen der Bewerbung. Zunächst wurde am 14. April 2003 eine neue Bewerbergesellschaft, die „Leipzig 2012 GmbH“ gegründet, die die Interessen der Leipziger im nun internationalen Wettstreit voran bringen sollte. Doch bereits kurz nach der Gründung der Bewerbergesellschaft traten Konflikte auf, die häufig über die Medien ausgetragen werden sollten. Im Zentrum der Debatte standen neben OB Tiefensee und NOK-Präsident Klaus Steinbach vor allem DSB-Präsident Manfred von Richthofen und der designierte Geschäftsführer der GmbH, Mike de Vries. Es schien ganz offensichtlich ein Gerangel um Kompetenzen und Autoritäten in Gang gekommen zu sein, welches sich über knapp fünf Monate hinziehen sollte. Die *SZ* kommentierte am 23. Juni 2003: „Jeder gegen jeden“[161] und traf damit den Kern. Von „politischen Gockelkämpfen“[162] war zu lesen, oder auch von „Streithähnen“[163] und „undurchsichtigem Machtgerangel“.[164] Am Ende der Ränkespiele um (sport-)politischen Einfluss sollte es keine „Gewinner“ geben. Vielmehr war wertvolle Zeit verspielt worden.

4.2.1.1 Tiefensee vs. Steinbach – Machtfragen und Kompetenzstreitigkeiten

Mit der Gründung der neuen Bewerbergesellschaft waren die Kräfteverhältnisse eigentlich geklärt. Das NOK erhielt laut Gesellschaftsvertrag mit 50,1 Prozent die Mehrheit an der GmbH, der Freistaat Sachsen bekam 34 Prozent, Leipzig 11,0 Prozent und der Ausrichter der Segelwettbewerbe Rostock 4,9 Prozent der Anteile.

Die Posten des oder der Geschäftsführer der GmbH waren von Anfang an umstritten und mündeten in einer regen Debatte. Einzig die Besetzung des Postens des Aufsichtsratsvorsitzenden durch Klaus Steinbach und dessen Stellvertreter Wolfgang Tiefensee war bereits am 14. April 2003 beschlossene Sache. Aufgrund des Stimmenmehrgewichts des NOK wäre eine stringente Handlungsfähigkeit der Gesellschaft zu vermuten gewesen. Als Mehrheitseigner der Gesellschaft oblag es dem NOK bei wichtigen (Personal-)Entscheidungen eine Führungsrolle zu übernehmen. Dagegen sprachen jedoch drei Tendenzen, die die Durchsetzungskraft des NOK und somit die des Präsidenten Klaus Steinbach schmälern sollte.

---

[161] SZ, 20.6.2003
[162] Ebenda
[163] LVZ, 19.6.2003
[164] Die Welt, 16.6.2003

1. Das erste Problem stellte Leipzigs OB Wolfgang Tiefensee dar. Der Sieg im nationalen Ausscheid wurde allseits mit seinem Namen verknüpft. Sein emotionaler Cello-Auftritt bei der Präsentation in München wurde als ein Indiz für den Sieg Leipzigs gewertet. Vor allem die lokale Presse zementierte in den Folgetagen den Kultstatus des Oberbürgermeisters. Das Stadtmagazin *Kreuzer* huldigte Tiefensee geradezu mit einer fünfseitigen Reportage und ernannte ihn kurz zum „Heldenstadtheld“ und zum „konkurrenzlosen Hoffnungsträger der Ost-SPD“[165]. Dabei verstieg sich Autorin Katja Nündel sogar in einem Vergleich Tiefensees mit dem ehemaligen New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani, der nach den Terroranschlägen im Jahr 2001 zur Symbolfigur einer ganzen Stadt wurde. Ähnlich sei dies mit Tiefensee jetzt in Leipzig, sein Name sei nun unwiderruflich mit dem „Zwölften Vierten“ verbunden. Tiefensee sei ein „Mann mit Bundesligaformat“ fand selbst die *SZ* und auch die *LVZ* hob die Verdienste des OB oft auf die erste Seite. „Wolfgang Superstar“ oder „Mister Olympia“[166] – Tiefensee war in den Medien präsent wie selten, trat in einer Fernsehshow nach der der anderen auf und gab zahlreiche Interviews. Der *Kreuzer* resümierte in der Juniausgabe 2003 kühn, dass Tiefensee nach der Olympiabewerbung „nicht mehr angreifbar“ sei. Für den NOK-Chef Steinbach war Tiefensee somit in kürzester Zeit zu einem echten Konkurrenten um die Vorherrschaft innerhalb der Olympia-GmbH geworden. Das Problem war, dass er den Geschäftsführerposten der GmbH bereits fest Mike de Vries zugesagt hatte. Dieser arbeitete bis dahin für die Marketingabteilung der *Bitburger Brauerei*. Da die Inthronisierung von de Vries durch Steinbach scheinbar ohne vorherige Absprache getroffen werden sollte, regte sich in Leipzig schon bald heftiger Widerstand gegen den NOK-Kandidaten. Tiefensee wollte seinen Kandidaten Dirk Thärichen als Geschäftsführer einsetzen, da dieser bereits an der nationalen Bewerbung der Stadt mitgearbeitet hatte. Dieses Vorhaben wurde von der lokalen Presse unterstützt. So bemängelte die *LVZ*, dass mit der Einsetzung von Steinbachs Wunschkandidaten der „Macher der nationalen Bewerbung“, Thärichen, zurückstehen müsse. Es folgte scheinbare „sportpolitische Ränkespiele“: Steinbach lehnte den Leipziger ab und hielt an seinem Kandidaten de Vries fest. Dieser wurde bereits vor seinem Amtsantritt demontiert, als er durch ein über die Medien gestreutes Gerücht, er würde sein Amt erst gar nicht aufnehmen, öffentlich brüskiert wurde. Die überregionalen Medien sahen in alledem eine „delikate Posse“[167] und besonders in Steinbach einen „hilflosen Zuschauer“.[168]

---

[165] Kreuzer 06/2003
[166] Stern 17/2003, S.70
[167] SZ, 16.6.2003
[168] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.20

2. Erschwerend kam für Steinbach hinzu, dass auch DSB-Präsident Manfred von Richthofen sich gegen de Vries stellte. Von Richthofen bezweifelte dessen Fähigkeiten, da de Vries Jahre zuvor beim Deutschen Hockeybund fragwürdige Arbeit geleistet haben soll. So kam das durch einen Lobbyisten am 13. Juni 2003 in Berlin in die Welt gesetztes Gerücht, de Vries werde gar nicht nach Leipzig kommen, OB Tiefensee und auch Manfred von Richthofen offensichtlich sehr recht. Tiefensee dementierte das Gerücht nicht und von Richthofen forcierte die Demontage von de Vries, indem er öffentlich verkündete: „Ich habe Informationen bekommen das er (Mike de Vries, A. d. A.) nicht mehr Geschäftsführer ist und seine Arbeit bei der Deutschen Sport-Marketing GmbH aufnehmen soll.“[169] Da Steinbach zu dieser Zeit im Urlaub weilte, blieb das Statement des DSB-Chefs lange unwidersprochen und wurde in der Presselandschaft platziert. „De Vries gibt seinen Posten auf“, schrieb die *Berliner Zeitung* am 16. Juni 2003, die *Süddeutsche Zeitung* wertete den vermeintlichen Abgang von de Vries bereits als „Steinbachs Niederlage“[170]. Die *LVZ* sah in der De-Vries-Debatte sogar eine „schallende Ohrfeige für Steinbach“.[171] Dieser reagierte erst Tage später auf den Vorstoß des DSB-Chefs über ein Interview im *Deutschlandfunk*. Darin bedauerte er die öffentliche Austragung des Disputs und rügte von Richthofen ungewohnt scharf. „Sie können sich sicher vorstellen, dass es Manfred von Richthofen in seiner Funktion als DSB-Präsident gewohnt ist, zu allen Fragen des Sports Stellung zu nehmen. Aber was den Aufsichtsrat anbelangt, können erst Kommentare abgegeben werden, wenn die nächste Aufsichtsratssitzung unter meiner Leitung stattgefunden hat. […] Wir werden dafür sorgen, dass künftig geschlossen mit einer Stimme gesprochen wird.“[172] Die Diskussionen sollten besser intern und nicht über die Medien geführt werden. Von Richthofen reagierte auf die öffentliche Zurechtweisung empört und sagte dem *Sportinformationsdienst (sid)*, dass er sich „keinen Maulkorb verpassen ließe. […] Als DSB-Präsident werde ich meine Meinung auch weiter sagen“[173], ließ er verlauten.

3. Die Kompetenzstreitigkeiten und offenen Machtfragen waren somit in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Für Wolfgang Tiefensee, der sich noch immer einer gewogenen Berichterstattung erfreuen konnte, war dies zweifellos von Vorteil, da sich die Medien zunehmend auf die vermeidlichen Schwächen seines Gegenspielers Steinbach konzentrierten. Während Tiefensee seinen Kandidaten Dirk Thärichen als Geschäftsführer der

[169] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.20
[170] SZ, 16.06.2003, S.30
[171] LVZ, 19.6.2003
[172] Ebenda, 23.6.2003
[173] Ebenda

Bewerbergesellschaft platzieren konnte, wurde dem Vorsitzenden Steinbach öffentlich Führungsschwäche, Unerfahrenheit und Naivität vorgeworfen. Steinbach wirkte „von Beginn an überfordert“[174], schrieb beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung*. Er sei unter den deutschen Spitzenfunktionären zunehmend „isoliert“ und nach der De-Vries-Debatte eindeutig „geschwächt“. Die Demontage seines Kandidaten habe er „fast widerstandslos hingenommen“ und es versäumt, „eindeutige Kommunikationskonzepte“ innerhalb der Bewerbergesellschaft festzulegen.[175] Erst dadurch sei die für die Bewerbung schädliche öffentliche Debatte um Positionen im Aufsichtsrat möglich gewesen.

Das Verhältnis zu Manfred von Richthofen und DSB-Vizepräsident Ulrich Feldhoff, die Steinbachs Wahl Anfang 2003 auf den Chefsessel des NOK unterstützt hatten, galt bereits im Vorfeld der internationalen Bewerbungsphase als äußerst gespannt. Feldhoff nahm Steinbach seine Rolle in der nationalen Auswahl übel; mit von Richthofen überwarf sich Steinbach spätestens mit der Personalie de Vries. Sowohl Feldhoff als auch von Richthofen seien inzwischen „deutlich von ihrem Kollegen abgerückt“[176], schrieb die *Berliner Zeitung*. Thomas Bach, Vize-Präsident des IOC und somit eigentlich erster sportpolitischer Vertreter Deutschlands lehnte einen Sitz im Aufsichtsrat der GmbH strikt ab. Ex-NOK-Chef Walther Tröger und das ehemalige IOC-Mitglied Roland Baar wurden erst gar nicht gefragt, was durchaus als Erfahrungsverlust gewertet werden kann. Zudem sei Steinbach „Polit-Virtuosen“ wie Wolfgang Tiefensee „nicht gewachsen“.[177] All diese Aspekte seien ein Zeichen dafür, dass Steinbach „sich mit den falschen Leuten umgibt“.[178] Auch NOK-intern wurden Steinbach Fehler vorgeworfen: Die fehlende Informationspolitik gegenüber den Verbänden stieß häufig auf wenig Verständnis, viele NOK-Repräsentanten hielten ihren Präsidenten sogar für „unnahbar“ und fühlten sich aufgrund fehlender Informationen brüskiert. Auf Unverständnis stieß Steinbachs Vorstoß, ihn selbst zum „Chef de Mission“ des Olympiateams 2004 in Athen zu wählen. Dieser Posten war ursprünglich dem scheidenden NOK-Generalsekretär Heiner Henze durch Steinbach selbst versprochen worden. Steinbach wurde gewählt und stellte seinen Generalsekretär bloß. Die *Berliner Zeitung* bezweifelte daraufhin, dass der NOK-Präsident die „Multibelastung“ überhaupt bewältigen könne und riet Steinbach sich auf die wesentlichen Kriterien der Bewerbung zu konzentrieren, als weiterhin „tapsig Stilblüten zu produzieren“.[179] Auch die *Süddeutsche Zeitung* glaubte nicht, dass Steinbach

[174] SZ, 26.6.2003, S.30
[175] Vgl.: Berliner, 28.6.2003, S.36
[176] Berliner, 18.6.2003, S.26
[177] SZ, 26.6.2003, S.30
[178] Ebenda
[179] Berliner, 28.6.2003, S.36

alle Aufgaben „unter einen Hut bringen kann“. Der „Job verlangt Herkuleskräfte; er wird ihn ausfüllen, in Ermangelung erfahrener Helfer womöglich überfordern. Für Leipzigs Belange wird Steinbach jedenfalls künftig kaum Zeit haben“.[180]

Nach dem Positionsgerangel, der Demontage von de Vries und den Vorwürfen gegenüber NOK-Präsident Steinbach reagierte der Innen- und Sportminister Otto Schily zum ersten Mal. Mit der Entsendung von Staatssekretär Göttrik Wewer als Aufsichtsratsmitglied versuchte die Bundesregierung deutlich zu machen, dass die Bewerbung eine Aufgabe Deutschlands sei und keinesfalls unter Personalquerelen leiden dürfe.[181] Indirekt stärkte Schily so Steinbach den Rücken, gleichzeitig zeigte dieses Eingreifen jedoch, „wie groß die Führungsnot in der Bewerbergesellschaft bereits ist“.[182] Die Intervention der Politik, die den „Sport an der kurzen Leine“[183] hält, sei ein Armutszeugnis für die Sportfunktionäre und eine Aufforderung, dass der Sport nun handeln müsse.

Und so endete der Streit um die Einsetzung von de Vries in einem „faulem Kompromiss“[184]: De Vries durfte seine Arbeit ab dem 1. Juli 2003 antreten, jedoch mit der Auflage, bei „nächster Gelegenheit in die olympische Vermarktungsagentur DSM“ zu wechseln. Somit saß der Bewerbergesellschaft eine „Doppelspitze“ mit de Vries und Thärichen vor. Die *SZ* bemerkte dazu: „Ein Deal, der alle Kontrahenten das Gesicht wahren lässt, die Arbeitsmoral in der GmbH aber kaum fördern dürfte.“[185] Wolfgang Tiefensee hatte seinem Vertrauten Dirk Thärichen zu einem Posten verholfen, der sich den Geschäftsführerposten jedoch teilen musste. Für die Leipziger, die auch bei der internationalen Bewerbungsphase scheinbar lieber allein gearbeitet hätten, statt vom NOK „beaufsichtigt zu werden“[186], war dies ein erster kleiner Rückschlag. Natürlich behaupteten alle Beteiligten, dass es keine Probleme geben würde. So zitierte die *Berliner Zeitung* OB Tiefensee, es habe „nie Differenzen zwischen ihm, Klaus Steinbach und dem Aufsichtsrat gegeben“. Da sei viel zu viel „hineingeheimnisst“ und „hineinspekuliert“ worden, meinte der Leipziger Oberbürgermeister.[187] Otto Schily betonte, er erwarte nun eine „sehr positive Berichterstattung“ und zeigte sich erfreut über die scheinbar beendete Debatte.[188] Klaus Steinbach, der als „Chef de Mission“ nun noch eine weitere sportpolitische Aufgabe erhielt, schien trotz Presseschelte weiterhin sportpolitisch ohne Al-

[180] SZ, 28.6.2003, S.1
[181] Vgl.: FAZ, 28.6.2003,
[182] SZ, 28.6.2003, S.1
[183] FAZ, 29.6.2003
[184] LVZ, 26.6.2003
[185] SZ, 28.6.2003, S.1
[186] Ebenda
[187] Vgl.: Berliner Zeitung, 28.6.2003, S.36
[188] SZ, 28.6.2003, S.1

ternative. Seine Position konnte im Sommer 2003 aufgrund der Vorgänge jedoch als geschwächt angesehen werden und sollte im weiteren Verlauf noch von Bedeutung sein. Er wurde erst aktiv, als die Probleme bereits offenkundig waren und schob die Verantwortung ab. Dies ist vor dem Hintergrund der Kraftverhältnisse innerhalb der Bewerbergesellschaft und Steinbachs Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzender schwer nachvollziehbar. Angenommen werden kann, dass es für Steinbach zu dieser Zeit schwierig war, aus dem Schatten des Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee zu herauszutreten. Dieser wurde zum „Gesicht“ und „Frontmann“ der Bewerbung erhoben und warb fortan in allen Teilen der Welt für die Spiele in Leipzig. Der medialen Präsenz Tiefensees hatte der NOK-Präsident nur wenig entgegenzusetzen. Den Teilerfolg, seinen Kandidaten Mike de Vries letztendlich doch durchgesetzt zu haben, verdankt Steinbach dem Eingreifen der Politik in Person von Otto Schily.

Hypothese:

Der olympische Stellungskampf nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung hat der Bewerbung geschadet. Statt einem Schulterschluss aller Beteiligten kam es zu einem Machtgerangel unter den Protagonisten der Bewerbung, die neben Geld auch viel Zeit gekostet hat. Die Innen- und Außendarstellung der neu gegründeten Olympia-GmbH war geprägt von Kommunikationsproblemen, die einer stringenten Weiterentwicklung der Bewerbung entgegenstanden. Vom Disput Steinbach/Tiefensee und den damit verbundenen Auseinandersetzungen auf diversen Nebenschauplätzen hat keiner der beteiligten Personen profitiert, sodass die Debatte als unnötig eingestuft werden kann.

Mit der Debatte um den Geschäftsführerposten innerhalb der Bewerbergesellschaft hatte Leipzig viel Zeit verloren. Viele Probleme wie die infrastrukturellen Maßnahmen, die Beherbergungskapazitäten sowie die Sportstätten- und Finanzierungsfragen wurden „auf die lange Bank geschoben“.[189] Infolgedessen berichtete die Presse kritisch über den Stand der Bewerbung. Doch nicht nur die Ränkespiele um den Geschäftsführerposten der GmbH gaben den Medien Anlass zu einer kritischen Analyse. Zeitgleich mit der Personaldebatte entwickelt sich ein zweiter Diskurs, der die Bewerbung belasten sollte. Dabei ging es um die Modifizierung des Leipziger Olympiakonzeptes hin zu einer kompakten Bewerbung. Die Idee und deren Entwicklung soll im folgenden Abschnitt erläutert werden.

[189] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.38f

4.2.1.2 Kompakte Spiele als (einzige) Chance?

Der nachfolgend dargestellte Diskurs steht in Bezug zu der Personaldebatte im vorigen Abschnitt. Nicht nur, dass sich beide Diskurse zeitlich überlagerten oder parallel abliefen – sie bedingten sich gegenseitig: Beide haben eine politische Dimension und entzünden innerhalb der Presseberichterstattung ein kritisches Echo. Die Außenwirkung war aufgrund der unprofessionellen Kommunikation seitens der Verantwortlichen der Bewerbung nicht vorteilhaft und stieß bei Beobachtern und Presse gleichermaßen auf Unverständnis. Anders als bei der Personaldebatte hat die Diskussion um die Kompaktheit des Olympiakonzepts aber zunächst einen starken lokalen und regionalen Charakter. Dies ist verständlich, da die Regionen direkt von Veränderungen betroffen wären. So erklärt sich auch, dass dem Thema in der *Leipziger Volkszeitung* und *Sächsischen Zeitung* weit mehr Platz eingeräumt wurde als in den überregionalen Publikationen.

Der sächsische Bewerber hatte sich auf nationaler Ebene mit einem regionalen Konzept beworben, in das neben Leipzig auch die Städte Riesa, Dresden, Chemnitz und Halle involviert werden sollten. Das NOK hatte das Konzept für gut befunden, wohl wissend, dass das IOC Bewerbungen ganzer Regionen nicht unbedingt wohlwollend gegenüberstehen würde. Immer wieder wurde von IOC-Mitgliedern betont, dass die Olympischen Spiele kompakt sein müssten. Neben kurzen Wegen für Sportler, Zuschauer und Medienvertreter sollte es eine gewisse Nähe zur Austragungsstadt und deren kulturellem Angebot geben. Zudem wurde dieser Aspekt nicht zuletzt von IOC-Chef Jaques Rogge verdeutlicht, der mit seiner „Anti-Gigantismus“-Vorstellung das olympische Programm und deren Umfeld fokussieren möchte. Dahinter steht die Überlegung, neben einer Reduzierung von Akkreditierungen und der Mehrfachnutzung von Sportstätten, die Olympischen Spiele sinnvoll zu gestalten und „Massen-Spiele wie in Peking 2008“[190] zukünftig zu vermeiden.

Die Verantwortlichen in Leipzig standen vor einer schwierigen Aufgabe: Zum einen war die Bewerbung regional ausgelegt und widersprach damit scheinbar den IOC-Überlegungen, kompakte Spiele durchzuführen. Andererseits wäre die Konzentration auf Leipzig allein ebenso ein Risiko, da man dann die mit Abstand kleinste Bewerberstadt im internationalen Vergleich wäre. Das Problem wurde lange Zeit durch die Personaldebatte um den Vorsitz in der Olympia-GmbH verdeckt, trat aber im Juni und Juli 2003 verstärkt in den Medien auf. Auslöser waren Interviews von Thomas Bach mit dem *sid* am 19. Mai 2003 und ein Gespräch von Manfred von Richthofen mit der *Deut-*

[190] FAZ, 13.6.2003

schen Presseagentur (dpa). Die Ergebnisse fasste die *Sächsische Zeitung* am 20. Mai in einem Beitrag zusammen. Darin forderte Bach eine Konzentration des Gesamtkonzeptes. „Das IOC will schlankere Spiele."[191] Bach sah darin sogar eine „große Chance für Leipzig". Die Stadt sei in Konkurrenz mit New York, Paris oder London nicht „als Alternative", sondern als „Vorbild mit besonderen Vorzügen" zu betrachten.[192] DSB-Chef Manfred von Richthofen hatte ebenso eine Komprimierung des Sportstättenkonzeptes angemahnt: „Man darf nicht ignorieren, wenn man von außen auf Schwächen des Konzeptes hingewiesen wird. […] „Das es da interne Widerstände geben wird, ist uns klar."[193] Die Regionalzeitung reagierte bestürzt: „Alles in Leipzig?"[194], fragt sie besorgt in Richtung der Menschen und Olympiaanhänger, die sich für die regionale Bewerbung stark gemacht hatten. Vor allem Ideengeber Wolfram Köhler befand sich fortan im Zwiespalt bezüglich seiner politischen Absicht einerseits und den Anforderungen des IOC andererseits. Auf der einen Seite sollte die Region von der Ausrichtung der Olympischen Spiele profitieren, auf der anderen Seite musste man den Wünschen des IOC nachkommen, da sonst das Konzept ohne Chance bleiben würde. Nachdem die *Leipziger Volkszeitung* in der Komprimierung des Konzeptes durchaus die Möglichkeit sah, „Kostenvorteile" zu generieren, wurde der Ton unter den beiden sächsischen Presseerzeugnissen schärfer. „Hochgemut und selbstbewusst: Leipzig genießt sich, seinen Ruf um die Bewerbung"[195], schrieb die *Sächsische Zeitung*.

Vorrangig ging es um finanzielle Aspekte: Die Region erhoffte sich wirtschaftliche Impulse und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Möglich waren Milliardenbeträge, die durch Olympia investiert hätten werden können. Die Konzentration auf Leipzig, so fürchtete die Regionalzeitung, könnte dem erhofften regionalen Aufschwung entgegenstehen. Hinzu kam, dass sich Riesa, Dresden und Chemnitz mit je zwei Millionen Euro an den Bewerbungskosten beteiligt hatten, der Freistaat Sachsen sogar 19,6 Millionen Euro zusteuerte. Leipzig hingegen kam lediglich auf 4,4 Millionen Euro. Immer wieder wird daher darauf verwiesen, dass es sich bei der Idee, sich für die Olympischen Spiele 2012 zu bewerben, um einen sächsischen Entwurf gehandelt habe, der zudem von den sächsischen Bürgern finanziert würde. „92,4 Prozent der Menschen wünschen sich Spiele in Sachsen. […] Sachsen steht hinter der Bewerbung".[196] Über einen Monat beschäftigte die beiden Zeitungen das Thema, häufig sogar auf der ersten Seite, was für

[191] Sächsische Zeitung, 20.5.2003
[192] Vgl.: Ebenda
[193] Ebenda
[194] Ebenda
[195] Ebenda
[196] Ebenda

den hohen Stellenwert des Themas spricht. Während sich die *LVZ* sehr schnell festlegte, dass die Konzentration des Konzeptes notwendig sei und auch umgesetzt werden würde, wollte die *Sächsische Zeitung* lange nicht an eine alleinige Ausrichtung der Spiele durch Leipzig glauben. Sie sah vor allem den „Olympiaerfinder“ Wolfram Köhler in der Pflicht, damit Städte wie Riesa, Dresden und Chemnitz nicht völlig aus dem Konzept genommen werden würden. Dieser war mittlerweile von Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) zum „Olympiastaatssekretär“ ernannt worden und in der Landeshauptstadt Dresden tätig. Als Sportsekretär sollte Köhler sich um die Balance zwischen den Ansprüchen der Landesregierung in Dresden und den Interessen der Leipziger Olympiavertreter kümmern. Eine, wie sich zeigen sollte, im doppelten Sinne undankbare Aufgabe.[197] Zum einen war das „Ausbalancieren des Machgleichgewichts“[198] zwischen den beiden Städten keine leichte Aufgabe, denn während Leipzig eine SPD-geführte Stadt darstellt, ist die Landesregierung CDU-dominiert. Und auch wenn sich SPD-Mann Tiefensee und CDU-Mann Köhler ein „hervorragendes persönliches Verhältnis“[199] bescheinigten, war der Sachverhalt keineswegs einfach und durchschaubar. „Der Haussegen hängt schief“[200], resümierte die *LVZ*. Hinzu kam, dass Köhler mit dem Führungsstil Dirk Thärichens Probleme und in seiner Position als Staatssekretär fast keinerlei Befugnisse hatte. Zudem war er vom Geschehen in Leipzig als auch von „seiner“ Stadt Riesa relativ weit entfernt, so dass er nicht unmittelbar vor Ort in die Debatte kaum eingreifen konnte. Ebenso war es für Köhler aus persönlicher Sicht scheinbar nur schwer zu verkraften, dass sich der Jubel um den nationalen Gewinn der Ausscheidung allein auf Wolfgang Tiefensee zu glorifizieren schien. So blieben seine zaghaften Forderungen nach einer Integration des Umlands fast ungehört.

Eine neue Ebene erreichte der Diskurs im Juni 2003, nachdem sich auch Leipzigs OB Tiefensee in einem *sid-Interview* für ein kompakteres Konzept ausgesprochen hatte. Höchstwahrscheinlich ermutigt durch die Aussagen Jaques Rogges, der eine Abkehr vom Gigantismus forderte und darauf verwies, dass Leipzig für die Austragung von Olympischen Spielen nicht zu klein sei, drängte Tiefensee energisch auf die Überarbeitung des bisherigen Konzeptes. Die Idee sah einen 10-Kilometer-Radius für die Verteilung der Sportstätten vor. „Kleine Stadt, kleiner Radius“, berichtete die *LVZ* und befand: „Leipzig sucht seine Chance.“[201] Die *Sächsische Zeitung* sah den Vorstoß Tiefen-

[197] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 69f
[198] Ebenda
[199] Sächsische Zeitung, 10.5.2003, S.8
[200] LVZ, 19.6.2003, S.1
[201] LVZ, 18.6.2003, S.26

sees hingegen aus einem anderen Blickwinkel: „"Leipzig allein", kommentierte sie am gleichen Tag. „So weit so gut – für Leipzig. Und so schlecht für Dresden, Riesa und Chemnitz."[202] Das Blatt brachte die allgemeine Stimmung der Region auf den Punkt: Auf regionaler Ebene fühlte man sich betrogen, vor allem in Riesa. „Fair play. Riesa spielt mit", forderten die Bürger der Kleinstadt auf Transparenten und Aufklebern. Doch die „provinziellen Gefühle" schienen Tiefensee nicht mehr zu interessieren, „schließlich [rief] die Welt".[203] Die Regionalzeitung verglich den Oberbürgermeister Leipzigs mit einem „Elefanten im sächsischen Porzellanladen"[204] und zeigte sich enttäuscht über die aktuelle Entwicklung. Die Bereitschaft, die Bewerbung zu unterstützen, würde in der sächsischen Bevölkerung nun zweifellos sinken. Bisher hätte sich Tiefensee einer parteiübergreifenden Zuneigung erfreuen können. Diese sei ihm „offenbar zu Kopf gestiegen".[205] Direkt an Tiefensee gewandt fragten die Leitartikler, „ob er aus Berechnung oder Größenwahn öffentlich Fakten schaffe". Auch der sächsische Regierungschef Georg Milbradt befand sich nun „in einer misslichen Lage, [da er] den ausgebooteten Kommunen wenigstens Ersatzstücke anbieten [muss]. […] Denn er steht bei den Sachsen im Wort".[206] Bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 wollte Milbradt wiedergewählt werden.

Fortan berichtet auch die überregionale Presse intensiv über die Überarbeitung des Olympiakonzeptes. Die *Berliner Zeitung* zeigte sich belustigt über den Konflikt der beiden sächsischen Zeitungen: „Hielten Sachsens Medien bisher geschlossen Kurs und beförderten somit olympische Zustimmungsraten, die an DDR-Wahlergebnisse erinnerten, ist längst ein veritabler Streit entbrannt […]" Das „beachtliche Miteinander über Parteigrenzen hinweg" sei nun vorbei.[207]. Auch Hermann Winkler, Präsident des Landessportbundes Sachsen, kam in der *Süddeutschen Zeitung* zu dem Schluss, dass man scheinbar „den erfolgreichen Weg der Teamarbeit verlassen"[208] habe. Der *LVZ* schien das große mediale Interesse Sorgen zu bereiten und verbündete sich auf der Titelseite kurzerhand mit den Bürgern in Sachsen. Diesen sei „ohnehin zu lange vorgegaukelt [worden], der gesamte Freistaat sei Olympiabewerber".[209] Sie schwächte das Argument jedoch gleich wieder ab, da „die Kunst nun darin bestehen würde, den Leuten zu erklären: „Ganz Mitteldeutschland wird von Olympia profitieren – auch wenn fast alle Wett-

[202] Sächsische Zeitung, 18.6.2003, S.4
[203] Ebenda
[204] Ebenda
[205] Ebenda
[206] Ebenda
[207] Vgl.: Berliner Zeitung, 19.6.2003, S.34
[208] SZ, 20.6.2003, S.32
[209] LVZ, 19.6.2003, S.1

kämpfe in Leipzig stattfinden".[210] Doch das ländliche Sachsen fühlt sich hintergangen, der „Alleingang Leipzigs auf Kosten anderer Regionen" sei nicht hinnehmbar, und wendet sich mit Unterschriftenaktionen und einem offenen Brief an Wolfgang Tiefensee. Dieser antwortet und bedauert, dass „sie den Eindruck gewonnen haben, dass wir Leipziger versuchen, die anderen Partner auszustechen. […] Noch ist kein Sportkonzept verabschiedet, sondern dieses Konzept ist Gegenstand der Entscheidung im Aufsichtsrat und wird selbstverständlich mit den Partnern vor Ort sehr intensiv besprochen werden müssen."[211] Es wurde jedoch schnell deutlich, dass es sich bei den Worten Tiefensees um politisches Understatement handelte.

Die sportpolitischen Funktionäre drängten verstärkt auf die Beendigung der Debatte. Nachdem DSB-Präsident Manfred von Richthofen nochmals klarstellte, dass eine Integration der umliegenden Städte unsinnig sei, machte auch NOK-Vizepräsident Dieter Graf Landsberg-Velen unmissverständlich klar: „Wir kommen nicht umhin, eine Konzentration der Sportstätten auf einen Umkreis von zehn Kilometern rund um Leipzig vorzunehmen. […] Gegen die Monster-Konkurrenten kann Leipzig nur bestehen, wenn wir gewisse Alleinstellungsmerkmale herausarbeiten."[212] Diese sollten darin bestehen, 97 Prozent der Entscheidungen in Leipzig zu veranstalten, um so mit einem kompakten Konzept der Sportstätten zu überzeugen. Allein die Medaillen der Reiter sollten in der Moritzburg bei Dresden vergeben werden.

Die *Leipziger Volkszeitung* begrüßte den neuen Entwurf, die *Sächsische Zeitung* hingegen begrenzte nach der Entscheidung den Umfang ihrer Berichterstattungsumfang bezüglich Bewerbung deutlich. Zwar behauptete sie noch am 23. September 2003, dass sich nach der Entscheidung keiner „in den Schmollwinkel zurückziehen"[213] werde – die Ergebnisse der Analyse hingegen kamen zu einem anderen Ergebnis. Demnach fand die Berichterstattung über die Bewerbung meist nur noch im lokalen Teil der Zeitung statt, und wurde zudem stark reduziert. In der überregionalen Presse wurde die Entscheidung der Konzeptkonzentration differenziert betrachtet. Zum einen wurde die Idee einer Zentralisierung als allgemein richtig bewertet. Dennoch barg das Konzept neue Risiken für die Bewerbungspläne: So wurde hauptsächlich über die Nachnutzung der Sportstätten und über infrastrukturelle Probleme, Beherbergungsdefizite und die neue Finanzsituation diskutiert. Die *Berliner Zeitung* vermutete hinter der Konzentration auf Leipzig allein politische Gründe. „Olympia auf dem Bierdeckel" titelte sie am 1. September

[210] LVZ, 19.6.2003, S.1
[211] Sächsische Zeitung, 2.7.2003
[212] FAZ, 12.7.2003, S.30
[213] Sächsische Zeitung, 23.9.2003

2003 in Anlehnung an die vorgeschlagene neue Steuerberechnung von Friedrich Merz (CDU). Richtige Vorteile kann die sie dem vorgeschlagenen Konzept nicht entnehmen, die „Reizworte, die das Kompaktkonzept begleiteten, klangen sperrig“, fand das Blatt. Auch die sächsische Staatsregierung hegte Zweifel: „Kann das überhaupt funktionieren?“[214], fragte sie in der *FAZ*. Tatsächlich schienen die Zweifel nicht unbegründet. Die Beherbergungsfrage mit dem Nachweis von 42.000 Betten war zu diesem Zeitpunkt ebenso wenig geklärt, wie die Nachnutzung der Leipziger Stadien und Transportfragen.

Kurz vor der Entscheidung über das Leipziger „Kompakt-Konzept“ im Aufsichtsrat am 30. August 2003, kam aus der Staatskanzlei in Dresden deshalb der Wunsch auf, mögliche Alternativen zu untersuchen. Die Landeshauptstadt Dresden hatte immer wieder auf die Fehler im Leipzig-Konzept aufmerksam gemacht: Während Leipzigs Baudezernent Engelbert Lütke-Daldrup glaubte, mit der neuen S-Bahn in zwei Stunden vom Olympiapark über 150.000 Menschen transportieren zu können, kamen die Dresdner Planer auf ganz andere Zahlen. Ihrer Meinung nach hätte es mehr als doppelt so lange gedauert. Auch waren die Verkehrsverbindungen in Leipzig für nicht mehr als 500.000 Einwohner ausgelegt. Wenn 650.000 Besucher die Zahl der Menschen in so einer kleinen Stadt mehr als verdoppeln würden, musste es zwangsläufig Schwierigkeiten geben. Auch bei der Hotelfrage sei das Konzept der Leipziger wenig durchdacht. Das vermeintliche Leipziger Alleinstellungsmerkmal, der Zentralismus, hatten die Planer scheinbar nicht auf ihr Hotelkonzept angewandt.[215]

Der Forderung der *Sächsischen Zeitung* („Klotzen statt kleckern“[216]), wurde nicht nachgekommen, befand auch Buchautorin Cornelia Jeske. Vielmehr sollten aus maroden „Leipziger Altbauten zu so genannten Residenzhotels saniert werden“.[217] Das unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit löbliche Ansinnen, hatte nach Aussagen Jeskes jedoch diverse Nachteile: „Für Catering wie Security stellten die kleinen Einheiten eine große Herausforderung dar.“ Die wurde von Seiten der Bewerbergesellschaft ebenso wenig thematisiert, wie die Frage, „wo die ganzen Servicekräfte (geschätzte Anzahl: 40 000 bis 50 000) sowie die Security-Leute eigentlich unterkommen sollten“.[218]

Hinzu kam, dass nun ein völlig neues Finanzkonzept erstellt werden musste. Die sächsische Staatsregierung wollte sich nach der Entscheidung allein für Leipzig finanziell nicht mehr so stark engagieren. Auch wenn der Freistaat weiterhin fast 20 Millionen

[214] FAZ, 9.9.2003
[215] Vgl.: Interview Cornelia Jeske 4.10.2004
[216] Sächsische Zeitung, 22.5.2003, S.4
[217] Interview Cornelia Jeske 4.10.2004
[218] Ebenda

Euro an den Organisationskosten getragen hätte, müsste „Leipzig nun für den Rest vermutlich allein aufkommen. [Es sei nicht] zu erwarten, dass die drei Partner [Riesa, Dresden, Chemnitz, A.d.A.] je 1,8 Millionen Euro beisteuern, wenn sie selbst aus dem Rennen sind“[219]. Sollte Leipzig die Spiele 2012 erhalten, hätte der Freistaat darauf verwiesen, dass man dann „den Löwenanteil der Finanzierung vom Bund erwarte“.[220]

Neben dem Diskurs um die Führungsansprüche innerhalb der Olympia-GmbH, die im vorangegangenen Abschnitt beleuchtet wurden, hat auch die Debatte um das Kompakt-Konzept die Bewerbung geschwächt und eine Reihe von Verlierern produziert: Mit der Forderung der Konzentration auf Leipzig „riss Tiefensee bestehende Brücken ein.“[221] Der Zusammenhalt in Sachsen in Bezug auf die Olympiabewerbungsabsichten wurde nachhaltig gestört. „Die Vertreter des Freistaates schluckten die Kröte tapfer“[222] befand die *Berliner Zeitung*. Trotzdem war die Verstimmung von Regierungschef Milbradt und Olympia-Staatssekretär Köhler nicht von der Hand zu weisen: „Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es sportpolitisch am ehesten Sinn macht und Leipzig mit dem Alleinstellungsdenkmal eine Chance hat, gegen die Millionenstädte zu bestehen – weil es etwas Neues ist. […] Natürlich wäre aus sächsischer Sicht eine dezentrale Lösung günstiger gewesen“[223], meinte Milbradt. Landespolitisch hatte Tiefensee sich in diesem Konflikt durchsetzt und deutlich gemacht, dass „Leipzig für ihn immer an erster Stelle steht.“[224] Seine Haltung hätte gezeigt, so die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, „das er nicht gewillt ist, regionalpolitische Rücksichten zu nehmen, die man von einem Politiker erwarten müsste, der vorhat, im September 2004 […] als Spitzenkandidat der SPD gegen Ministerpräsident Milbradt anzutreten.“[225] Auch Wolfram Köhler zeigte sich enttäuscht von den aktuellen Tendenzen, bemühte sich nach außen hin jedoch um Entspannung: „Was ist denn die Alternative?“, fragte er im Rahmen der Aufsichtsratssitzung. „Das wir möglicherweise gar nichts bekommen.“[226] Dem Wunsch Leipzig sei entsprochen worden, nun gehe es darum „keine Gegenbewegung“[227] aufkommen zu lassen.

Am 30. August 2003 wurde das neue Kompakt-Konzept im Aufsichtsrat offiziell verabschiedet. Alternativen wie die „Dresden-Leipzig-Variante“[228] mit dem olympischen Dorf in Naunhof und den Sportstätten in Leipzig wie Dresden wurden weder durchge-

[219] Sächsische Zeitung, 6.9.2003, S.8
[220] FAZ, 9.9.2003
[221] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.69f
[222] Berliner Zeitung, 1.9.2003
[223] Ebenda
[224] FAZ, 9.9.2003
[225] Ebenda
[226] Ebenda
[227] Sächsische Zeitung, 1.9.2003, S.22
[228] Interview Cornelia Jeske 4.10.2004

rechnet noch in der Presse besprochen. Im Zusammenhang mit den Personalquerelen um den Vorsitz der Bewerbergesellschaft wollten die Funktionäre scheinbar Einigkeit beweisen.[229] „Man wollte nicht mehr über das Modell Leipzig abstimmen, sondern es einfach nur verkünden.“[230]

Hypothese:

Die Idee der Überarbeitung des Sportstättenplans hin zu einem kompakten, allein auf Leipzig abgestimmten Konzept war eine in der Grundausrichtung nachvollziehbare Entscheidung. Der Versuch der Schaffung eines Alleinstellungsmerkmals gegenüber der internationalen Konkurrenz war richtig, wurde von den verantwortlichen Personen jedoch nur einseitig umgesetzt. Zwar wurde mit der Erstellung des 10-Kilometer-Radius' die Kompaktheit des Konzeptes untermauert, doch die daraus resultierenden Probleme und Auswirkungen nur unzureichend analysiert. Neben infrastrukturellen und transporttechnischen Defiziten ist vor allem die Beherbergungsfrage und das Problem der Nachnutzung der Sportstätten ungenügend thematisiert worden. Eine denkbare Kompromisslösung durch eine Untersuchung möglicher Alternativen wurde nicht vorgenommen, was zu einer spürbaren regionalen Verärgerung führte. Die zeitgleiche Personaldebatte innerhalb der Olympiabewerbergesellschaft behinderte eine effektive Bearbeitung der bekannten Schwächen der Bewerbung.

[229] Vgl.: Interview Cornelia Jeske 4.10.2004
[230] Ebenda

4.2.2 Der Herbst – Rückzug nicht ausgeschlossen

Im Oktober 2003 trat die Leipziger Olympiabewerbung in eine neue Phase ein, die medienübergreifend als der „heiße Herbst“ bezeichnet wurde. In den folgenden knapp fünfzig Tagen sollten die Olympiaabsichten durch eine Vielzahl von bewegten Debatten und Skandalen sowie von Rücktritten verantwortlicher Personen beeinträchtigt werden, so dass selbst ein Rückzug der Bewerbung nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Die Entwicklungen in dieser Zeit waren vielschichtig und stark ineinander verzahnt. Die Diskurse überschnitten sich, bedingten sich gegenseitig, forderten neue Diskurse heraus. Aufgrund der Fülle der in diesem Zeitraum erschienenen Informationen muss sich die Arbeit beschränken – dennoch wird versucht, die vorherrschenden (Diskurs-)Positionen darzulegen und im Verlauf auszuführen.

Ausgangspunkt des „heißen Herbstes“ ist die Diskussion um einen Geschäftsführer der neuen Bewerbergesellschaft „Leipzig 2012 GmbH“, Dirk Thärichen, der laut Presseberichten Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen sein soll. Im Zeitverlauf der Debatte, die in den Medien eine starke Beachtung fand, sollten Ungereimtheiten innerhalb der Olympia-GmbH und den darin beschäftigten Personen auftreten. Neben unlauten Geschäften werden auch Verquickungen von privaten und geschäftlichen Interessen aufgedeckt. In den Untersuchungszeitraum fallen so Presseberichte über alte Stasivergangenheiten und aufkeimende Ost-West-Konflikte sowie zweifelhafte Geschäftspraktiken von Firmen, die in die Olympiabewerbung eingebunden waren. Im Rahmen der umfangreichen Berichterstattung kam es zu einer Vielzahl von Rücktritten innerhalb der Bewerbergesellschaft und in den Reihen der Politik. Besonderes Interesse fanden dabei die Amtniederlegungen von Geschäftsführer Dirk Thärichen und die des Olympiabeauftragten Burkhard Jung. Zudem musste Olympiastaatssekretär Köhler seinen Posten räumen, nachdem kurz zuvor Sachsens Landessportchef Winkler seinen Platz im Aufsichtsrat niedergelegt hatte.

Innerhalb eines kurzen Zeitraumes war die Olympiabewerbung in eine derart kritische Berichterstattung geraten, dass über einen vorzeitigen Verzicht der Olympiapläne nachgedacht wurde. Die Presse gab den Bewerbungsaussichten Leipzigs nach den Ereignissen im Herbst 2003 größtenteils kaum noch Chancen, die Vorrunde der internationalen Ausscheidung zu überstehen.

4.2.2.1 Der Fall Dirk Thärichen

Der zu beschreibende Diskurs zum Fall Thärichen erscheint trotz eindeutiger Faktenlage und dem zeitlichen Abstand aus heutiger Sicht noch immer als eigentümlich. Die Debatte um den Geschäftsführer der Olympia-GmbH entfachte einen starken Umfangzuwachs der Berichterstattung. Das gehobene Medieninteresse ergab sich dabei scheinbar auch vor dem Hintergrund, dass sich aus einzelnen Informationen immer neue berichtenswerte Nachrichten produzieren ließen. Oft ergab jedoch die Vielzahl der Einzelinformationen einen für Leser und Beobachter kaum nachvollziehbaren Zusammenhang.

Angestoßen wurde der Fall Dirk Thärichen durch einen Beitrag der Zeitung *Die Welt*, die bis zu diesem Zeitpunkt zwar über die Geschehnisse der Olympiabewerbung informiert hatte, innerhalb der Berichterstattung aber keineswegs als führend angesehen werden konnte. Am 3. Oktober 2003 kursierten Vorabmeldungen eines Berichts der Zeitung in den Medien. Darin wurde über Stasiverstrickungen von Thärichen berichtet, der kurz vor dem Mauerfall 1989 in das Stasi-Wachregiment „Felix Dzierzynski“ eingetreten sein soll. In ihrer Ausgabe vom 4. Oktober berichtete *Die Welt* darüber hinaus im Beitrag „Die Stasi spielt mit“, dass „mehrere Kader des DDR-Sicherheitsapparates“ bei der Olympiabewerbung „die Strippen ziehen“.[231] Sowohl im Umfeld der Bewerbergesellschaft als auch im Förderverein „Wirtschaft für Leipzig 2012“ wären demnach ehemalige „Mielke-Kader“[232] in zentralen Positionen tätig gewesen. Auch der Geschäftsführer der Olympiabewerbergesellschaft Dirk Thärichen, wäre demnach in die Angelegenheit verwickelt. Thärichens Eintritt in das Wachregiment „Felix Dzierzynski“ sei ein Indiz dafür, dass er Mitglied der Eliteeinheit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR gewesen sei. „Erschwerend kommen Ungereimtheiten im Lebenslauf“[233] Thärichens hinzu. So habe er im Buch „Das Ergebnis heißt Leipzig“[234] seine Zugehörigkeit zum MfS „einfach verschwiegen“, stattdessen sei von „Wehrdienst in Leipzig die Rede“.[235] Journalist *Uwe Müller* untermauerte seine Aussagen damit, dass auf einer im Internet abrufbaren Liste mit hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern Thärichens Name aufgetaucht wäre, die ausweisen würde, dass er „in den letzten Monaten des Jahres 1989 ein Salär von 2870 Ost-Mark“ erhalten hätte. In seinem Bericht ließ *Müller* den sächsischen Stasi-Beauftragten Michael Beleites zu Wort kommen, der meinte: „Ein Mitglied des ehemaligen Wachregiments ist für eine so sensible Funktion, bei der es um die in-

[231] Die Welt, 4.10.2003, S. 3
[232] Ebenda
[233] Ebenda
[234] Fuge, Mägde (2003)
[235] Die Welt, 4.10.2003, S. 3

ternationale Reputation Deutschlands geht, nicht geeignet".[236] Darüber hinaus berichtete der Artikel über den Präsidenten des Olympiafördervereins, Harald Lochotze, der als „IM Birkhoff" in „jener wirtschaftlichen Grauzone [operierte], die auch die Domäne des legendären DDR-Devisenbeschaffers […] Schalck-Golodkowski war".[237] Die Stasivergangenheit verschiedener Personen und der daraus entstehende Diskurs zur Ost-West-Problematik werden im folgenden Kapitel behandelt.

Auch die *Süddeutsche Zeitung* befasste sich bereits am 4. Oktober mit dem Fall Thärichen. Der Geschäftsführer der Olympia-GmbH „wird zum Problemfall". Die Feststellung, dass Thärichen „laut MfS-Archiv als Hauptamtlicher unter der Nummer 231069424963 13 6900" erfasst wäre und der Umstand, das für ihn „eine Art Karriereplan in der SED vorlag", hätte die Angelegenheit zu einem „heiklen Thema"[238] gemacht. Thärichen bestritt jedoch gegenüber dem *Mitteldeutschen Rundfunk* und der *dpa*, als Spitzel für die Stasi gearbeitet zu haben.[239] „Der Einblick in meine Stasi-Akten bestätigt mir, dass ich mir nichts vorzuwerfen habe".[240] Eine Spitzeltätigkeit, so stellt die *SZ* jedoch klar, sei gar nicht der Vorwurf gewesen. Vielmehr hätte der deutsche Olympiakandidat Leipzig damit ein Problem, da der im nationalen Wettbewerb „just mit dem Motto als flurbereinigte Helden-Stadt mächtig gepunktet"[241] hatte. Die Zeitung sah im Fall Thärichen nur den Anfang eines aufkeimenden Konfliktes. Das Stasithema könnte zu einem öffentlichen Thema innerhalb der Berichterstattung werden. Für die Leipziger war dies ein Problem, da sie bisher eher durch einen „unsensiblen Umgang mit dem Thema"[242] auf sich aufmerksam machten. Es wäre seinerzeit um die „internationale Glaubwürdigkeit" der Stadt im Olympiawettbewerb.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sah im Fall Thärichen eine „Affäre Tiefensee". Der OB habe Thärichen schließlich als Geschäftsführer gegen den Willen von Steinbach „durchgeboxt". Auch Milbradt und Köhler hätten „erhebliche Bedenken" gehabt, „Thärichen mit einer Führungsaufgabe zu betrauen".[243] Klaus Steinbach kam die Debatte um Thärichen scheinbar recht, er hätte „den Mann aus Leipzig" nicht an der Spitze der Bewerbergesellschaft gewollt. Unmissverständlich machte er Tiefensee klar, „dass ein Festhalten an Thärichen für den deutschen Olympiabewerber Leipzig eine erhebliche

[236] Die Welt, 4.10.2003, S.3
[237] Ebenda
[238] SZ, 4.10.2003, S. 43
[239] Vgl.: Ebenda
[240] Ebenda
[241] Ebenda
[242] Ebenda
[243] FAZ, 6.10.2003

Angriffsfläche bieten würde".[244] Ähnlich wie die *Berliner Zeitung* und auch *taz*, sah die *FAZ* das Kernproblem nicht unbedingt in Thärichens Vergangenheit. Viele Angaben zu seiner Person seien lange bekannt, seine Vergangenheit „wohl als Jungendsünde zu entschuldigen"[245] gewesen. So sieht es auch die *Süddeutsche Zeitung*, die meinte: „Die Schuld bei Thärichen zu suchen wäre unbillig – das Übel ist wie Leipzigs Leisetreter damit umgingen."[246] Problematisch sah die *FAZ* hingegen die Haltung des Geschäftsführers innerhalb der Debatte selbst. Thärichen hätte in seiner Position auch „alte Seilschaften" dazu benutzt, seine Stellung innerhalb des Bewerberkomitees zu festigen. Die sechsmalige Schwimm-Olympiasiegerin Kristin Otto, „die noch immer von längst belegten Dopingkuren nichts mitbekommen haben will"[247], durfte sich offizielle Olympia-Botschafterin nennen. Und auch „inoffizielle Stasi-Mitarbeiter wie der Turner Klaus Köste und Marathon-Olympiasieger Waldemar Cierpinski hielten bei Veranstaltungen regelmäßig die Fahne der olympischen Ideale hoch".[248] Leipzig hätte, so das Resümee der *FAZ*, „aus Mangel an politischen Fingerspitzengefühl viel Kredit verspielt".[249]

Zu ähnlichen Ansichten gelangte auch die *taz*, die Leipzig vorwarf „beim Umgang mit der Vergangenheit versagt"[250] zu haben. Die Zeitung ging in ihrer Darstellung noch einen Schritt weiter und hinterfragte den Kern der Debatte kritisch. So sei Thärichens Zugehörigkeit zum Wachregiment keinesfalls mit der Tätigkeit eines Spitzels zu vergleichen gewesen. Die „Enttarnung" sei also eine inszenierte Sache, zumal Thärichen nie „einen Hehl aus seiner Vergangenheit gemacht"[251] hätte. Sein Pech sei, „dass das Stigma Stasi im 14. Jahr der deutschen Einheit so hart ist, wie nie zuvor. [… Dieses] reicht aus, um Menschen zu verurteilen, bevor ihre Schuld geprüft ist".[252] Der „richtige Schritt" sei die Degradierung Thärichens nicht gewesen, befand die *taz*. „Hatte die „Heldenstadt" Leipzig ihre Bewerbung auf dem Mythos der Vergangenheit begründet, so dokumentierte sie jetzt, dass sie unfähig ist, mit ihr umzugehen".[253] Aus der Zugehörigkeit zum Wachregiment gleich eine Stasi-Geschichte zu machen, fand die Zeitung mehr als verwunderlich, schließlich sei sogar „der oberste Sportjournalist der ARD", Hagen Boßdorf, freiwillig beim Wachregiment „Felix Dzierzynski" gewesen. Auch damals habe *Die Welt* versucht, Boßdorf zu Fall zu bringen: „Jung, begabt, aus dem

[244] FAZ, 6.10.2003
[245] FAZ,
[246] SZ, 9.10.2003, S.33
[247] FAZ, 6.10.2003
[248] Ebenda
[249] Ebenda
[250] taz, 7.10.2003
[251] Ebenda
[252] Ebenda
[253] Ebenda

Osten und dann doch IM“ hatte sie damals geschrieben, als Boßdorf den Posten als Sportkoordinator übernehmen sollte. Die IM-Vorwürfe waren damals nicht haltbar – „und der Wachdienst beim Stasi-Regiment [Boßdorfs] Karriere nicht hinderlich“.[254] Schon lange Zeit sei die Mitgliedschaft bei „Felix Dzierzynski“ kein Kündigungsgrund im Öffentlichen Dienst. Warum, so fragt die *taz*, sollte dies bei Thärichen anders sein?

In ihrer Diskursposition stellte sich die *taz* gegen die Ansichten der *Welt*. Fast spöttisch meinte diese zu den „Enthüllungen“ des Konkurrenzblattes: „Die *Welt* hat das Monster enttarnt, oder einfach dessen Internetseite gelesen“[255], und verwies darauf, dass viele Fakten über Thärichen längst bekannt gewesen waren. Über eine Spitzeltätigkeit Thärichens hätte es jedoch keine Anhaltspunkte gegeben. *Welt-Autor* Müller verschärfte den Konflikt jedoch nochmals, als er am 8. Oktober 2003 den Beitrag „Die Akte T.“[256] veröffentlichte: Für Thärichen hätte ein Karriereplan beim MfS vorgelegen. Dies sei aus der seiner Kaderakte hervorgegangen, die der Zeitung vorgelegen habe. Demnach wäre sein Einsatz im Regiment nach Expertenaussagen „weit weniger harmlos zu beurteilen“ als bisher dargestellt. Wiederum ließ Müller den Stasi-Beauftragten Michael Beleites, zu Wort kommen, der ausführte „Den Leuten war unbedingt klar, dass diese Einheit zum MfS gehörte.“[257] Das Thärichen behaupte, er sei „zu keiner Zeit Mitarbeiter der Stasi“ gewesen, sei somit nicht tragbar. Die „stückchenweise ans Tageslicht kommende Wahrheit“ wäre der Debatte nicht förderlich. Gleichzeitig bemüht sich Müller um einen gemäßigten Ton seiner Worte. „Im Fall Thärichen geht es nicht um moralische Schuld, sondern allein um die Eignung.“[258] Diese zu prüfen, wäre die Aufgabe Tiefensees gewesen, da er Thärichen eingestellt habe.

Wolfgang Tiefensee stellte sich jedoch zunächst hinter seinen „treuesten Mitarbeiter“ und appelliert an eine sachliche Beurteilung der Geschehnisse: „Thärichen war kein IM oder Offizier der Staatssicherheit und ist dem nicht gleichzusetzen“, zitierte die *Berliner Zeitung* den Oberbürgermeister Leipzigs am 6. Oktober 2003. Die Gleichsetzung von Thärichens Tätigkeit mit denen eines Inoffiziellen Mitarbeiters sei „grob falsch“[259], vertrat Tiefensee auch gegenüber der *Sächsischen Zeitung*. Im Interview mit der *Welt* ging der OB sogar so weit, dass er ausführt: „Thärichen ist in seinem Aufgabenbereich“ innerhalb der Bewerbung „tragbar“.[260] Tiefensee verkannte zu diesem Zeitpunkt jedoch

[254] taz, 7.10.2003
[255] Ebenda
[256] Die Welt, 8.10.2003, S.3
[257] Ebenda
[258] Ebenda
[259] Sächsische Zeitung, 8.10.2003, S.2
[260] Die Welt, 6.10.2003

scheinbar das vorherrschende Meinungsklima. DSB-Präsident Manfred von Richthofen erfuhr von den Vorfällen um Thärichen erst aus den Medien und sprach von einem „beängstigenden Vorgang“[261], Klaus Steinbach kündigte eine „zügige, klare Personalentscheidung“ an, und auch Otto Schily drängte auf eine „rückhaltlose Aufklärung“.[262] Zumal der Druck auf den OB selbst durch die Debatte immer größer wurde, da er Thärichen zu seinem Posten verholfen hatte. Aus diesem Anlass sah sich die *Leipziger Volkszeitung* in der Pflicht, ihrem Oberbürgermeister den „Rücken zu stärken“. Scheinbar sei die „gefestigte Position Tiefensees […] manchen ein Dorn im Auge“ gewesen, befand *LVZ-Chefredakteur* Hartwig Hochstein und vermutete hinter der Debatte eine „Retourkutsche“ des NOK und des Landes Sachsen. Das NOK hätte seinen Führungsanspruch innerhalb der GmbH erst wieder deutlicher machen können, wenn Tiefensee mit dem Verlust seines Kandidaten Thärichen aus der Debatte geschwächt hervorginge. Die Sachsen seien zudem immer noch verärgert darüber, dass die Olympiabewerbung nun allein auf Leipzig ausgerichtet sei. Dieser Auffassung widersprach die *Sächsische Zeitung* vehement: „In Leipzig wird nun etwas trotzig kolportiert, die Dresdner hätten Feuer an die Lunte gelegt, aus Rache fürs veränderte Konzept“.[263] Der Präsident des Landessportbundes Sachsen, Herrmann Winkler, pflichtete dem Blatt bei: „Das Land kann überhaupt kein Interesse daran haben, die Olympiabewerbung zu schwächen.“[264] Die *FAZ* sah es ähnlich und reagierte direkt auf den Kommentar von LVZ-Chef Hochstein. „Retourkutsche?“, fragte das Blatt. Aufgrund der Landtagswahlen 2004 könne es sich Regierungschef Milbradt nicht erlauben, die Bewerbung zu schwächen, da er von allen Sachsen in seinem Amt bestätigt werden will.[265]

Doch auch *Die Zeit* schloss sich den Gerüchten um einen möglichen politischen Hintergrund innerhalb der Debatte an. Sprachlich distanziert im Konjunktiv schrieb das Magazin in seiner Ausgabe vom 6. November 2003: „Hier sei wohl der Sack statt des Esels geschlagen worden“ meinte Autor Christoph Diekmann in Anspielung darauf, dass Thärichen seinen Kopf für Tiefensee hätte hinhalten müssen. Geschuldet sei dies dem Umstand der undurchsichtigen politischen Geflechte und dem damit verbundenen „Dickicht von Loyalitäten: Sorgsam geschieden sind die Fraktionen des deutschen Sports, gut gemischt ins politische Farbenspiel. Leipzig wird rot regiert, Sachsen schwarz, der Bund

[261] Die Welt 7.10
[262] FAZ, 7.10.2003
[263] Sächsische Zeitung, 18.10.2003, S.3
[264] Ebenda, 18.10.2003, S.2
[265] Vgl.: FAZ, 7.10.2003

rot-grün, und in und über alledem laviert das NOK".[266] Ähnlich argumentierte auch die *Süddeutsche Zeitung*: „Die Struktur der Olympiagesellschaft verursacht immer wieder Konflikte. Die Bewerbung hat drei wichtige Gesellschafter: die Stadt Leipzig, das NOK und das Land Sachsen. Alle drei haben unterschiedliche Interessen."[267] „Hinter der Fassade toben Ränkespiele um Einfluss und Macht in Sport und Politik."[268]

Von der Hand zu weisen waren die Argumente nicht. Es ging eindeutig um Vormachtstellungen und (sport-)politische Geltungsansprüche. Denn unmittelbar nach den ersten Meldungen über Thärichens Vergangenheit und der damit verbundenen Berichterstattung war zu beobachten, wie sich die unterschiedlichen Lager neu positionierten: Hans Ludwig Grünschow, Chef der Deutschen Sporthilfe, schlug umgehend den Schwimm-Olympiasieger Michael Groß als neuen Geschäftsführer der Olympia-GmbH vor. Tiefensee, der wahrscheinlich Thärichen lieber durch Burkhard Jung ersetzt hätte, konnte sich angesichts der aktuellen Debatte, die auch seine Position schwächte, kaum gegen den Vorschlag wehren und verkündete die Personalie Groß zur allgemeinen Verwunderung der Presse ungewöhnlich früh. Noch waren nicht alle Aufsichtratsmitglieder davon unterrichtet worden, die letztendlich über den Antrag entscheiden mussten. Da half es wenig, dass auch NOK-Chef Klaus Steinbach und sein Vorgänger Walter Tröger „durchaus Gefallen am Kollegen Groß"[269] gefunden hatten. Selbst „Dauerkritiker" Manfred von Richthofen hatte gegen ein Engagement von Groß „nichts einzuwenden".[270]

Die *BILD* (Leipzig) und die *Leipziger Volkszeitung* aber machten Stimmung gegen Groß. Bisher war die *BILD* eher durch eine „Vernachlässigung der Leipziger Geschehnisse" aufgefallen und hatte einzig das Jahresgehalt Thärichens in Höhe von 190.000 Euro öffentlich kritisiert. Damit „verdiene er mehr als der Ministerpräsident"[271] stellte die Leipziger Ausgabe verwundert fest. Während sich die Zeitung fortan vor allem über die im Raum stehende Vergütung für die Tätigkeiten von Michael Groß beklagte (die geschätzte 300.000 bis 400.000 Euro im Jahr betragen sollte) stellte die *LVZ* die Kompetenz des ehemaligen Schwimm-Olympiasiegers in Frage. „Als Berater der Berlin-2000-Bewerbung" habe Groß, „zumindest gelernt, wie man es nicht machen sollte".[272]

Auch die *Berliner Zeitung* erinnerte sich an die „Katastrophen-Bewerbung 2000" und schrieb: „Es dürfte indes für die sächsische Öffentlichkeit schwer zu vermitteln sein,

---

[266] Die Zeit, 6.11.2003, S.6
[267] SZ, 9.10.2003, S.33
[268] SZ, 14.10.2003, S.2
[269] SZ, 8.10.2003, S.32
[270] SZ, 6.10.2003
[271] Bild, keine Datumsangabe verfügbar
[272] LVZ, 7.10.2003

warum ausgerechnet Groß der Bewerbung den entscheidenden Schub geben sollte; jener Mann, der vor elf Jahren als Botschafter der Berliner Olympiabewerbung in Schimpf und Schande als ‚Abkassierer' (*taz*) davon gejagt worden ist."[273] Schon damals hätte sich Groß seine Koordinatortätigkeiten mit einer Tagesgage von 3000 Mark entlohnen lassen. Da sich die Einnahmen der Leipziger GmbH im Marketingbereich bis zu diesem Zeitpunkt in Grenzen hielten, hätte Groß wohl einzig aus „öffentlichen Mitteln" bezahlt werden können. Dann, so stellt die *Berliner Zeitung* fest, hätten „die Öffentlichkeit ein Anrecht auf Details" über die Höhe der Bezüge.[274] Zudem stehe die Frage im Raum, ob sich sein Engagement bei der Olympiabewerbung mit seiner derzeitigen Unternehmertätigkeit vertragen würde. Gleichzeitig war und ist Groß ehrenamtlicher Mitarbeiter im NOK und im Vorstand der Stiftung Deutsche Sporthilfe.

Der frühere Schwimmer warf am 14. Oktober „entnervt das Handtuch"[275] und beklagte eine „gezielte Indiskretion, bewusste Fehlinformationen und öffentliche Spekulationen."[276] Von welcher Seite diese gekommen seien, ließ Groß allerdings offen. Gemeint waren vermutlich sowohl die Medien als auch Sachsens Olympiasekretär Wolfram Köhler, der in einer Fernsehsendung des *MDR* Skepsis gegenüber Groß hatte erkennen lassen. Köhler bestritt jedoch, selbst eine bezahlte Tätigkeit in der Bewerbungsgesellschaft übernehmen zu wollen. „Ich habe mich schon vor einiger Zeit grundsätzlich dagegen entschieden", meinte er und verhehlte nicht, dass „es in den vergangenen Monaten zwischen ihm und den Leipzigern zu schweren Meinungsverschiedenheiten über wichtige konzeptionelle und strukturelle Fragen gekommen sei".[277] Diese Aussage stützte die These der *FAZ*, dass „hinter der mühsam gestützten Fassade der Gemeinsamkeit seit Monaten Konfliktlinien verlaufen"[278] würden. Mit dem Beginn der Thärichen-Debatte wurde der interne Machtkampf zusätzlich verschärft. So war auch zu verstehen, dass Wolfgang Tiefensee erst gar nicht den Versuch unternahm, seine „rechte Hand" Burkhard Jung als neuen Geschäftsführer zu präsentieren. Gerüchte darüber waren in verschiedenen Zeitungen zu lesen. Die *FAZ* schrieb dazu: „Es hätte einige Mühe erfordert, Jung dem NOK als Mehrheitseigner der GmbH schmackhaft zu machen" und verwies darauf, dass mit ihm „womöglich der nächste Unsicherheitsfaktor" hätte präsentiert werden können.[279]

---

[273] Berliner Zeitung, 7.10.2003, S.30
[274] Vgl.: Ebenda
[275] FAZ, 15.10.2003
[276] FAZ, 18.10.2003, S.33
[277] FAZ, 15.10.2003
[278] Ebenda
[279] FAZ, 18.10.2003, S.33

So blieb die Suche nach einem neuen Geschäftsführer und einem sportlichen Aushängeschild ohne Erfolg. Als Ergebnis des politischen und medialen Drucks hatte Dirk Thärichen seit dem 9. Oktober 2003 sein Amt ruhen lassen. Er verwies jedoch „ausdrücklich darauf, dass es sich hier nicht um einen Rücktritt vom Posten als Geschäftsführer handelt“[280] und fügte hinzu: „Ich bin meinem Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Dr. Klaus Steinbach […] dankbar, dass er mir die Zeit gibt, die gegen mich erhobenen Vorwürfe rückhaltlos zu entkräften und rechtliche Schritte gegen die Initiatoren dieser Rufmordkampagne einleiten zu können.“[281] Er habe aber durch die Amtsniederlegung „Schaden von der Bewerbung abwenden“ wollen. Eine Formulierung, für die die Presse nur höhnische Worte fand. „Der Schaden ist längst da […] und er nimmt langsam desaströse Züge an“, spottet die *Berliner Zeitung*. Daran sei Thärichen jedoch nicht allein Schuld gewesen. Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete in der Ausrichtung gleich: „Der Worte sind genug gewechselt, […] jetzt müssen Schritte folgen“.[282] Die Zeitung gab sogar die Prognose ab, dass es nun wiederum „zum Hauen und Stechen“ innerhalb der Bewerbungsgesellschaft kommen würde. Plötzlich, so stellte die *FAZ* mit ironischem Unterton fest, bleibt „ausgerechnet der Sportmanager und ehemalige Biervermarkter de Vries als Chefbewerber der Gesellschaft übrig“.[283] Jetzt sei de Vries „eine der wenigen Konstanten in der instabilen Leipziger Olympia-Arithmetik“.[284]

Am 14. Oktober 2003 trafen Otto Schily, Klaus Steinbach und Wolfgang Tiefensee zu einem Krisengipfel zusammen, um über die Bewerbung zu sprechen. Erstmals wurde über einen Rückzug nachgedacht – Otto Schily sprach sich jedoch dagegen aus. Nur einen Tag später wurden in der Presse erste Dokumente über Thärichens zweifelhafte Geschäftsgebaren innerhalb der Bewerbergesellschaft publiziert. Es handelte sich dabei um zweifelhafte Rechnungen einer PR-Firma (die Thärichens ehemaligen Arbeitgebern gehört) gegenüber der Olympia-GmbH. Auch aus der alten Bewerbungsgesellschaft „Leipzig, Freistaat Sachen und Partnerstädte GmbH“ sollen bereits Zahlungen an Henner Ziegfeld und Ivan Radosevic überwiesen worden sein. Die Details bezüglich dieses Diskurses, der sich zweifelsfrei aus den Stasi-Vorwürfen des Dirk Thärichen entwickelten, werden im Abschnitt 4.2.2.3 („Streitbare Helfer“) ausführlich dargelegt. Am 18. Oktober wurde Dirk Thärichen wegen des Verdachts der Untreue mit sofortiger Wirkung entlassen.

---

[280] Berliner Zeitung, 9.10.2003
[281] Ebenda
[282] SZ, 9.10.2003
[283] FAZ, 18.10.2003, S.33
[284] Ebenda

Die Nachwirkungen seiner „Geschäftsgebaren“ sollte die Bewerbung aber noch für eine längere Zeit beschäftigen. Die folgende Hypothese stellt somit nur ein Zwischenfazit im Fall Thärichen dar, da erst durch die Betrachtung des gesamten Kontextes eine differenzierte Beurteilung erst möglich wird.

Hypothese:

Die Thärichen-Debatte gab den Anstoß zu einer quantitativ deutlich umfangreicheren Berichterstattung über die Leipziger Olympiabewerbung. Die Form und Art der Berichterstattung machte dabei eine differenzierte Betrachtung der Vorkommnisse nicht einfacher. Teilweise wurden Tatsachen und Zusammenhänge von Seiten der Presse nur unzureichend dargestellt und erläutert. Besonders die fehlende Abgrenzung des „Stasibegriffs“ in Bezug zu den Begriffen „Ministerium für Staatssicherheit (MfS), „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) und der Wortbedeutung „Spitzel“ ist in Teilen der Presseerzeugnisse auffällig und muss bemängelt werden. Letztlich entscheidend für die Entwicklung der Debatte war jedoch vorrangig Thärichen selbst, der durch sein passives Kommunikationsverhalten Sachverhalte und Fakten immer erst dann einräumte, wenn diese bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Dieser Vorwurf trifft ebenso auf den Leipziger Oberbürgermeister Tiefensee zu, der bestimmte Tatbestände viel zu spät kommunizierte. Die neuerliche Personaldebatte hatte wiederum die sichtbaren Probleme und bekannten Schwächen der Bewerbung überlagert. Das Vorhaben in Leipzig war somit keinen Schritt vorangekommen, sondern wurde vielmehr in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

4.2.2.2 Stasivergangenheiten, alte Kader und Ost-West-Konflikte

Um den folgenden Diskurs nachvollziehbar zu machen, bedarf es einer Reihe von Erklärungen, da die Ausführungen sonst ohne Zusammenhang bleiben würden. Die Thärichen-Debatte hatte eine Berichterstattung angestoßen, die in ihrem Umfang stark zunahm. Innerhalb der in die Analyse eingegangenen Publikationen entstand aus der Diskussion um Thärichens Vergangenheit, eine öffentliche Debatte über die Vergangenheitsbewältigung in Deutschland im Allgemeinen und in Leipzig speziell. Kein anderer Diskurs war so stark von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland geprägt. Sowohl die Auseinandersetzungen mit Stasivergangenheiten als auch der daraus resultierende Konflikt „Ost gegen West“ ergaben sich aus der Thärichen-Debatte, waren in ihrem Kern jedoch zeitlich weit vorher ausgeprägt worden. Nachfolgend soll versucht werden, die beiden Diskurse zu umreißen. Zum besseren Verständnis werden beide separat betrachtet, auch wenn sie sich gegenseitig bedingen und überlagern und so in unmittelbaren Bezug zueinander stehen. Begonnen wird zunächst mit einer Betrachtung verschiedener Personen, die in die Arbeit der Olympiabewerbung direkt und indirekt eingebunden waren – deren Integrität jedoch von Seiten der Presse und Bürgerrechtsbewegungen bezweifelt wurden, da sie in der Vergangenheit für die Staatssicherheit der DDR tätig gewesen sein sollen. Im Verlauf der Debatte wird die Auseinandersetzung um ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR von einigen Medien, aber auch von Akteuren der Bewerbung selbst, zu einem „Ost-West-Konflikt“ ausgedehnt. Diese Auseinandersetzung wird nachfolgend ebenso thematisiert. Der Ursprung des Presseinteresses am „Stasi-Thema“ liegt in drei Aspekten begründet:

1. Leipzig warb im nationalen und internationalen Wettbewerb um die Olympischen Spiele mit der Historie der Stadt. Mit den Ereignissen des Mauerfalls und der friedlichen Revolution 1989, die ein Jahr später in der Deutschen Einheit münden sollte, wollte die sächsische Metropole Pluspunkte sammeln. Gleichzeitig musste sie sich von Presseseite jedoch immer wieder eine „fragwürdige Vergangenheitsbewältigung“ vorhalten lassen. So seien in der Stadt nur unzureichende Unternehmungen in Gang gesetzt worden, um alte DDR-Strukturen aufzubrechen. Noch heute würden ehemalige „alte Kader“ Spitzenfunktionen in Politik, Sport und Wirtschaft bekleiden.

2. Oberbürgermeister Tiefensee versprach vor der Bewerbung, dass die Stadt mit der Stasi-Problematik „offensiv umgehen“ wolle. „Die Stadt geht transparent mit diesem

Thema um“ (Mai 2002) oder: „Auf unser Weste wird kein Fleck sein“[285] (Oktober 2002).

3. Die Presse war durch Ereignisse im Vorfeld der Bewerbung bezüglich des Stasi-Themas sensibilisiert. Berichte der Zeitung *Die Welt* im Jahre 2002 hatten aufgedeckt, dass mit Volker Mattausch ein ehemaliger „strammer SED-Mann Vorsitzender des Organisationskomitees für das 31. Deutsche Turnfest war[286] *Die Welt* belegte, dass Mattausch offiziell und inoffiziell für das MfS tätig gewesen war und als IM „Fakt“ Manager international erfolgreicher Computerfirmen ausspionierte. Der Deutsche Turnerbund hatte Mattausch aufgrund der Berichte sechs Tage vor Beginn des Turnfestes beurlaubt.

Es ist kein Zufall, dass wiederum *Die Welt* den Anstoß zur Debatte Thärichen gab. Der Artikel vom 4. Oktober 2003 erhob Vorwürfe gegenüber dem Geschäftsführer der Olympia-GmbH und war zudem in eine umfassende Geschichte über ehemalige Kader des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR eingebettet, die die Berichterstattung der folgenden Tage prägen sollte. Autor Uwe Müller berichtete, wie nicht nur die Bewerbergesellschaft sondern auch die Verantwortlichen der Stadt hingenommen hätten, dass „die Glaubwürdigkeit der Kandidatur ramponiert wird“.[287] So würden „umstrittene Alt-Stars des DDR-Sports mit der Idee Leipzig 2012 hausieren gehen“, befand er und kritisierte, dass Personen mit öffentlich eindeutig dokumentierter Stasivergangenheit, immer noch in die Bewerbung der Stadt eingebunden gewesen seien. Neben Personen wie Klaus Köste (IM „Woronin“) und Waldemar Cierpinski (IM „Willi“), die sich für eine gute Olympiastimmung stark machen würden, fiel auch wieder der Name Volker Mattausch. Müller bestätigte, dass ihn die Personalie Mattausch zu gründlicher Recherche veranlasst habe. Dieser sei nach seiner Kündigung als Chef des Deutschen Turnfestes „keinesfalls untätig gewesen“ und agierte mittlerweile im Vorstand des Fördervereins „Wirtschaft für Leipzig 2012 e.V.“. Bemerkenswert war dies insofern, als dass die Stadt Leipzig in den Förderverein involviert gewesen war. Peter Kaminski (CDU) war der Gründungsmitglied und Schatzmeister des Vereins. „Der zweithöchste Repräsentant der Kommune“[288] war gleichzeitig Stellvertreter von Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee. Das Kaminski Mattausch im Verein „stillschweigend tolerierte“[289], erstaunte Tiefensee. Der *Welt* sagte er dazu: „Das ist mir neu! Ich werde mit ihm sprechen, ob das mit der Arbeit Hunderter ehrenswerter Vereinsmitglieder

[285] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004)
[286] Vgl.: Die Welt, 14.5.2002
[287] Die Welt, 4.10.2003
[288] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 197
[289] Ebenda

sprechen, ob das mit der Arbeit Hunderter ehrenswerter Vereinsmitglieder zusammengeht."[290] Das „stille Mattausch-Comeback" war seinen Vertrauten und im Rathaus der Stadt jedoch keineswegs unbekannt.[291] Zumal sich der Ex-Spitzenfunktionär des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) der DDR mit ehemaligen Kollegen umgab. Neben Klaus Eichler, letzter DTSB-Präsident, warb auch Klaus Huhn, langjähriger Ressortleiter Sport des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* für die Spiele in Leipzig. Beide sollen 1993 dem ehemaligen Parteichef der DDR Erich Honecker bei der Ausreise nach Chile behilflich gewesen sein.[292] Hinzu kam mit Jochen Lohse ein „strebsamer SED-Funktionär" und „DDR-Kulturkader".[293] Mit Mattausch wirkte er im Wirtschaftsförderverein und als sächsischer Landesgeschäftsführer im Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW). Lohse war somit einer der einflussreichsten Verbandsfunktionäre der Stadt. Aus seinen Stasi-Akten, soll hervorgehen, dass Lohse als IM „Regisseur" zeitweilig acht Spitzel dirigierte und somit ein so genannter „Führungs-IM" war.[294] Erstaunlicherweise waren der *Leipziger Volkszeitung* diese Personalien kaum eine Zeile innerhalb der Berichterstattung wert. So berichtete die Lokalzeitung „versteckt in wenigen Zeilen"[295] erst fünf Tage nach dem *Welt*-Artikel und der Ankündigung Lohses, sich aus dem Förderverein zurückzuziehen.

Von einem „offensiven Umgang" mit der Vergangenheit war zu diesem Zeitpunkt nichts zu spüren. Nur die Presse ging in die Offensive. Nachdem auch die *FAZ*, die *SZ* und der *Spiegel* über die Stasivergangenheiten verschiedener Personen berichtet hatten, wurden fast täglich neue Details über ehemalige Stasimitarbeiter publiziert, die scheinbar etwas der Olympiabewerbung zu tun hatten. So schrieb die *FAZ*, dass der frühere Schwimmer Klaus Katzur, Olympia-Zweiter in München 1972, nun „für die Spiele in Leipzig wirbt". Dabei hatte die Ad-hoc-Kommission des deutschen Sports zur Aufklärung von Stasi- und Dopingverstrickungen Katzur, (der persönliches NOK-Mitglied und Präsident des sächsischen Schwimmverbandes war) erst wenige Monate zuvor als „schlimmsten Fall" bezeichnet und von „allen Verbands- und Vereinsämtern ausgeschlossen"[296] Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete passend dazu, dass Leipzig mit Manfred von Richthofen eigentlich einen erfahrenen Experten in seinen Reihe wüsste, schließlich hätte dieser in den 90er Jahren die Ad-hoc-Kommission geleitet. Provokant

[290] Die Welt, 6.10.2003
[291] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 197
[292] Vgl.: Ebenda, S. 181
[293] Ebenda
[294] Ebenda, S. 197f
[295] Ebenda, S.200
[296] FAZ, 6.10.2003 und Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 188

stellte die *SZ* die Frage „warum diese Kompetenz ungenutzt“[297] geblieben wäre und warf Tiefensee „Versagen“ vor. Ähnlich sah dies auch der *Spiegel*: „Durfte Tiefensee, der frühere Bausoldat und Bürgerrechtler der Bewegung ’Demokratie Jetzt’ über die Probleme hinwegsehen?“[298], fragt das Magazin. Einige Ausgaben später gab es selbst die Antwort: „Nein!“, Leipzig könne sich keine Stasi-Enthüllungen leisten. „Doch statt offensiv mit dem Thema umzugehen und Bürgerrechtler einzubinden“[299], hätte der vom Bewerber es vorgezogen zu schweigen. So habe es sich auch beim Umgang mit Dirk Thärichen verhalten, als Tiefensee viel zu spät von seinem Mitarbeiter abgerückt sei und noch am Tag des Beginns der Thärichen-Debatte auf einer Pressekonferenz befand, dass seine Stadt „hervorragend“ mit der DDR-Vergangenheit umgegangen, und Fairness angebracht gewesen wäre. Man müsse die Debatte nach den „Kriterien des Rechtsstaates“ beurteilen, sagte er eindringlich. „Eine Zugehörigkeit zum MfS-Wachregiment widerspreche nicht den Beschäftigungskriterien des öffentlichen Dienstes. Das sich ein Projekt von der Stahlkraft Olympias auch andere als arbeitsrechtliche Maßstäbe gelten könnten, möglicherweise die moralischen, […] erschloss sich ihm nicht.“[300] Aufgrund dessen wurde die Affäre Thärichen schnell zu dem, was sie von Beginn an vor allem war: eine „Affäre Tiefensee“, wie *Süddeutsche Zeitung* und *FAZ* unisono nach der Pressekonferenz meinten.[301]

Doch Tiefensee hatte seit Jahren viel Rückhalt in seiner Stadt. Die lokalen Medien, die *Leipziger Volkszeitung*, der *Mitteldeutsche Rundfunk (MDR)* und punktuell auch das Stadtmagazin *Kreuzer* stützen den Oberbürgermeister in vielen Situationen. Mitunter zweifelhaft erschien dabei vor allem die Berichterstattung der *LVZ*, vor allem die des mittlerweile entlassenen Chefredakteurs *Hartwig Hochstein*. Zur Thärichen-Diskurs und der sich anschließenden Stasidebatte publizierte Hochstein am 6. Oktober 2003 einen Leitartikel auf der ersten Seite der Zeitung unter der Überschrift „Retourkutsche?“, in dem er sich über die „Urheber der Enthüllung“ ausließ. Zunächst vermutete er „schlechte Verlierer“ des nationalen Ausscheids hinter der Kampagne – die Niederlage würde ihnen scheinbar immer noch „schwer im Magen liegen“. Dann verdächtigte er die „Übeltäter“ in Sachsen, die das Kompaktkonzept nicht verarbeitet hätten und nun die Bewerbung zum Scheitern bringen wollten. Vor allem Regierungschef Milbradt und seinem Umfeld sei die aus der erfolgreichen nationalen Bewerbung hervorgegangene „ge-

[297] SZ, 7.10.2003
[298] Spiegel, Heft 42/2003, 19.10. 2003, S. 153
[299] Spiegel, Heft 47/2003, 17.11.2003, S. 212
[300] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 189f
[301] Vgl.: Ebenda, S. 190

festigte herausragende Position Wolfgang Tiefensees ein Dorn im Auge".[302] Tagelang wehrte sich das Blatt gegen eine Mitschuld des OB und die „nicht enden wollenden Stasivorwürfe"[303] anderer Presseerzeugnisse und dies zu einer Zeit, da selbst der *MDR* sachlich erörterte, „warum es sich bei Thärichen um einen politischen Fehlgriff handelte".[304] Noch im Dezember 2003, lange nach den Ereignissen im Herbst, „brüstete sich die *Leipziger Volkszeitung* (in Person von Hartwig Hochstein, A.d.A.), weit weniger kritisch über die Bewerbung berichtet zu haben, als überregionale Medien".[305]

Die Argumentation der *LVZ* ist eine aus der Geschichte gewachsene Art der Berichterstattung. Grit Hartmann warf im Buch „Operation 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip" der Lokalzeitung vor, über keine andere Partei so „gewissenhaft zu berichten" wie über die PDS. Zudem hätte die Stadt zwei zentrale Probleme, die sich mit der „friedlichen Revolution von 1989 nur schwer vereinbaren lassen". Zum einen würde in Leipzig eine „Pflege undemokratischer Erinnerungskultur" betrieben und zum anderen sei man „gegenüber den Systemtreuen" früherer DDR-Tage konziliant eingestellt.[306] Auch die *Leipziger Volkszeitung* hätte „in ihrer Berichterstattung die publizistische Mitorganisation eines ostalgisch geprägten Milieus mit handfesten Interessen mitunter überdeutlich zur Schau [gestellt]".[307] Die Zeitung hätte durch ihre Haltung einen „Ost-West-Konflikt" hochschaukelt.[308]

Diese These kann durch die vorliegende Analyse bestätigt werden. Danach wurde die „Ost-West-Debatte" tatsächlich von denen hervorgerufen, die den Konflikt am lautesten beklagten. Am 10. Oktober konnte dies in der *Leipziger Volkszeitung* beobachtet werden. In Leserbriefen äußerten sich Personen zu der aktuellen Stasidebatte und vermuteten dabei vor allem eine „massive Hetzjagd des Westens".[309] Darin kam Prof. Dr. Peter Porsch, der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, zu Wort: „Die Gelegenheit ist […] günstig. Das ganze Geschäft, wenn es schon nicht an Hamburg oder Stuttgart oder sonst wohin im Westen vergeben wurde, können jetzt endlich die Wessis übernehmen".[310] Porsch war bisher in den Debatten zur Olympiabewerbung lediglich dadurch aufgefallen, Klaus Köste als „glaubwürdigen Repräsentant einer olympischen Bewerbung" gelobt zu haben. Dabei waren Köstes Spitzeltätigkeiten als IM „Woronin"

---

[302] LVZ, 6.10.2003, S.1
[303] LVZ, 10.10.2003, S.10
[304] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.192
[305] Ebenda, S.23
[306] Vgl.: Ebenda, S. 179
[307] Ebenda, S. 192
[308] Vgl.: Ebenda
[309] LVZ,10.10.2003, S.10
[310] Ebenda

hinlänglich bekannt gewesen, was seiner Karriere in der Nachwendezeit scheinbar nicht geschadet hat.[311] Der seit Juni 2003 im PDS-Bundesvorstand und zum Olympiabeauftragten ernannte Köste wäre ein Mann, der „für die Ideale der Olympischen Spiele einsteht“[312], so Porsch. Angesprochen auf die Stasi-Vergangenheit wollten sich weder Porsch noch Köste äußern. Ein weiterer Leser sah in der Debatte eine „rückwärts gewandte, unsachliche und neue Gräben reißende Schlagzeilensucht einzelner Medien und Journalisten“.[313] „Warum gerade jetzt?“, fragte eine andere Leserin besorgt, und ein Leipziger *LVZ*-Leser vermutete hinter dem Stasi-Thema eine „gezielte Lancierung der Presse.“[314] Ein neuer Diskurs stand im Raum, der sich scheinbar wie von selbst aus der Thärichen-Debatte ergeben hatte: Der „Ost-West-Konflikt“. Doch auch für diesen Diskurs liegen die Ursachen nicht nur in der aktuellen Berichterstattung begründet, sondern vielmehr aus der Vergangenheit erwachsen waren. Vor allem gesellschaftliche Aspekte spielten in die aufkeimende Debatte hinein, die für die Entwicklung von Bedeutung ist. Fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland scheinbar keineswegs ein gesellschaftlich geeintes Land. Vor dem Hintergrund existierender sozialer und kultureller Unterschiede zwischen Ost und West, fühlen sich viele Ostdeutsche nach eigener Aussage als „Bürger zweiter Klasse“. Im Fernsehen haben „DDR-Retro-Shows“ erstaunliche Reichweiten und nach Umfragen wünscht sich sogar jeder fünfte Deutsche die Mauer wieder zurück. Diese nicht immer repräsentativ.

Auch in Bezug zur Olympiabewerbung ist der Konflikt historisch gewachsen. Unterschwellig war er über den gesamten Zeitraum für viele Beteiligte existent. Erstmals führte das nationale NOK-Auswahlverfahren zu „Ost-West-Spannungen“. Leipzig hatte sich gegen vier Konkurrenten aus dem Westen durchgesetzt. Für die Presse war schnell klar, dass es sich bei der Wahl um eine politisch gewollte Entscheidung gehandelt hatte. Olympia sollte nach Vorstellung der Politik zum Symbol der inneren Einheit werden „die nicht nur von oben gewollt, sondern auch von unten getragen“[315] wird. In Deutschland gilt es als sicher, dass das, was politisch gewollt ist, auch umgesetzt wird. Statt sich über den nationalen Erfolg zu freuen und die offenkundigen Probleme der Bewerbung anzugehen, forcierten die Leipziger selbst die Ost-West-Ressentiments. Tiefensee sprach davon, dass „allgemeines Unverständnis“[316] darüber herrsche, dass Leipzig gewonnen hätte. Sein Vorgänger Hinrich Lehmann-Grube meinte in der *FAZ*:

---

[311] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.184
[312] Ebenda, S. 183f
[313] Ebenda
[314] LVZ 10.10.2003, S. 10
[315] FAZ, 28.3. 2004, S.59
[316] LVZ, 10.10.2003, S.10

„Die Fassungslosigkeit in anderen deutschen Städten darüber, dass eine ostdeutsche Stadt einen echten Wettbewerb gewonnen hatte, ist symptomatisch für in Westdeutschland vorhandene Bedenken.“[317] In der *Sächsischen Zeitung* sprach Lehmann-Grube davon, dass die Ressentiments des Westens gegen Ostdeutsche „reaktiviert“ worden seien. Auch umgekehrt sei dies der Fall und es würde versucht, Leipzig „im Geheimen“ zu schaden.[318] Wie verwurzelt der Konflikt in der Gesellschaft zu sein schien, zeigte sich auch dadurch, dass sich selbst die Kirche in die Debatte einmischte. „Man gewinnt den Eindruck“, meinte Christian Führer, Pfarrer der Nikolaikirche von 1989, „dass irgendjemand daran interessiert ist, Leipzig als Olympiastadt abzuschießen“.[319] Wer dies sei, ließ der Pfarrer allerdings offen. Konkreter wurde der Direktor des Evangelischen Schulzentrums in Leipzig, Wolfgang Boeckh. Er vermutete als Initiatoren der Diskussionen „große westdeutsche Zeitungen“.[320]

Diese befassten sich mit der Ost-West-Problematik jedoch erst, als diese in den lokalen Medien ausführlich behandelt worden waren. Die *SZ* stellte klar, dass es sich bei den Vorwürfen gegenüber der Olympiabewerbung „weder um [eine] postkoloniale Verfahrensweise [handele], noch die Arroganz eines Westens, der dem Osten nichts zutraut.“[321] „Auch im Osten“, so die *SZ* weiter, „man muss es klar sagen, gibt es ja ein paar hausgemachte Probleme. Aber die werden kaum jemals behoben, solange sich ihre Verursacher im Ernstfall stets auf Neue wie Schatten in der Schar jener auflösen, die sie betrogen haben“.[322] „Hilflos sucht man nach Schuldigen, nach den Kaputtmachern.“[323] Natürlich sei es für Leipzig schwer, wenn aus den Verliererstädten der nationalen Ausscheidung Bemerkungen fallen würden, dass Leipzig aus politischen Gründen ohnehin nur Zählkandidat wäre. „Wer aber die Offenlegung der Affäre (Thärichen, A.d.A.) als westdeutsche Intrige beklagt, denkt ebenso in überholten Ost-West-Schablonen wie jene, die Leipzig den Erfolg nie gegönnt haben.“[324] So sei dem „Schutz-Reflex“ der Menschen und der lokalen Presse („Wenn der Osten mal gewinnt, findet der Westen schnell Wege, das zu zerstören“) die Realität entgegenzuhalten, meint die *SZ*, denn „was über den Umgang mit Steuergeldern in Leipzig bekannt wurde und was ins Umfeld der Symbolfigur Wolfgang Tiefensee reicht, ist erschreckend“.[325] Auch die *FAZ*

[317] FAZ, 16.5.2004, S.3
[318] Vgl.: Sächsische Zeitung, 14.11.2003, S.3
[319] Ebenda
[320] Hartmann/Jeske/Weinreich, S.7
[321] SZ. 10.11.2003, S.37
[322] Ebenda
[323] SZ, 12.11.2003
[324] Ebenda
[325] SZ, 12.11.2003

sah im aufkeimenden Ost-West-Konflikt eine Mitverantwortung in Person des Leipziger Oberbürgermeisters. Dieser hätte es versäumt, die Leipziger Bewerbung nach dem nationalen Gewinn, zu einem gesamtdeutschen Projekt zu machen. Stattdessen hätte er jegliche Hilfe aus dem Westen kategorisch abgelehnt und „keinen Willen zur Kooperation“[326] gezeigt. Exemplarisch sei dies bei der Personalentscheidung von de Vries deutlich geworden, gegen den Tiefensee öffentlich interveniert hatte. Hier seien, so die *FAZ*, „die Interessenlagen des westdeutsch geprägten NOK mit denen der Leipziger Gewinner“[327] kollidiert. Auch als der Vorschlag aufkam, Groß zum Nachfolger Thärichens zu bestimmen, habe sich Tiefensee nicht eindeutig bekannt. Stattdessen machten die *LVZ* und die *BILD* in Leipzig Stimmung gegen Groß.

Auch Jens Weinreich sah in Wolfgang Tiefensee einen Hauptschuldigen für die Entwicklungen. Nach dem „Zwölften Vierten“ sei der OB um die Welt „gejettet“ und hätte so nicht mitbekommen, „dass sich die Stimmung in Deutschland verschlechterte. Erhebungen zeigten, dass 80 Prozent der Ostdeutschen die Bewerbung befürworteten, hingegen im Westen nur 64 Prozent einer Bewerbung positiv gegenüberstanden.[328] Umfragewerte bezüglich der Zustimmung zu Olympia 2012 in Leipzig wiesen tatsächlich eine Diskrepanz zwischen Ost und West auf.[329] Statt die Probleme offen zu kommunizieren, habe Tiefensee offenbar keine Veranlassung gesehen, die Bewerbung zu einem gesamtdeutschen Projekt zu machen. Unter diesen Bedingungen entwickelte die Debatte um Stasivergangenheiten und Ost-Wesen-Animositäten eine gewisse Eigendynamik. Während der *Kreuzer* von „blindem Alarm“ schrieb und feststellte, dass man mit der „Stasi-Keule“ noch immer „prima Politik machen“ könne[330], wurden in der überregionalen Presse größtenteils die Zusammenhänge der gegenwärtigen Entwicklung aufgezeigt. Vor allem die Konstellation innerhalb der Bewerbung kam dabei immer wieder zur Sprache. So hätten die Gesellschafter der Olympia-GmbH alle andersartige Ziele mit der Bewerbung verfolgt. Während es der Bundespolitik schon um eine „innere Einheit“[331] gegangen wäre, verfolgte das NOK eher sportpolitische Ziele. Klaus Steinbach ging es eher um die Profilierung seines Verbandes. Dagegen sträubte sich jedoch Tiefensee und mit ihm scheinbar ganz Leipzig, die „lieber mit ihrer eigenen Mannschaft“ die Bewerbung vorangebracht hätte, als sich vom NOK Anweisungen geben zu lassen. Das Land Sachsen mit Regierungschef Milbradt versuchte mit den Olympiaplänen fi-

[326] FAZ, 15.10.2003
[327] FAZ, 12.10.2003
[328] Vgl.: www.olympiabewerber.de, Abruf, 19.12.2004
[329] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 51
[330] Vgl.: Kreuzer 12/2004
[331] SZ, 9.10.2003

nanziellen Nutzen für die Region sicherzustellen und die Bewerbung aus dem anstehenden Wahlkampf für die Landtagswahlen im Jahr 2004 herauszuhalten. Die Balance innerhalb des Beziehungsgeflechtes zu halten, war eine schwierige Aufgabe, zumal es gegenseitige Abhängigkeiten gab und das NOK trotz Mehrheit in der Bewerbergesellschaft Führungsschwächen offenbarte.

Die *LVZ* verfolgte lange eine bedenkliche Strategie innerhalb ihrer Berichterstattung. Zwar wäre es aus lokalpatriotischen Gesichtspunkten durchaus nachvollziehbar, dass sie die Bewerbung anschieben und Tiefensee unterstützen wollte, ihre beschleunigende Funktion bei der Ost-West-Debatte muss diesbezüglich jedoch kritisch hinterfragt werden. Der Versuch mit dem „Fall Jens Fuge“ selbst für Schlagzeilen zu sorgen, wurde von den anderen Medien, einschließlich des *Kreuzer*, als unangemessen angesehen. Fuge, der mit seiner Agentur *Westend* wirtschaftliche Kontakte mit der Olympiabewerbergesellschaft hatte, war nach den Berichten über Thärichens Vergangenheit mit seiner Stasi-Akte zur *LVZ* gegangen. Diese machte aus der Geschichte eine „eigene große Stasi-Geschichte“[332], was bei den anderen Presseerzeugnissen Verwunderung hervorrief. Fuge hatte zwar als IM „Lift“ eine Verpflichtungserklärung beim MfS unterschrieben, doch dies sollte nachweislich unter großen Druck geschehen sein. Fuge kündigte das Verhältnis später auf und wurde seinerseits Opfer von Bespitzlungen. So wunderte sich *Die Zeit* in ihrer Ausgabe vom 6. November 2003 in Anspielung auf die Ausführungen der *LVZ*: „Ganz schräg traf die ’Stasi-Keule’ Jens Fuge“[333], und fügt an, dass die Geschichte schon seit 1999 bekannt gewesen sei. *Die Welt* hatte auf eine Publikation verzichtet, da aus ihrer Sicht Fuge mehr Opfer als Täter war. Und auch das Leipziger Stadtmagazin verstand die Vorgehensweise der örtlichen Zeitung nicht. Es sehe so aus, schrieb der *Kreuzer* in der Dezember-Ausgabe 2003, als wenn es der *LVZ* darum gehe, auch „einmal etwas zu enthüllen“.[334] Die „Quittung für seine Offenheit“[335] erhielt Fuge dennoch: Durch die Berichterstattung der *LVZ* bloßgestellt, kündigte Mike de Vries das Verhältnis der Olympia-GmbH mit der Firma *Westend* auf und auch im Rathaus wollte man Fuge scheinbar „schnell loswerden“.[336] Die stadteigene Marketing GmbH stand noch im Vertragsverhältnis mit Fuges Unternehmen. Fuge betonte, er habe eigentlich „einen Diskussionsprozess anstoßen wollen und sei erstaunt und enttäuscht darüber, dass in Leipzig eine Diskussion offenbar nicht erwünscht sei. „Ich bin fassungslos, dass

[332] LVZ, 23.10.2003, S.3
[333] Die Zeit, 6.11.2003, S.6
[334] Kreuzer, 12/2003
[335] Die Zeit, 6.11.2003, S.6
[336] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 195

Herr Jung mit mir nicht einmal über die Inhalte meiner Stasi-Akte redet".[337] Gleichzeitig mit der Debatte um Thärichen wurde in Rostock der Chef des „Olympia-Clubs" als inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt. Ähnlich wie in Leipzig hielt Oberbürgermeister Arno Pöker lange Zeit an Harald Lochotze (IM „Kay Birkhoff) fest und hatte sogar dessen Engagement für die Bewerbung gelobt. Man dürfe, so Pöker, das Thema Olympia „nicht mit einer Grundsatzdebatte über die Stasi belasten".[338] In der *Schweriner Volkszeitung* schrieb ein Leser: „Erfolgreiche DDR-Verantwortliche werden überall rausgedrängt, damit Leute aus dem Westen deren Positionen übernehmen können."[339] Wieder war der „Ost-West-Konflikt" scheinbar real existent. Lochotze trat kurz darauf zurück.

Hypothese:

Das Stasi-Thema war geprägt vom fehlenden Einfühlungsvermögen der handelnden Personen. Die Medien reagierten bei der Berichterstattung reflexhaft, was die Qualität der Aufarbeitung minderte. Die Berichterstattung war nötig, die Gleichsetzung Thärichens mit einem „Stasis-Spitzel" und den damit verbundenen Spekulationen jedoch unrichtig. Seine Verfehlungen sind in Bezug zu den anderen publizierten Stasi-Fällen (ähnlich wie der Fall Fuge) als marginal einzustufen.

Der Ost-West-Konflikt entstand aus der politischen Entscheidung, Leipzig als nationalen Sieger zu küren, gekoppelt mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, die vermuten lassen, dass fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung größere Unterschiede zwischen Ost und West vorherrschen, als dies von politischer Seite gewollt ist. Dass die Berichterstattung so intensiv geführt wurde, ist eher zufällig und keineswegs eine Kampagne der „West"-Medien. Die Debatte ist vielmehr durch die hervorgerufen und beschleunigt worden, die die Konflikte am deutlichsten beklagten – die *Leipziger Volkszeitung* und Leipzigs Oberbürgermeister.

Als Ergebnis der beiden Diskurse kann ein Imageschaden für die Bewerbung festgestellt werden, der für die spätere Entscheidung des IOC aber nur eine unwesentliche Rolle spielen sollte. Vielmehr zeigten die beiden Konflikte die internen Probleme der Bewerbung auf, die sich durch die besondere Konstellation der Machtverhältnisse zwischen NOK, der Stadt, dem Land und dem Bund ergab. Vor diesem Hintergrund geriet die Bewerbung zunehmend zwischen die Fronten politischer und sportpolitischer Interessen, was einer aussichtsreicheren Entwicklung der Olympiaidee entgegenstand.

[337] Berliner Zeitung, 23.10.2003
[338] SZ, 8.10.2003
[339] www.olympiabewerber.de, Pressereader

4.2.2.3 Streitbare Helfer, zweifelhafte Geschäfte, zahlreiche Rücktritte

Die Leipziger Olympiabewerbung war im Oktober 2003 endgültig in die negativen Schlagzeilen geraten. Sogar im Ausland zeigte man sich über das deutsche Vorhaben fast belustigt. So resümiert die Ney York Times „genüsslich“, dass die deutsche Olympiabewerbung „einen faden Beigeschmack“[340] hätte. Die Stasi-Geschichten würden die Idee von Olympischen Spielen in Leipzig „untergraben“, meinte das Blatt weiter.

Zu den bereits beschriebenen Stasi-Vergangenheiten sollte sich im Zeitverlauf jedoch eine Debatte entwickeln, die für die Bewerbungsaussichten Leipzigs weit größeren Schaden anrichten sollte, als die Diskussion um alte Kader. Am 9. Oktober, dem Tag der Amtniederlegung Dirk Thärichens, berichtete die *Berliner Zeitung* erstmals von zweifelhaften Geschäftsverbindungen der Olympia-GmbH mit dem Unternehmer-Duo Henner Zeigfeld und Ivan Radosevic. Die Zeitung, insbesondere in Person von Sport-Chef Jens Weinreich, sollte innerhalb der Berichterstattung bezüglich der Aufdeckung dubioser Geschäftsgebaren und streitbarer Helfer führend sein. So berichtete das Blatt, das die Verantwortlichen der Bewerber-GmbH immer „seltsam reserviert“[341] werden würden, wenn sie auf die beiden Unternehmer angesprochen werden. „Es wird noch zu reden sein über gewisse Geschäftspraktiken in der Messe-, Helden- und selbsternannten Olympiastadt“, kündigte die Zeitung ihre baldigen Enthüllungen an. Und während die *Leipziger Volkszeitung* am 11. Oktober auf der ersten Seite des Blattes verkündete: „Leipzig sieht sich beim IOC auf Kurs“ und Sachsens Regierungschef Milbradt im Interview sogar kundgab, das bis zu diesem Zeitpunkt „noch nichts richtig schief gelaufen sei[342], veröffentlichte die *Berliner Zeitung* nur Tage später einen Beitrag, der eine Debatte lostreten sollte, in dessen Folge es zu Rücktritten in der Bewerber-GmbH, Prüfungsverfahren und gerichtlichen Auseinandersetzungen kommen sollte. Es kann nicht Aufgabe der Arbeit sein, alle Aspekte des folgenden Diskurses detailliert darzustellen, da der Informationsumfang zu groß ausfallen würde. So stützt sich die Analyse vorwiegend auf Fakten, die innerhalb der Berichterstattung dargelegt wurden. Dabei standen vor allen Dingen die Entwicklungen des Diskursprozesses im Mittelpunkt und weniger die Beschreibungen einzelner Geschäftsverknüpfungen und deren Details. Zusätzlich zu den Presseerzeugnissen wurde das Buch „Operation 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip“ zur Analyse hinzugezogen, da die Ausführungen der Autoren auf Basis von Protokollen, Original-Dokumenten und -Verträgen als gesichert angesehen werden können.

---

[340] FAZ, 21.10.2003, S.35
[341] Berliner Zeitung, 9.10.2003
[342] Vgl.: LVZ, 13.10.2003

Den Ausgangspunkt der Debatte stellte eine Rechnung der *Pentacom Beratungsgesellschaft für Marketing, Kommunikation und PR mbH* dar, die von der Olympiabewerbergesellschaft 75.936,50 Euro für „strategische Kommunikationsberatung gemäß Vereinbarung und Anlage“[343] einforderte. Der verbliebene Geschäftsführer der Olympia-GmbH, Mike de Vries, zeigte sich über die Rechnung verwundert, da ihm eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmen mit der Bewerbungsgesellschaft scheinbar nicht bekannt war. In der Rechnung selbst fanden sich widersprüchliche Angaben, die die *Berliner Zeitung* ihren Lesern nicht vorenthielt: „Drei Stunden Nichtstun“ hätte ein Punkt ausgewiesen und dafür *Pentacom* dafür offensichtlich 1.400 Euro abgerechnet. Für die *Berliner Zeitung* ein Grund, „sich einmal mit einem florierenden Wirtschaftszweig […] zu befassen, […] dem Beratungs- und Lobbyistenwesen“. Hinter dem Unternehmen *Pentacom* würde sich demnach die Unternehmer Henner Ziegfeld und Ivan Radosevic verbergen. Beide hätten in Bezug zu Beratungsfragen eher „zweifelhafte Kompetenzen.“[344] Einen Tag später berichtete auch Thomas Kistner von der *Süddeutschen Zeitung* über die fragwürdigen Geschäftspraktiken der beiden Unternehmer. In den 90er Jahren sei Radosevic in die Schlagzeilen geraten, da er in die Schwarzgeldaffäre des Peter Graf involviert gewesen sein soll.[345] 1995 berichtete der *Spiegel*, dass Radosevic damals für den Vater von Tennisspielerin Steffi Graf auf einem Parkplatz Schwarzgeld übergeben hätte, damit dessen Affäre mit dem damaligen Callgirl Nicole Meissner nicht öffentlich werden würde. Radosevic wurde dafür, so lästerte die *Süddeutsche Zeitung* seinerzeit, „zum Direktor des von Graf initiierten Tennisturniers in Leipzig“[346] ernannt. Auch in Leipzig war Radosevic scheinbar alles andere als eine unbekannte Person zu sein. Unter dubiosen Umständen (und unter Umgehung der Anweisung der Treuhand) hatte er sich nach der deutschen Wiedervereinigung die Rechte an elf Messe-Innenstadthäusern und der gastronomische Bewirtschaftung der Messe selbst gesichert. Damit war die gesamte Entwicklung der *Messe Leipzig* an die Nutzungsverträge mit Radosevic verknüpft. Das unlaute Geschäft wurde publik und der damalige Messe-Chef, Siegfried Fischer daraufhin entlassen. Da die Verträge mit Radosevic juristisch aber scheinbar einwandfrei waren, erhielt er in einem außergerichtlichen Vergleich 1992 eine Abfindung in Millionenhöhe.[347] Für Leipzig, speziell die Messe, war ein großer Schaden entstanden. Radosevic arbeitete dank der „Affäre Graf“ jedoch weiterhin in Leipzig und veranstaltete unter anderem Tennisturniere. Sein Partner Henner Ziegfeld, der neben *Pentacom* auch an den Firmen *Sport Consulting International (SCI), Ziegfeld Agentur für Marketingservice* und *Arge* beteiligt ist, beschrieb

[343] Berliner Zeitung, 15.10.2003
[344] Ebenda
[345] Vgl.: SZ, 16.10.2003
[346] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 222 f
[347] Vgl.: LVZ, 8.11.2003, S.22

die Presse ebenso wie Radosevic als dubiosen Geschäftsmann, dessen Sachverständigkeit auf dem Gebiet der Beratung und Lobbyarbeit bezweifelt wurde. So schrieb die *Berliner Zeitung*: Es stellt sich „die Frage, ob die Firma [Pentacom, A.d.A] für den Bereich, den sie betreut (etwa den der Kontakte zum IOC) überhaupt Kompetenzen aufweist“.[348] Mit der Firma *SCI* sei Ziegfeld bisher nur durch seine geschäftliche Nähe zur Firma *Abold* aufgefallen, die in zweifelhafte Vorgänge im Bewerberkomitee zur Fußball-WM 2006 verwickelt gewesen sein soll. Diese Entwicklungen sind vor allem von der *Süddeutschen Zeitung* aufgezeigt worden, die sich verstärkt mit den Geschäften der Firma Abold in Verbindung mit Fedor Radmann beschäftigte. Als Resultat der journalistischen Recherche war Radmann nicht länger Vizepräsident des Organisationskomitees.

Auch in die Leipziger Bewerbung war die Firma *Abold* eingebunden. Schon im nationalen Ausscheid wurde Leipzig von der Agentur beraten und erhielt nach dem Zuschlag für die sächsische Stadt als deutscher Kandidat sowohl einen Berater- als auch einen Agenturvertrag mit der neuen Olympia-GmbH. Die Verträge waren von Dirk Thärichen offenbar vorbereitet und unterzeichnet worden, ohne sie später dem Aufsichtsrat vorzulegen. Dies war ein klarer Verstoß gegen das 4-Augen-Prinzip (nachdem beide Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer und ein Prokurist die Unterlagen gegenzeichnen mussten) und eine bewusste Umgehung des Aufsichtsrates. Selbst als Thärichen später auf die Vorlagepflicht der Verträge hingewiesen wurde, unternahm er dahingehend nichts. Zudem ist die Zusammenarbeit mit der Firma *Abold* auch deshalb brisant, da Schily „erhebliche Bedenken zur hinreichenden Qualifikation der Firma“ geäußert hatte. Neben der Missachtung der Gremien stellte Thärichens Verhalten somit auch eine „Brüskierung“ von Otto Schily dar.[349]

Wolfgang Tiefensee und Burkhard Jung wollten die Zusammenarbeit mit *Abold* allerdings fortführen und verschärften den Konflikt mit Schily. Tiefensee war nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung scheinbar auf der Suche nach Beratern gewesen, die sich im Olympiageschäft auskannten. Andreas Abold bot sich als Kontakthändler an und vermittelte ein Treffen mit Beratern wie John Boulter, Jean-Claude Schupp und Patrick Magyar. Die beiden erstgenannten erlernten ihr sportpolitisches Handwerk beim Adidas-Gründer Horst Dassler, der bis Ende der achtziger Jahre mit „seiner so genannten sportpolitischen Abteilung“[350] den Weltsport beherrschten. Ausführlich beschrieben dies die Bücher *„Das Milliardenspiel“*[351] und *„Der olympische Sumpf“*[352]. Patrick Magyar war langjähriger Manager bei der Sport-Marketingfirma ISL, die 2001 wegen Missmanagements in Konkurs ging.

[348] Berliner Zeitung, 15.10.2003
[349] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 46f
[350] Ebenda, S. 43
[351] Kistner/Weinreich: Das Milliardenspiel Fußball, Geld und Medien ; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, 1998
[352] Kistner/ Weinreich: Der Olympische Sumpf. Die Machenschaften des IOC ; Pieper Verlag, München, 2000

Auch diese Firma war von Host Dassler Gegründet worden und erhielt 1996 unter fragwürdigen Umständen gemeinsam mit der Kirchgruppe die TV-Vermarktung für die Fußballweltmeisterschaften von 2002 und 2006.[353] Neben Schwarzgeldkonten deckte die Presse damals auch Schmiergeldzahlungen an Verbandsfunktionäre auf.

Warum Tiefensee gerade die Nähe zu diesen Beratern suchte, kann nur vermutet werden. Scheinbar vertraute er den Aussagen von Andreas *Abold* und dessen Firma nach dem nationalen Sieg Leipzigs ohne jegliche Einwände. Sogar als Berichte über die Verstickungen der Firma in der Presse erneut publiziert wurden, ließ er von der Zusammenarbeit nicht ab. So schreib Jens Weinreich in einem Bericht für den Berliner *Tagesspiegel* am 3. Juli 2003: „Vielleicht ist es gar nicht so schlecht, dass Tiefensee gleich beim ersten Ausflug (Reise zur IOC-Session in Prag, A.d.A.) tief eintaucht in den olympischen Sumpf – nur sollte ihm jemand raten, lieber nicht auf die Dienste solcher Dealer zu vertrauen.“[354] Nachweislich erhielt die Firma *Abold* im nationalen Bewerbungsverfahren 733.025,73 Euro. Ab einer Größenordnung von 200.000 Euro wäre das Projekt von Seiten des alten Aufsichtsrates zustimmungspflichtig gewesen. Die von Thärichen erstellten Verträge für die internationale Bewerbungsphase unterschrieb die Firma nicht, da sie die Vertragsgrundlagen nun vom Aufsichtsrat bestätigt haben wollte. Dies war nicht im Interesse von Thärichen. Trotzdem soll die Firma *Abold* nach Informationen von Buchprüfern bis Ende 2003 monatlich 12.00 Euro und Andreas Abold persönlich eine Tagespauschale von 2.000 Euro erhalten haben.[355] Die Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe.

In den Medien erhielten andere Geschäftsgebaren jedoch eine weit größere Beachtung. Während die Zusammenhänge der Olympiabewerbung mit der Firma *Abold* weitestgehend nur von Hartmann/Jeske/Weinreich in ihrem Buch *„Olympia 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip“* beschrieben wurden, rückten in der Tagespresse zu diesem Zeitpunkt die Vorgänge um die Firma *Pentacom* in den Mittelpunkt des Interesses. Ivan Radosevic und Henner Ziegfeld gingen gegen die von *der Berliner Z*eitung am 15. Oktober erhobenen Vorwürfe gerichtlich vor und erzwangen eine einstweilige Verfügung gegen den Artikel mit Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro. Ihre Forderung an die neue Olympia-GmbH über 75.936,50 Euro wäre gerechtfertigt gewesen, da Leistungen erbracht worden seien. Schnell wird in der Presse jedoch deutlich, dass das Engagement der Firma vor allem auf Dirk Thärichen zurückzuführen ist. Dieser hatte seine berufliche Laufbahn bei Radosevic und Ziegfeld begonnen und stattete seine ehemaligen Vorgesetzten nun scheinbar mit sehr gut dotierten Verträgen im Rahmen der Olympiabewerbung aus. Neben der Kritik

[353] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 43f
[354] Tagesspiegel, 3.7.2003
[355] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 50

an seiner persönlichen Vergangenheit, sah sich Thärichen nun zusätzlich dem Vorwurf der „Vetternwirtschaft“ ausgesetzt. Die *Süddeutsche Zeitung* vermutete dahinter nur die „Spitze des Eisbergs“[356] und sollte mit dieser Vermutung Recht behalten. Schnell wurde deutlich, dass Thärichen auch diese Verträge am Aufsichtrat vorbei und unter Umgehung des „4-Augen-Prinzips“ abgeschlossen hatte. So beglich Thärichen offenbar eine Rechnung der *Pentacom* in Höhe von 69.000 Euro dafür, dass Serena Williams im Rahmen des WTA-Turniers in Leipzig ein paar Autogramme schrieb und die Medien wissen ließ, dass sie die Bewerbung Leipzigs für Olympia 2012 „gut findet“. Die „Thärichen-Connection“[357] titelte die *Berliner Zeitung*, als auch noch öffentlich wurde, dass sich die Büros von Radosevic und Ziegfeld im Haus von Thärichens Eltern befinden sollten. Drei Tage später, am 18. Oktober 2003, wurde Dirk Thärichen im Rahmen der Aufsichtsratssitzung fristlos gekündigt. Wegen des „Verdachts der Untreue“ heißt es offiziell und der Fall wird von Staatsanwaltschaft und Prüfungsausschüssen übernommen.

Die Unternehmer Ziegfeld und Radosevic reagierten unterschiedlich auf die aktuellen Entwicklungen. Während sich Ziegfeld kaum auf öffentliche Reaktionen einließ und auf „schwebende Verfahren“ hinwies, suchte sein Partner Radosevic die Konfrontation. In einem Interview mit der *LVZ* deutete Radosevic die Rechtmäßigkeit der erhobenen Forderungen gegenüber der Bewerbergesellschaft an. Darüber hinaus hätten die Vorwürfe der Zeitungen für ihn „keine moralische und rechtlich Instanz.“ Er hätte immer „mit Zusagen beider Geschäftsführer gearbeitet“.[358] Mike de Vries widersprach diesen Äußerungen. In der *Super Illu* versuchte Radosevic den Leipziger Bewerber daraufhin bloßzustellen. Aufsichtsratschef Klaus Steinbach attackierte Radosevic mit den Worten: „Für ein Amt, wie er es ausübt, denkt er viel zu kleinkariert. Er hat überhaupt keine Ahnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen großer Sportereignisse. Er ist mit seiner Aufgabe völlig überfordert und ist selbst das größte Hindernis für eine erfolgreiche Bewerbung..[359] Auch Otto Schily wurde kritisiert: „Der Bundesinnenminister hat bestimmt wichtigere Dinge zu tun, als sich um solche unverhältnismäßigen Dinge zu kümmern.“[360] Viel Lob erhielt hingegen Leipzigs Oberbürgermeister: „Ich will Herrn Tiefensee nicht angreifen. Er ist ein hervorragender Mann, der Leipzig viele Erfolge gebracht hat.“[361] Dies, so die *FAZ*, wäre nicht verwunderlich, da Tiefensee immer wieder als Empfänger von Dienstleistungen der Firma *Pentacom* auftauchen würde. Der bestritt zu Zeitpunkt aber, das Unternehmen überhaupt zu kennen.

---

[356] SZ, 15.10.2004
[357] Berliner Zeitung, 15.10.3004
[358] LVZ, 17.10.2004
[359] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.222
[360] Ebenda
[361] Ebenda

Die Fakten und Dokumente zeichneten jedoch bereits zu dieser Zeit ein anderes Bild und die *FAZ* spottete, dass sich „um die Stadt Leipzig ein in diesem Umfang in Deutschland einmaliges Konglomerat aus Betrieben und Unternehmen wie ein Ring von Trabanten gelegt hat“.[362] Die Debatte verlagerte sich zunehmen ins Leipziger Rathaus. Tiefensee reagierte auf die Vorwürfe kaum und berief sich auf „schwebende Verfahren“ und das „Gesellschaftsrecht“, geriet jedoch zunehmend selbst unter Druck. Die Presse untersuchte zunehmend Tiefensees Stellung innerhalb der Debatte. Der OB schob dabei die Recherche der Presse ungewollt durch unbeholfene Äußerungen an: „Was an Transparenz möglich ist wird transparent gemacht“[363], verkündete Tiefensee kurz nach der Aufsichtsratsitzung. Höhnisch urteilte die *Berliner Zeitung* dazu: „Man achte auf die Wortwahl: Was ist möglich, was nicht? Wer bestimmt, was möglich ist? Und wer, was wann wie und warum transparent gemacht wird?“[364]

Die Bewerbergesellschaft bemühte sich, positive Meldungen zu verbreiten, was nur selten gelang, da sich die Negativereignisse fast überschlugen. Am 28. Oktober ließ Sachsens Landessportbund-Chef Hermann Winkler (CDU) sein Mandat im Aufsichtsrat der Olympia-GmbH ruhen. „Ich hänge mit viel Herzblut an der Bewerbung, doch ich möchte nicht, dass dieses Projekt durch anhaltende Diskussionen über Parteipolitik gefährdet wird“, meinte Winkler. Sein Rücktritt war deshalb brisant, da es sich offenkundig um eine rein politische Aktion handelte. Als Wahlkampfmanager von Georg Milbradt arbeitete Winkler zu dieser Zeit intensiv in der sächsischen CDU-Landespolitik. Seine „politische Finte“[365] setzte den SPD-Mann Tiefensee nochmals unter Druck, sich zu seiner möglichen Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 zu äußern.

Nur zwei Tage später, am 30. Oktober 2003, versetzte Sachsens Regierungschef Milbradt den Olympiasekretär Wolfram Köhler in den einstweiligen Ruhestand. Köhler sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, er hätte dienstliche und private Interessen miteinander vermischt. Seine Frau Franziska soll vom Riesaer „Förder- und Verwaltungsgesellschaft für Wissenschaft, Kultur und Sport“ (FVG) monatliche Bezüge erhalten haben. Zudem wurde ihm „Vetternwirtschaft“ vorgeworfen, da seine Frau ungerechtfertigte Provisionszahlungen kassiert hätte. Dabei ging es um einen Vertrag aus dem Jahr 2002, der regelte, dass die Sachsenarena in Riesa in „Erdgasarena“ umbenannt werden sollte. Das Unternehmen „Verbundnetz Gas“ (VNG) wollte dafür an die FVG 2,5 Millionen Euro in den folgenden zehn Jahren zahlen. Vertraglich standen Köhlers Frau Franziska für diesen Abschluss eine Provision in Höhe

[362] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 218
[363] Berliner Zeitung, 29.10.2003, S.26
[364] Ebenda
[365] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S. 227

von 15 Prozent, also 370.000 Euro zu.[366] Sachsens SPD-Fraktionschef Thomas Jurk sah in dem Vorgang einen Skandal und forderte öffentlich den Rücktritt Köhlers, da die VNG selbst auf den Arenabetreiber zugegangen sei und somit Köhlers Frau keinen Anspruch auf eine Provision gehabt hätte. Der Stadtrat hingegen entlastete Köhler und auch die Geschäftsführerin der FVG, Renate Kühne, konnte am Vorgang „nichts Negatives finden“[367]. Köhler selbst hatte schon vor Monaten freiwillig sämtliche Unterlagen zur Verfügung gestellt. Doch die Debatte fiel in einen für ihn scheinbar ungünstigen Zeitraum. Er war in die „Mühlen der Parteipolitik“[368] geraten. Georg Milbradt und Wolfgang Tiefensee war es nicht gelungen, die Bewerbung aus dem Wahlkampf heraus zu halten. „Köhler geht k.o. durch die moralische Keule.“[369] Um von den Problemen der Bewerbung abzulenken wurde er entlassen. „Das Scheitern eines Machers“, titelte die *Sächsische Zeitung*. Der „ungekrönte König von Riesa“ müsse nun gehen.[370] Einen Monat später legte der unabhängige Rechtsanwalt Jürgen Schwarz sein Gutachten vor, aus dem deutlich wurde, dass er nichts gefunden hätte, „was rein rechtlich unsauber an den Provisionen gewesen sei.“[371] Schwarz schloss aus, dass Köhler Frau Franziska „unrechtmäßig begünstigt worden war“.[372] Auch ein speziell eingesetzter Untersuchungsausschuss sah in Köhlers Vorgehen keine Verfehlungen Um dessen Rauswurf zu provozieren waren jedoch scheinbar alle möglichen „Hebel in Bewegung gesetzt worden“[373], schrieb die *Sächsische Zeitung*. So beendete erst Köhlers Abgang ein „Verwirrspiel“, indem sich der Protagonist zwischenzeitlich sogar Drogenvorwürfen und der Missbrauch von EC-Karten zu Zeiten seiner Oberbürgermeistertätigkeit in Riesa ausgesetzt sah.[374] Die *taz* titelte fast mitleidig: „Der Mann der über seine Ehefrau stolperte.“[375] Wie stark es nun innerhalb der Olympiabewerbung um parteipolitische Interessen ging, zeigte auch der Aspekt, dass Tiefensee nur kurze Zeit später auf eine Kandidatur bei den Landtagswahlen verzichtete (siehe dazu Kapitel 4.2.2.4).

Die Leipziger Olympiapläne befanden sich in einer kritischen Phase. Neben Prüfungsausschüssen beschäftigte sich auch die Staatskanzlei und der Oberstaatsanwaltschaft mit dubiosen Zahlungen von Unternehmen in Bezug zur Bewerbergesellschaft. Sowohl die Geschäftsgebaren der alten auch der neuen Olympia-GmbH sollten genau untersucht werden. Hinzu kamen neben Thärichen nun auch die Personaldebatten um Winkler, Köhler und dem

[366] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich, S. 71
[367] Berliner Zeitung, 31.10, S. 28
[368] Ebenda
[369] Hartmann/Jeske/Weinreich, S. 72
[370] Sächsische Zeitung, 31.10, S.8
[371] Hartmann/Jeske/Weinreich, S. 72
[372] Ebenda
[373] Sächsische Zeitung, 31.10.2003, S.8
[374] Ebenda, 31.10., S.8
[375] taz, 1.11.2003

bereits beschriebenen „Fall Fuge“. Wolfgang Tiefensee verzichtete nur unter Druck auf ein mögliches politisches Amt. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragte in einem Kommentar: „Was kommt als nächstes raus, und wen wird es treffen?“[376]

Allen Beteiligten schienen sich dem Ernst der Lage jedoch nicht bewusst zu sein. So äußerte der neue NOK-Generalsekretär Schwank am 4. November 2003 im Rahmen der Vorstellung des neuen Olympialogos: „Die olympische Idee ist ein Zeichen, das man voransetzen kann, dass jedem die Idee vermittelt, aha, hier geht es um die olympische Idee“. Das neue Logo versammle „diejenigen, die an diese Idee glauben, es versammelt die GmbH, stärkt die Arbeitskraft, es versammelt die gesamte Bevölkerung“.[377] Jens Weinreich bemerkte dazu hämisch: „Um solche Sätze deuten zu können, muss man schon ein ganz famoser olympischer Insider sein.“[378]

Am gleichen Tag berichtete die *Berliner Zeitung* erstmals davon, dass innerhalb der Olympia-GmbH Akten vernichtet worden wären. Darüber hinaus brachte ein Brief vom 3. Januar 2003 den aktuellen Olympiabeauftragten Burkhard Jung in Bedrängnis. Laut den Ergebnissen einer internen Tiefenprüfung soll Jung demnach einen Brief von Dirk Thärichen (damals noch Geschäftsführer der alten GmbH) unterzeichnet haben, dessen Inhalt scheinbar eine enorme Brisanz barg. Im Schriftstück bestätigte Jung die Zahlung von einer Million Euro aus städtischen Mitteln und gab sein Einverständnis, dass die Firma *SCI* eine Provision von 15 Prozent erhält. Die Stadt hätte somit für die Zahlung an die Olympia-GmbH auf ihr eigenes Geld eine Provision gezahlt. Generell stellt sich die Frage, warum eine Provision anfällt, wenn die Stadt eigene Mittel transferiert oder umschichtet. Der *Spiegel* hielt diesen Vorgang für „irrwitzig.“[379] Auf welcher Basis hatten die Forderungen der SCI gestanden, wenn eine Sponsorenakquise eigentlich nicht nötig gewesen war? Hatte Jung überhaupt das Recht über solche Mittel zu verfügen?

Der sächsische Bund der Steuerzahler war alarmiert und Jung war in Erklärungsnot. Auch für Leipzigs OB Tiefensee barg die aktuelle Lage ein hohes Risiko. Noch am 15. Oktober 2003 hatte er erklärt: „Demzufolge ist es unrichtig, die Stadt Leipzig und die Person des Oberbürgermeisters in direkte Verbindung mit dem Tagesgeschäft der GmbH – Anbahnung von Verträgen, Erbringen von Leistungen u.a. – zu bringen.“[380] Die Unterlagen bewiesen, dass seine Aussagen falsch waren. Die Folge war, dass nun auch ein Prüfverfahren gegen seine Person von der Kommunalaufsicht angeschoben wurde.

---

[376] FAZ, 1.11.2003, S.31
[377] Hartmann/Jeske/Weinreich, S. 227
[378] Ebenda
[379] Spiegel, 17.11.2003, Heft 47, S. 212ff
[380] Berliner Zeitung, 7.11.2003, S.27

Burkhard Jung wies alle Anschuldigen von sich: „Ich nehme doch kein städtisches Geld, gebe es an die GmbH, und die GmbH zahlt dafür der SCI eine Provision.“[381] Genau dies, so die *Berliner Zeitung*, sei jedoch geschehen. Jung behauptete jedoch: „Diesen Vorgang habe ich nie bestätigt“. Beide, Jung und Tiefensee stellen sich als „Opfer unsauberer Machenschaften Dritter dar“[382], bestritten jegliche Verantwortung und drohen ihrerseits mit Klagen. Ihrer Ansicht nach, würden „Falschspieler“ hier ein „von langer Hand geplantes“ Schauspiel aufführen.[383]

Doch selbst in Sachsen wurde den zum Teil sehr gewundenen Ausführungen von Jung und Tiefensee nicht mehr geglaubt. Und so stellte die *Berliner Zeitung* mit Zufriedenheit fest, dass selbst „die lokalen Medien, von denen einige die dubiosen Vorgänge bisher zurückhaltend verfolgten“ jetzt „umschwenken“[384]. Die *LVZ* wäre mit einem Betrag vom 6. November („Fragwürdige Provisionen, unklarer Geldfluss“) nun auch den „Machenschaften auf der Spur.“[385] Tatsächlich beleuchtete die *LVZ* die Ereignisse nur halbwegs kritisch. Am 7. November befragte die Zeitung Burkhard Jung in einem Interview zu den Vorfällen.[386] Dieser bestritt erneut den Tatbestand und erklärte, er hätte mit seiner Unterschrift lediglich aufzeigen wollen, dass, falls ein Sponsor akquiriert worden wäre, die Stadt mit einer Provision kein Problem hätte. Eine Zahlung im vorliegenden Fall sei jedoch „unglaublich“ und mache „keinen Sinn.“ Ganz anders argumentierte die *Leipziger Volkszeitung* indes in einem Kommentar. Wie zur Zeit der Thärichen-Debatte war es wiederum der heute nicht mehr im Dienst der *LVZ* tätige Chefredakteur Hartwig Hochstein, der sich zur aktuellen Lage äußerte. In seinem Meinungsbeitrag zollte er den „Kollegen von München bis Berlin“ Respekt für die Recherche der letzten Wochen. Ganz eindeutig verbargen sich hinter den „Kollegen“ die Herren Thomas Kistner von der *SZ* und Jens Weinreich von der *Berliner Zeitung*. Hochstein warf den Redakteuren jedoch vor, dass sie mit Ihrer Recherche, die „mit normaler journalistischer, auch investigativer Arbeit, mit guten Kontakten und Kenntnissen der Sport- und Funktionärsszene nicht zu ermitteln“[387] wären, die Presse in Leipzig in ein schlechtes Licht rücken würden. Zudem sei das Gewicht ihrer Anschuldigungen aufgrund der „im Nebel liegenden Quellen“[388] fragwürdig. Immerhin gelte für alle Beteiligten die Unschuldsvermutung. Seine Zeitung wolle weiterhin die Olympiabewerbung „kritisch und mit Augenmaß“ verfolgen. Dies müsse, so Hochstein aber auch mit einem gewissen Optimismus gesche-

[381] Berliner Zeitung, 7.11.2003, S.27
[382] Berliner Zeitung, 6.11.2003, S.34
[383] Vgl.: Ebenda
[384] Berliner Zeitung, 7.10.2003, S.27
[385] Ebenda
[386] LVZ, 7.11.2003
[387] Ebenda
[388] Ebenda

hen.[389] Hochsteins Kommentar stellte im krassen Gegensatz zu dem Interview seines LVZ-Kollegen Jürgen Kochinke, das am gleichen Tag im Blatt erscheint. Ein sehr selten zu beobachtendes Phänomen. Hochstein hatte mit dem Kommentar seiner Zeitung und sich selbst ein Armutszeugnis ausgestellt. Andere Journalisten öffentlich nach den Motiven und Angemessenheit ihrer Berichterstattung zu fragen, erscheint mehr als fragwürdig. Weinreich und Kistner erwiderten den Angriff auf ihre Recherchemethoden nicht. In einem persönlichen Interview mit dem Sportchef der *Berliner Zeitung*, warf dieser Hochstein jedoch „mangelnde Recherche“ und „Hofberichterstattung“ vor. Die Vorwürfe seien „lächerlich“. Wenn normale journalistische Arbeit nicht ausreichen würde, solle Hochstein lieber seine Arbeitsaufassung überprüfen.[390]

Die regionale *Sächsische Zeitung* sah mittlerweile den „größten anzunehmenden Unfall – den Super-Gau“ gekommen, indem sich keiner den „schwarzen Peter“ zuschieben lassen wollte.[391] Die *Berliner Zeitung* stellte fest, dass weder Tiefensee noch Jung glaubhafte Auskünfte gegeben hätten und das NOK „hilflos und unfähig“[392] zuschauen würde. Sporthilfe-Chef, Hans-Ludwig Grünschow verstieg sich sogar in der Aussage: „Wenn Leipzig Probleme hat, muss Leipzig diese Probleme lösen, nicht wir.“[393] Einzig Manfred von Richthofen fand scheinbar klare Worte: Wir erwarten eine lückenlose Aufklärung, auch im Hinblick auf das, was noch kommen kann“. Die Vorfälle seien „peinlich und unentschuldbar“ und die Bewerbung mache keinen Sinn, wenn „jetzt auch noch der Oberbürgermeister schwer beschädigt wird“.[394] Sollte sich „die journalistischen Recherchen“, so die *Berliner Zeitung*, „auch im Rahmen juristischer Überprüfungen bestätigen […], dürfte der SPD-Politiker nicht mehr zu halten sein.“[395]

Burkhard Jungs Rücktritt wurde am Abend des 7. November offiziell bekannt gegeben. Dieser wies eine strafbare Handlung weit von sich. Die *Süddeutsche Zeitung* sprach in diesem Zusammenhang von einem „pathetischen Abgang“ des Olympia-Beauftragten, der sich tagelang, trotz eindeutiger Faktenlage, gegen die Vorwürfe der *BZ* und *SZ* gewehrt hätte.[396] So hätte sein Statement bezüglich seiner Entlassung wie erwartet geklungen: „Die Olympiabewerbung der Stadt Leipzig ist mir eine Herzenssache. Seit drei Jahren habe ich mich dieser Idee und Chance mit ganzer Kraft gewidmet. Gestern habe ich zum ersten Mal Rechnungen der SCI an die ‚Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH’ (alte GmbH,

[389] Vgl.: LVZ, 7.11.2003
[390] Fragebogen Jens Weinreich
[391] Sächsische Zeitung, 7.11.2003, S.8
[392] Berliner Zeitung, 8.11.2003, S.33
[393] Ebenda
[394] Berliner Zeitung, 8.11.2003, S.33
[395] Ebenda
[396] Vgl.: SZ, 8.11.2003, S.43

A.d.A.) eingesehen. Ich habe mir nichts vorzuwerfen, sehe aber ein, dass dieser Vorgang der Aufklärung bedarf. „Dazu möchte ich aktiv beitragen.“[397] Jungs Nachfolger wurde Engelbert Lüdke-Daldrup, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig. Mit Jung schieden innerhalb eines Monats somit fünf Personen aus dem unmittelbaren Umfeld der Bewerbung aus.

Die *Sächsische Zeitung* meinte dazu fast hilflos: „Schon wieder ein Rücktritt. Macht die Bewerbung noch Sinn?“ oder „Wer ist der nächste im olympischen Domino?“[398] Auch die LVZ sah die „Spitze erreicht“ und meinte, „es steht dramatisch um die Bewerbung“.[399] „Lippenbekenntnisse reichen nicht aus“[400], forderte das Blatt, worauf sich OB Tiefensee beeilte zu verkünden, dass ein „Rückzug völlig undenkbar“ wäre. Klaus Steinbach agierte auch in dieser Debatte überraschend hilflos. Das NOK sei bezüglich der Bewerbung „ohne Glaube, als Totengräber will sie sich nicht betätigen“, schrieb *Die Zeit*.“[401] Die Wochenzeitung war es auch, die sprachlich drastisch einen Rückzug der Bewerbung forderte (siehe dazu Kapitel 4.2.2.5). Immer öfter zogen die Presseerzeugnisse Parallelen zur gescheiterten Berlin-Bewerbung für die Olympischen Spiele 2000. Ähnlich wie in Leipzig seien Steuergelder verschwendet worden.

So kommt auch der Prüfungsbericht, der kurze Zeit später den Gesellschaftern der GmbH vorgelegt wurde zu einem geradezu vernichtenden Ergebnis. Demnach hätte es innerhalb der neuen GmbH folgende Problempunkte gegeben:[402]

- zwei Fälle von Aktenvernichtungen
- elf Firmen arbeiteten nur aufgrund mündlicher Absprachen
- 4-Augen-Prinzip wurde nicht berücksichtigt
- keine eindeutigen Vertragszeichnungsregelungen
- kein Vertragscontrolling und keine ordentliche Buchführung
- keine Kostenpläne und Nachweise
- keine Einhaltung des Vergaberechts
- zahlreiche Über- und Unterbezahlung von Mitarbeitern
- …

[397] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.232
[398] Sächsische Zeitung, 8.11.2003
[399] LVZ, 8.11.2003, S.1
[400] LVZ, 8.11.2003, S.22
[401] Die Zeit, 13.11.2003,
[402] Vgl.: Hartmann/Jeske/Weinreich (2004), S.243f

Die Mängelliste belegte eindeutig, dass es keineswegs nur in der Aufarbeitung der alten, in der Liquidierung befindlichen, GmbH ein „paar Probleme“ gab. Kritisch zu beurteilen, war vor allem, dass von Seiten der Olympia-GmbH keine eindeutigen Auskünfte öffentlich gemacht wurden. Vielmehr wurden oft Namen und Fakten verschiedener Prüfberichte durcheinander gebracht, wodurch die Leser der Pressebeiträge nur bedingt die Vorgänge nachvollziehen konnten.

Hypothese:

Mit dem Beginn der Thärichen-Debatte im Oktober 2003 begann der „heiße Herbst“ der Bewerbung. Im weiteren Verlauf geriet das Vorhaben zunehmend in parteipolitische und sportpolitische Auseinandersetzungen, die nach der Entlassung Thärichens und der Kündigung der Vertragsverhältnisse mit Jens Fuge zu weiteren personellen Konsequenzen innerhalb der Bewerbergesellschaft führte. Während der Rückzug von Hermann Winkler aus dem Aufsichtsrat primär parteipolitische Hintergründe hatte, war die Suspendierung von Wolfram Köhler vor allem moralischer Natur. Als weitaus schwerwiegender für die Bewerbungsaussichten ist jedoch die Amtsenthebung des Olympia-Beauftragten Burkhard Jung einzustufen. Für sein Vorgehen in Bezug auf das Schreiben vom 3.Januar 2003 gab es keine rechtliche Grundlage, sodass seine Entlassung als gerechtfertigt angesehen werden kann. Seine Unterschrift machte eine Umleitung städtischer Gelder in private Kassen möglich. Davon profitierten in diesem Fall die Unternehmer Henner Ziegfeld und Ivan Radosevic, die bereits im Vorfeld der Bewerbung als zweifelhafte Partner hätten eingestuft werden können. Dies ist sowohl von der Stadt, von Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, als auch vom NOK versäumt worden. Wozu es bei der Akquise von Sponsoren und Beratern teurer Unterhändler bedarf, ist von den Beteiligten in keiner Weise nachvollziehbar dargelegt worden. Die eingesetzten Prüfungsausschüsse und die vorwiegend auf Fakten, Dokumenten, Verträgen und Protokollen basierende Berichterstattung zeichneten ein so zweifelhaftes Licht von der Bewerbung, sodass diese aufgrund der Vorgänge in eine so bedrohliche Schieflage geriet. Ein vorzeitiger Rückzug wäre zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen. Vor allem die Dichte der Ereignisse, die Gründlichkeit der Berichterstattung und der Gehalt der gemachten Vorwürfe machte ein Agieren der Bewerbergesellschaft schwierig. Diese versäumte es vor allem die eigenen Strukturen innerhalb der Olympia-GmbH zu entpolitisieren und umgab sich mit zweifelhaften Geschäftspartnern, sodass primär ein Selbstverschulden der Bewerbergesellschaft an der Situation konstatiert werden muss.

4.2.2.4 Tiefensee „am Abgrund“ - die Olympiabewerbung vor dem Fall

Die Vorgänge des „heißen Herbstes“ sind ausführlich beschrieben worden. Aus allen geschilderten Ereignissen entwickelte sich eine Debatte in dessen Fokus Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee stehen sollte. Der 1955 in Gera geborene Tiefensee war zur Wendezeit in die Politik gekommen. Lange blieb er ohne Parteizugehörigkeit und trat erst 1995 auf Drängen seines „politischen Ziehvaters“ Hinrich Lehmann-Grube der SPD bei. Drei Jahre später wurde Tiefensee Oberbürgermeister und genoss in Leipzig scheinbar eine große Sympathie. Er wurde in der Presse als „einer von uns“ oder „einer von hier“ beschrieben.[403] Die Zuneigung war so groß, dass selbst die Bundes-SPD auf den Leipziger OB aufmerksam wurde. Das Angebot von Bundeskanzler Schröder an Tiefensee, Bundesverkehrsminister zu werden, schlug der mit der Begründung aus, dass „sein Platz in Leipzig“[404] sei. Dieser Schritt und sein Geschick, die Automobil-Unternehmen *Porsche* und *BMW* an den Leipziger Standort zu binden, steigerten Tiefensees Popularität in der Stadt nochmals merklich. Als die Sachsen am 12. April 2003 den Zuschlag im innerdeutschen Wettbewerb erhielten, gab es für die Lokalpresse kein Halten mehr. Tiefensee galt fortan an „unantastbar“[405], als „Heldenstadtheld“[406] und „Sonnenkönig.“ Die Berichterstattung dieser Tage kann durchaus als „Hofberichterstattung“ gewertet werden, auch wenn dies die ortsansässigen Redakteure bis heute bestreiten. Durch seinen Cello-Auftritt bei der Präsentation war Tiefensee zum „Medienstar“ geworden, dessen Charisma sich selbst die überregionale Presse nicht immer entziehen konnte. Die *Berliner Zeitung* schrieb damals, der OB wäre ein Mann, „der sich selbst nicht zu wichtig nimmt. Eine Integrationsfigur. Eine seltene Kombination.“[407] Tiefensee habe „etwas Strahlendes, schwerelos Einvernehmendes“[408], befand selbst die *FAZ*. Er sei ein Mann, „der Vertrauen wecken und Wahlen gewinnen könne“.
Mit den Ereignissen im Oktober und November 2003 drohte Tiefensee jedoch zunehmend „im Strudel der Affären unterzugehen.“[409] Neben dem von ihm eingesetzten Geschäftsführer Dirk Thärichen waren sowohl Ideengeber Wolfram Köhler als auch der Olympia-Beauftragte Burkhard Jung aus ihren Posten entlassen worden. Tiefensees „Leipzig-Team“ existierte nicht mehr. Die Fehler des Oberbürgermeisters begannen zeitlich jedoch weit früher. Die *Berliner Zeitung* bemerkte dazu: „Der Abstieg begann

[403] Vgl.: Die Zeit 7/2001
[404] Ebenda
[405] Kreuzer 6/2003
[406] Ebenda
[407] Berliner Zeitung, 14.4.2003
[408] FAZ, 18.5.2004
[409] Die Zeit, 13.11.2003, S.1

kurz nach dem Sieg in München.“[410] Mit seinen Flügen um die Welt hätte Tiefensee die Augen vor den in Deutschland bestehenden Problemen verschlossen und zudem mit seinem Vorstoß hin zum „Kompaktkonzept“ die Regionen um Leipzig verprellt. Die Privatfehde mit NOK-Chef Klaus Steinbach um die Einstellung von Mike de Vries war ein Streit ohne Gewinner. Steinbach setzte de Vries durch, Tiefensee brachte seinen Kandidaten Thärichen in die Geschäftsführung der GmbH. Ein Versuch des Leipziger OB, anzudeuten, dass ohne „sein Team“ innerhalb der von der NOK dominierten Gesellschaft nichts gehen würde. Im Überschwang des Gewinns am 12. April glaubte Tiefensee sich „offenbar stark genug“.[411] Was im nationalen Ausscheid gut war, musste auch international schlagkräftig sein. Keiner der Beteiligten hatte zu diesem Zeitpunkt verstanden, dass das Olympia-Projekt als gesamtdeutsche Aufgabe gelingen musste. Steinbach gab eher unfreiwillig nach und überließ Tiefensee die Rolle des ersten Mannes innerhalb der internationalen Vorhabens: „Das Gesicht der Leipziger Bewerbung ist Wolfgang Tiefensee, daran gibt es keinen Zweifel“, verkündete er als damals.

Durch die Thärichen-Debatte geriet Tiefensee jedoch in die Kritik. So schrieb die *FAZ* am 15. Oktober 2003: „Der Leipziger OB, dem selbst politische Gegner ein geradezu phänomenales Gespür für das emotional Richtige attestieren unterschätzte die Gefahr, die von der Personalie Thärichen sowie für die ambitionierte Olympiabewerbung als auch für ihn selbst ausging.“[412] Und das Blatt fragte: „Warum hat der OB, Warnungen zum Trotz, Thärichen zu einem Exponenten der Bewerbung gemacht? […] Hat Tiefensee die Usancen in einer offenen Medien-Gesellschaft unterschätzt?“[413] Kurze Zeit später gab die Zeitung sich selbst und den Lesern die Antwort: „Mit Thärichen hat Tiefensee seinen bisher größten politischen Fehler gemacht.“[414] Plötzlich wollten Tiefensees Kritiker wissen, wie tief dieser „selbst in die Geschäftsgebaren involviert war“[415], schrieb die *SZ* und ergänzte, dass ihn die bis dahin vorliegenden Unterlagen belasten würden.

Schilys Versuch Tiefensee nach der Thärichen Debatte in Schutz zu nehmen misslang. Seine Forderung die Bewerbung aus dem Wahlkampf in Sachsen herauszulassen, provozierte genau dies. Die politische Konstellation war allgegenwärtig und es nutzte wenig, dass auch Tiefensee beteuerte, dass sich politische Auseinandersetzungen vor dem

[410] Berliner Zeitung, 17.10.2003
[411] FAZ, 15.10, 2003
[412] Ebenda
[413] FAZ, 10.10.2003, S.35
[414] FAZ, 15.10.2003
[415] SZ, 18.10.2003, S.12

Hintergrund Olympia verbieten würden.[416] Die Bewerbung war mitten im Wahlkampf. Der Rücktritt von Aufsichtsratmitglied Winkler (CDU) verschärfte den Parteinkonflikt in dessen Folge sich Tiefensee genötigt sah, sich zu seiner möglichen Kandidatur bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen zu äußern. Für die sächsische Sozialdemokratie war Tiefensee der einzige Hoffnungsträger. In Sachsen gibt es, wie in ganz Ostdeutschland kaum politische Milieus. Das Potenzial der Wechselwähler ist hoch, Parteien ohne starke Persönlichkeiten haben kaum Aussichten.[417] Die SPD-Genossen versuchten verzweifelt Tiefensee in die Pflicht zu nehmen. In Leipzig hat die Partei nichts zu befürchten, aber in Sachsen bekamen die Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen 1999 nur 10,4 Prozent der Stimmen. Tiefensee verzichtete jedoch auf die Kandidatur für die Wahlen 2004 mit der Begründung, sich allein für die Olympischen Spiele stark machen zu wollen. Auf parteipolitischer Ebene war dies für die Sachsen-SPD ein „Desaster“ und auch Wolfgang Tiefensee schien „in diesen Tagen die politische Fortune verlassen zu haben“[418], befand die *FAZ*. Zwar gab er sich nach außen hin weiterhin kämpferisch („Ich bin mehr denn je überzeugt davon, dass Leipzig die Spiele bekommt“[419]), seine Ansprachen klangen jedoch eher parolenhaft.

Im Zuge der immer neuen Berichte über die Geschäftsgebaren seines Mitarbeiters Thärichen mit den Unternehmern Ziegfeld und Radosevic und erst recht bei der Aufkommenden Debatte um seinen Freund Burkhard Jung, wurde Tiefensee vorgeworfen, er hätte Mitarbeiter rekrutiert zu haben, die nicht über jeden Zweifel erhaben gewesen wären. Die *FAZ* titelte: „Der Angeschrammte“ und meinte bezogen auf Tiefensees bis zum Beginn der Bewerbung „tadelloser Reputation“: „Der Lack ist nicht ab, hat aber Schrammen bekommen“.[420] Auch die *BILD* schrieb: „Tiefensee kann nicht übers Wasser gehen“[421] und die *FAZ* ergänzte: Der OB sei wieder „geerdet“[422] Der *Spiegel* ergötzte sich an einer kleinen Gemeinheit, zu schildern, wie sich der als beratungsresistent geltende Tiefensee Rat zu holen pflegt: „Er spricht mit seinem Spiegelbild.“[423] Allein die *LVZ* sah in den dubiosen Geschäften rund um die Bewerbung und den Rücktritten mehrerer Personen scheinbar keine Veranlassung zu einer kritischen Bestandsaufnahme. Zwar sei es versäumt worden, „fähige Deutsche ins Boot zu holen“[424], um den Traum

[416] Vgl.: LVZ, 23.10.2003
[417] FAZ, 2.11.2003
[418] FAZ, 23.10.2003
[419] LVZ, 27.10.2003
[420] FAZ, 2.11.2003
[421] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004)
[422] Ebenda
[423] Der Spiegel, 19.10.2003, Heft 42, S.153
[424] LVZ, 4.11.2003

von Olympia zu realisieren, doch als gescheitert sah die *LVZ* die Idee noch nicht. Tiefensees Schritt, sich nicht zur Landtagswahl zur Verfügung zu stellen, müsse jetzt „folgerichtig der zweite“ folgen: Er muss „Frontmann der Olympiabewerbung werden. […] Er könne als Vertreter der Olympiaidee glaubhaft für ganz Deutschland sein“.[425]

Die überregionale Presse reagierte empört. Für sie stand Tiefensee schon zu dieser Zeit im „Fadenkreuz“ der Berichterstattung. Die *Berliner Zeitung* meinte salopp: „Zu sagen, Tiefensee sei angeknockt, wäre beschönigend. [Er] ist längst nicht mehr Herr des Verfahrens.“[426] Die *FAZ* sah es ähnlich: „Wenn Tiefensee nur im Ansatz von Jungs Machenschaften wusste, würde die Luft auch für ihn dünner.“[427] Wolfgang Tiefensee erwiderte entrüstet: „Ich finde es skandalös […] dass einzelne Medien über mehr Informationen verfügen als die Gesellschafter selbst“ und verwies auf seine „begrenzte politische Verantwortung.“[428] Die Presse gab sich mit den Erklärungen des OB nicht zufrieden. „Weiß Tiefensee mehr als er zugibt? […] Hatte er keine Ahnung?“, fragte die *FAZ* und warf Tiefensee „spärliche Antworten“ und ein „seltsam gebrochenes Verhältnis“ zu den Medien vor.[429] Auch die *Berliner Zeitun*g war der Meinung, dass die Lage für Tiefensee nun „bedrohlich“, und das er, „falls sich die journalistischen Recherchen bestätigen, […] nicht mehr zu halten“ wäre.[430] Doch die Lokalpresse hielt weiterhin zu ihrem Oberbürgermeister: „Auch vor dem 12.4 sind Geschütze aufgefahren worden“, meinte Tiefensee und die *LVZ* pflichtete bei: „Das Ergebnis ist bekannt“. Die Situation wäre eine „Chance für einen Neuanfang.“[431] In der *Sächsischen Zeitung* meldete sich Tiefensees Vorgänger Lehmann-Grube zu Wort, der zum Umgang der Medien mit seinem Nachfolger meinte: „Mancher Journalist berichtet über Tiefensee, als ob der OB ihm seine Freundin ausgespannt hätte.“[432] Die *FAZ* griff zu einer bildlich drastischen Sprache: „Die Hütte brennt, aber der Gast des Hauses ordnet noch in aller Behäbigkeit seine Unterlagen und leckt sich die Wunden.“[433], schrieb sie nach den Enthüllungen um Burkhard Jung. Neben Tiefensee, so die Zeitung weiter, würde auch das NOK als Mehrheitseigner der Olympia-GmbH innerhalb der Debatte hilflos agieren. So sei die NOK-Erklärung zur Bewerbung nicht mehr als ein „lapidares Lippenbekenntnis“.[434] In der Erklärung hieß es: „Die Mitglieder haben mit Bedauern eine Anzahl von Turbulen-

[425] LVZ, 4.11.2003
[426] Berliner Zeitung, 6.11.2003, S.34
[427] FAZ, 7.11.2003
[428] Berliner Zeitung, 6.11.2003, S.34
[429] Vgl.: FAZ, 8.11.2003
[430] Berliner Zeitung, 8.11.2003, S.33
[431] LVZ, 8.11.2003, S. 23
[432] Sächsische Zeitung, 14.11.2003
[433] FAZ, 10.11.2003, S.30
[434] Ebenda

zen, die das innere Gefüge der Bewerbung Leipzig 2012 betrafen, zur Kenntnis nehmen müssen. Sie erwarten eine unverzügliche Regulierung dieser Situation mit dem Ziel, alle verfügbaren Kräfte auf den Erfolg der Bewerbung auszurichten […].“[435] Die *Berliner Zeitung* beschrieb die NOK-Präsidiumssitzung als „niveaulos- und emotionslos dahinplätschernde Vollversammlung“ bei der vor allem der Auftritt von Wolfgang Tiefensee vor den NOK-Mitgliedern eine „Offenbarung der Hilflosigkeit“ darstellt hätte.[436] Trotz eindeutiger Dokumente sei Leipzigs Stadtoberhaupt noch immer nicht gewillt, die Wahrheit zu sagen. Über Tiefensees Einsicht („Auch ich habe Fehler gemacht“), spottete das Blatt: Er gibt Fehler zu, benennt sie jedoch nicht.[437] Einen Tag später konfrontierte die Zeitung die Leser mit den Lügen, die Tiefensee innerhalb der Debatte der Presse und allen anderen Beteiligten „aufgetischt“ hätte. Seine Kritik, die Medien wüssten mehr als er, sei falsch. Alle Unterlagen hätten den Gesellschaftern frühzeitig zur Verfügung gestanden. Auch Tiefensee Statement, es sein „unrichtig, die Stadt Leipzig und die Person des Oberbürgermeisters in direkte Verbindung mit dem Tagesgeschäft der GmbH […] zu bringen“, sei gelogen, so die *Berliner Zeitung*. Die vorliegenden Schriftstücke (vor allem das von Burkhard Jung am 3. Januar 2003 unterschriebene Papier) hätten Tiefensees These widerlegt. Seine Aussage, er kenne Radosevic nur als Veranstalter des ortsansässigen Tennisturniers, wäre nicht glaubhaft. Wie kommt es, dass Tiefensee immer wieder als Empfänger von Dienstleistungen der Firma *Penatcom* auftauchen würde, fragte die Zeitung.[438]

„Aus dem strahlenden Siegertyp ist ein bescheidener Bittsteller geworden“[439], resümierte die *FAZ* und die *Süddeutsche Zeitung* sah in der Person Tiefensee sogar die „größte Hürde im Bewerbungschaos“[440]. Dieser gab zu verstehen, er habe sich selbst nur als „primus inter pares“ gesehen, und hielt einen Rückzug der Bewerbung für „völlig undenkbar“.[441] Der *Zeit* sagte der OB übertrieben poetisch: „Wenn wir im schweren Wasser sind, sollte man nicht auf hoher See wenden und in den eigenen Hafen einlaufen, sondern die neuen Ufer im Blick haben.“[442] Sogar der bis dahin in der Leipziger Olympiabewerbung noch gar nicht in Erscheinung getretene Thomas Bach griff nun in das aktuelle Geschehen ein. „Wie schlimm muss es eigentlich um die deutsche Bewerbung bestellt sein“, meinte die *Berliner Zeitung* dazu sarkastisch. Bach legte seinen Kollegen

[435] FAZ, 10.11.2003, S.30
[436] Vgl.: Berliner Zeitung, 10.11.2003, S.31
[437] Ebenda
[438] Berliner Zeitung, 11.11.2003, S.28
[439] FAZ, 10.11.2003
[440] SZ, 11.11.2003
[441] FAZ, 13.11.2003
[442] Die Zeit, 13.11.2003, S.1

aus der Sportpolitik dar, „welch katastrophales Bild der deutsche Sport derzeit weltweit abgibt“.[443] Manfred von Richthofen fordert, die „Reißleine zu ziehen“, sollten weitere Skandale öffentlich werden. Im Ergebnis wurde Tiefensee innerhalb der Olympia-GmbH „vom Frontmann zum Hinterbänkler“ und mit seinem Fall stand die Bewerbung kurz vor dem Rückzug. Viel zu spät verstand Leipzigs OB die Olympiabewerbung als eine gesamtdeutsche Aufgabe und gab seine vermeidliche Vorreiterrolle erst auf, als die Pressekritik zunehmend seine Person traf.

Hypothese:

Wolfgang Tiefensee trägt eine Mitschuld für das Scheitern der Leipziger Bewerbung. Nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung trug er durch eine zum Teil arrogante und oftmals selbstherrliche Art dazu bei, dass das Vorhaben, die Olympischen Spiele 2012 in die Stadt zu holen, Schaden nahm. Durch sein Festhalten an Mitarbeitern, die nicht über jeden Zweifel erhaben waren, und seinen Kooperationen mit dubiosen Lobbyisten, geriet er selbst in den Fokus der kritischen Berichterstattung. Mit der Inthronisierung seines Mitstreiters Thärichen beging er einen Fehler, der sowohl ihn persönlich als auch der Bewerbung abträglich war. Mit einer schlechten Kommunikationspolitik fand sich Tiefensee – gewollt oder ungewollt – immer im sächsischen Landtagswahlkampf wieder. Sein Verzicht auf die Kandidatur bei den Landtagswahlen war ein Ergebnis der allgegenwärtigen politischen Differenzen innerhalb der Bewerbergesellschaft. Trotz Unterstützung der lokalen Presse (primär durch die *Leipziger Volkszeitung*) war der OB spätestens mit dem Rücktritt seines Freundes und Olympia-Beauftragten Burkhard Jung innerhalb der Olympia-GmbH isoliert. Sein Verhältnis zur überregionalen Presse verschlechterte sich vor allem dadurch, dass er vorwiegend bereits bekannte Tatbestände einräumte, statt eine offensive Kommunikationsstrategie anzustreben. Die daraus resultierende Fokussierung auf seine Person war konsequent, zumal ihn Dokumente zweifelsfrei als Mitwisser bereits geschilderten Skandale ausweisen. Nur die Ausweglosigkeit der Bewerbung und seine gefestigte Position innerhalb der Leipziger Stadtpolitik bedingten, dass Tiefensee weiterhin an der Bewerbung mitarbeiten durfte. Aus den Vorfällen des „heißen Herbstes“ und die daraus resultierenden personellen Konsequenzen ging Tiefensee politisch letztendlich fast unbeschadet hervor. Durch die konsequente Kopplung seiner persönlichen Interessen und die der Stadt, kann seine Position innerhalb des Leipziger Rathauses und seiner Funktion als Oberbürgermeister als weiterhin gefestigt angesehen werden.

[443] Berliner Zeitung , 10.11.2003, S.31

4.2.2.5 Die deutsche Presse mit anti-olympischer Haltung?

Der deutschen Presse wurde von Seiten der Leipziger Bewerbergesellschaft immer wieder vorgeworfen eine übertrieben kritische Haltung gegenüber den Olympiaabsichten der sächsischen Stadt einzunehmen. Der Konflikt ergab sich dabei zum einen aus der Debatte um die Haltung der „Westmedien“, zum anderen aber auch aus der Fülle der Negativmeldungen im „heißen Herbst“. So soll nachfolgend untersucht werden, ob die deutsche Presse tatsächlich eine anti-olympische Position eingenommen hatte und ob Tendenzen dafür innerhalb der Berichterstattung nachweisbar waren.

Die Ausgangsbasis der Debatte um eine mögliche Medienkampagne gegen die Bewerbung, ergab sich vor dem Hintergrund des Diskurses um den vermeidlichen „Ost-West-Konflikt“. Die Leipziger Olympia-Organisatoren beklagten eine unangemessene Berichterstattung und die lokalen Medien hatten die Debatte diesbezüglich mit ausführlichen Berichten beschleunigt. Neben der *LVZ* und dem *Kreuzer* versuchte scheinbar auch der *MDR* die alten Ressentiments zu beleben. Der Tenor war dabei gleich bleibend: „Die Wessis wollen uns die Bewerbung kaputt machen“. So äußerte der *MDR*-Journalist Siegfried Horn, der auch im Verein „Leipzig für Olympia“ tätig war, seinen Generalverdacht: Die Medien sind schuld. „Wenn Kommentar und Nachricht vermischt werden, wenn das Ergebnis von Recherchen schon vorher feststeht, hat das nichts mit Journalismus zu tun.“[444] Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Hinrich Lehmann-Grube, sah dies ähnlich und sagte gegenüber der *Welt*: „Eine Kombination aus Neid und Missgunst regnet jetzt auf Leipzig herab.“[445] In der *LVZ* schrieb der Ex-OB einen eigenen Beitrag, indem er der überregionalen Presse insgesamt eine unverhältnismäßige Berichterstattung vorwarf: „Es rauschte im westdeutschen Blätterwald, und dieses Rauschen klang mir nicht ‚süß und traut’ […] sondern bitter, richtig gemein, und vor allem falsch.“[446] Die meisten Beiträge der „*Süddeutschen*“, der „*Welt* und in der *FAZ*“, würden, so Lehmann-Grube, „mit tadelndem Unterton“ auf eine Schieflage der Bewerbung hinweisen.[447] „Da wurde Leipzig mitsamt seinem Oberbürgermeister Tiefensee im Zusammenhang mit Olympia richtig niedergeschrieben“, beklagte er weiter. „Stasiverstrickungen wurden geschildert sowie innere Streitigkeiten entdeckt und tiefgründig analysiert“.[448] Es ist bereits erläutert worden, dass eine vermeidliche Kampagne der „(West-)Medien“ durch die Analyse nicht bestätigt werden konnte, sondern vielmehr die Leipziger Medien einer vermehrten Berichterstattung über den „Ost-West-

[444] FAZ, 19.11.2003
[445] Die Welt, 15.11
[446] LVZ, 1.11.2003
[447] Vgl.: Ebenda
[448] Ebenda

Konflikt“ den Weg ebneten. So sind die Versuche von Lehmann-Grube und auch der *LVZ* eher ein Beleg dafür, von den Problemen der Bewerbung abzulenken und somit indirekt auch der Versuch, die Position Tiefensees innerhalb der Olympia-GmbH zu stärken.

Verschärft wurde der Diskurs über die vermeidlich überkritische Pressehaltung durch die Entwicklungen im Herbst des Jahres 2003. Neben dubiosen Geschäftspraktiken und unsauberen Provisionsabrechnungen war es zu zahlreichen Rücktritten innerhalb der Olympia-GmbH gekommen. „Die Bewerbung steht auf der Kippe“, schrieb die *FAZ* am 1. November 2003. Zeitgleich äußerte auch die *Sächsische Zeitung* Bedenken: „Wohin läuft die Bewerbung?“, fragte sie und gab die Antwort gleich selber: „Gegen den Baum“.[449] Beide Beiträge erschienen am gleichen Tag, wie der Artikel von Lehmann-Grube in der *LVZ*, der fragte: „Haben die Schreiber womöglich recht? Waren gravierende Fehler gemacht worden, und hatte sie der Bewerbung Leipzigs und Deutschlands geschadet?“[450] Lehmann-Grube sah in der „Kritikwelle der letzten Wochen“ keine Auswirkungen auf die Olympiabegeisterung.

Zu erkennen war, dass innerhalb der Presse zu diesem Zeitpunkt, im November 2003, sehr unterschiedliche Diskurspositionen von den einzelnen Presseerzeugnissen eingenommen wurden. Während die überregionale Presse und auch die *Sächsische Zeitung* den Bewerbungsaussichten Leipzigs kaum mehr Chancen einräumten, nahmen die lokalen Medien einen Standpunkt ein, der zeilenübergreifend mit „Jetzt erst recht“ beschrieben werden könnte. Trotz der bedrückenden Faktenlage wollte man sich in Leipzig den Traum von Olympia 2012 scheinbar nehmen nicht lassen. So „staunt man in Leipzig über die schlechte Presse“[451], schrieb *Die Welt*. In der Stadt selbst sah man hingegen in der kritischen Berichterstattung die größte Gefahr für die Bewerbung. „Nur mit vollem Rückhalt der öffentlichen Meinung in Deutschland können wir mit unserer Bewerbung Erfolg haben“[452], schrieb die *LVZ* fast flehend. „Kann Leipzig noch gewinnen?“, fragte die *Berliner Zeitung* rhetorisch und antwortete ironisch: „Ja, wenn alle anderen Bewerber zurücktreten.“[453] Auch die *SZ* begrub die Hoffnungen auf ein Weiterkommen: „Die Menschen hatten Träume“, schrieb das Blatt, „doch diese wurden enttäuscht“.[454] Ebenso urteilte die *FAZ* und schrieb von einem „längst geplatzten Traum“.[455] Auch die *taz* nutzte diese Bildsprache, um ihren Standpunkt klarzumachen: „Ein Traum entfernt sich“, notierte sie am 15. November. Ein noch schärferes Urteil gab *Die Zeit* im einer Novemberausgabe ab: „Rote Karte für Leipzig.

[449] Sächsische Zeitung, 1.11.2003, S.8
[450] LVZ, 1.11.2003
[451] Die Welt, 15.11.2003, S.4
[452] LVZ, 1.11.2003
[453] Berliner Zeitung 10.11.2003, S.31
[454] SZ, 19.11.2003, S.32
[455] FAZ, 13.11.2003, S.1

Die Olympiakandidatur scheitert an Korruption. Die Stadt sollte verzichten.“[456] Das Wochenmagazin *Der Spiegel* fand ebenso ein „Haar in der Suppe“[457] und sprach wenig später vom „Olympischen Patienten.“[458] „Ist Deutschland zu dämlich für eine professionelle Olympiabewerbung?“, fragte das Magazin in einem Beitrag und befand, dass die Bewerbung „trotz leidenschaftlicher Appelle aus Berlin […] so gut wie chancenlos“[459] wäre.

Zur gleichen Zeit hatte sich Leipzigs Oberbürgermeister Tiefensee über die überregionalen Medien gewundert, worauf hin ihn die *LVZ* noch im November 2003 zum „Frontmann der Bewerbung“ machen wollte.[460] Ex-Bürgermeister Lehmann-Grube sah die Aussichten der Stadt weiterhin als „gut“ an. Diesen eigenwilligen Standpunkt vertrat auch Sachsens Regierungschef Georg Milbradt, der gegenüber der *Sächsischen Zeitung* im Dezember äußerte, „nach seinem Eindruck habe die Olympia-Begeisterung in Leipzig nach den ‚Skandälchen’ der vergangenen Wochen nicht gelitten“.[461] Dem widersprach nur drei Tage später der Chefredakteur des Leipziger Stadtmagazins *Kreuzer*, Björn Achenbach: „Die Stadt ist wie gelähmt“, sagte er der *Sächsischen Zeitung*. „Man säße wie das Kaninchen vor der Schlange“. Achenbach war es auch, der in der Dezember-Ausgabe des Stadtmagazins sich der Frage annahm: „Haben Journalisten den Absturz der Leipziger Olympiabewerbung um die Spiele 2012 herbeigeschrieben?“ In seinem Beitrag führte er aus, dass die Faktenlage „größtenteils unstreitbar“ wäre, was die Vorgänge im Herbst anginge. Dennoch hätte es den Anschein, „als habe das Projekt 2012 gnadenlose Gegner und den deutschen Sportjournalisten“.[462] Diese wollen die Bewerbung kippen, war sich Achenbach sicher und machte namentlich drei Tageszeitungen für den aufkommenden Diskurs verantwortlich: Neben der *Welt* (Uwe Müller) und der *SZ* (Thomas Kistner) wäre es vor allem die *Berliner Zeitung* (Jens Weinreich) gewesen, die „zielstrebig daran arbeiten“ würden, der Bewerbung zu schaden. Dabei spiele der Chefredakteur der *Berliner Zeitung* einen „sportpolitischen Doppelpass“ mit seinem Münchner Kollegen Thomas Kistner und erziele dadurch eine „doppelte Wirkung.“[463] Achenbach führte aus, dass man den Artikeln mitunter anmerke, dass sich die Redakteure sich offenbar abgesprochen hätten. „Es gibt Tage, an denen ihre Beiträge einander auffällig ähneln – von der Themenbesetzung bis zum Textaufbau.“ Weinreich entgegnete, dass er weder ein „Leipzig-Hasser“ sei, noch in seinen Recherchemethoden

[456] Die Zeit, 13.11.2003, S.1
[457] Der Spiegel 19.10.2003, Heft 42, S. 153f
[458] Der Spiegel 17.11.2003, Heft 47, S. 212f
[459] Ebenda
[460] LVZ, 4.11.2003
[461] Sächsische Zeitung, 11.12.2003, S.8
[462] Kreuzer, 12/2003
[463] Ebenda

„unseriös“ vorgehen würde[464], wie dies beispielsweise *LVZ*-Chef Hochstein vermutete. „Mein lieber Herr Hochstein: Mehr kritischer Journalismus statt Hofberichterstattung, das wäre doch eine tolle Idee, nicht wahr?“[465], lästerte Weinreich. Für die Anschuldigungen des *LVZ*-Chefs hatte der Sportchef der *Berliner Zeitung* daher nur Spott übrig: Die Fragen Hochsteins nach den Motiven seiner Arbeit seien „lächerlich […] Ich decke auf. Punkt“.[466] Er verhehlte jedoch nicht, dass es auch für ihn ein Ereignis gegeben hätte, das seine journalistische Recherche in punkto Leipzig gerufen hätte. Nachdem er anfangs, nach dem nationalen Gewinn der Sachsenstadt, eine Chance für die Bewerbung gesehen hätte, wäre ein Interview mit Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee der Auslöser zu seiner gründlicheren Recherche gewesen, gab Weinreich zu. „Es war eines der enttäuschendsten und schockierendsten Erlebnisse meiner journalistischen Laufbahn, zu erfahren, dass dieser Mann nicht mit anderen Meinungen umgehen kann, dass er wie ein alter SED-Kader auf kritische Fragen reagiert, dass er bei der dritten Nachfrage das Gespräch abbrechen will, dass er am Ende, als das ‚Gespräch’ doch noch gerettet ist, im fertigen Text sinnentstellende Änderungen machen will und ganze Passagen streicht. Erst an diesem Tage habe ich begonnen, mich näher mit dem OB zu beschäftigen.“[467]

Während Weinreich seit diesem Tag vor allem die Rolle Tiefensee innerhalb der Bewerbung immer wieder kritisch hinterfragte und eine klare Haltung im Diskurs einnahm, war die Haltung von Welt-Journalist Uwe Müller eher schwankend. Nachdem er die Thärichen-Debatte mit seinen Recherchen angestoßen hatte, bemängelte er kurze Zeit später, dass „die Debatte nicht mehr themenbezogen geführt“[468] wurde. Schnell verkündete er, dass seine Enthüllungen „zu keinem Zeitpunkt gegen die Bewerbung gerichtet“ seien und schlug im November (anders als seine überregionalen Kollegen) moderatere Töne an: „Leipzig muss gerettet werden“, überraschte er am 10. November die Leser der *Welt*. „Es ging nicht mehr um die Sache“[469] und „angesichts der Häme, mit der Leipzig nicht zuletzt von einigen Medien bedacht wird, gilt es aber auch, einen Moment inne zu halten und sich die Dimensionen der Vorgänge vor Augen zu führen. Was ist geschehen?“[470] Die Frage müsse erlaubt sein, „warum die Anti-Leipzig-Stimmung gelegentlich schon fast hysterische Züge annimmt“[471], schrieb Müller. Ein „Rückzug wäre fatal“, es gäbe noch eine „Chance für

[464] Kreuzer 12/2003
[465] Ebenda
[466] Ebenda
[467] Ebenda
[468] Telefon-Interview Uwe Müller, 1.9.2004
[469] Telefon-Interview Müller, 1.9.2003
[470] Die Welt, 10.11.2003
[471] Ebenda

Deutschland".[472] In seiner Position näherte er sich so den Standpunkten von Lehmann-Grube und Tiefensee an. Für Thomas Kistner eine nicht nachvollziehbare Haltung. Er hatte in der *SZ* schon vor den Querelen im Herbst geschrieben: „Deutschland ruckt nicht, es zuckt mit den Schultern"[473] und droht „früh an den K.o-Kriterien"[474] des IOC zu scheitern.

Selbst die Bundesregierung sah sich gegenüber den Medien in der Pflicht: „Ich muss ein Lob an die Presse richten dafür, dass sie diese Verstrickungen ausgegraben hat"[475], meinte der Bundesinnenminister im Zusammenhang mit den dubiosen Geschäften rund um die Bewerbung. In Leipzig demonstrierten derweil 3000 Olympia-Anhänger für die Aufrechterhaltung der Bewerbung in Leipzig. Neben den Demonstranten glaubten einzig die *LVZ*, der *Kreuzer* und punktuell *Die Welt* noch an eine Chance für die Spiele 2012 in Leipzig.

Besonders interessant erschien dabei im Verlauf der Analyse die der Ausrichtung der Leipziger Zeitung. War sie unter dem ehemaligen Chefredakteur Hartwig Hochstein als übertrieben lokalpatriotisch und nachlässig beurteilt worden, änderte sich dies offenkundig mit dem Wechsel zum neuen Chefredakteur Bernd Hilder. Dieser war Anfang 2004 vom *Göttinger Tageblatt* zur LVZ gewechselt. Den Kurswechsel innerhalb der Berichterstattung unter Bernd Hilder bestätigen von einander unabhängige Quellen. So soll Hilder mit einer in Leipzig bisher „ungewohnter Schärfe"[476] gegen die örtliche Politik vorgehen, berichtete die Zeitschrift *journalist* in eine Ausgabe aus dem Jahr 2004. Unter Hochstein sei die *LVZ* hingegen „nicht gerade für eine offene Konfrontation mit den lokalen Mächtigen bekannt"[477] gewesen. Mit dem Amtsantritt von Hilder zum Jahreswechsel hätte sich dies „gewandelt" und ein Kurswechsel stattgefunden, befand Autor Markus Bien. Seine These wird auch von der *FAZ* gestützt, die der *LVZ* „eine gute Figur"[478] in der aktuellen Lokalberichterstattung bescheinigte. Die getätigten Aussagen können – so weit dies möglich ist – aus Sicht auf die Olympiabewerbung bestätigt werden. Mit dem Wechsel des Chefredakteurpostens fand eine Veränderung der Art der Sportberichterstattung bezüglich der Bewerbung in der *LVZ* statt, auch wenn sie (anders wie die überregionalen Zeitungen) bis zuletzt die Hoffnung auf ein Weiterkommen in die Endrunde der Ausscheidung nicht aufgab.

Abschließend sei ergänzend auf ein Problem hingewiesen, das bei der Analyse offenkundig wurde. Wie die Datenerhebung der quantitativen Analyse gezeigt hat, fanden Agenturmeldungen wenig Platz innerhalb der Berichterstattung. Dies war erstaunlich, da sich Redakti-

[472] Die Welt, 11.10.2003
[473] SZ, 17.5.2003
[474] SZ, 22.5.2003
[475] Ebenda
[476] Bien, Markus: Dicke Luft in Leipzig. In. Journalist 09/2004, S.36f
[477] Ebenda
[478] Ebenda, S.37

onen sonst häufig auf Agenturmeldungen stützen. Befragt nach der scheinbar geringen Zahl von Meldungen, hatte *Jens Weinreich* folgende Erklärung. „Was die Agenturen *dpa* und *sid* in der Bewerbung betrieben haben, bezeichne ich als Skandal.“ Seinen Ausführungen zufolge war von den Chefs der Agenturen seinerzeit eine „Pro-Leipzig-Stimmung“ ausgegeben worden. Zudem wären *sid*- und *dpa*-Leute stark mit Bewerbern oder der Firma *Westend* (Fuge) verbandelt gewesen und der *sid* „eifere um einen großen Auftrag von der Bewerber-GmbH.“[479] Dies wäre vor zehn Jahren bei der Berlin-Bewerbung auch der Fall gewesen und vor diesem Hintergrund äußerst fragwürdig.

Weinreichs Ausführungen können bestätigt werden, da im Fall Jung die Problematik der Informationsvermittlung durch die Nachrichtenagenturen deutlich wurde. So berichteten der *sid* und *dpa* erst am 7. November von Jungs Beurlaubung. Dies war insofern bedenklich, da bereits zwei Tage zuvor Beiträge in der *Berliner Zeitung* veröffentlicht worden waren. Auch andere Tendenzen wären für einen kritischen Journalismus bedenklich gewesen: In Deutschland hätte beispielsweise die PR-Firma *TV Media*, einer Tochterfirma der *WMP Eurocom AG* versucht, Journalisten zu beeinflussen. Geschäftsführer der Firma war und ist der ehemalige BILD-Chefredakteur Hans-Hermann-Tiedje, der sich Anfang 2003 in einem Brief an das IOC rühmte, dass die Berichterstattung über das IOC in Deutschland „objektiver“ geworden sei. Dazu hätten die Aktivitäten von TV Media beigetragen.[480] In der Tat, so schrieb Weinreich weiter, „treten einige Journalisten […] seit Jahren als notorische Verharmloser, Schönschreiber und Unterdrücker schlechter Nachrichten hervor“.[481] Ähnliche Tendenzen ließen sich auch bei der Leipziger Bewerbung beobachten. „Einige deutsche Sportjournalisten verblüfften mit einer recht eigenwilligen Informationspolitik. So setzten einige der von *TV Media* über die Jahre heftig umschmusten Nachrichtenprofis vom Sportinformationsdienst und der Deutschen Presse-Agentur eigene exklusive Schwerpunkte“.[482] Weinreichs These, dass die Bewerbung die Berichterstatter spaltete, kann somit ebenso bestätigt werden. Es gab eindeutige Tendenzen, wonach ein signifikanter Unterschied zwischen der überregionalen und der lokalen Berichterstattung zu konstatieren war. Sie unterschieden sich sowohl im Inhalt als auch bei der Wahl der Themenschwerpunkte.

Bei der Betrachtung möglicher schädigender Berichterstattung von Seite der Presse muss zudem eine Einschränkung bedacht werden: So wird die deutsche Presseberichterstattung nur bedingt durch das IOC wahrgenommen. Dies liegt vor allem an der deutschen Sprache, da auf dem Sektor der Sportpolitik fast ausschließlich englischsprachige Publikationen

[479] Weinreich Fragebogen
[480] Vgl.: Weinreich (2004), In: Message 3/2004, S. 19
[481] Ebenda
[482] Ebenda

wahrgenommen werden. Deutsche Publikationen erzielen demnach eine völlig andere Wirkung. Ein direkter Zusammenhang der kritischen Berichterstattung der deutschen Presse und der Ablehnung des Kandidaten Leipzig durch das IOC kann ausgeschlossen werden. Auch vor diesem Hintergrund wäre die These, dass Leipzig aufgrund einer kritischen Berichterstattung gescheitert sei, nachhaltig widerlegt.

Hypothese: Das Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung war nicht das Ergebnis einer kritischen Berichterstattung der deutschen Presse. Die These, dass die Presse eine anti-olympische Haltung innerhalb der Berichterstattung angenommen hätte, kann nicht bestätigt werden. Vielmehr wurde die Debatte von den lokalen Medien immer wieder neu entfacht, die kritische Fragen oftmals als „Häme“ und „Miesmacherei“ missverstanden. Zwar verwendete die überregionale Presse mitunter eine drastische Bildsprache und erzeugte so eine starke Wirkung bei den Lesern, dennoch beruhten die getroffenen Aussagen und Anschuldigungen gegenüber der Bewerbergesellschaft und den in ihr tätigen Personen weitestgehend auf Fakten, Dokumenten und Originalunterlagen. Eine Vermischung von Kommentar und Nachricht muss teilweise konstatiert werden, überwiegend wurde sich jedoch an den journalistischen Richtlinien orientiert, die eine Vermengung der beiden journalistischen Darstellungsformen nicht zulässt. Meinungsbeiträge waren in der Regel als solche kenntlich gemacht. Die Vielzahl der Meinungsbeiträge war scheinbar auch ein Ergebnis der teilweise schlechten Informationsaufbereitung der Nachrichtenagenturen (*sid* und *dpa*), deren Arbeit als bedenklich eingestuft werden muss. So kam es, dass in der Debatte vorwiegend die sprachlich nachdrücklichen Beiträge im Diskursmittelpunkt standen. Nach den immer neuen Skandalen im Herbst war die Vielzahl von meinungslastigen Beiträgen durchaus nachvollziehbar und erschien angebracht. Innerhalb der Presseerzeugnisse ließen sich eindeutige Diskurspositionen zur Mediendebatte feststellen. Nach den Ereignissen im Oktober und November 2003 räumten die überregionalen Presseerzeugnisse der Bewerbung kaum Chancen ein, während die Lokalpresse weiterhin an einen positiven Ausgang glaubte. Die *LVZ* und die Nachrichtenagenturen ließen dabei die gebotene Distanz zum Gegenstand des Diskurses innerhalb der Berichterstattung oftmals vermissen und gingen so über eine nachvollziehbare lokalpatriotische Haltung hinaus. Häufig wurden unbedeutende Nachrichten lanciert, was eine Verzerrung der tatsächlichen Geschehnisse zur Folge hatte. Ihr Vorwurf, ein Teil der Presse würde die Bewerbung kippen wollen, ist somit widerlegt worden. Die Außenwirkung der Berichterstattung der deutschen Presse in Bezug auf die IOC-Entscheidung war darüber hinaus minimal und daher für die letztendlich ablehnende Haltung des IOC gegenüber der Leipziger Bewerbung kaum relevant.

4.2.3 Der Winter – Die neue Ära: Schily und Zühlsdorff

Im November 2003 ging für die Leipziger Olympiaorganisatoren eine ereignisreiche Periode zu Ende, in deren Kern es durchaus zu einem Rückzug der Bewerbung hätte kommen können. Neben internen Problemen innerhalb der Bewerbungsgesellschaft, zahlreichen Rücktritten und zweifelhaften Geschäftsgebaren mussten sich die Verantwortlichen auch mit externen Problemen auseinandersetzen. Ein Großteil der Presse glaubte nicht mehr an ein Gelingen des Projektes. Der mediale Druck war groß geworden. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb von einem „aussichtslosen Rennen", die *Frankfurter Rundschau* von einer „Bewerbung in Trümmern" und selbst für die *Magdeburger Volksstimme* war es „Fünf vor Zwölf".[483] Die Tendenzen dazu sind hinreichend beschrieben worden.

Die Bewerbung drohte nach nur einem knappen halben Jahr auf internationaler Ebene zu kippen. Noch immer fehlte ihr ein prägendes Logo, Sponsoren für die Olympiapläne ließen sich nur schwer akquirieren und mit Wolfgang Tiefensee hatte man aufgrund der Ereignisse im Herbst das „Gesicht der Bewerbung" verloren. Offen waren weiterhin notwendige Finanzierungsfragen und die Aufteilung der Kosten für das olympische Projekt zwischen dem Bund, dem Land Sachsen und der Stadt Leipzig. Mitte November 2003 schien es so, als wäre die Olympia-GmbH handlungsunfähig. Wochenlang hatten die Organisatoren auf die negativen Meldungen nur reagieren können. Forderungen nach einem „Befreiungsschlag" wurde lauter. Entweder, so die Meinung einiger Organisatoren, müsse die „Reißleine gezogen" oder die Bewerbung endlich zielstrebig vorangetrieben werden, um im internationalen Ausscheid eine Chance zu haben.

Der Appell richtete sich dabei vor allem an die Bundesregierung, die den „Kurs vorgeben" sollte. Dies war eine nicht ganz unproblematische Forderung. Zwar hatte die Bundesregierung im nationalen Ausscheid die Wahl zugunsten Leipzigs beeinflusst, innerhalb der Bewerbergesellschaft aber war der Bund nicht vertreten. Hier wäre es das NOK, das als Mehrheitseigner der Gesellschaft eine Führungsrolle hätte übernehmen müssen. NOK-Präsident Klaus Steinbach war jedoch nach der Auseinandersetzung um de Vries und die mögliche Einsetzung von Michael Groß kaum innerhalb der Olympiaberichterstattung aufgetreten. Einzig sein Versuch, den NOK-Sitz von Frankfurt/Main nach Berlin zu verlegen, wurde in den Medien ausführlich behandelt. Steinbachs Rolle als Vorsitzender der Olympia-GmbH wurde vom Großteil der Presse als unglücklich und auch hilflos bezeichnet. „Lehrling Steinbach", titelte die *FAZ* am 7. November

[483] Gesammelte Pressestimmen (November 2003)

2003; dem Tag, als Burghard Jung von seinem Posten des Olympiabeauftragten entbunden wurde. Als Vorsitzender der Bewerbungsgesellschaft hätte Steinbach für Klärung im Fall Jung sorgen müssen, stattdessen trieb er den letztlich erfolglosen Ortswechsel des NOK an, der von einer Mehrheit der Sportfunktionäre und auch von Journalisten als „wirtschaftlich ohne Nutzen und sportpolitisch nicht durchsetzbar“[484] eingestuft wurde.
Die politischen Kräfte in Sachsen befanden sich mitten im Kampf um Wählerstimmen für die bevorstehende Landtagswahlen 2004, und die Möglichkeiten von Tiefensee, als Vertreter der Stadt Leipzig in der Olympia-GmbH, war nach den Rücktritten von Thärichen, Köhler und Jung stark eingeschränkt. Es blieb letztlich nur der Eingriff des Bundes, doch Bundeskanzler Schröder hielt sich bedeckt, da ein Scheitern des Leipziger Vorhabens durchaus von nationaler Tragweite hätte sein können. Als verantwortlicher Minister für die Angelegenheiten des Sports war es Otto Schily, der die Bewerbung zu einer gesamtdeutschen Aufgabe erhob und sich nach den Ereignissen im Oktober und November 2003 um die „Vermeidung eines Flurschadens“[485] bemühte. Schily war es auch, der wenig später Peter Zühlsdorff zum Geschäftsführer der Olympia-GmbH ernannte. Zühlsdorff (Kapitel 4.2.3.2), sollte neben de Vries die Leipziger Bewerbung konzeptionell neu aufstellen und vor allem dem Projekt „neuen Schwung“[486] geben.

4.2.3.1 Der Eingriff der Bundespolitik

Für das Eingreifen der Bundespolitik in die Bewerbung gab es drei markante Daten. Die Wahl der Kapitelüberschrift erscheint daher auf den ersten Blick befremdlich, da der Abschnitt in die Periode des „Winters“ des Olympiavorhabens eingebettet ist. Deshalb sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert, dass die zeitlich erste Intervention des Bundes bereits im Rahmen der Wahl auf nationaler Ebene erfolgte. Hier forcierte der Bund die Nominierung Leipzigs aus den in der Hypothese 2 genannten Gründen.
Am 15. Oktober 2003 sah sich Aufsichtsratmitglied Otto Schily genötigt, in die Vorgänge einzugreifen. Nach einer Krisensitzung der führenden Vertreter der Olympia-Kandidatur 2012 gab Schilys Pressesprecherin Gaby Holtrup bekannt, „dass […] Michael Groß nicht Chef der Leipziger Olympiabewerbung 2012 werden“[487] sollte. Die *Süddeutsche Zeitung* wertete den Eingriff des Bundesinnenministers als einen Schritt in eine neue Richtung: Er „hat die Reißleine gezogen“[488], befand das Blatt. Auch *Die Welt*

[484] FAZ, 7.11.2003
[485] SZ, 21.11.2003, S.38
[486] Ebenda
[487] SZ, 15.10.2003
[488] Ebenda

ging davon aus, dass Schily das „Tohuwabohu“[489] der Bewerbung nun endlich beenden würde. In einem ersten Schritt wurden Sofortmaßnahmen über 308 Millionen Euro für die Finanzierung der Bewerbung beschlossen. Das Geld sollte größtenteils aus Umschichtungen von Förderprogrammen gewonnen werden, und das Programm sah auch eine Einbindung privater Investoren vor. Die Brisanz der Finanzierungsfragen war damit angegangen, jedoch keinesfalls geklärt. „Es muss etwas getan werden“[490], befand die *SZ*. Wie nachdrücklich das Eingreifen Schilys gewesen sein musste, verdeutlicht die drastische Sprache der *FAZ*: Er hätte „klare Machtworte“ gesprochen und allen Beteiligten „den Marsch geblasen haben“. Schily hätte es sein müssen, befand die *FAZ* weiter, der der Bewerbung wieder einen „Schub geben“ müsse, damit „sie Fahrt gewinnt“.[491]
Die *SZ* sah es ähnlich: Die Bewerbung sei „Ein Fall für Schily“, da die „Stimmung in Leipzig am Boden“ wäre. Durch die Kündigung von Dirk Thärichen war auch OB Tiefensee „angeknockt“, sodass „Schily es nun richten“ müsse.[492] Dies sei „keine schlechte Lösung“, argumentierte die *SZ* weiter, „da die Regierung die Wahl Leipzigs forciert“ habe.[493] Auch *Die Welt* stimmte darauf ein: Ohne Schilys Eingreifen „wäre die Bewerbung untergegangen“.[494] Von nun an sollte sie professionell vorangetrieben werden. Doch Otto Schily hatte neben den ungeklärten strukturellen Problemen in erster Linie personelle Sorgen. Klaus Steinbach, Vorsitzender der Olympia-GmbH, galt in der Presse zunehmend als führungsschwach. „Von Steinbachs NOK ist kein Ratschlag zu erwarten“, schrieb die *Süddeutsche Zeitung*. Das Gremium würde sich lieber mit dem von Steinbach forcierten Umzug nach Berlin beschäftigen. Die ablehnende Haltung der Mehrheit im NOK war „Steinbachs erste große Niederlage.“[495] Der nach der Thärichen-Entlassung „hilflose Tiefensee“[496] wurde von Otto Schily gerügt: „Er bitte doch, gut vorbereitet zu Sitzungen zu erscheinen“[497], soll Schily seinen SPD-Kollegen ermahnt haben. Zudem fand sich trotz Schilys Intervention zunächst kein Nachfolger für den entlassenen Geschäftsführer Dirk Thärichen. „Den Heilsbringer finden wir nicht“[498], zitierte die *LVZ* eine Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Interne Animositäten sollten kein Rolle mehr spielen, „das Geplänkel in Sachsen“[499] durch den Eingriff der

[489] Die Welt, 15.10.2003
[490] SZ, 15.10.2003
[491] FAZ, 19.10.2003
[492] SZ, 20.10.2003
[493] Ebenda
[494] Die Welt, 29.10.2003
[495] SZ, 3.11.2003
[496] Berliner Zeitung, 18.5.2004
[497] Ebenda
[498] LVZ, 12.11.2003
[499] FAZ, 14.11.2003

Bundespolitik beendet werden. SPD-Politiker Schily wollte sogar den ehemaligen Ministerpräsident Baden-Württembergs, Lothar Späth (CDU), als Krisenhelfer für Leipzig gewinnen, der aufgrund seiner Erfahrungen als Vorsitzender der *Jenoptik AG* für die Leipziger offenbar sehr interessant war. Durch seine Arbeit in Jena hatte er auch „im Osten“ einen gewissen Zuspruch. Doch Späth lehnte den Posten als Geschäftsführer ab. Die Absage war Schilys „erste Niederlage“[500], befand die *Berliner Zeitung*. Auch eine Anwerbung von Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher für die Zwecke der Olympiabewerbung misslang kurze Zeit später. Dieser wollte einzig als externer Berater im Wirtschaftskuratorium zur Verfügung stehen.

Doch „Schily will retten, was zu retten ist“[501] und fungierte „zunehmend in der Rolle des Schlichters und Lenkers“.[502] Eine komplette Neuordnung war nötig geworden und so erhob er die Bewerbung zur nationalen Aufgabe und setzte auf Patriotismus. „Nicht Leipzig bewerbe sich, sondern Deutschland.“[503] Diese „Parole“, so die *Berliner Zeitung* anerkennend, war von „Tiefensees Mannschaft nie wirklich verfolgt worden“.[504] Der Bundeskanzler hatte „Schilys Vorstoß“ keineswegs erfreut aufgenommen, schrieb die *LVZ*. Der Bund sei dadurch nun finanziell „unter Zugzwang“.[505] Die *Süddeutsche Zeitung* blieb skeptisch: Die Bundespolitik wäre in Bezug auf die Bewerbung vorsichtig, und „Bundeskanzler Schröder, auf den viele hoffen, ließ sich nur das Lippenbekenntnis entlocken, weiter zur Olympiabewerbung zu stehen.“[506] Einen Olympia-Gipfel lehnte der Kanzler ab und forderte „erst einmal reinen Tisch“[507] zu machen. Die Zurückhaltung stieß bei der Zeitung auf Verständnis. Ein mögliches Scheitern der Olympiabewerbung hätte für die Regierung eine negative Berichterstattung zur Folge haben können. „Für die Bundesregierung steht nach der Serie von Pannen – ob nun Berliner Großflughafen geplant oder eine LKW-Maut einkassiert werden soll – die Fähigkeit auf dem Prüfstand, bedeutende Vorhaben würdig zu meistern“.[508]

Am 19. November 2003, nach der Aufsichtsratsitzung der Olympia-GmbH übernahm Otto Schily für die Bundesregierung endgültig das Kommando über die Bewerbung. Und dies, obwohl ihm innerhalb der Bewerbungsgesellschaft lediglich ein Aufsichtsratssitz zugestanden hätte. Der Vorsitzende der Olympia-GmbH Klaus Steinbach und

---

[500] Berliner Zeitung, 13.11.2003, S.40
[501] SZ, 11.11.2003
[502] LVZ, 11.11.2003
[503] Berliner Zeitung, 18.5.2004
[504] Ebenda
[505] LVZ, 11.11.2003, S.11
[506] SZ, 14.11.2003
[507] Ebenda
[508] SZ, 12.11.2003

sein Stellvertreter waren noch im Amt, hatten aber scheinbar nur noch eine eingeschränkte Befugnisse. Wolfram Köhler war hingegen, wie auch Burghard Jung, nicht mehr für die Olympia-GmbH tätig. Die verbliebenen Bewerbungsvertreter mussten immer noch dringende Fragen der Finanzierung, der personellen Neubesetzung der GmbH und weitere strukturelle Probleme lösen. Am Tag der Sitzung hieß es „Aufgabe oder Aufbruch“[509], meinte *Die Welt* bewusst theatralisch. Tatsächlich wurde darüber entschieden, ob eine Weiterführung der Bewerbung überhaupt Sinn gemacht hätte. Manfred von Richthofen hatte öffentlich gefordert, beim nächsten negativen Vorkommnis „die Reißleine“ zu ziehen und die Bewerbung einzustellen. Doch das Olympiavorhaben sollte „noch eine Chance bekommen“, um nach außen hin „Schadensbegrenzung“ zu betreiben, schrieb die *FAZ*.[510] Die „Quälereien einzelner Egomanen“[511] würden ab sofort nicht mehr geduldet, meinte Schily und machte sich „demonstrativ zum Wortführer“[512] der Bewerbung. Zunächst brachte er den Leipziger Oberbürgermeister Tiefensee „auf Kurs“, dessen Praxis „Rum selbstherrlich dankbar zu konsumieren, Probleme und Schuld aber zu delegieren“[513], Schily sehr missfiel. Mit diesem Schritt, so argumentierte die *FAZ*, hätte Schily endgültig das „Heft in der Hand“ und die „Leipziger vom Hoheitsrecht entbunden“. Tiefensee sei „de facto entmachtet“, schrieb das Blatt weiter.[514] Schily besetzte den vakanten Geschäftsführerposten der Olympia-GmbH mit dem Unternehmer Peter Zühlsdorff und wurde so „zum heimlichen Chef der Bewerbung“[515], meinte auch die *SZ*. Ein „Neustart“[516] war vollzogen, doch letztendlich, titelte die *Berliner Zeitung* später, blieb das Agieren des Ministers „ohne Fortune“[517]. Der Aufsichtsrat wäre „nicht handlungsfähig“ gewesen, meinte die Zeitung weiter und verwies darauf, dass es für eine Rettung bereits zu spät wäre. In einem Briefwechsel, meinte Jens Weinreich sogar, dass „Schilys Führungsrolle in der Bewerbung selbst ein Problem“ gewesen wäre, da er die „internationale Lage überhaupt nicht […] überblickt hat.“[518] So war Schilys (durch das Gesellschaftsrecht nicht statthafte) Eingreifen zwar notwendig gewesen, letztlich aber durch viele Ursachen ohne Erfolg geblieben.

---

[509] Die Welt, 19.11.2003
[510] Vgl.: FAZ, 14.11.2003
[511] Die Welt, 21.11.2003
[512] FAZ, 21.11.2003
[513] Die Welt, 21.11.2003, S.6
[514] FAZ, 12.12.2003
[515] SZ, 17.5.2004
[516] Die Welt, 21.11.2003, S.6
[517] Berliner Zeitung, 13.11..2003, S.40
[518] Weinreich-Fragebogen

Hypothese: Der Eingriff der Bundespolitik in die Bewerbung war im Herbst 2003 nötig und richtig. Nur so konnte ein vollständiger Gesichtsverlust des Leipziger Olympiavorhabens vermieden werden. Das Eingreifen ist jedoch als „Armutszeugnis“ für die deutsche Sportpolitik zu werten, die es versäumte, die Olympiabewerbung konsequent an den internationalen Kriterien auszurichten. Die Autonomie des Sports ist so lange theoretisch, wie der Sport selbst nicht ausreichende Mittel und qualifiziertes Personal für die Olympiabewerbung akquirieren kann. So hat es vor allem das deutsche NOK versäumt, die ihr nach dem Gesellschaftsvertrag angetragene Führungsrolle innerhalb der Olympia-GmbH zu übernehmen. Das Agieren Schilys war der Situation angemessen, blieb letztlich jedoch glücklos und ohne den gewünschten Ausgang.

Die in einigen Medien erhobenen Forderungen nach einem früheren Eingreifen der Bundespolitik sind aus zwei Gesichtspunkten zurückzuweisen: Zum einen hatte der Bund schon beim nationalen Ausscheid die Wahl zugunsten Leipzigs beeinflusst und so in das Verfahren eingegriffen. Zum anderen war der Bund nach dem Gesellschaftsvertrag nicht Anteilseigner der Olympia-GmbH. Die Einflussmöglichkeiten ergaben sich somit zunächst nur aufgrund von zwei Aufsichtsratsmandaten durch Bundesinnenminister Otto Schily und dessen Staatssekretär Göttrik Wewer.

Letztendlich muss konstatiert werden, dass nur durch das Eingreifen der Bundespolitik durch Otto Schily die Leipziger Olympiabewerbung weitergeführt und nicht nach den Ereignissen im Herbst zurückgezogen wurde. Dies wurde in der deutschen Presse als richtige Entscheidung gewertet, auch wenn die Mehrheit der Presseerzeugnisse nur noch von einer „Schadensbegrenzung“ ausging.

4.2.3.2 Der „1-Euro-Mann“ als Retter?

Am 19. November wurde Peter Zühlsdorff vom Aufsichtsrat zum neuen ersten Geschäftsführer der Olympia-GmbH ernannt. Zühlsdorff, der früher bei der *Wella AG* Vorstandschef war und zu den geschäftsführenden Gesellschaftern der *Deutschen Industrieholding* gehörte, arbeite zuletzt an der Sanierung der *Tengelmann-Gruppe*. Die vorherrschende Meinung der Olympia-Organisatoren war die, dass mit ihm ein Unternehmer gewonnen werden konnte, der durch seine reichlich Industrie-Kenntnisse und sein Wissen aus sechs Aufsichtsratsmandaten in großen Unternehmen viel Erfahrung in die Bewerbung einbringen weitergeben könnte. Ohne externe Hilfe von Fachleuten kam die Bewerbung scheinbar nicht weiter. Otto Schily lobte „seinen“ neuen Mann bei der Pres-

sekonferenz des Aufsichtsrates überschwänglich als „Patriot der Praxis“[519], der fortan die Geschicke der Olympia-GmbH leiten solle. Zühlsdorff bemühte sich, die Erwartungen zu dämpfen: „Ich weiß nicht, was ein Patriot der Praxis ist“[520], sagte er der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zwei Tage nach seiner Einsetzung. Ungefragt benannte Zühlsdorff seine in Leipzig und Rostock tätigen Firmen und versprach: „Ich versichere Ihnen, es wird zu keiner Phase irgendein Geschäft stattfinden zwischen der Bewerbungsgesellschaft und meinen Unternehmen.“[521] Er sei politisch und wirtschaftlich unabhängig, beteuerte er und wollte seine Ausführungen als „Präventivmaßnahme“[522] verstanden wissen. Nach den Ereignissen im Herbst wollte Zühlsdorff keinen Anlass geben, in unlautere Geschäfte involviert zu sein. Sein Schritt diene der „Vermeidung von Interessenverquickungen“[523], sagte er gegenüber der *FAZ*.

Die *Süddeutsche Zeitung* blieb dennoch kritisch. Zühlsdorff solle der „vermeidliche Retter“ sein, fragte sie und äußerte die Bemerkung, dass dessen Berufung keineswegs ein „Befreiungsschlag“ für die Bewerbung wäre.[524] Er würde ein schwieriges Umfeld in Leipzig vorfinden. Das „schier unkontrollierbare Geflecht aus städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften“ wäre ein Minenfeld, auf dem sich Zühlsdorff bewegen müsse.[525] *Die Welt* griff dieses Bild in einem späten Interview mit Zühlsdorff auf: „Welche Minen haben seine Vorgänger gelegt?“[526] Die Geschäftsgebaren derselben würden bis in seine Zeit hineinreichen, war sich das Blatt sicher. Zühlsdorff versicherte, dass Olympia „ein Gewinn für das ganze Land“[527] wäre und mitunter Probleme künstlich hochstilisiert würden. „Minen? Welche Minen?“[528], fragte er verblüfft. Es entstehe mitunter scheinbar ein „falscher Eindruck“[529], die Belange der Bewerbung betreffend.

Auffällig blieb die Sprachwahl der Beteiligten und der Presse. Die patriotische Ausrichtung, die Schily ausgegeben hatte, schien sich auf alle Personen zu übertragen. Presseübergreifend hatte eine deutliche Akzentverschiebung stattgefunden. Selbst die *SZ* titelte „Patrioten auf dem Minenfeld“, stellte aber fest, dass „spät, vermutlich zu spät […] die Philosophie gereift [wäre], die Bewerbung als nationales Projekt zu begreifen.“[530] Woher sollte der neue Schwung kommen? Nur durch das Ködern von gestandenen

[519] ,FAZ 20.11.2003
[520] FAZ, 21.11.2003, S.36
[521] Hartmann/Jeske/Weinreich, S. 242
[522] FAZ, 21.11.2003, S.36
[523] FAZ, 21.11.2003, S.36
[524] SZ, 21.11.2003, S.38
[525] Vgl.: Ebenda
[526] Die Welt, 12.12.2003
[527] Ebenda
[528] Die Welt, 15.1.2004
[529] Die Welt, 12.12.2003
[530] SZ, 21.11.2003, S.38

Wirtschaftsmanagern sei dies nicht möglich. Doch plötzlich ging es „ums Vaterland“, bemerkte die Zeitung amüsiert und schlussfolgerte: Jetzt „beginnt die letzte Schlacht um 2012. […] Die deutsche Olympiakandidatur Leipzig 2012 wird durchgezogen, sogar, wenn´s knüppeldick kommt, ganz ohne Leipzig“.[531] Denn für Otto Schily schien klar zu sein, dass nach dem Ausscheiden von Thärichen, Köhler und Jung auch Tiefensee keine große Rolle mehr in der Bewerbung spielen sollte. Die *taz* stellte in Übereinstimmung mit der *FAZ* dazu fest, dass „Tiefensee in Rüsselsheim (Ort der Aufsichtsratssitzung, A.d.A.) de facto entmachtet“[532] worden wäre. Für Schily war Tiefensee „plötzlich nie das Gesicht der Bewerbung gewesen“.[533] Auch NOK-Chef Steinbach meinte, dass sich der OB jetzt „neu einfinden müsse“.[534]

Zühsldorffs Arbeitsantritt wurde in der Presse größtenteils als richtiger Schritt empfunden. Einzig die *LVZ* blieb reserviert: „Zühlsdorff guckt, als wenn die Geschichten ihn nicht interessierten“, bemerkte das Blatt bezüglich des Auftritts des neuen Geschäftsführers bei der Pressekonferenz. Im weiteren Verlauf beschäftigte sich die Lokalzeitung kaum mit dem neuen Mann. Einzig Zühlsdorffs symbolisches Gehalt von einem Euro für seine Tätigkeit wurde lobend zur Kenntnis genommen. In der überregionalen Presse kam Zühlsdorff zweifellos gut an. Er wäre ein Mann der „klaren Sprache“[535], befand *Die Welt*. Die *Sächsische Zeitung* hielt ihn für „clever“, die *SZ* für „geradlinig“ und „zupackend“ und auch die *FAZ* bezeichnete den Unternehmer später als „ruhig“, „souverän“ und „loyal“.[536] Tatsächlich brachte die Einbeziehung Zühlsdorffs der Bewerbung nach den ereignisreichen Wochen des Herbstes wieder ein wenig Ruhe. Allerdings nur was den Umfang der Pressebeiträge anging. Die Probleme der Finanzierung, der ausstehenden Prüfberichte der Liquidatoren und die weiterhin schwache Sponsorenakquise blieben ständig präsent. Dafür wurde neben dem früheren Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff und Bernd Rauch (Vorstandsmitglied der Stiftung Deutsche Sporthilfe) in den Aufsichtsrat berufen. Zühlsdorff hatte die Probleme der Leipziger Bewerbung erkannt. So wäre unter anderem das „Thema friedliche Revolution“ dem „IOC zu politisch“[537], meinte er und betonte, dass die innere Einheit zwar wirtschaftlich vollzogen, in der Politik jedoch nicht ausreichen umgesetzt würde. An der Schnittstelle von Wirtschaft, Politik und Sport bewegte sich Zühlsdorff mit Beginn seiner Arbeit. Die *Sächsi-*

[531] SZ, 21.11.2003, S.38
[532] taz, 21.11.2003
[533] SZ, 21.11.2003, S.38
[534] Ebenda
[535] Die Welt, 15.1.2003
[536] FAZ, 16.4.2004, S.32
[537] SZ, 20.11.2003

sche Zeitung stellte dazu fest, dass er bei der „Olympia-GmbH […] nicht ökonomisches sondern politisches Parkett“ betreten würde. „Die Interessenlagen sind hier vielschichtiger.“[538] Genau in diesem Punkt sah ein Teil der Presse auch Zühlsdorffs Schwachstelle. So habe der Manager „kaum Sporterfahrung“[539], bemerkte die *FAZ*.

Insgesamt hätte die Verpflichtung von Zühlsdorff „Ruhe gebracht“, resümierte die *Sächsische Zeitung* im März 2004 und auch die *FAZ* bescheinigte einen Monat später dem Manager „Überzeugungsarbeit ohne Protz“.[540] Unter seiner Leitung wurde der neue Slogan der Bewerbung („one family“) vorgestellt, der „Questionnaire“ an das IOC erstellt und versandt sowie das Konzept des Olympiavorhabens neu aufgestellt, sofern dies der fortgeschrittene Zeitpunkt überhaupt noch zuließ. Dies schien Zühlsdorff bewusst zu sein: „Für den allerschlimmsten Fall gilt: mit Anstand verlieren“, meinte er gegenüber der *Welt* im Januar 2004. Die *FAZ*, bezeichnete den Manager daraufhin als „Pragmatiker mit leisem Humor“, der die Probleme der Bewerbung zwar angegangen wäre, letztendlich jedoch mit großer Sicherheit nicht erfolgreich sein könnte.

Hypothese: Die Einsetzung des Wirtschaftsfachmannes Peter Zühlsdorff war für die Bewerbung ein richtiger und notwendiger Schritt. Seine Berufung als neuer erster Geschäftsführer der Olympia-GmbH durch Otto Schily führte zu einer „Beruhigung“ der Olympiabewerbung und der mit ihr verbundenen Berichterstattung. Diese war jedoch nur oberflächlich, da neben offenen Finanzierungsfragen und schwebenden Gerichtsverfahren weitere Schwierigkeiten das Leipziger Vorhaben belasteten. Wirkliche „Ruhe“ brachte seine Verpflichtung der Bewerbung nicht. So musste sich Zühlsdorff zum einen mit den Geschäftsgebaren seiner Vorgänger auseinandersetzen, zum anderen neue konzeptionelle Entwicklungen vorantreiben, um die strukturellen Probleme der Bewerbung zu lösen. Die Bewältigung dieser Aufgaben war jedoch durch die zeitlich begrenzten Möglichkeiten von Beginn an stark eingeschränkt. Der von Otto Schily und Klaus Steinbach beschworene „neue Schwung“ blieb auch deshalb aus, da Ansatzpunkte zu einer Verbesserung der Lage von Seiten der Olympia-GmbH kaum überzeugend dargelegt werden konnten. Begründungen für eine vermeidlich bessere konzeptionelle Ausrichtung der Bewerbung blieben die Verantwortlichen schuldig. So hinterließ die Berufung von Peter Zühldorff zwar einen punktuell schwungvollen Eindruck, konnte die Bewerbungsaussichten Leipzigs aber nicht mehr nachhaltig steigern.

[538] Sächsische Zeitung, 16.3.2003, S.32
[539] FAZ, 16.4.2004
[540] Ebenda

4.3 Die Rolle der Wirtschaft – unterlassene Hilfeleistung?

„Die Olympia-Flamme flackert bei der deutschen Wirtschaft eher schwach“[541], fasste der *Kreuzer* im Januar 2004 die fehlende Unterstützung der Unternehmen für das Olympia-Projekt 2012 zusammen. Aus Sicht des Leipziger Stadtmagazins gäbe es zwar reichlich „verbale Bekenntnisse“ der Konzerne, „Geldflüsse“ aber würde es nur „spärlich“ geben.[542] Der folgende Abschnitt beschäftigt sich daher mit der Frage, ob eine fehlende Hilfeleistung der Wirtschaft für die Bewerbung zu konstatieren war; und wenn ja, ob diese eine Auswirkung auf das Scheitern des Vorhabens hatte. Die internationale Bewerbungsphase sollte nach Schätzungen der Verantwortlichen der Bewerbergesellschaft rund 30 Millionen Euro kosten. Ziel war es, bis zu 50 Prozent der Kosten durch Sponsoreneinnahmen zu decken. Geschäftsführer Mike de Vries versicherte bei seinem Arbeitsantritt im Juni 2003, dass er im „worst case“ von Einnahmen in Höhe von 10 Millionen Euro ausgehe.[543] Seine Erwartungshaltung sollte sich nicht bestätigen und dafür gab es eine Reihe von Gründen: Ein Problem bestand in der zeitlichen Entfernung bis zu den Olympischen Spielen im Jahr 2012. Zukunftsszenarien, die einen Zeitkorridor von acht und mehr Jahren berücksichtigen, sind in der Wirtschaft zwar nicht selten, sie bleiben jedoch mit einem hohen Maß an Unsicherheit verbunden. Neben konjunkturellen Entwicklungen und den damit verbundenen Möglichkeiten der Marktausschöpfung spielen ebenso juristische, politische und ökologische Kriterien für Wirtschaftsunternehmen eine Rolle. Voraussagen sind daher für sie immer mit möglichen Bedrohungen gekoppelt. Vor diesem Hintergrund erklärte sich eine gewisse Zurückhaltung. Zum Zweiten stand ein sportliches Großereignis in Deutschland bereits fest: Die Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 hatte neben der zeitlich geringeren Entfernung auch einen höheren Stellenwert bei den Unternehmen. Leipzig befand sich mit den Olympiaplänen lediglich in der Bewerbungsphase, was für ein Engagement der Firmen eine nicht unerhebliche Unsicherheit darstellte. Garantien für einen Gewinn des Ausscheids gab es nicht. Die *FAZ* bemerkte dazu: „Alle wollen die WM 2006“ und verwies darauf, dass die WM-Organisatoren „Mittelständler zurückweisen“, die ein Sponsorenangebot unterbreiteten. Die rund 20 internationalen Sponsoren brächten schon genug Geld mit. Da sei für kleinere Förderer schlichtweg kein Platz.[544] Die dort abgewiesenen Firmen zeigten an der Olympiabewerbung für Leipzig 2012 allerdings wenig oder gar kein Interesse.

---

[541] Kreuzer, 01/2004
[542] Vgl.: Ebenda
[543] Vgl.: Berliner Zeitung, 3.4.2004, S.18
[544] FAZ, 25.1.2004, S.37

So gestaltete sich die Förderer-Akquise für die Leipzig-Organisatoren von Beginn an schwierig. Martin Rosenfeld, Regional-Experte vom Institut für Wirtschaftsforschung der Universität Halle (IWH) warnte gegenüber der *Sächsischen Zeitung* schon früh davor, einen „wirtschaftlichen Aufschwung Sachsen“ zu erhoffen. Er erwarte Investitionen erst, „wenn die Stadt wirklich gewinnt“, erklärte Rosenfeld der Regionalzeitung.[545] Die von de Vries und der *Deutschen Sport-Marketing* angestrebte Sponsorensumme hielt er jedoch für „durchaus realistisch.“[546]

Hinzu kam, dass gewillte Sponsoren laut den offiziellen IOC-Statuten nicht mit dem begehrten „Ringe-Logo“ der Olympischen Spiele werben durften. Dies ist erst erlaubt, wenn das IOC den offiziellen Status an eine Bewerberstadt vergibt. Der Stichtag wäre somit der Tag der Vorauswahlentscheidung am 18. Mai 2004 gewesen. So warteten die möglichen Sponsoren auf die Konzeptentwicklung der Leipziger Olympia-Organisatoren, die neben einem neuen Slogan auch ein neues Logo für das Projekt 2012 suchten. Die Entwicklung zog sich aufgrund der internen Streitereien der Olympia-GmbH lange Zeit hin. Ein Logo wurde erst im Oktober 2003 vorgestellt, ein Slogan sogar erst nach denn Querelen im Herbst am 18. Dezember der Öffentlichkeit präsentiert. Ohne Logo und durchdachtes Konzept stellte ein Engagement der Firmen für die Bewerbung keinen unternehmerischen Sinn dar. Dieser Standpunkt wurde presseübergreifend als „nachvollziehbar“ eingestuft. Die *Leipziger Volkszeitung* befand, dass es Schwierigkeiten bei der Vermarktung gäbe, da Sponsoring ein heikles Geschäft sei. „Keiner kauft die Katze im Sack.“[547] Ähnlich sah es auch die *FAZ*, die das Zögern der Unternehmen durch deren Angst erklärte, womöglich „aufs falsche Pferd zu setzen“.[548] Fast spöttisch kommentierte die Zeitung in Richtung Leipzig: „Die […] Olympia-Macher suchen Sponsoren, haben aber nicht einmal ein Logo.“[549] Die *LVZ* sah die Schuld jedoch auch bei den Unternehmen: „Wer zu früh kommt, erfährt nichts konkretes“, argumentierte das Blatt und bemängelte, dass Firmen wie *DaimlerChrysler*, *BMW*, *Porsche* aber auch die *Deutsche Bahn* „zurzeit nur schöne Worte“ für die Bewerbung übrig hätten.[550] Daraufhin betonte IOC-Vizechef Thomas Bach bereits am nächsten Tag in der *LVZ*, dass sich die Wirtschaft keinesfalls zurückhalte.[551] Scheinbar wusste Bach zu gut, wie schwierig die Sponsorensuche verlaufen könnte.

---

[545] Vgl.: Sächsische Zeitung, 26.4.2003
[546] FAZ, 15.9.2003, S.13
[547] LVZ, 1.9.2003
[548] FAZ, 24.10.2003, S.12
[549] FAZ, 15.9.2003, S.13
[550] Vgl.: LVZ, 19.5.2003, S.23
[551] LVZ, 20.5.2003

Immer wieder wurde von den Leipzig-Verantwortlichen die schlechte konjunkturelle Lage für die Probleme bei der Unternehmensakquise verantwortlich gemacht. Diese spielte aber lediglich ansatzweise eine Rolle und war nicht der vordergründige Aspekt der Zurückhaltung der Wirtschaft. Eher war sie ein Ergebnis der hier bereits genannten beschriebenen Gesichtspunkte. Die *FAZ* bemerkte dazu: „Potenzielle Sponsoren warten nicht auf eine bessere Konjunktur, sondern auf bessere Aussichten für Leipzig."[552] Der *Kreuzer* sah einen „eindeutigen Zusammenhang zwischen der Zurückhaltung der Unternehmen und den Querelen der Bewerbung".[553] „Ruhe", so fand die *FAZ*, sei „für das Geldeinwerben" notwendig.[554] Auch dass „die Unternehmen der Region Bettelbesuche von zwei Seiten, den DSM-Beauftragten und von der Stadtmarketinggesellschaft [erhielten]" wäre nicht hilfreich und für alle Beteiligten wenig förderlich.[555] Axel Achten, der Chef der *Deutschen Sport-Marketing* verbreitete dennoch Zuversicht. Gegenüber der *Welt* sah er die DSM auf einem guten Weg: „Zwar stecken wir in einer schweren wirtschaftlichen Krise, was das Sponsoring angeht, aber Olympia bietet inhaltlich eine Menge […]"[556], betonte Achten gegenüber der Zeitung. Doch die Zeitung sah Achtens Bemühungen kritisch: „Seine heikelste Aufgabe scheint darin zu bestehen, den Überblick zu behalten, für wen er bei der Akquisegesprächen gerade unterwegs ist, denn die DSM hat ihre Geschäftsfelder ausgeweitet".[557] Das Blatt verwies dabei auf die zum Teil unterschiedlichen Geschäftsfelder der DSM, die neben dem Leipziger Projekt vor allem für Sportler auf Sponsorensuche geht.

Einzig „Sachsens Wirtschaft steht hinter der Bewerbung"[558], mutmaßte die *Leipziger Volkszeitung*. Tatsächlich, so stellte wenig später auch die *FAZ* fest, seien bis September 2003 „erst 1,5 Millionen Euro für die Leipziger Bewerbung"[559] eingegangen. Diesen Betrag hätten „25 Unternehmen und Wirtschaftsinitiativen der Region […] eingezahlt."[560] Der *Kreuzer* deutete es lokalpatriotisch: Wenn die „Konzerne sich rar machen", müsse die regionale Wirtschaft einspringen.[561] Die Devise der national und global tätigen Unternehmen wurde als „Abwarten" betitelt. Die großen Unternehmen hielten sich lange Zeit bedeckt und brachten die Leipzig-Verantwortlichen in Zugzwang: Je nach Standpunkt hofften einige auf ein baldiges Ende des Zögerns, andere sahen wenige Chancen

[552] FAZ, 29.6.2003
[553] Kreuzer, 01/2004
[554] FAZ, 15.9.2003, S. 13
[555] Vgl.: Ebenda
[556] Die Welt, 18.9.2003
[557] Ebenda
[558] LVZ, 5.7.2003
[559] FAZ, 17.9.2003, S.33
[560] Ebenda
[561] Kreuzer 01/2004

auf eine Mobilisierung der Unternehmen. Während sich Mike de Vries ein Engagement von Firmen wünschte („Ich hoffe, dass das spätestens ab dem 18.5. der Fall ist“[562]) sah die ARD-Sendung *Monitor* den deutschen Bewerber ohne jede Chance. Die *LVZ* fand das Verhalten der Unternehmen alles andere als „olympisch“. Von „Dabei sein ist alles“ könne keine Rede sein, schrieb das Blatt im Januar 2004. Bahn-Chef Hartmut Mehdorn dagegen hatte schon 2002 vor der nationalen Entscheidung geäußert: „Viel zu teuer. Bringt doch nichts.“[563]

Ende des Jahres 2003 hatten sich doch erste Groß-Sponsoren gefunden, neben *T-Online* stieg auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft *KPMG* in die Bewerbung ein. Allerdings waren die Angebote immer so ausgelegt, dass ein Teil des Geldes vor dem 18. Mai 2004 fließen sollte, der Restbetrag erst nach der erfolgreich bestandener Vorrunde und der Ernennung zur „Candidate City“. Kurios erscheint vor allem der Zeitpunkt des *T-Online*-Engagements, das genau in die Skandaldebatte um Dirk Thärichen fiel. Die *KPMG* startete in der *FAZ* sogar einen Aufruf an die Wirtschaftskonzerne: Autor Peter Wesner, Mitglied des Vorstandes der *KPMG*, rief Unternehmen auf, „mehr Mut zu haben“ und sich „vor dem 18.5. zu verpflichten“.[564] „Für die Wirtschaft im Osten steht viel auf dem Spiel“, betonte Wesner, der davon überzeugt war, dass „Leipzig die Evaluation erfolgreich bestehen und am 18. Mai zur ‚Candidate City’ gekürt werden wird“.[565] Es klang eher wie ein Wunsch. Zühlsdorff sah sich zu diesem Zeitpunkt genötigt, an die Firmen aggressiver heranzutreten. Es gehe um den Standort Deutschland, erklärte der Geschäftsführer der Olympia-GmbH. „Je mehr Förderer sich finden, umso weniger werden die öffentlichen Haushalte belastet“.[566] „Ohne Patriotismus lassen sich die Spiele nicht holen“, erklärte auch die *LVZ*. Wohl auch unter diesen Aspekten des „sanften Drucks“ (*BMW* und *Porsche* haben Werksstandorte in Leipzig) gaben wenig später neben den beiden ortsansässigen Automobilunternehmen auch *DaimlerChrysler* und *VW* ihre Zusage, sich an der Leipziger Bewerbung zu beteiligen. Zunächst mit je 200.000 Euro vor dem 18. Mai 2004. Die *LVZ* glaubte nach dem Beitritt der „Auto-Allianz“[567] wieder an eine Chance die Vorrunde erfolgreich zu bestreiten, und auch Otto Schily sagte diesbezüglich: „Sie können sicher sein, dass wir diese Hürde überstehen.“[568] Zur Begeisterung bestand jedoch aus Sicht der restlichen Presse kein Anlass: De Vries hätte lediglich

[562] FAZ, 25.1.2004, S.37
[563] Kreuzer 01/2004
[564] FAZ, 9.2.2004
[565] Ebenda
[566] LVZ, 5.3.2004
[567] LVZ.3.4.2003
[568] Ebenda

knapp sechs Millionen Euro[569] an Sponsorengeldern beschafft, bemerkte die *Berliner Zeitung* und verwies auf die vom Geschäftsführer der GmbH gemachten Prognosen aus dem Vorjahr.[570] „Es hapert ein bisschen“[571], meinte Sachsens Regierungschef Milbradt dazu in der *LVZ*. Einen Standpunkt, den weder die Mehrheit der Presse noch eine Vielzahl der Olympia-Organisatoren teilten.

Hypothese:

Die Wirtschaft hat sich mit einem Engagement für die Olympiabewerbung Leipzigs zurückgehalten. Als Gründe dafür können die einerseits die umständlichen Entscheidungsprozesse innerhalb der Olympia-GmbH angesehen werden, zum anderen fehlte nicht zuletzt durch die Querelen im Herbst der Antrieb für die Unternehmen, sich finanziell an dem Olympia-Projekt zu beteiligen. Sowohl die Bewerbungsgesellschaft, als auch das NOK als Mehrheitseigner der GmbH und die Stadt Leipzig hätten mit professionellen Vorleistungen Anreize für einen Einstieg der Wirtschaft schaffen müssen. Auch das zweistufige, und damit mehrjährige, Bewerbungsverfahren des IOC strahlt wenig Zugkraft auf potenzielle Unterstützer aus.

Nachdem in Leipzig bis zuletzt weder ein PR-Konzept noch eine Marketingstrategie für das Großprojekt vorlagen, fehlte auf Unternehmerseite der kollektive Wille, in die Olympiabewerbung zu investieren. Somit muss konstatiert werden, dass vor allem Strukturprobleme der Bewerbergesellschaft einer zügigen Profilierung der Bewerbung bezüglich des Sponsorings entgegengestanden haben. Demnach hatte die konjunkturelle Lage nur bedingt einen Einfluss auf die Zurückhaltung der deutschen Wirtschaft. Die abwartende Haltung global tätiger Unternehmen ist aus den genannten Gesichtspunkten nachvollziehbar, da man sich gegebenenfalls dann der letztendlichen „Siegerstadt“ zuwenden könnte. Hinzu kam weiterhin, dass die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 für viele Konzerne das primär sponsorenwürdigere Ereignis darstellte und so eine Förderer-Akquise für die Leipziger Olympiabewerbung erschwerte. Das mangelnde Interesse der großen Wirtschaftsunternehmen konnte durch das Engagement der regionalen und lokalen Förderer finanziell nicht aufgefangen werden, sodass letztlich statt der erhofften zehn bis 15 Millionen Euro nur knapp sechs Millionen an Fördermitteln eingeworben werden konnten. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Zurückhaltung der Wirtschaft und dem Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung besteht nach den Ergebnissen der vorliegenden Analyse nicht.

[569] Vgl.: Berliner Zeitung, 3.4.2004, S.18
[570] Eine Übersicht aller Förderer der Bewerbung findet sich im Anhang dieser Arbeit (Anhang d)
[571] Sächsische Zeitung, 11.2.2004

4.4 Das offizielle Scheitern – Die Wahl der offiziellen Bewerberstädte

Die IOC-Entscheidung am 18. Mai 2004 in Lausanne beendete die Leipziger Olympiahoffnungen. Das Konzept des sächsischen Bewerbers wurde im IOC-Auswahlverfahren abgelehnt. Im folgenden Kapitel geht es zunächst darum, das offizielle Bewerbungskonzept Leipzigs vorzustellen. Dieses wurde am 15. Januar 2004 an das IOC übergeben, um bei der Ausscheidung vier Monate später den Status einer „Candidate City“ zugesprochen zu bekommen. Die Wahl hätte Leipzig berechtigt, in den Endausscheid bis zum Juli 2005 einzugreifen, um die Olympischen Spiele 2012 nach Deutschland zu holen. Dieses Vorhaben scheiterte, da das IOC nur Paris, London, Madrid, New York und Moskau für die letzte Bewerberrunde zuließ. Leipzig wurde neben Havanna, Rio de Janeiro und Istanbul nicht berücksichtigt. Für das Scheitern sah das IOC beim Kandidaten mehrere Gründe, auf die im Abschnitt 4.4.2 ausführlich eingegangen werden soll. Grundlage dafür ist der offizielle IOC-Report, der die Bewertung aller Bewerber detailliert aufführt, abschließend werden die Reaktionen auf die Niederlage untersucht und die Folgen der gescheiterten Bewerbung analysiert.

4.4.1 Questionnaire – Die offizielle Bewerbung zur „Candidate City“

Nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung am 12. April 2003 und der Bekanntgabe des IOC, dass Leipzig am internationalen Wettbewerb um die Spiele 2012 teilnehmen würde, besaß die sächsische Stadt den Status einer *Applicant City* (Bewerberstadt). Um den Status einer *Candidate City* (Kandidatenstadt) zu erhalten, musste Leipzig bis zum 15. Januar 2004 ein Grundkonzept für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2012 offiziell beim IOC einreichen. Als Vorlage diente dabei ein Fragebogen (*Questionnaire*)[572] des IOC, das so einen Überblick über die eventuelle Gastgeberstadt erhalten wollte. Untergliedert in sieben Themenbereiche wurden 25 Einzelpunkte von den Bewerberstädten erfragt, die auf jeweils einer DIN-A4-Seite kurz und kompakt beantwortet werden mussten. Hinzu kamen Anhänge und Statistiken. Alle Antworten sollten in Französisch und Englisch in einem Dokument aufgeführt sein.

Leipzig reichte den Fragebogen mit einem gegenüber dem nationalen Ausscheid komplett überarbeiteten Konzept fristgerecht ein. Die sieben Themenbereiche gliederten sich wie folgt[573]:

[572] Der Fragekatalog (Questionnaire) mit allen 25 Fragen ist im Anhang dieser Arbeit beigefügt
[573] Die Beschreibung enthält sinngemäß die Angaben der offiziellen Unterlagen des Leipziger Bewerbungskomitees

Themen des Fragebogens:

I. Einleitung: Motivation, Konzept und öffentliche Meinung

Leipzig bewarb sich mit dem Slogan „one family“ und dem Konzept, innerhalb eines 10-km-Radius die „Spiele im Herzen der Stadt“ auszutragen. Den Angaben zufolge könnte sich die Bewerbung auf eine 90-prozentige Unterstützung seitens der deutschen Bevölkerung stützen.

II. Politische Unterstützung

Die Idee der Spiele würde dabei von Seiten der Bundesregierung, des Bundestages, der Landtage und Stadtparlamente vorbehaltlos unterstützt werden. Olympia stelle für Deutschland eine nationale Aufgabe dar.

III. Finanzen

Das Bewerbungsbudget sollte 31,5 Millionen Euro nicht überschreiten, der Gesamthaushalt für die Olympischen Spiele wurde in zwei Budgets unterteilt: Die reinen Ausgaben für die Durchführung der Spiele und temporäre Einrichtungen (OCOG-Budget[574]) wurden 1,85 Milliarden Euro veranschlagt.

Genaue Zahlen zu nicht-olympiabedingten Kosten (Non-OCOG-Budget[575]) sollte erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Vorab stünden als Sofortmaßnahmen bereits 308 Millionen Euro von Seiten der Bundesregierung, dem Freistaat Sachsen und der Stadt Leipzig zur Verfügung.

IV. Veranstaltungsorte

Der Fragebogen ermittelte dabei nach a) vorhandenen, b) geplanten und c) zusätzlich notwendigen Austragungsstätten. Leipzig konnte unter anderem das *Zentralstadion* und die *Arena* als vorhandene Sportstätten vorweisen. Eine Ruderstrecke und die Erweiterung der Messehallen wären geplant. Zusätzlich notwendig wären ein neues Olympiastadion und Anlagen für das Bogenschießen.

V. Unterbringung

Den Leipziger Unterlagen zufolge sollten in den geforderten Beherbergungssegmenten 65.000 Zimmer in der Umgebung von 50 Kilometern; im Umkreis von einer Stunde Bahnfahrt rund um Leipzig sogar 150.000 Zimmer zur Verfügung stehen. Gefordert wurden von Seiten des IOC 42.000 Zimmer.

---

[574] OCOG-Budget = **O**rganisation **C**omitee of the **O**lympic **G**ames-Budget. Rein olympiabedingte Kosten.
[575] Non-OCOG-Budet = Ausgaben für olympiarelevante aber nachhaltig genutzte Investitionen. Somit nicht rein olympiabedingte Kosten.

VI. Verkehrsinfrastruktur

Auch hier mussten geplante, vorhandene und zusätzlich notwendige Projekte aufgeführt werden. Leipzig wollte mit einem neuen Olympia-S-Bahn-Tunnel und einem Olympiapark punkten. Auch Transportwege und -zeiten wurden errechnet. Für den allgemeinen Verkehr sollte die Stadt vollkommen gesperrt werden. Die Nutzung vorhandener Infrastrukturkapazitäten und ein intelligentes Verkehrs- und Betriebsmanagement sollten den reibungslosen Verkehr garantieren.

VII. Allgemeine Bedingungen, Logistiken und Erfahrungswerte

Leipzig gab im Großraum Leipzig eine Einwohnerzahl von 1,5 Millionen Menschen an. Neben dem Weltcup-Finale der Reiter und dem Deutschen Turnfest wurde auch der Leichtathletik-Europacup in Halle als Erfahrungswerte mit Großveranstaltungen angegeben. Als Anlagen wurden darüber hinaus Angaben zum allgemeinen Klima sowie der Umwelt gemacht.

Mit diesem Grundkonzept versuchte Leipzig die Bewertungskommission des IOC zu überzeugen. In der Presse wurde dem Bewerbungsdokument eine unterschiedliche Resonanz entgegengebracht: Während die Tageszeitungen (mit Ausnahme der *taz*) ausführlich über die Übergabe der Unterlagen berichteten, fand diese in der *Zeit* und dem *Spiegel* keine gesonderte Erwähnung. Auch der *Kreuzer* nahm in der Februar-Ausgabe keine Stellung. Die Bewertung des eingereichten Konzepts fiel durch die Presseerzeugnisse relativ gleichgerichtet aus: Alle Publikationen versuchten in der Berichterstattung den Gehalt des Konzeptes zu deuten. Bemängelt wurden übereinstimmend die Hotelkapazitäten, die bereits zuvor als mögliches K.o.-Kriterium ausgemacht worden waren. Die *Sächsische Zeitung* vermutete, dass das „Leipzigs Abschneiden wohl davon abhängt, ob das IOC den Beherbergungsplan akzeptiert“.[576] Die *Berliner Zeitung* meinte sarkastisch: „Bitte nicht doppelt zählen!“[577] Dabei spielte sie auf übertriebenen Hotelzimmerzahlen an, als auch darauf, dass das IOC selbst diesen „freundlichen Hinweis“ als Tipp in den Fragebogen aufgenommen hat: „Bitte stellen Sie sicher, dass die Zimmer nicht doppelt gezählt werden“.[578]

Gestritten wurde darüber hinaus über die vermeintlichen Stärken Leipzigs. Während viele in der Kompaktheit des Konzeptes einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Kon-

[576] Sächsische Zeitung, 13.1.2004
[577] Berliner Zeitung, 15.1.2004
[578] Hartmann/Jeske/Weinreich (2004) , S.83

kurrenz sahen, mehrten sich die Stimmen, dass eben diese Kompaktheit auch nachteilig ausgelegt werden könnte. Von Seiten der Olympiabefürworter wurde immer wieder die Unterstützung der Bevölkerung als Pluspunkt verbucht. Angeblich hätten 90 Prozent der Deutschen die Bewerbungsabsichten Leipzigs befürwortet. *Die Welt* merkte dazu an, dass die Fragestellung bei einem solchen Ergebnis „über die Maßen geschickt gewählt“[579] sein müsse, um zu einem solchen Wert zu gelangen. Auch der *Sächsischen Zeitung* fiel auf, dass diese Zahl „kaum der aktuellen Stimmung entspräche“[580] und stellte die Frage nach der Repräsentativität der Umfrage

Die Debatte, die die Medien am intensivsten beschäftigte, war die Diskussion um die Finanzierung der Spiele. Auf die Frage: „Was kosten die Spiele“, wurden von Seiten der Olympia-Organisatoren lange keine konkreten Zahlen vorgelegt. Weder bei der Aufsichtsratssitzung am 18. Oktober 2003, noch bei den darauf folgenden Versammlungen am 19. November und 10. Dezember wurden der Öffentlichkeit konkrete Berechnungen vorgelegt. Vielmehr verteidigte Schily „die Zahlenlosigkeit“ und reagierte auf Fragen der Presse gereizt[581]. „Das ist im derzeitigen Stadium nicht notwendig“. Er versuchte zu beruhigen: „Es wird ja nicht nur eine Belastung für den Steuerzahler sein. Der Bevölkerung muss man selbstverständlich mitteilen, was aufzuwenden sein wird, aber auf einer verlässlichen Grundlage. Ich glaube nicht, dass das der Zeitpunkt ist, seriöse Zahlen zu präsentieren.“ Diese Haltung konnte der Großteil der Presse nicht nachvollziehen. Wenn sie die Olympiabewerbung zu einer nationalen Aufgabe machen würden, so die Argumentation. Die Menschen in Deutschland hätten ein Recht zu erfahren, was „der Spaß kostet“.[582] Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand immer wieder die Forderung, dem Steuerzahler eine nachvollziehbare Rechnung vorzulegen, aus denen die Etats für die einzelnen Bereiche deutlich hervorgehen.

Daher soll an dieser Stelle ein kurzer Blick auf die möglichen Kosten und Etats für die Leipziger Olympiabewerbung gegeben werden. Unterschieden wurde demnach zwischen dem reinen Organisationsetat der Spiele (OCOG-Etat) und den Kosten für die Infrastruktur (Non-OCOG-Etat). Das IOC gab für beide Definitionen vor. Demnach war das OCOG-Etat „das Betriebsbudget für die Organisation der Olympischen Spiele. Die Entwicklungskosten der Infrastruktur für Sportstätten, das Olympische Dorf, das IBC (International Broadcasting Center) und das MPC (Main Press Center) oder anderen

[579] Die Welt, 17.1.2004
[580] Sächsische Zeitung, 17.1.2004
[581] Weinreich, Jens: Was kosten die Spiele? Unveröffentlichtes Manuskript aus dem Jahr 2003/2004, S.2
[582] Berliner Zeitung, 12.12.2003, S.31

wichtigen Infrastrukturprojekten dürfen nicht im OCOG Budget enthalten sein.“[583] In den Non-OCOG-Etat fiel „die Baufinanzierung der für die Spiele notwendigen Haupt- und Sport-Infrastruktur, welche ein längerfristiges Vermächtnis sein wird. Die Finanzierung solcher Investitionen sollte von den öffentlichen Behörden oder dem privaten Sektor übernommen werden“.[584]

„Diese Definitionen klären zwar einiges“, meinte IOC-Kritiker Jens Weinreich von der *Berliner Zeitung*, „lassen aber viele Fragen offen“. Klare Trennlinien zwischen olympiabedingten und nicht-olympiabedingten Ausgaben schien es bei der Budgetberechnung nicht zu geben. „So wird in der Praxis, nicht nur in Leipzig, beständig versucht, das OCOG-Budget zu entlasten, um am Ende eine hübsche schwarze Zahl zu produzieren“, kritisiert Weinreich. „Sollte trotz aller Finanzakrobatik dennoch ein Minuszeichen in der Bilanz stehen, […] kommt der Steuerzahler dafür auf.“[585] Neben dem IOC hätte aber „auch der Steuerzahler Interesse“[586] an den Zahlen, schrieb Weinreich am 4. Januar 2004 in der *Berliner Zeitung*.

Unter Punkt III. des Fragebogens sollte das Bewerbungskomitee ein Finanzierungskonzept vorlegen, das sowohl die tatsächlichen Kosten für die Olympischen Spiele (OCOG), als auch die olympiabedingten Kosten für Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen (Non-OCOG) abbildete. Seitens der Bewerbergesellschaft wurde auf eine detaillierte Kostenaufführung jedoch verzichtet. Einzig die Bewerbungskosten in Höhe von 31,5 Millionen Euro und eine Schätzung des OCOG-Budgets von 1,85 Milliarden Euro sind aus dem eingereichten Konzept ersichtlich.

Die Presse reagierte auf den fehlenden Kosten-Nutzen-Plan ungeduldig und ungehalten. Ausgehend von einem Beitrag der *Berliner Zeitung* nahm die Auseinandersetzung um die Finanzierungsmöglichkeiten an Schärfe zu. In diesem Artikel zeigte sich *Jens Weinreich* verwundert über ein fehlendes Finanzierungskonzept und schätzte mögliche Größendimensionen der Bewerbung. Demnach kämen für das OCOG-Budget „wahrscheinlich 1,7 Milliarden Euro“ zusammen; für die Gesamtaufwendungen allerdings lagen Schätzungen Beträge laut Informationen der *Berliner Zeitung* bei Ausgaben „zwischen neun und 14 Milliarden Euro“.[587] Diese Zahlen wurden einen Monat im *Spiegel*[588] später erneut publiziert und gaben den Anstoß zu einer außerordentlich regen Berichterstat-

[583] Questionnaire des IOC
[584] Ebenda
[585] Ebenda
[586] Berliner Zeitung, 14.1.2004
[587] Berliner Zeitung, 12.12.2003, 31
[588] Vgl.: Der Spiegel, 2/2004

tung. Die *LVZ* sprach von einer „Horrorzahl“ und der Geschäftsführer der der Olympia GmbH, Peter Zühlsdorff bekundete, dass mehr als drei Milliarden „nicht denkbar“ seien.[589] Das Lokalblatt verwies trotz eines weiterhin offenen Finanzbedarfs auf die „vielen Antworten“, die das Olympia-Konzept kurz vor der Abgabe beim IOC geben würde. Mit den Finanzen gäbe es dagegen nur noch „ein großes Fragezeichen. Mit diesem Standpunkt bewegte sich die *LVZ* wie so oft im Rahmen der Berichterstattung in einem Kontrast zu den übrigen betrachteten Zeitungen. Selbst die *Sächsische Zeitung* sah in den ungeklärten Finanzfragen das größte Problem: „1,85 Milliarden plus X“[590], titelte sie, bezogen auf das wenig aussagekräftige OCOG-Budget. Die *FAZ* kam zu dem Schluss: „Leipzig rechnet mutig“.[591] Die Zeitung bemängelte die fehlende Transparenz der vorgelegten Zahlen. „Was kosten die Spiele?“[592], fragte auch die *Berliner Zeitung* einen Tag vor der Abgabe des Konzepts erneut und warf den Verantwortlichen aus Leipzig vor, sich nicht eindeutig zu den Finanzplänen zu äußern. *Die Welt* warf den dortigen Organisatoren „Geheimniskrämerei“[593] vor und auch die *Süddeutsche Zeitung* hielt die von den Leipziger Olympiaorganisatoren gemachten Angaben für „unbefriedigende Auskünfte“ und sprach von „offenen Milliardenfragen“.[594]

„Gestritten wurde sich vor allem über das Infrastruktur-Budget. Die Frage, bei welchen Aufwendungen es sich um olympiabedingte oder nicht-olympiabedingte Kosten“ handelte, zog sich durch die gesamte Bewerbung. Ähnlich sei dies auch schon bei der gescheiterten Berlin-Bewerbung für Olympia 2000 gewesen. „Der Standpunkt des Senats war, dass im Grunde nichts olympiabedingt ist. Wir müssen sowieso alles bauen. Die andere Meinung: Alle Bauten und Kosten, die entstehen, werden wegen der Olympiade errichtet“[595], schrieb Hans-Jürgen Ewers 1995 als damaliger Finanzgutachter. In Leipzig, so der Vorwurf, würde es sich ähnlich verhalten. Sachsens Finanzminister Hartmut Metz warf Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe vor, er lege mit dem Olympia-Sofortprogramm eine „Mogelpackung“ vor, weil darin enthaltende Leistungen ohnehin vorgesehen waren.[596] Die *Berliner Zeitung* bemerkte dazu, dass sich gerade in dieser Auseinandersetzung die „Vertreter der Stadt Leipzig und die Beamten des Bundes und des Freistaates Sachsen unversöhnlich gegenüber“[597] zu stehen schienen. Die unter-

[589] Vgl.: LVZ, 14.1.2004
[590] Sächsische Zeitung, 17.1.2004
[591] FAZ, 17.1.2004
[592] Berliner Zeitung, 14.1.2004
[593] Die Welt: 15.1.2004
[594] SZ, 16.1.2004, S.27
[595] Weinreich-Skript, S.3
[596] Vgl.: Ebenda
[597] Berliner Zeitung, 14.1.2004

schiedlichen Interessenlagen waren offenkundig und auch *Die Welt* war sich sicher, dass die bisher ausgebliebenen Finanzauskünfte ein Resultat der hoch differenzierten „Partikularinteressen“[598] gewesen wären. Auch die *Berliner Zeitung* bemängelte den Verlauf der Debatte. Bisher habe es „keine überzeugenden Antworten“[599] gegeben, schrieb das Blatt und sah „wieder einmal Kommunikationsprobleme“[600] bei der Olympia-GmbH.

Zusammengefasst wurden bei der Kostendebatte folgende Beträge innerhalb der Presse genannt. Nach Schätzungen stünden den nachfolgenden Ausgaben mögliche Erlöse durch TV-Einnahmen, Anteilen aus dem IOC Sponsorenpool TOP, dem Sponsorenprogramm des Organisationskomitees, Ticketeinnahmen und Lizenzen in Höhe von 1,61 bis 2,3 Milliarden Dollar (ca. 1,32 bis 1,9 Milliarden Euro) zu Verfügung.[601]

Kostenspagat: Knapp 15 Milliarden für das Projekt Olympia 2012?

	Offizieller Kostenvoranschlag der Olympiaorganisatoren	Geschätzte Kosten innerhalb der Berichterstattung diverser Presseerzeugnisse
Bewerbungsbudget der Olympia-GmbH bis Juli 2005	31,5 Mio. Euro	31,5 Mio. Euro
OCOG-Budget (rein veranstaltungsbedingte Ausgaben)	1,85 Mrd. Euro	1,3 Mrd. Euro (Annahme *LVZ*) bis zu 1,7 Mrd. Euro (Annahme *Berliner Zeitung*)
Non-OCOG-Budget (Kosten für notwenige Infrastrukturmaßnahmen)	Keine Angaben	2,6 bis 14,6 Mrd. Euro

Abbildung 12: Die Kostendebatte im Vergleich

Auffällig ist die enorme Diskrepanz der angenommen Kosten des Non-OCOG-Budgets. Für diese außergewöhnlich große Spanne der nicht-olympiabezogenen Ausgaben von 2,6 bis 14,4 Milliarden Euro hatte die Presse nur Spott übrig: „Man stelle sich vor, Deutschland bewirbt sich um die Olympischen Spiele, und keiner weiß, was der Spaß kostet“.[602]

Deutlich wird zudem, dass das OCOG-Budget nicht des entscheidende war. Denn durch eine Veränderung oder Verlagerung des Non-OCOG-Etats könnte jederzeit dafür ge-

[598] Die Welt, 15.1.2004
[599] Berliner Zeitung, 14.1.2004
[600] Ebenda
[601] Die geschätzte Einnahmen sind dem unveröffentlichten Weinreich-Manuskript entnommen, S.4
[602] Berliner Zeitung, 14.1.2004

sorgt werden, „den OCOG-Etat positiv zu gestalten“.[603] Peter Zühlsdorff versuchte die hitzige Debatte abermals zu beruhigen: Die Kosten würden sich „näher an den 2,6 als den 14 Milliarden orientieren“[604], versicherte er der *Sächsischen Zeitung*. Der Vergleich mit früheren Olympiagastgebern gab jedoch Anlass dazu, dass die dem IOC im Vorfeld vorgelegten Zahlen wenig mit den letztendlichen Kosten der Spiele zu tun hatten. So bewarb sich „Sydney mit einem Budgetansatz von 960 Millionen Dollar, der drei Wochen nach der Vergabe der Spiele im Herbst 1993 um mehr als 100 Prozent nach oben schnellte. Am Ende waren es 2,108 Milliarden“.[605] Die Olympischen Spiele in Athen 2004 zeigten die bedenkliche Entwicklung deutlich. „Auf 8,954 Milliarden Euro beziffert Athen mittlerweile die Olympia-Kosten – ohne Baukosten in Höhe von 1,7 Milliarden Euro für die 30 Kilometer lange Vorstadtbahn oder die Eisenbahnstrecke.“[606] Ähnlich Tendenzen sind für Peking im Jahr 2008 zu erwarten. Eine erste Kostenkorrektur gab es bereits. Die griechische Hauptstadt derzeit mit den Folgen des Großereignisses. Neben einer wachsenden Arbeitslosigkeit, sanken die Wachstumsraten im Tourismus. „Ein Gros der Bauten, die für mehr als zwei Milliarden Euro errichtet wurden, steht nun leer. [Allein] zur Bewachung und Pflege der Olympia-Anlagen sind 85 Millionen Euro vorgesehen – das nur für das nacholympische Jahr.“[607] *Die Berliner Zeitung* resümierte mitleidig und vorwurfsvoll zugleich: „Olympia hat Griechenland Staatsfinanzen aus dem Ruder laufen lassen.“[608]

So wurde im Bezug auf Leipzig unter anderem bemängelt, dass den hohen Kosten keine adäquaten Einnahmen gegenübergestanden hätte. Zwar hatte der US-Fernsehsender NBC bereits im Juni 2003 einen ersten Vertrag für die Olympischen Spiele im Jahre 2012 ausgehandelt, der ein Volumen von 1,181 Milliarden Dollar vorsah (ein Plus von 33 Prozent gegenüber 2008). Doch die Hauptkritik der Presse lag darin, dass die möglichen Kosten nicht transparent der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die Organisatoren der Bewerber-GmbH hingegen gingen davon aus, mit den eingereichten Unterlagen ein wettbewerbsfähiges Konzept vorgelegt zu haben. Vor dem Hintergrund der vom IOC auf seiner 115. Session im Juli 2003 beschlossenen Richtlinien (die neben dem Konzept der Nachhaltigkeit auch die Gedanken des Anti-Gigantismus vorsahen), waren die Leipzig Organisatoren sicher, mit dem Kompaktkonzept ein unverwechselbares Alleinstellungsmerkmal gegenüber der internationalen Konkurrenz geschaffen zu haben.

---

[603] Weinreich-Skript S.5
[604] Sächsische Zeitung, 17.1.2004
[605] Weinreich-Skript, S.5
[606] Berliner Zeitung, 5.1.2005, S.18
[607] Ebenda
[608] Ebenda

Hypothese:

Das von der Bewerbungsgesellschaft eingereichte *Questionnaire* zeichnete ein beschönigendes Bild des Leipziger Olympia-Vorhabens. Neben falschen Angaben bei der Unterbringung und der Verkehrsinfrastruktur, muss vor allem die unzureichende Darstellung des Finanzbudgets bemängelt werden. Trotz Warnungen der Presse und der Bedenken des Freistaates Sachsen wurde kein stringent durchdachtes Finanzierungskonzept vorgelegt, an dem eine Orientierung hätte stattfinden können. Die öffentliche Kommunikation von Seiten der Olympia-GmbH war dem Gehalt der Debatte unangemessen. Konkrete Zahlen über Budgets sind Presse und Steuerzahlern gleichermaßen vorenthalten worden, da ausführliche Berechnungen nicht vorgenommen worden waren. Dem öffentlichen Interesse an einer Bekanntgabe der angenommen Ein- und Ausgaben kam die Bewerbergesellschaft nicht nach, was sich imageschädigend auswirkte und eine enorm kritische Berichterstattung zur Folge hatte. Ermöglicht wurde die geringe Transparenz der eingereichten Unterlagen durch die vom IOC schwammig formulierten Richtlinien. Durch diesen Umstand war es den Städten bei der Bearbeitung des Fragebogens möglich, Kostenbudgets in die jeweils gewünschte Richtung zu verlagern. Eine transparente Kalkulation wäre notwendig gewesen, um auch interne Konflikte zwischen den Partikularinteressen innerhalb der Bewerbungsgesellschaft zu vermeiden. Ohne ein differenziert durchdachtes Finanzierungskonzept wäre das Projekt „Olympia 2012 in Leipzig“ somit eine hochriskante Investition gewesen.

4.4.2 Die Bewertung Leipzigs durch das IOC

Zum dritten Mal nahm das IOC bei der Bestimmung der künftigen Olympiastadt eine Vorauswahl mit Hilfe des so genannten zweistufigen Verfahrens vor. Nachdem die Zahl der Bewerber im Verlauf enorm stark angestiegen war, entschloss sich das IOC 1994 mit dem *Electroral College* diese neue Form der Bewerbung. So wurden beispielsweise für die Olympischen Spiele 2004 aus elf Bewerberstädten fünf Finalisten (mit dem späteren Sieger Athen) ausgewählt, für die Sommerspiele 2008 aus zehn Bewerbern ebenso fünf Finalisten (mit dem späteren Sieger Peking).

Neun Bewerber reichten Konzepte für die Austragung der Olympischen Spiele 2012 ein. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Bewerberstädte mit ihren bisherigen Olympischen Erfahrungswerten oder Bewerbungsversuchen im Überblick:

Bewerberstadt	Einwohnerzahl*	Olympiastadt	Bewerbungen (gescheitert)
Havanna	2.000.000		1920, 1924, 2008
Istanbul	10.000.000		2000, 2004, 2008
Leipzig	500.000		
London	7.500.000	1908, 1924	1948**
Madrid	3.500.000		1972
Moskau	10.400.000	1980	1976
New York	8.100.000		
Paris	2.100.000	1900, 1924	1992, 2008
Rio de Janeiro	6.000.000		1936, 2004

Abbildung 13: Bewerberstädte für die Olympischen Spiele 2012
* Angaben der Einwohnerzahlen sind dem IOC-Report entnommen
** London-Bewerbungen für 1940 und 1944 aufgrund des 2.Weltkrieges nicht berücksichtigt

Leipzig hatte sich vor der Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 noch nie für das sportliche Großereignis beworben. Ebenso ging die Stadt ***New York*** erstmals eine olympische Bewerbung an und setzte dabei mit Ihrem Konzept *Olympic X*, anders als Leipzig, auf eine gigantische Inszenierung. Innerhalb der Bewerbungsphase kamen immer Befürchtungen auf, die auf mögliche Sicherheitsrisiken der Bewerbung hinwiesen. Angedeutet wurden dabei immer wieder die Anschläge auf die Stadt am 11. September 2001. Große Chancen wurden den europäischen Großstädten ***Paris*** und ***London*** eingeräumt. Während die französische Hauptstadt mit einem gigantischen Spektakel rund um das *Stade de France* beim IOC punkten wollte, versuchte die englische Metropole mit kurzen Wegen zu überzeugen. Beide Bewerberkomitees ließen durchblicken, dass es

einzig zu einem Zweikampf der beiden Städte kommen könne, die anderen Bewerber wären chancenlos. Als möglicherweise nachteilig beurteilte die Presse jedoch die Tatsache, dass sowohl Paris als auch London bereits zwei Mail Gastgeber der Olympischen Spiele waren. Vor diesem Hintergrund rechnete sich nun ***Madrid*** bessere Chancen bei der Vergabe aus. Mit „autofreien Spielen“ warb die spanische Hauptstadt um Anerkennung und Stimmen. Die zeitliche Nähe zu den Olympischen Spielen in Barcelona 1992 könnte sich bei der Vergabe jedoch nachteilig auswirken. Die Bewerbung von ***Moskau*** wurde innerhalb der Berichterstattung eher skeptisch betrachtet. Auch wenn die Begeisterung für die Spiele in der russischen Hauptstadt recht hoch zu sein schien, kamen immer wieder Berichte über mögliche Sicherheitsmängel und die fehlende Infrastruktur auf. Der Präsident des russischen Olympischen Komitees, Leonid Tjagatschow, dementierte derartige Meldungen und forderte eine Wiedergutmachung für den Boykott der Spiele im Jahre 1980. Damals hatten die westlichen Länder die Olympischen Spiele in Moskau boykottiert, um gegen den russischen Einmarsch in Afghanistan zu protestieren. Die Stadt ***Istanbul*** bewarb sich bereits zum vierten Mal hintereinander für die Sommerspiele. Bisher hatten die Türken mit Ihren Konzeptvorschlägen keinen Erfolg beim IOC. Neben Sicherheitsproblemen hatte die Stadt in der Türkei auch mit infrastrukturellen Problemen zu kämpfen. Keine Chancen wurden den verbliebenen Städten eingeräumt. Die kubanische Bewerberstadt **Havanna** hatte neben der momentanen Wirtschaftskrise ähnliche strukturelle Probleme wie der Konkurrent aus der Türkei. **Rio de Janeiro** galt als „krasser Außenseiter“. Die Stadt veranstaltet 2007 die Panamerikanischen Spiele. **Leipzig** war, die Stadtfläche und der Zahl der Einwohner betreffend, der mit Abstand kleinste Bewerber. Das NOK sah die Chancen des deutschen Bewerbers jedoch gerade darin, eine Alternative zu den großen Metropolen zu sein. „Im besten Bewerberfeld aller Zeiten“ wollten die Sachsen mit einem „kompakten Konzept im Herzen der Stadt“ bei den Bewertungsrichtern des IOC Punkte holen. Am 18. Mai 2004 wurde in Lausanne, dem Hauptsitz des Internationalen Olympischen Komitees, die Entscheidung bekannt gegeben, welche Stadt den offiziellen Kandidaten-Status erhält. Die Städte, denen der Status zuerkannt wird, kämpfen in einem weiteren Verfahren um die letztendliche Vergabe der Olympischen Spiele für das Jahr 2012.

Auf Grundlage der von den Bewerberstädten schriftlich eingereichten Unterlagen nahm ein IOC-Expertenteam unter der Leitung von IOC-Sportdirektor Gilbert Felli eine Bewertung der neun Anwärter vor. Mit Hilfe der eigens entwickelten Computersoftware *Olympic Logic System* sollte das Team eine Entscheidungsgrundlage für die IOC-

Exekutive[609] schaffen, mit dem diese dann den Beschluss fassen, welche Städte den Status einer *Candidate City* erhalten würde In das Computersystem wurden jene Daten eingegeben, die aus den Fragebögen der Bewerberstädte hervorgingen und in eine PC-Software übertragen, welche die Auswertung in nunmehr ***elf IOC-Kriterien*** aufgeschlüsselte. Für diese Themenbereiche konnten Noten zwischen 1 und 10 erreicht werden, wobei die Note 10 den bestmöglichen Wert darstellte. Hinzu kam ein ***Gewichtungsfaktor*** zwischen 2 (niedrig) und 5 (hoch). So erhielt beispielsweise der Themenbereich „Infrastruktur“ eine höhere Gewichtung als das Kriterium „Umwelt“.

Die Bewertungskriterien des IOC

Bewertungskriterium	Gewichtung
1. Umweltbedingungen, Auswirkungen auf die Umwelt	2
2. Erfahrung aus früheren Sportereignissen	2
3. Unterstützung durch die Regierung und öffentliche Meinung	2
4. Sicherheit	3
5. Finanzierung	3
6. Gesamtkonzept und Nachnutzung der Anlagen	3
7. Transportkonzept	3
8. Sportanlagen	4
9. Olympisches Dorf	4
10. Beherbergung	5
11. Infrastruktur	5

Abbildung 14: Die Bewertungskriterien des IOC und deren Gewichtung

Als bedeutende Stellschraube galt ein so genannter ***Wahrscheinlichkeitsfaktor***, dem die Experten der Umsetzungsfähigkeit der eingereichten Konzepte zubilligten. Dieser ist in einzelnen Kategorien mit einem Intervall von 0,1 bis 1,0 angesetzt und hatte somit Einfluss auf die Kategoriennote. Der Faktor sollte durch seine Relativierungsmöglichkeit sicherstellen, dass es zu keinen unrealistischen Bewertungen kam. Das *Olympic Logic System* rechnete dann die Ergebnisse der einzelnen Teilbereiche und die Gesamtnote (Benchmark) aus. Nachfolgend wird ein Überblick darüber gegeben, wie das Leipziger Konzept in Bezug zu den IOC-Bewertungskriterien beurteilt wurde. Grundlage dafür war der offizielle IOC-Report[610]

[609] Stimmberechtigt: Franco Carraro (Italien), Ibrahim Diallo (Guinea), Gerhard Heidberg (Norwegen), Toni Khoury (Libanon), Gunilla Lindberg (Schweden), Lambis Nikolaou (Griechenland), Sergej Bubka (Ukraine/ Athletenvertreter), Denis Oswald (Schweiz/Sommerspiele), Ottavio Cinquanta (Italien/Wintersport), Mario Vasquez Rana (Mexiko/NOK´s). Nicht stimmberechtigt: Thomas Bach (Deutschland), Witali Smirnow (Russland), Jim Easton (USA), Un Yong Kim (Südkorea, suspendiert). IOC Präsident, Jaques Rogge, enthält sich der Stimme

[610] International Olympic Committee: Games of the XXX Olympiad 2012. Report by the IOC candidature acceptance working group to the IOC executive board, Lausanne, 2004

Umweltbedingungen, Auswirkungen auf die Umwelt (Gewichtung: 2):

Die IOC-Kommission sprach Leipzig in dieser Bewertungskategorie die Bestnoten zu. Neben einer relativ geringen Luftverschmutzung und der zu erwartenden ökologischen Verträglichkeit des Projektes wurden dem Konzept gute bis sehr gute Umweltbedingungen zugesprochen. Keine andere Stadt erreichte ein derart gutes Ergebnis in dieser Kategorie.

Erfahrung aus früheren Sportereignissen (2):

Leipzig wurde eine eher begrenzte Erfahrung bei der Ausrichtung internationaler Sportereignisse bescheinigt. Neben der Volleyball-WM der Frauen und kleineren internationalen Veranstaltungen habe Leipzig keine größeren Sportveranstaltungen nachweisen können. Zusammen mit London besetzte Leipzig in dieser Kategorie den sechsten Platz. Höhere Bewertungen erhielten Paris, New York, Moskau, Madrid und Rio de Janeiro.

Unterstützung durch die Regierung und öffentliche Meinung (2):

Mit einer Gesamtnote von 7,2 bis 8,0 belegte Leipzig (zusammen mit Paris) den zweiten Platz dieser Kategorie. Nur Madrid wurde besser bewertet. Umfragen des IOC hatten eine 82-prozentige Unterstützung der deutschen Bevölkerung für die Spiele in Leipzig ergeben, während zehn Prozent das Großereignis in ihrer Stadt ablehnten. Leipzigs Bewerbungs-GmbH hatte in den Bewerbungsunterlagen noch eine fast 90-prozentige Unterstützung der deutschen Bevölkerung ausgewiesen, innerhalb Sachsens sogar von 95 Prozent.

Sicherheit (3):

In der Analyse des IOC werden kaum Bewertungsgrundlagen genannt. Die Sicherheitssysteme seien jedoch relativ klar gegliedert. Gemeinsam mit Madrid und hinter den Städten Paris und London erhielt Leipzig die drittbesten Noten.

Finanzierung (3):

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Spiele in Leipzig waren nach der Bewertung der Kommission in der sächsischen Stadt gegeben. Die Absicherung durch Gelder der öffentlichen Hand hätte Leipzig nach Einschätzung der Kommission knapp 1,14 Milliarden US-Dollar (ca. 900 Millionen Euro) an Gewinn erwirtschaften können. Mit dieser Prognose verwies Leipzig alle anderen Bewerberstädte auf die folgenden Plätze.

Gesamtkonzept und Nachnutzung der Anlagen (3):

Zusammengefasst wurden unter diesem Kriterium folgende Punkte: a) Verständnis für olympische Bedürfnisse in der Bewerberstadt, b) olympischen Bedürfnisse bezüglich Infrastruktur der Stadt, c) generelle Wettkampferfahrung und d) nacholympische Nutzung. Leipzig kam in der Bewertung nur auf den sechsten Rang. Mit 4,0 bis 7,0 Punkten waren die Sachsen lediglich besser als Havanna, Istanbul und Rio de Janeiro.

Transportkonzept (3):

Der Idee der Leipziger Bewerber „kompakte Spiele im Herzen der Stadt“ zu veranstalten, bewerteten die Experten des IOC nach ihrer Prüfung nicht so, wie von der Stadt erhofft. Sie bemängelten, dass der Anteil der abseits gelegenen Sportanlagen zu hoch und so die Entfernungen zwischen den einzelnen Anlagen nicht kürzer wären, als bei den konkurrierenden Bewerberstädten. Die von den Leipzigern angenommene durchschnittliche Busgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometern wurde vom IOC als unrealistisch eingeschätzt. Zudem seien die angegebenen Nachnutzungsmöglichkeiten der geplanten 40.000 Parkplätze schwierig nachvollziehbar. Mit 5,4 bis 7,8 Punkten erhielt Leipzig jedoch die drittbeste Punkzahl in dieser Kategorie.

Sportanlagen (4):

Insgesamt wurden von der IOC-Kommission 37 Sportstätten untersucht. Davon existierten zum Zeitpunkt der Erhebung erst 17 (46 Prozent), alle anderen waren geplante Sportanlagen, die für die Olympischen Spiele neu gebaut werden sollten. Kritisiert wurde vor allem, dass von den 20 geplanten Objekten nach den Olympischen Spielen lediglich fünf Anlagen weiter genutzt werden sollten. Dies wäre besonders vor dem Hintergrund des Investitionsvolumens von angenommenen 1,76 Milliarden US Dollar (ca. 1,36 Milliarden Euro) bedenklich gewesen. Bezweifelt wurden die Umsetzbarkeit und die Höhe der geplanten Aufwendungen, die Konzeption wäre insgesamt zu teuer und zu aufwendig gewesen. Gleichauf mit Moskau und London sahen die Experten des IOC Leipzig auf Rang vier.

Olympisches Dorf (4):

Neben dem Konzept für des Olympische Dorf wurden in diesem Kriterium auch die Pläne für die Nachnutzung der Anlagen und die Entfernung zu den Sportstätten bewertet. Leipzig erhielt mit 6,3 bis 8,2 befriedigende bis gute Bewertungen und belegte hinter Madrid und Paris zusammen mit Rio de Janeiro den geteilten dritten Platz.

Beherbergung (5):

Ingesamt wurden in der Kategorie Beherbergung 40.000 Hotelzimmer vorausgesetzt. Nach den Erhebungen der Expertenrunde kam der sächsische Bewerber auf 25.650 Hotelzimmer (3-5 Sterne Hotels). Die von der Stadt geplanten 9.750 neuen Hotelzimmer und 7.000 Betten im Mediendorf wurden als beträchtliche Herausforderung eingeschätzt. Zudem zweifelte die Kommission die Nachnutzung der Betten an, da die Stadt die neu geschaffenen Kapazitäten nach den Spielen 2012 nicht benötigen würde. Somit verpasste Leipzig eindeutig den Grenzwert von 6 Punkten und bekam mit 5,2 bis 5,5 Punkten eine unterdurchschnittliche Bewertung. Nur Havanna war in dieser stark gewichteten Kategorie nach IOC-Angaben schlechter bewertet worden.

Infrastruktur (5):

Auch in dieser Kategorie erhielt Leipzig schlechte Noten. Mit 4,0 bis 5,5 Punkten wurde der „benchmark“ auch hier eindeutig verfehlt. Neben der Transport-Infrastruktur und dem Flughafen wurde auch das Rundfunk- und Pressezentrum in die Benotung aufgenommen. Der Zustand der Infrastruktur erhielt eine sehr schlechte Bewertung, darüber hinaus schätzte die Kommission das vorgeschlagene Verkehrskonzept als nicht ausreichend ein. Die Kapazität des Flughafens wurde als fraglich eingestuft und das Fehlen von Eisenbahnverbindungen bemängelt. Das Pressezentrum erhielt bessere Noten, konnte die insgesamt niedrige Bewertung jedoch nicht verhindern. Da auch diese Kategorie eine stark gewichtete Rubrik im Bewertungskatalog darstellte, verlor Leipzig gegenüber den Mitbewerbern einen Großteil Punkte.

Die Bewertung Leipzigs im Überblick

Kriterium	Gewicht	Bewertung Leipzigs[611] min.	max.	Platz Leipzig *	Beste Bewerberstadt
1. Umwelt	2	7,4	9,0	1.	**Leipzig**
2. Erfahrung Sportereignisse	2	4,8	6,8	6.*	Paris
3. Unterstützung Regierung	2	7,2	8,0	2.*	Madrid
4. Sicherheit	3	6,4	7,4	3.*	Paris
5. Finanzierung	3	6,8	8,5	1.	**Leipzig**
6. Gesamtkonzept	3	4,0	7,0	6.	Madrid, Paris
7. Transportkonzept	3	5,4	7,8	3.	Madrid
8. Sportanlagen	4	5,2	7,1	4.*	Madrid
9. Olympisches Dorf	4	6,3	8,2	3.*	Madrid
10. Beherbergung	5	5,2	5,5	7.*	London, New York, Paris
11. Infrastruktur	5	4,0	5,5	6.	Madrid

Abbildung 15: Die Bewertung der Leipziger Bewerbung durch das IOC.

[611] Eine Idealbewertung wäre eine Punktzahl von 10. Die Spanne (min./max.) ergibt sich aus dem Faktor Glaubwürdigkeit. Mit diesem wollte die Expertengruppe die Qualitätsschwankungen innerhalb der einzelnen Kriterien aufzeigen. (* = mehrere Kandidaten auf einem Platz

Leipzig erhielt somit zwei Mal die beste Bewertung („Umwelt“ und „Finanzen“). Da diese Kategorien beispielsweise im Vergleich zu den Rubriken „Infrastruktur“ und „Beherbergung“ jedoch nur weniger stark gewichtet wurden, konnte die Stadt rein rechnerisch nur wenig davon profitieren. Die schlechten Bewertungen im Bereich der Hotelbetten, die fehlenden Infrastruktur aber auch dem sechsten Platz beim „Gesamtkonzept“ sorgten letztendlich dafür, dass die Sachsen nach IOC-Angaben nur den sechsten Platz erreichten. Das Endergebnis stellte sich nach IOC-Evaluierung wie folgt dar:

Platzierung	Bewerberstadt	Bewertung
1. Platz	Paris	7,6 bis 8,5 Punkte
2. Platz	Madrid	7,4 bis 8,3 Punkte
3. Platz	London	6,6 bis 7,7 Punkte
4. Platz	New York	6,4 bis 7,5 Punkte
5. Platz	Moskau	5,5 bis 6,5 Punkte
6. Platz	Leipzig	5,2 bis 6,0 Punkte
7. Platz	Rio de Janeiro	4,3 bis 5,2 Punkte
8. Platz	Istanbul	4,0 bis 4,8 Punkte
9. Platz	Havanna	2,8 bis 3,6 Punkte

Abbildung 16: Endergebnis der Vorauswahl der Bewerberstädte nach der IOC-Evaluierung

Das IOC setzte den „Cut“ bei einem Wert von 6,0. Somit qualifizierten sich neben Paris, Madrid und London auch New York und Moskau für die letzte Runde des Auswahlverfahrens. Nicht berücksichtigt wurden Rio de Janeiro, Istanbul, Havanna und Leipzig. Die Aussagekraft des Endergebnisses ist nach einer genauen Analyse aus wissenschaftlicher Sicht jedoch zweifelhaft, da sich die Endbewertung des IOC für alle Kandidatenstädte mit keinem mathematischen Verfahren errechnen berechnen lassen. So sind Rückschlüsse der einzelnen Endnoten der elf Kategorien auf das Gesamtergebnis (von 5,2 bis 6,0 Punkten) nicht möglich. Besonders problematisch ist dies, da eine korrekte Berechnung erhebliche Auswirkungen auf das Gesamtergebnis hätte. So würden sich genau bei den Kandidaten Moskau und Leipzig Veränderungen ergeben. Um die Problematik zu veranschaulichen wurden die beiden Städte mit ihren einzelnen Bewertungen aus den verschiedenen Kategorien nachfolgend nochmals intensiv untersucht. Die Abbildungen zeigen die elf bewerteten Kategorien der beiden Städte mit den einzelnen Minimal- und Maximalwerten. In diesen Werten ist der Wahrscheinlichkeitsfaktor des IOC berücksichtigt. Danach wurde der Gewichtungsfaktor der einzelnen Kategorie in die Berechnung einbezogen. Aus den gewichteten Minimal- und Maximalwerten wurde daraufhin ein Mittelwert berechnet, der eine Aussagekraft für die jeweilige Kategorie besitzt.

Der direkte Vergleich: Leipzig vor Moskau

LEIPZIG

Kriterium	Bewertung Leipzigs min.	max.	Gewicht	Gewichtete Bewertung min.	max.	Mittelwert
1. Umwelt	7,4	9,0	2	14,8	16,0	15,2
2. Erfahrung Sportereignisse	4,8	6,8	2	9,6	13,6	11,6
3. Unterstützung Regierung	7,2	8,0	2	14,4	16,0	15,2
4. Sicherheit	6,4	7,4	3	19,2	22,2	20,7
5. Finanzierung	6,8	8,5	3	20,4	25,5	22,95
6. Gesamtkonzept	4,0	7,0	3	12	21	16,5
7. Transportkonzept	5,4	7,8	3	16,2	23,4	19,8
8. Sportanlagen	5,2	7,1	4	20,8	28,4	24,6
9. Olympisches Dorf	6,3	8,2	4	25,2	32,8	29,0
10. Beherbergung	5,2	5,5	5	26	27,5	26,75
11. Infrastruktur	4,0	5,5	5	20	27,5	23,75
					Σ	**227,25**

MOSKAU

Kriterium	Bewertung Moskaus min.	max.	Gewicht	Gewichtete Bewertung min.	max.	Mittelwert
1. Umwelt	4,6	7,6	2	9,2	15,2	12,2
2. Erfahrung Sportereignisse	4,6	7,0	2	9,2	14,0	11,6
3. Unterstützung Regierung	6,7	7,5	2	13,4	15,0	14,2
4. Sicherheit	5,2	6,4	3	15,6	19,2	17,4
5. Finanzierung	4,4	7,2	3	13,2	21,6	17,4
6. Gesamtkonzept	5,0	7,0	3	15,0	21,0	18,0
7. Transportkonzept	4,1	6,2	3	12,3	18,6	15,45
8. Sportanlagen	5,2	7,1	4	20,8	28,4	24,6
9. Olympisches Dorf	6,6	8,0	4	26,4	32,0	29,2
10. Beherbergung	6,2	7,4	5	31,0	37,0	34,0
11. Infrastruktur	4,8	6,8	5	24,0	34,0	29,0
					Σ	**223,05**

Abbildung 17: Die Bewertungen Leipzigs und Moskaus im Vergleich

Die Kategorien, die eine Stadt so im direkten Vergleich für sich entscheiden konnte sind farbig unterlegt worden. Aus den Abbildungen wird folgendes deutlich: Leipzig und Moskau erreichten die gleichen Mittelwerte bei den Kategorien „Erfahrung“ und „Sportanlagen“. Die sächsische Stadt war in den Bereichen „Umwelt“, „Unterstützung der Regierung“, „Sicherheit“, „Finanzierung“ und „Transport“ besser bewertet worden als der Konkurrent Moskau. Die russische Hauptstadt wurde bei den höher gewichteten Kategorien „Gesamtkonzept“, „Olympisches Dorf“, „Beherbergung“ und „Infrastruktur“ stärker eingestuft. Nach der in dieser Arbeit neu angestellten Mittelwertberechnung käme Leipzig im Gesamtergebnis auf eine höhere Punktzahl (227,25 Punkte) als Moskau (223,05 Punkte) und hätte somit im Ranking vor der russischen Stadt liegen müssen. Das IOC stellte eine solche Berechnung mit Hilfe von Mittelwerten nicht an und sah Moskau vor Leipzig. Die russische Hauptstadt kam eine Runde weiter, Leipzig hingegen schied aus.

Die Recherchen nach den Gründen dieser Entscheidung, gestalteten sich schwierig. Von Seiten des IOC hieß es am Telefon von einer Sprecherin „Kein Kommentar“, und auch von den Leipziger Olympia-Organisatoren fühlte sich zunächst keiner für die Sache zuständig. Die Haltung des IOC zeigte deutlich, dass man an der Veröffentlichung der angestellten Berechnungen dieser Arbeit kein Interesse hatte. Schließlich hätte das Komitee erläutern müssen, wie und warum Moskau im Gesamtergebnis auf eine höhere Endnote als Leipzig kommen konnte. Auch die Ausführungen der Leipziger Verantwortlichen gaben zunächst keinen Aufschluss über die vermeintlich falsche IOC-Evaluierung. Olympia-GmbH-Geschäftsführer Mike de Vries bestätigte zwar eine „Unschärfe der IOC Unterlagen“[612], verwies jedoch auf das Stadtplanungsamt Leipzig, die sich mit der IOC-Bewertung auseinandergesetzt hätten. Verantwortlich im Bereich Stadtentwicklung war dort Christoph Hümmeler, der telefonisch bestätigte, dass es für die Bewertung des IOC in Bezug auf Leipzig „keine nachvollziehbare Erklärung“[613] geben würde. Das vom IOC für die Evaluierung genutzte Software *Olympic Logic System* sei „für eine wissenschaftlich fundierte Berechnung nicht geeignet.“ Hümmeler sprach von einer „Schein-Objektivität“ und „Schein-Professionalität“ des IOC, deren Berechnungen selbst von der Stadt Leipzig nachträglich eingesetzten Mathematikexperten nicht entschlüsselt werden konnten. Darüber hinaus zeigte er sich besonders verärgert, da das Softwareprogramm Leipzig und den anderen Kandidaten im Verlauf der Bewerbung zum Kauf angeboten worden war. Keine der Bewerberstädte hatte das Angebot damals angenommen. Nun „fehle einfach die Grundlage zur Berechnung“, meinte Hümmeler. Den angestellten Vergleich der Leipziger und Moskauer Bewertungen sowie die berechneten Mittelwerte dieser Arbeit, bestätigte er auf Anfrage: „Auf diese Werte sind wir auch gekommen.“[614]

Erstaunlich war die Gelassenheit, mit der die Beteiligten den offensichtlichen Fehler innerhalb der IOC-Berechnungen hinnahmen. Schließlich waren neben Millionenbeträgen auch viel Zeit und Arbeit in die Bewerbung der Stadt eingesetzt worden. „Sie haben keine juristische Handhabe gegen die Entscheidung.“[615] Tatsächlich unterwerfen sich die Bewerberstädte bei der Evaluierung des IOC den vom Komitee erstellten Richtlinien. Danach ist ein Widerspruch gegen die Beurteilung nicht möglich. Auch de Vries meinte dazu: „Deutschland will sich ja irgendwann wieder einmal für Olympische Spie-

[612] Telefon-Interview mit Mike de Vries am12.11.2004
[613] Telefon-Interview mit Christoph Hümmeler am 12.11.2004
[614] Ebenda
[615] Ebenda

le bewerben. Es macht wenig Sinn, das IOC mit einem Widerspruch zu reizen."[616]
In der deutschen Presse wurden die Berechnungen des IOC kaum behandelt. Sie orientierte sich übergreifend am Endergebnis des IOC-Reports, nach dem Leipzig vorzeitig aus dem Rennen um die Olympischen Spiele 2012 ausschied. Erst über einen Monat nach der IOC-Entscheidung publizierte Wolfgang Kleinwächter, Professor für internationale Kommunikation an der Universität Aarhus und Dozent an der Universität Halle, in der *Leipziger Volkszeitung* einen Beitrag, der sich mit den Berechnungen des IOC auseinandersetzte. Unter dem Titel „Das große Missverständnis – das wunderliche Zahlenwerk des IOC", fragte Kleinwächter knapp einen Monat nach dem Ausscheiden: „Wurde der Bewerber Leipzig herausgerechnet?" Es stelle sich die Frage, ob die „IOC-Analyse wissenschaftlich seriös" sei. Kleinwächter stellte die Bemessungsgrundlage des IOC und die genutzte Software in Frage.[617] Er vermutete, dass über die rein technischen Bewertungen auch die Subjektivität und individuellen Einstellungen der IOC-Exekutive bei der Endbewertung eine Rolle gespielt hätte. Eine Debatte über das Messungsverfahren des IOC löste der Artikel jedoch nicht aus. Vielleicht auch deshalb, weil Kleinwächter viele Antworten auf bestehende Fragen schuldig blieb. So konnte er nicht nachweisen, „von wem, warum und wie" die Leipziger betrogen worden sein sollt, kommentierte Jens Weinreich den Beitrag Kleinwächters und warf dem Forscher „lokalpatriotische Wissenschaft"[618] vor.
Die Analyse dieser Arbeit kann jedoch die Ausführungen Kleinwächters bestätigen und gehen in der Tiefe weit darüber hinaus. Demnach muss es neben den rein technischen Kriterien weitere Bemessungsgrundlagen bei der IOC-Entscheidung gegeben haben. Dies war, so bestätigten Jens Weinreich und *FAZ*-Sportchef Hans-Joachim Waldbröl, „IOC-Kennern" durchaus bewusst. Dennoch wies der offizielle IOC-Report keine solchen zusätzlichen Bemessungskriterien aus. Als sehr wahrscheinlich gilt, dass die einzelnen Kategorienbewertungen durch weitere, so genannte „weiche Beurteilungskriterien" verwässert und aufgeweicht wurden. Neben den persönlichen Einschätzungen der Exekutivmitglieder spielten so mit großer Wahrscheinlichkeit politische und wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Diese „weichen Faktoren" wurden im offiziellen IOC-Bericht allerdings nicht aufgeführt. Die Gesamtbeurteilung des IOC ist so aufgrund mangelnder Transparenz nicht nachvollziehbar. Da das IOC diesbezüglich keine Auskünfte gab, muss über die Gründe der Aufwertung Moskaus spekuliert werden. Es gilt

[616] Telefon-Interview mit Mike de Vries, 12.11.2004
[617] Vgl.: LVZ, 28.6.2004
[618] Weinreich (2003), In: message 03/2004

als unbestritten, dass die politische Lobbyarbeit von Präsident Putin der russischen Hauptstadt keineswegs geschadet hat. Immer wieder hatte er deutlich gemacht, dass an der Polit- und Wirtschaftsmacht Russland bei der Olympiabewerbung für 2012 kein Weg vorbei führt. Allein an diesem politischen Statement dürfte es jedoch nicht gelegen haben. Viele der in den Fragebögen zu dieser Arbeit befragten Journalisten bemängelten die schwache Lobbyarbeit des deutschen Sports. Die sportpolitische Unterstützung, vor allem in Person von Thomas Bach und der fehlende politische Beitrag für das deutsche Projekt, hätten den Ausschlag dazu gegeben, dass die russische Metropole den Sprung unter die letzten fünf Bewerberstädte schaffte, Leipzig hingegen vorzeitig am „Cut“ scheiterte.

Hypothese:

Das IOC schätze die Leipziger Bewerbung weit kritischer ein als das deutsche NOK. Besonders schlecht wurden die Kategorien „Beherbergung“ und „Infrastruktur“ des sächsischen Kandidaten bewertet. Diese waren von der Presse im Vorfeld der Entscheidung immer wieder als mögliche „K.o.-Kriterien“ benannt worden.

Die Bewerberstadt Leipzig hätte jedoch allein aufgrund der technischen Bewertung des IOC nicht aus dem Wettbewerb um die Olympischen Spiele 2012 ausscheiden dürfen. Die Evaluierung des IOC ist wissenschaftlich zweifelhaft, da über die Bewertung der elf im Vorfeld bestimmten Kategorien weitere Kriterien in die Evaluierungsergebnisse eingingen. Für die angestellte Endbewertung gibt es keine nachvollziehbare mathematische oder statistische Grundlage. Nach wissenschaftlich einwandfreien Berechnungen hätte die Leipziger Vorhaben in der Evaluierung somit vor der Moskauer Bewerbung liegen müssen. Nach dieser Analyse der Evaluierungsergebnisse ergibt sich somit eine Diskrepanz zwischen dem Aussagehalt des IOC-Reports und einer tatsächlich einwandfreien wissenschaftlichen Messung. Somit muss konstatiert werden, dass Leipzig nicht aufgrund der technischen Bewertungen in der Vorrunde ausschied, sondern offensichtlicht aufgrund von persönlichen Einstellungen der IOC-Exekutive und aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht als Bewerberstadt für die Olympischen Spiele akzeptiert wurde. Kritisch zu hinterfragen bleibt die mangelnde Auskunftsbereitschaft des IOC, das an einer transparenten Darstellung ihrer Evaluierung kein Interesse zu haben schien.

4.4.3 Reaktionen auf die Niederlage

„Das Exekutivkomitee hat erkannt, dass Leipzig in dieser Phase nicht in der Lage ist, exzellente Spiele durchzuführen.“[620] Mit dieser Aussage von IOC-Präsident Jaques Rogge am Tag der Vorausscheidung, war die Bewerbung Leipzigs um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 gescheitert. Das IOC verweigerte der Messestadt die Anerkennung als „*Candidate City*“ und schloss Leipzig aus dem weiteren Bewerbungsverfahren aus. Die Resonanz innerhalb der deutschen Presseberichterstattung war enorm und der Umfang innerhalb der Presseerzeugnisse bemerkenswert hoch. Allein die *Leipziger Volkszeitung* berichtete am 19. Mai 2004, einen Tag nach der Entscheidung, auf insgesamt neun Seiten über die Entscheidung des IOC und die mit dieser verbundenen Reaktionen. Bei der Analyse des zu untersuchenden Materials fielen innerhalb der Berichterstattung eindeutige Tendenzen der Presse bezüglich des Scheiterns der Olympiabewerbung auf. Diese sollen nachfolgend beschrieben werden, um aus denen zur Sprache gebrachten Diskursen und Standpunkten der einzelnen Presseerzeugnisse mögliche Folgen des gescheiterten Vorhabens ableiten zu können.

Im Vordergrund des Presseechos am Tag nach der IOC-Entscheidung standen die Analyse, warum Leipzig den „Sprung unter die letzten Fünf“ nicht geschafft hatte, und die Einordnung dieser Ablehnung in den sportpolitischen Gesamtrahmen in Deutschland. Die Gründe für das Scheitern aus Sicht des IOC wurde in der Presse schnell benannt: Neben einer mangelnden Infrastruktur hätten vor allem die Beherbergungsprobleme den Ausschlag für die Nichtberücksichtigung gegeben. Jaques Rogge hatte dazu im Rahmen der Ausscheidung bemerkt: „Wir waren nicht überzeugt, dass alle Versprechungen ohne Probleme realisiert werden konnten. Dies galt insbesondere für den Mangel an Hotelbetten und Straßen“.[621] Die Exekutivkommission des IOC bewertete Leipzig in beiden Kategorien mit „ungenügend“.[622] Presseübergreifend waren diese im Vorfeld immer wieder als „K.o-Kriterien“ benannt worden. Die Befürchtungen hätten sich bestätigt, schrieb die *FAZ* und sah in den benannten Kategorien die „Knackpunkte“.[623] Leipzigs Scheitern sei somit „früh absehbar“ gewesen urteilte das Blatt. Das IOC habe genau in die Bereiche das „schwerste Gewicht“ gelegt, „wo Leipzigs Schwächen waren.“ Ähnlich sah es auch die *SZ*: „Leipzig hielt von Anfang an Spitzenposition auf der Strechliste, aber der deutsche Sport wollte sich vorbeimogeln“[624], befand sie am gleichen Tag.

---

[620] Pressestatement von IOC-Prsident Jaques Rogge am 18. Mai 2004 zum Ausscheiden Leipzigs
[621] FAZ, 19.5.2004
[622] Vgl. : Kapitel 4.4.2
[623] FAZ, 19.5.2004
[624] SZ,19.5.2004, S,4

Die Welt beurteilte das Ausscheiden theatralischer: „Die bittere Wahrheit“ wäre, dass „Deutschland mit Kuba auf einer Stufe [steht]“.[625] Der Prüfbericht der Expertenkommission hätte eine klare Aussage getroffen. Die Ergebnisse seien „klar, unzweideutug und präzise“ bilanzierte *Die Welt* drei Tage nach der Entscheidung. „Die Formulierungen lassen an Aussagekraft nichts zu wünschen übrig“.[626] Dieser Argumentation kann die vorliegende Analyse nicht folgen. Es ist nach dieser Arbeit deutlich geworden, dass das Erhebungsverfahren des IOC Schwächen hatte und wissenschaftlich nicht transparent durchgeführt worden war. Dies konnte die Zeitung zum damaligen Zeitpunkt sicher nicht bemessen. Eine genauere Analyse des Inhalts hätte jedoch selbst ohne ein Wissen um die Ergebnisse dieser Arbeit durchaus vorgenommen werden können. So galt bereits zum damaligen Zeitpunkt als bedenklich, wie das IOC-Expertenteam beispielsweise den so genannte „Wahrscheinlichkeitsfaktor“ bemaß. Mike de Vries tobte noch Tage nach der Entscheidung in der *LVZ*, man sei in den Kategorien „Beherbergung“ und „Infrastruktur“ falsch bewertet worden. „Der Wahrscheinlichkeitsfaktor bei der Beherbergung lag bei 0,6, wir waren von 0,8 ausgegangen“[627], beklagte sich der Geschäftsführer der Olympia-GmbH. Doch IOC-Präsident Jaques Rogge war dieser Art von Diskussion schon direkt nach der Ausscheidung in Lausanne entgegengetreten: „Es ist nicht unsere Aufgabe, unsere Wahl zu rechtfertigen, sondern die Pflicht der Bewerber, die geforderte Qualität zu bieten“.[628]

Dennoch ließ sich, wie bereits dargelegt über die Rechtmäßigkeit der Messung durchaus kontrovers debattieren. Dies tat auch die *Berliner Zeitung*, die resümierte, dass das Leipziger Konzept in den Punkten „Finanzierung“ und „Erfahrungen mit Großsportveranstaltungen“ überaus großzügige Punktzahlen erhalten hätte. Die Finanzkategorie wäre schlicht „überbewertet“[629] gewesen, schrieb Jens Weinreich. Wie die Sachsen in diesem bereich den besten Platz aller Kandidaten belegen konnten, blieb auch der *Süddeutschen Zeitung* unerklärlich. Die Spitzennoten im Bereich Finanzen seien „ein Witz“, angesichts eines wohl zu veranschlagenden Gesamtvolumens des Projektes von zehn Milliarden Euro.[630] Genaue Zahlen waren vom NOK im „Questionnaire“ nicht vorgelegt worden.

Die Lokalzeitung in Leipzig hatte in diesem Zusammenhang kaum eine eingehende Recherche betrieben. „Die Computer haben richtig gerechnet“, schrieb die LVZ auf der

[625] Die Welt, 19.5.2004
[626] Die Welt, 21.5.2004
[627] LVZ, 25.5.2004, S.25
[628] FAZ, 19.5.2004
[629] Berliner Zeitung, 19.5 2004
[630] Vgl.: SZ, 19.5.2004, S.37

ersten Seite, fasste diesen Satz jedoch in die Überschrift „Falsches Spiel“[631]. So vermutete der neue Chefredakteur Bernd Hilder, der erst zum Jahreswechsel 2003/2004 die redaktionelle Leitung der *LVZ* übernommen hatte, von „unappetitliche Verrenkungen hinter den Kulissen“[632]. Zwar schien die Zeitung das IOC-Urteil notgedrungen zu akzeptieren, vermutete jedoch hinter der Berücksichtigung Moskaus politische Dimension im Rahmen der Abstimmung. Es ist bereits erläutert worden, dass der „Druck Putins für Moskau“[633] der Einbeziehung der russischen Hauptstadt in den Kreis der verbliebenen Kandidaten durchaus hilfreich gewesen sein könnte. Selbst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sprach in diesem Zusammenhang von einer „Verbeugung vor Russland“[634], auch wenn Jaques Rogge behauptete gegen politischen Druck „resistent“[635] zu sein.

Letztendlich aber wertete das IOC das Angebot Leipzigs als nicht überzeugend, obwohl diese ihr Angebot als „individuell und interessant“ einstuften.[636] Diese Diskrepanz war scheinbar die Ursache dafür, dass zwangsläufig die „Schuldfrage“ geklärt werden musste. Hier wurde besonders deutlich, was die Arbeit aufzeigen im Kern aufzeigen will, dass sich die Diskurse überlagern und sich gegenseitig bedingen. So wird beispielsweise ausgehend von einem Rückblick auf die Ereignisse im Verlauf der internationalen Bewerbungsphase gleichzeitig von der Presse den Versuch unternommen, mögliche „Schuldige“ für das Scheitern des Projektes zu präsentieren. Die Beschuldigungen trafen dabei im Wesentlichen einzelne Personen des NOK, als auch das Gremium selbst, sowie die Bundesregierung und den deutschen Sport. Besonders deutlich wurde dabei, dass sich dieser Diskurs zwangsläufig aus den Ergebnissen der Wahl ergab und wiederum neue Anstöße zu kontroversen Debatten geben konnte. Damit wird der Prozesscharakter der Entwicklungen deutlich.

So entstand bereits in der Berichterstattung am Tag nach dem Scheitern Leipzigs neben der mehr oder weniger tiefgehenden Versuchen einer Analyse der IOC-Ergebnisse ein neuer Diskus über mögliche Schuldzuweisungen. Zunächst wurde dabei von Presseseite harte Kritik geübt: Das Ausscheiden wäre ein „Debakel für den Sport in Deutschland“[637], titelte die *FAZ*. Die *SZ* argumentierte gleichgerichtet: „Der deutsche Sport hat auf breitester Front versagt“ und forderte sowohl strukturelle als auch personelle Auf-

[631] SZ, 19.5.2004, S.37
[632] LVZ, 19.5.2004
[633] SZ 19.5.2003, S.37
[634] FAZ, 19.5.2004
[635] Die Welt, 23.5.2004, S.16
[636] FAZ, 19.5.2004
[637] FAZ,19.5.2004

klärung.[638] *Die Welt* hingegen sah in der Ablehnung der Leipziger Bewerbung vor allem eine „Schlappe für die Bundesregierung“[639], da diese die Wahl Leipzigs im nationalen Vergleich forciert habe. Sie lobte jedoch gleichzeitig das Eingreifen Otto Schilys, ohne den die Bewerbung bereits „in einer frühzeitigeren Blamage“[640] geendet hätte. Die Zeitung warnte eindringlich vor der „Schulddebatte“, die sich allerdings, wie beschrieben, schon entwickelt hatte. Das Leipziger Stadtmagazin *Kreuzer* vermutete, dass nun das „Hauen und Stechen“[641] beginnen würde. Die *LVZ* argumentierte ähnlich wie *Die Welt* und sah vor allem in der Zurückhaltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber der Bewerbung den Grund für das vorzeitige Scheitern. Für das „Lausanner Todesurteil“[642], so schrieb das Blatt in einer drastischen Sprache, trage die Bundesregierung eine Teilschuld.

Auch die in nationalen Ausscheidung unterlegenen Städte beteiligten sich an der Debatte: So betonte Horst Meyer, ehemaliger Geschäftsführer der Hamburg für Olympia 2012 GmbH die Niederlage Leipzigs mit dem kaum nachweisbaren Statement: „Uns wäre das nicht passiert“[643]. Sein Hamburger Kollege Hennig Voscherau, dem viele durch seine Streitereien mit dem Konkurrenten Düsseldorf eine Schuld an der Hamburger Niederlage im nationalen Wettbewerb gaben, teilte mit, man stehe vor einem „sportpolitischen und politischen Scherbenhaufen.“[644] „Im NOK, im DSB und in der Politik haben jetzt viele einen Grund, selbstkritisch nachzudenken.“[645]

Doch ähnlich wie in anderen Bereichen der Gesellschaft versuchten die „Beschuldigten“ die medialen Vorwürfe dadurch zu milden, indem sie die Debatte „kleingeredeten“. Die Reaktion von Leipzigs Oberbürgermeister auf das Ausscheiden seiner Stadt, wirke „pathetisch“[646], wie die *FAZ* bemerkte. Für Tiefensees Statement: „Dieses Feld adelt jeden, der mitgemacht hat“, hatte das Blatt nur Hohn übrig. Von „Löwenmut“[647], den der OB seiner Stadt ausstelle, könne keine Rede sein. In der *LVZ* versicherte derweil der für Burkhard Jung nachgerückte Olympia-Koordinator Engelbert Lütke-Daldrup, dass die beschlossenen Sofortmaßnahmen der Infrastruktur weitergeführt werden würden.[648] Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* versuchte Innenminister Schily nach „Positivem

[638] Vgl.: SZ, 21.5.2004
[639] Welt, 19.5.2004
[640] Welt, 19.5.2004
[641] Kreuzer 06/2004
[642] LVZ, 19.5.2004
[643] Welt, 19.5.2004
[644] Ebenda
[645] Ebenda
[646] FAZ, 19.5.2004
[647] Ebenda
[648] Vgl.: LVZ, 19.5.2004, S.17

in der Niederlage“[649] zu suchen: Man dürfe jetzt „nicht in typisch deutsche Depressionen verfallen“, forderte er. „Wir können stolz auf sein und sollten und nicht in negative Stimmungen hineinziehen lassen“[650], äußerte Schily in einer ersten Reaktion auf die Niederlage. Der Geschäftführer der Olympia-GmbH, Peter Zühlsdorff betonte, dass die Kosten für die Olympiabewerbung nicht so hoch ausgefallen seien, wie gedacht. Seinen Berechnungen zufolge, habe das Projekt 11 Millionen Euro gekostet. „So teuer war das gar nicht“.[651]

Verwundert zeigte sich die Presse vor allem über die Aussagen von NOK-Chef Klaus Steinbach: „Nichts ist schief gelaufen“[652], behauptete dieser, man sei lediglich „in zwei Kategorien nicht sonderlich gut bewertet worden“.[653] Schließlich hätte man „am Cut gekratzt“, meinte Steinbach. Natürlich müsse das NOK aus der Ablehnung „seine Lehren ziehen“, sagte er weiter und musste sich dafür von der *FAZ* den Vorwurf „mangelnder Selbstkritik“ gefallen lassen.[654] Der deutsche Bewerber habe im Gegensatz zu den anderen Kandidaten „nur Amateure“ gehabt, resümierte die *Berliner Zeitung* im Hinblick auf die aus Ihrer Sicht „durchschnittliche Personalbesetzung“ der Leipziger Olympia-GmbH.

Die Ablehnung der Stadt löste scheinbar starke emotionale Reaktionen sowohl bei der Bevölkerung als auch der Presse aus. Während die *LVZ* die Gefühle der Menschen auf dem Marktplatz in Leipzig zu dokumentieren versuchte und von „Tränen, Frust und Unverständnis“[655] über die ablehnende Haltung des IOC berichtete, beschrieb die *Berliner Zeitung* in einem Kommentar die Situation sarkastisch: „Die Fehler werden bei anderen gesucht, so was nennt mal wohl deutsche Mentalität.“[656] In Leserbriefen der *taz* äußerte man sich wütend über die geführte Debatte: So klangen die Ausführungen von Leser Frank Leschonski wie eine Abrechnung mit allen Beteiligten der Bewerbung: „Was sich da abspielte ist die […] Mischung aus Größenwahn und Inkompetenz, gepaart mit dem steigenden Bemühen um persönliche Vorteilsnahme und dem Auf-die-Seite-Schaffen von Geldern.“[657] Der *Kreuzer* versuchte es in seiner Juni-Ausgabe mit Sentimentalität: „Vielleicht haben die Tränen der Leipziger ein paar Menschen in den alten Bundesländern dazu gebracht, etwas Sympathie für die mehrheitlich nicht getra-

[649] SZ, 19.5.2004 S.37
[650] Ebenda, S.1
[651] FAZ, 19.5.2004
[652] Berliner Zeitung, 19.5.2004
[653] Ebenda
[654] Vgl.: FAZ, 19.5.2004
[655] LVZ, 19.5.2004
[656] Berliner Zeitung, 19.5.2004
[657] taz, 19./20.6.2004

gene Bewerbung aufzubringen“, schrieb Chefredakteur Björn Achenbach und versuchte so die Ressentiments zwischen „Ost“ und „West“ wieder aufzuwärmen. Doch auch hierzu fand ein Leserbrief der taz eine beißend-spöttische Antwort: Nach der „verdienten Abfuhr, jetzt auf die ‚Wir armen Ostdeutschen’-Tränendrüse zu drücken macht schon ein wenig fassungslos“.[658]

Die Pressemitteilung des NOK fiel vor im Gegensatz zur emotional geführten Debatte hingegen fast emotionslos aus. In dieser hieß es: „Das Bewerberkomitee Leipzig 2012 nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass Leipzig nicht zum Kreis derjenigen Städte gehört, die das IOC heute in Lausanne als ‚Candidate Cities’ für die Austragung der Olympischen Spiele und Paralympischen Spiele 2012 nominiert hat.“[659] Trotz der IOC-Entscheidung habe Leipzig an Identität gewonnen.[660] NOK-Vizepräsident Grag Landsberg-Velen rief den Leipzigern zu: „Bewahren Sie die Kraft der Vision“.[661] Nach Ansicht der *Berliner Zeitung* war die Vision schon kurz nach dem 12. April 2003 beendet: „Die Chancen wurden schnell verspielt“, meinte Jens Weinreich und titelte: „Verspielt, Verloren. – Sorry Leipzig. Schade Deutschland“.[662] Thomas Kistner forderte stellvertretend für die *SZ*, dass die „Leipziger Luftnummer nicht als sportpolitische Panne abgehackt werden“ dürfe und sah den „Olymp in weiter Ferne“.[663]

Besonders kontrovers wurde innerhalb der Aufarbeitung der gescheiterten Bewerbung eine Aussage von IOC-Präsident Jaques Rogge diskutiert, der auf die Frage, ob Leipzig für Olympische Spiele einfach zu klein sei, antwortete: „Definitiv!“[664] Mit diesem eindeutigen Statement erteilte er sowohl Leipzigs Idee einer „ganzen Stadt als olympisches Dorf“ eine Absage und schien die Skeptiker zu bestätigen, die eine möglichen Anti-Gigantismus-Offensive des IOC für kaum möglich hielten. So urteilte die *FAZ* zu diesem Thema: Die Anti-Gigantismus-Debatte sei ein „Missverständnis, da die Olympische Spiele [zweifelsfrei] das mit Abstand größte Sportereignis der Welt bleiben [werde].“[665] Die *LVZ* fragte indes, wie es komme, dass man „plötzlich zu klein?“[666] wäre. Noch im April 2004, als Rogge Leipzig besuchte hätte dieser verkündet: „Es gibt kein Kriterium, dass an die Einwohnerzahl gebunden ist“.[667] Diesen Verweis sah man in Leipzig scheinbar als Bestätigung dafür, dass die Durchführung auch in einer Stadt mit

[658] taz, 19./20.6.2004
[659] NOK-Pressemitteilung vom 18.5.2004
[660] Vgl.: Ebenda
[661] Kreuzer 06/2004
[662] Berliner Zeitung, 19.5.2004
[663] SZ, 19.5.2004, S.4
[664] FAZ, 19.5.2004
[665] FAZ, 19.5.2004
[666] LVZ, 19.5.2004
[667] Ebenda

weniger als einer Million Einwohnern stattfinden könnte. So bilanzierte die *LVZ*: „Rogges ‚Definitiv'-Votum habe zerstörerische Wirkung"[668], um drei Tage später zu behaupten, „man hätte sich von der Philosophie der „kompakten Spiele" irreführen lassen."[669] Die *taz* sah es pragmatischer und vermutete, dass das „IOC offensichtlich noch nicht soweit [sei], den propagierten Weg der Bescheidenheit auch wirklich gehen zu wollen".[670]

Ob der von Rogge vorgeschlagene Weg, den Gigantismus der Olympischen Spiele einzudämmen, zukünftig überhaupt beschritten werden kann, muss an dieser Stelle bezweifelt werden. Wie schon aus den Ausführungen der FAZ deutlich wurde, ist es das mit Abstand weltgrößte sportliche Ereignis. „Olympia kommt nicht ins Dorf." titelte die *SZ* mit Blick auf die Debatte und wies Leipzig nachträglich nochmals auf die im Vergleich zu den anderen Bewerberstädten verhältnismäßig geringen Flächen- und Bevölkerungsmaße hin. „Wie naive Dorfbewohner wollten die Leipziger nicht wahrhaben, dass sie gegen Metropolen, wie London oder Paris nicht mithalten können"[671], brachte die Zeitung ihre Haltung zum Ausdruck. Inzwischen wäre ja „bereits die Auswahl der Finalisten ein Ereignis von Weltrang"[672], scherzte die *Berliner Zeitung* und nahm dabei Bezug auf das enorme Medieninteresse an der Vorentscheidung. Neben den rein sportlichen Wettkämpfen gehe es vor allem um Geld. „Soviel zum Anti-Gigantismus".[673]

Vor diesem Hintergrund erschienen die Versuche des NOK zweifelhaft, dass IOC für den Umstand verantwortlich zu machen, man habe nie kommuniziert bekommen, als kleine Stadt kaum Chancen auf ein Weiterkommen zu haben. Besonders die Aussagen von NOK-Vizepräsident Graf Landsberg-Velen erschienen dabei den meisten Journalisten scheinbar suspekt. Dieser schimpfte acht Tage nach der Entscheidung: „Wir sind düpiert worden. Es ist grotesk: Wenn uns das vorher bekannt gewesen wäre, hätten wir uns das alles sparen können."[674] Scheinbar hatte er unter anderem den erwähnten Beitrag des IOC-Mitglieds Denis Oswald aus dem Jahr 2003 übersehen, der damals im *Spiegel* erklärt hatte, dass eine Stadt mit Einwohnerzahlen unter einer Million keine Chance hätte. Dass Leipzig „für die Spiele zu klein" wäre, hätten zudem viele Experten im Vorfeld geäußert, schrieb die *Berliner Zeitung*.[675]

---

[668] LVZ, 19.5.2004
[669] Ebenda, 22.5.2004
[670] taz, 19.5.2004
[671] SZ, 19.5.2004, S.10
[672] Berliner Zeitung, 18.5.2004
[673] Ebenda
[674] LVZ, 26.6.2004, S.21
[675] Berliner Zeitung, 19.5.2004

„War Leipzig der richtige Kandidat?“ fragten *Die Welt* und auch die *LVZ* nach der Entscheidung übereinstimmend. Die Frage kann nach der Analyse mit einem „Nein“ beantwortet werden. „In und um Leipzig ist viel falsch gemacht worden.“[676] Die Probleme begannen dabei bereits in der nationalen Bewerberphase. Auch wenn Otto Schily den Vorwurf zurückwies, die Politik hätte sich bei der Vorauswahl zu stark für Leipzig eingesetzt, muss konstatiert werden, dass mit Leipzig ein Kandidat in den internationalen Wettbewerb entsendet wurde, der von Beginn an kaum realistische Chancen hatte. Der Prozess der NOK-Evaluierung und deren Ergebnis erschienen postum als derart überzogen, dass sich selbst internationale Beobachter bereits nach der nationalen Wahl in Deutschland über die vermeidlichen Stärken der Stadt gewundert hatten. Auch IOC-Präsident Rogge hatte sich erstaunt über die Wahl der sächsischen Stadt gezeigt und wertete die eingereichten Unterlagen des NOK im internationalen Vergleich später als „überoptimistisch“. *Die Welt* schlussfolgerte daher, dass das deutsche NOK durch das IOC überführt worden wäre. „Schönfärberisch bis zur Konturenlosigkeit“ hätte das NOK „Schwächen zu Stärken“ erklärt.[677]

Das IOC hatte sich mit Blick auf die Schwierigkeiten um Sydney 2000 und Athen 2004 insofern konsequent gezeigt, als dass es bei den Kategorien „Beherbergung“ und „Infrastruktur“ nicht ungesehen die nachweislich geschönten Zahlen der Leipziger Olympia-Organisatoren übernahm. Diese waren deutlich zu hoch angesetzt und die Wahrscheinlichkeit einer Einhaltung der versprochenen Maßnahmen, wurde vom IOC als „nur bedingt glaubwürdig“ eingeschätzt.

„Der 12.4. – so schön er auch war, hat uns allen den Kopf verdreht. Der Höhenrausch war ein fantastisches Gemeinschaftserlebnis, der Realität angemessen war er nie“[678], schrieb der *Kreuzer* in der Juni-Ausgabe 2004 auch ein wenig selbstkritisch. Noch ein Jahr zuvor war das Stadtmagazin durch eine enthusiastisch-lokalpatriotische Berichterstattung bezüglich des eigenen OB aufgefallen. „Leipzig kehrt auf den Boden der Tatsachen zurück“[679], meinte auch *FAZ*. Der *LVZ*-Chefredakteur Bernd Hilder resümierte: „Viele Probleme der Stadt ungelöst“.[680] Eine These, die angesichts der durchgeführten Analyse als gesichert angesehen werden kann, da zum einen viele Schwierigkeiten der Stadt durch die Bewerbung überlagert wurden oder durch das letztendliche Scheitern aufgrund ungesicherter Finanzfragen möglicherweise nicht durchsetzbar sein werden.

---

[676] SZ, 19.5.2004, S.4
[677] Vgl.: Die Welt, 19.5.2004
[678] Kreuzer 06/2004
[679] FAZ, 19.5.2004
[680] LVZ, 19.5.2004

4.4.4 Die Folgen der gescheiterten Olympiabewerbung

Die Gründe des Scheiterns der Olympiabewerbung und die Reaktionen darauf sind durch die Erstellung des Thesenkataloges und die weitergehende Analyse der Pressebeiträge dargelegt worden. Im Folgenden soll abschließend ein kurzer Blick auf mögliche Folgen des gescheiterten Leipziger Projektes geworfen werden. Im Wesentlichen widmet sich die Betrachtung drei Themenkomplexen: Zum ersten wird die Rolle des deutschen NOK diskutiert, da das Gremium nach der IOC-Entscheidung eine verstärkt kritische Berichterstattung erfahren hatte. Daraus ergibt sich fast zwangsläufig der Blick auf eine mögliche Neuordnung des deutschen Sports. Dabei stand vor allem eine mögliche Fusion des NOK mit dem DSB im Mittelpunkt. Abschließend wird darüber spekuliert, ob und wann eine erneute Bewerbung für Olympia – seien es nun Sommer- oder Winterspiele – für sinnvoll angesehen kann.

Mit der Ablehnung des deutschen Kandidaten durch das IOC geriet das deutsche NOK unter erheblichen Druck. Die Bewertungen des Experten-Teams des IOC setzten die NOK-Evaluierung aus dem März 2003 im Nachhinein in ein zweifelhaftes Licht. Hatte die Presse damals bereits bemängelt, dass laut NOK-Angaben angeblich alle deutschen Bewerber für eine Olympiabewerbung tauglich gewesen wären, erteilte das IOC dem deutschen Kandidaten eine Absage. Und auch wenn sich über einige Details der Bewertungen des IOC streiten ließe und die internationale Evaluierung durchaus Fehler aufwies, war die Diskrepanz zwischen der NOK- und der IOC-Evaluierung erheblich. Das deutsche Sportgremium hatte nach wochenlanger Evaluierung unter NOK-Vizepräsident Graf Landsberg-Velen seinen Kandidaten für gut aufgestellt gesehen. Es wäre ein „teurer Irrtum“[681] gewesen, schilderte die FAZ, denn nachweislich seien die angenommenen Bewertungsnoten des NOK viel zu hoch ausgefallen.

Zwar hatte das NOK einer den IOC-Evaluierungsrichtlinien ähnliche mathematische Bewertungsmethode gewählt, erhob jedoch, in Abkehr zur internationalen Ausrichtung, andere Kategorien zu vermeidlich wichtigen Bestimmungsgrößen. So kritisierte auch Buchautorin Cornelia Jeske: „Das NOK orientierte sich bei ihrer Bewertung der deutschen Kandidatenstädte an 15 Kriterien, die mit den zehn des IOC nicht deckungsgleich waren. Dem NOK war zum Beispiel wichtig, wie sich die Bewerberstadt für den Sport engagiert, ob es Sportgymnasien und eine angemessene Anzahl an Sportstunden gibt – alles Kriterien, die für das IOC keine Rolle spielten. Die aber in Leipzig und Sachsen natürlich gut Punkte brachten. Hätte das NOK ausschließlich die zehn IOC-Kriterien

[681] FAZ, 19.5.2004

zugrunde gelegt, wäre Leipzig [in der nationalen Addition] nicht auf Platz zwei gekommen".[682]

Besonders signifikante Unterschiede zwischen der nationalen und internationalen Evaluierung traten daher in den Bereichen „Infrastruktur", „Beherbergung", „Gesamtkonzept" sowie „Transport" und „Sportanlagen" auf. Ungünstig war dies für Leipzig insofern, als dass es sich bei den benannten Begriffen um hoch und sehr hoch gewichtete Kategorien handelte. Die nachfolgende Abbildung zeigt die NOK- und IOC-Evaluierung im Vergleich. Als Vergleichsgrundlage wurden die elf technischen Kriterien des IOC gewählt und dann in die Beziehung zu den NOK-Ergebnissen gesetzt.

Das NOK bei der Bewertung zu optimistisch?

Kriterium	Punkte NOK	Gewichtung NOK / IOC	Punkte IOC	Punktedis-krepanz (I)*	Punktediffe-renz (II)**
1. Umwelt	18,2	2 / 2	15,2	3	3
2. Erfahrung Sportereignisse	12,22	2 / 2	16,4	-4,18	-4,18
3. Unterstützung Regierung *	8,9	1 / 2	11,6	-	6,2
4. Sicherheit *	-	- / 3	20,7	-	-
5. Finanzierung	26,22	3 / 3	22,95	3,27	3,27
6. Gesamtkonzept	29,49	3 / 3	16,5	13,01	13,01
7. Transportkonzept *	38,2	4 / 3	19,8	-	11,9
8. Sportanlagen	34,04	4 / 4	24,6	9,44	9,44
9. Olympisches Dorf	34,84	4 / 4	29,0	5,84	5,84
10. Beherbergung	44,25	5 / 5	26,75	17,5	17,5
11. Infrastruktur	49,0	5 / 5	23,75	25,25	25,5
Summe I. ***	248,26		175,15	**73,11**	
Summe II. ****	304,26		213,15		**91,11**

Abbildung 18: Die NOK- und IOC-Evaluierung im Vergleich

* Die Punktedifferenz (I) berücksichtigte die Diskrepanz in den Kategorien, in denen von beiden Gremien eine gleiche Gewichtung veranschlagt wurde. So blieben hier die „Unterstützung der Regierung", die „Sicherheit" und das „Transportkonzept keine Berücksichtigung. Positive Zahlen in diesem Bereich zeigen auf, dass diese Kategorie vom NOK besser bewertet wurde, als vom IOC.

** Die Punktedifferenz (II) berücksichtige auch die unterschiedlichen Gewichtungen. Dazu wurde die Messung der Kriterien „Unterstützung der Regierung" und „Transportkonzept" so angenommen, als hätten sie die gleiche Gewichtung erhalten. So ergäbe sich beispielsweise bei Kriterium 3 für das NOK bei einer Gewichtung zwei ein Wert von 17,8 Punkten. Im Vergleich mit der IOC-Bewertung (11,6) ergäbe sich so eine Differenz von 6,2 Punkten. Das Kriterium Sicherheit entfiel, da in dieser Hinsicht vom NOK keine Bewertung als Vergleichsbemessung vorgenommen wurde

*** Summe I: Punkteaddition ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Gewichtungen. Es gingen demnach nur die acht gleichgewichteten Kriterien in die Summe ein

**** Summe II: Punkteaddition mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Gewichtungen. So ergab sich für „Unterstützung der Regierung" für das NOK ein Wert von 17,8 Punkten. Beim „Transportkonzept" für das IOC ein Wert von 26,4 Punkten. Demnach gingen in diese Summe 10 Kriterien in die Summe ein.

[682] Jeske-Interview, 14.10.2004

Die erstellte Abbildung erzeugt eine Menge von Erkenntnissen. So wird deutlich, dass das NOK bei der Benotung offenbar zu großzügig vorgegangen war. Vergleicht man die Zahlen, scheint die Aussage Rogges einer „überoptmistischen“ Darstellung von Seiten des deutschen NOK durchaus zuzutreffend zu sein. Die Unterschiede sind signifikant: So bewertete das NOK das Kriterium „Infrastruktur“ mehr als doppelt so gut, wie das IOC (49,0 zu 23,75 Punkte). „Was diesen Bereich anging, hatten die Leipziger Planer beeindruckende Zahlen errechnet“[683], meinte Cornelia Jeske dazu. 150.000 Menschen in zwei Stunden hätte man dank S-Bahn-Anschluss abtransportieren können, so die Berechnungen der Leipziger. Diese Zahlen zählten, auch wenn Planer aus dem Ministerium in Dresden das anzweifelten. Realistisch wären nach Jeskes Aussagen aufgrund des nachteiligen Schienennetzes jedoch „nicht mehr als 20.000 Leute“[684] gewesen.

Eine ähnlich starke Diskrepanz beider Evaluierungen wies das Kriterium „Beherbergung“ auf. Hier ging das NOK davon aus, alle geforderten Anforderung zu erfüllen. Doch der Bereich der Hotelbetten wurde scheinbar nur sehr ungenau erfasst. Nach den Richtlinien des IOC hätten die Hotelbetten entsprechend der Verteilung der Sportarten nur anteilig auf die beteiligten Städte angerechnet werden dürfen. Die Leipziger Planer wiesen aber nachweislich neben den umstrittenen Schlafwagons (Sleep & Rail) auf stillgelegten Gleisen auch Hotels in Dresden aus. „Für die 42 000 geforderten Zimmer der Kategorien hätte man nicht alle Dresdener Hotels einbeziehen können, da in Dresden so gut wie keine Veranstaltungen mehr stattfinden sollten.“[685] Die *Berliner Zeitung* sprach in diesem Zusammenhang von einer großen „Hotelzimmerkapazitätenlüge“.[686] Das IOC folgte den NOK-Angaben nicht und bewertete Leipzig in dieser Kategorie um fast 40 Prozent schlechter.

Offenkundig waren hier die Probleme des „Kompaktkonzeptes“ geworden, da mit der Fokussierung auf Leipzig allein, die Probleme bei der Beherbergung zunahmen. Vermutlich wären in Bezug darauf Überlegungen richtig gewesen, „das enge Leipziger Sportstätten-Konzept ein wenig zu weiten und auch Dresden mehr einzubeziehen. […] Doch „die nationalen Evaluierer unter Graf Landsberg-Velen sahen, aus welchen Gründen auch immer, darüber hinweg“[687], resümierte Jeske dieses Problem. „Auch in der Sportinfrastruktur hätte die Rechenkunst der Leipziger Stadtväter“ beeindruckt, meinte

[683] Interview Jeske, 14.10.2004
[684] Ebenda
[685] Ebenda
[686] Weinreich-Fragebogen
[687] Interview Jeske, 14.10.2004

die Autorin.[688] Nach Angaben des NOK sollten 35 Prozent aller Sportstätten bereits vorhanden sein. Selbst der für Planung und Bau zuständige Leipziger Beigeordnete und Jung-Nachfolger Engelbert Lütke Daldrup, musste auf Nachfragen zugeben, „dass da vielleicht auch die Marathonstrecke (die nicht mehr gebaut werden hätte müssen) in die Rechnung einging“.[689] Zudem bewertete IOC Leipzig in dieser Kategorie vor dem Hintergrund der fehlenden Nachhaltigkeit um fast 30 Prozent schlechter.
In der Gesamtrechnung kam man auf eine ähnliche Abweichung. Demnach zeigt der Vergleich beider Evaluierungen, dass das IOC den Leipziger Olympiaplanern nur 70 Prozent dessen glaubten, was das deutsche NOK für den deutschen Kandidaten errechnet hatte. Vor dem Hintergrund, dass beispielsweise die Bereiche „Finanzierung“ und „Erfahrungen mit Sportereignissen“ vom IOC sehr großzügig bemessen wurde, erscheint die Diskrepanz zwischen beiden Erhebungen umso größer.

Klaus Steinbach, NOK-Chef und Vorsitzender der Olympia-GmbH betonte gegenüber der *LVZ*, man „fühle sich nicht verstanden“[690] und die Lokalzeitung betonte auf der ersten Seite: „Gefragt werden muss sich, warum es nicht gelungen ist, das Konzept dem IOC und den von ihm beauftragten Expertenteam zu vermitteln“.[691] Ein, wie die Analyse gezeigt hat, falscher Ansatz. Die Frage war nicht, warum das Konzept nicht vermittelbar war, sondern wie es sein konnte, dass zwischen der nationalen und internationalen Erhebung ein derartiger Ergebnisunterschied zustande kommen konnte. Der Forderung der *LVZ*, dass „mehr Vertrauen nötig gewesen wäre“[692], erteilte IOC-Präsident Rogge Tage später in einem Interview mit der *Welt* eine Absage: Das IOC hätte keine Fragezeichen gemocht und „arbeitet nicht gern nur auf der Basis von Plänen“[693], erklärte er. Die *Süddeutsche Zeitung* stellte klar, dass Sympathie keine Rolle gespielt hätte und machte technische und politische Probleme der Leipziger Bewerbung für die Niederlage verantwortlich[694] „Das Sport und Politik Fakten beiseite schoben, zeugt von kleinkariertem Denken angesichts der internationalen Aufgabe“[695], bemerkte die Zeitung. „Für Visionen gibt es keine Punkte“[696] urteilte auch die *FAZ*, und die *SZ* stellte klar, dass das Scheitern „eine Frage der handelnden Personen“[697] gewesen wäre.

---

[688] Vgl.: Jeske-Interview, 14.10.2004
[689] Jeske-Interview, 14.10.2004
[690] LVZ, 19.5.2004, S.24
[691] LVZ, 19.4.2004, S.1
[692] Ebenda
[693] Die Welt, 23.5.2004, S.16
[694] SZ, 19.5.2004, S.1
[695] SZ, 19.5.2004, S.4
[696] FAZ, 23.5.2004
[697] SZ, 21.5.2004

Als erste Folge stand für die Presse damit offensichtlich ein „Sünder“ fest. „Die Schuldigen sitzen im NOK.“, meinte die *Stuttgarter Zeitung*. Die nationale Evaluierung sei „ein Witz“ gewesen.[698] Auch die in der Analyse zu dieser Arbeit berücksichtigten Pressebeiträge kamen zu diesem Ergebnis: Die *FAZ* äußerte den Verdacht, dass das NOK Leipzig „wider besseren Wissens (unabhängig von der Konkurrenz) Leipzig in ein ziemlich aussichtsloses Rennen gejagt“ hätte. Die nationale Evaluierung sei „utopisch“ gewesen und das Komitee habe sich „die Wahrheit zurechtgebogen“.[699] Personenbezogener kritisierten die *SZ* und die *Berliner Zeitung* die Folgen des Scheiterns. Während die *SZ* im Vorgehen des NOK nach der IOC-Entscheidung vor allem den Versuch des „Zeit Gewinnens“[700] sah, warf Jens Weinreich NOK-Chef Steinbach eine „unzureichende Performance“[701] vor. Er hätte „schwere konzeptionelle und personelle Entscheidungen“ getroffen. Steinbach wehrte sich mit dem Statement, er könne „nicht persönlich für das Scheitern verantwortlich gemacht werden“.[702] „Unclever“, fand die *Berliner Zeitung*, dass Steinbach trotz der anhaltenden Vorwürfe „mal wieder im Urlaub“ geweilt hätte.[703] Steinbachs Stellvertreter, NOK-Vizepräsident Dieter Graf Landsberg-Velen, „kann und muss man nicht mehr ernst nehmen“[704], schrieb das Blatt darüber hinaus. Dieser hatte gegenüber der *Welt* behauptet: „Wir haben die Schwachstellen von vornherein erkannt.“ Man hätte „hier nicht eine böse Schlappe erlebt“.[705] „Wir hatten einfach mehr Vertrauen in unsere Stärken“, betonte er darüber hinaus in der *Süddeutschen Zeitung*.[706] Die *Berliner Zeitung* schlussfolgerte kritisch-süffisant: „Im Sinne des Sport wäre es klug und wünschenswert, wenn sich der Graf […] bei Diskussionen zurücknimmt“.[707] Offen erklärte die Zeitung Landsberg-Velen zum Hauptverantwortliche des Scheiterns, da dieser die nationale Evaluierung geleitet hätte und forderte nachdrücklich dessen Rücktritt.[708] Mit seinem Stellvertreter geriet zunehmend auch NOK-Chef Steinbach „in die Schusslinie“.[709] Die „Olympia-Farce“, die letztendlich im „blamablen Abschneiden“ des deutschen Bewerbers geendet hätte, sei nicht zuletzt die Schuld von

[698] Stuttgarter Zeitung, 19.5.2004
[699] FAZ, 23.5.2004
[700] SZ, 21.5.2004
[701] Berliner Zeitung, 21.5.2004
[702] SZ, 21.5.2004
[703] Berliner Zeitung, 21.5. 2004
[704] Ebenda
[705] Die Welt, 4.6.2004
[706] Vgl.: SZ, 21.5.2004
[707] Berliner Zeitung, 21.5.2004
[708] Ebenda
[709] Schück, Holger: Der Fall Klaus Steinbach: Von einem Fettnäpfchen ins andere, Sendung am 31. Mai 2004 im Deutschlandfunk

Steinbach, der „von einem Fettnäpfchen ins nächste“ getreten sei.[710] So griff Dagmar Freitag, Sportsprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Steinbach im *Deutschlandfunk* an: „Natürlich werden wir in Deutschland ganz kritisch hinterfragen müssen, wie es zu solch unterschiedlichen Bewertungen ein und derselben Fakten kommen konnte. Es ist Aufgabe des Nationalen Olympischen Komitees, denn es waren die Mitglieder des NOK in dieser Evaluierungsgruppe. Und die müssen schon mal darlegen, warum das, was das IOC so schlecht bewertet hat, in der internen Auswahl hier so gut bewertet wurde“.[711]

Steinbach hingegen hätte, so der Vorwurf der *Berliner Zeitung*, die Vorgänge ganz anders sehen. „Alles bestens, wir waren super, niemand hat Fehler gemacht“, spottete das Blatt über Steinbachs Ausführungen zu der Debatte und sprach von einer „Manipulation“ der Evaluierungsergebnisse im nationalen Wettbewerb seitens des NOK.[712] Auch *Die Welt* forderte vom NOK immer energischer eine Aufklärung der Punktediskrepanz, schließlich wäre das Komitee „Herr des gescheiterten Verfahrens“[713] gewesen.

Klaus Steinbach brachte sich zudem scheinbar selbst in weitere Schwierigkeiten. Während seine Urlaubsreise zu dieser Zeit bereits viele Beobachter zu verwundern schien, brachte eine interne Stellenausschreibung die sportpolitischen Funktionäre auf. Die von Steinbach erlassene Stellenausschreibung suchte einen neuen „Abteilungsleiter Leistungssport“. Schon aus satzungsmäßiger Sicht überschritt Steinbach seine Kompetenz, da es der Zustimmung des Deutschen Sportbundes bedurft hätte. Ohne die vorherige Absprache weckte Steinbach die Befindlichkeiten von Manfred von Richthofen und DSB-Vizepräsident Ulrich Feldhoff.[714] Mit derlei Vorstößen würde sich Steinbach jedoch „weiter ins Abseits manövrieren“[715], stellte *Die Welt* fest. Es schien, als würde zu diesem Zeitpunkt schon ganz offen über die Nachfolge von Steinbach diskutiert. Das Steinbach scheinbar trotzdem in seinem Amt verbleiben würde, so urteilte die Presse übergreifend, hätte der NOK-Chef nur dem Umstand zu verdanken, dass er sich im Vorjahr selbst zum „Chef de Mission“ in Athen ernannt hätte und trotz aller Beschuldigungen und vorgeworfener Führungsschwäche, „sportpolitisch ohne Alternative“ zu sein schien.[716] Nach der NOK-Sitzung Anfang Juni 2004 wurde bestätigt, dass Klaus Steinbach Chef des Nationalen Olympischen Komitees bleiben würde.

---

[710] Vgl.: Schück (2004) Deutschlandfunk, 31.5.2004
[711] Ebenda
[712] Berliner Zeitung, 2.6.2004
[713] Die Welt, 4.6.2004
[714] Vgl.: Berliner Zeitung 2.6.2004
[715] Die Welt, 4.6.2004
[716] Berliner Zeitung, 4.6.2004 und Die Welt, 4.6.2004

Zur von der Öffentlichkeit geforderten Aufarbeitung der nationalen Evaluierung wurde eine fünfköpfige „Arbeitsgruppe Olympiabewerbung 2012“ eingesetzt, die am 29. Juni ihre Ergebnisse präsentierte. „Das Geständnis“, schrieb die *FAZ* pathetisch. Das NOK wäre „auf der Suche nach den Sündenböcken, die dem Sport das Scheitern der deutschen Olympiabewerbung eingebrockt“ hätten, „endlich fündig geworden: Bei sich selbst“.[717] So hätte die eingesetzte Arbeitsgruppe den größten Fehler, der letztendlich zur Niederlage Leipzigs bei der internationalen Vorauswahl führte, in der innerdeutschen Evaluierung bestanden. „Es ist ein umfassendes Schuldeingeständnis“, meinte die *FAZ*, vermutete jedoch, dass dies wohl nur aufgrund des vernichtendes Urteils des IOC und der harschen Medienkritik zustande gekommen wäre. Die Eckpunkte des Papiers (siehe auch Anhang g,) sahen vor, dass bei zukünftigen Bewerbungen „die alleinige Ausrichtung an der internationalen Durchsetzungsfähigkeit“ zählen sollte und die Bewerberstadt „den jeweils „geforderten Kriterien des IOC“ unzweifelhaft erfüllen müsste. Das NOK stellte demnach fest, dass ein „nationales Bewerbungs- und Auswahlverfahren in der praktizierten Form nicht mehr durchgeführt wird“.[718] Die *FAZ* begrüßte das Papier, wies aber darauf hin, dass es schade wäre, dass die Verabschiedung dieser Erklärung erst das Scheitern Leipzigs hätte vorausgehen müssen.. So habe die Evaluationskommission unter Leitung des NOK-Vizepräsidenten Dieter Graf Landsberg-Velen „wider besseres Wissen oder gegen wohlmeinende Beratung resistent“ Leipzig in ein „aussichtloses Rennen geschickt“.[719] „Ohne nachträgliche Besserwisserei“ betreiben zu wollen, müsse dem NOK gesagt werden, das die „elementaren Erkenntnisse für eine erfolgreiche Bewerbung nicht neu“ wären, behauptete die Zeitung und resümierte, das das NOK der Bewerbung Leipzigs einen „schweren Schaden zugefügt“[720] hätte.

Für Steinbach persönlich blieb das Scheitern der Olympiabewerbung scheinbar ohne ernsthafte Folgen. Dennoch kann seine Position aufgrund seines zögerlichen Agierens als Vorsitzender der Olympia-GmbH als geschwächt angesehen werden. Zumal sich der deutsche Sport zu dieser Zeit noch mit einer anderen Debatte beschäftigen musste. Diese fokussierte sich weniger auf bestimmte Personen, auch wenn ein persönliches Wirken der Beteiligten natürlich den Diskurs bestimmte, sondern war eher struktureller Natur: In einem Gespräch mit der *Welt* hatte Sporthilfe-Chef Hans-Ludwig Grünschow eine „Strukturreform des deutschen Sports“[721] gefordert. Aus seiner Sicht, hätte Leipzig

[717] FAZ, 30.6.2004
[718] www.nok.de NOK-Pressedienst
[719] FAZ, 30.6.2004
[720] Ebenda
[721] Die Welt, 3.6.2004

das Ziel Olympia 2012 nicht knapp verfehlt, wie es beispielsweise Klaus Steinbach behauptet hatte („Wir haben am Cut gekratzt“), sondern wäre „deutlich“ gescheitert. „Die Strukturen müssen auf den Prüfstand“[722], forderte Grünschow und regte eine mögliche Fusion des NOK und des DSB an. Er hatte sich dabei den Worten von Peter Zühlsdorff angeschlossen, der nach dem Scheitern der Bewerbung eine Abschaffung der Komplexität und Schnittstellen im deutschen Sport sowie eine klarere Organisation der Gremien gefordert hatte.[723] „Ein Unternehmen, das nicht funktioniert, funktioniert deshalb nicht, weil die Führung nicht funktioniert“, wurde Zühlsdorff in unterschiedlichen Presseerzeugnissen zitiert.

Passend dazu fragte auch die *SZ*: „Was ergibt sich aus der Luftnummer?“[724]. Die *Berliner Zeitung* formulierte sprachlich drastischer: „Ein grundlegendes Problem des deutschen Sports ist es, dass immer dieselben Personen in viel zu vielen Gremien viel zu lange mit einander verhandeln.“[725] Zudem gäbe es keine „Führungsfiguren“, die eine mögliche und aus Sicht der Zeitung notwendige Strukturreform herbeführen könnte. Der „deutsche Sport ist schwach besetzt, [es gibt] keinen Typen“.[726]

Thomas Bach, dessen Wirken bei der Olympiabewerbung von der *SZ* als „mysteriös“ bezeichnet wurde, hätte nur „Interesse an seiner eigenen Karriere“[727] und würde sich „nicht einmal für nationale Belange“[728] interessieren. Klaus Steinbach galt als zunehmend „überfordert“. Die Suche der Presse (die letztendlich keine wirkliche Suche war, da sie die Personaldecke der olympischen Gremien kannte) nach einer Führungspersönlichkeit endete in ironischen Gedankenspielen: Der deutsche Sport hätte doch einen „Zampano“, einen „starken Mann des Sports“, meinte Jens Weinreich amüsiert, aber das sei „schon aus Gründen der Subsidiarität bedenklich.“[729] So resümierte die *Berliner Zeitung* unter dem Titel „Der gelähmte Sport“: „Es existiert keine adäquate Machtbündelung auf der Seite des Sports. Die Misere der Sportpolitik selbst verschuldet, der Sportminister hat noch andere Aufgaben“.[730]

---

[722] Die Welt, 3.6.2004
[723] Vgl.: Ebenda
[724] SZ, 21.5.2004
[725] Berliner Zeitung 4.6.2004
[726] Berliner Zeitung, 19.5.2004
[727] SZ, 21.5.2004, S.30
[728] Berliner Zeitung 4.6.2004
[729] Ebenda
[730] Berliner Zeitung, 4.6.2004

Ausblick

Bis heute, im Dezember 2004, ist die Fusionsdebatte des NOK und dem DSB kaum vorangeschritten. Bedenkt man, dass der erste Versuch einer Dachverbandsorganisation bereits im Jahr 1996 unternommen wurde, erscheinen schleunige Umwälzungsprozesse eher unwahrscheinlich. Zwar sprechen viele Indizien dafür, dass es zu einer „wie auch immer gearteten“ Konzentration des deutschen Sports kommt – wie lange dieser gesellschaftspolitische Vorgang jedoch dauern wird, scheint jedoch zum jetzigen Zeitpunkt kaum absehbar. Die Frage wird sein, ob und wie die olympischen Fachverbände ihre Stellungen unter einem möglichen Dachverband behaupten werden können. „Letztlich geht es um den Zugriff auf die Töpfe“, kommentierte der *sid* im November 2004 die Entwicklungen. Es geht aber noch um mehr: Es geht um die Machtfrage im neu geordneten deutschen Sport. Sowohl von NOK- als auch von DSB-Seite gibt es daher augenscheinlich Einwände gegen die Zusammenlegung. Dabei geht es, neben den finanziellen Gesichtspunkten, vor allem um personelle Entscheidungen. NOK-Präsident Steinbach und IOC-Mitglied Thomas Bach haben zu erkennen gegeben, eine Führungsrolle im fusionierten Dachverband, der bereits als *DOSB* betitelt wird, übernehmen zu wollen. Die Presse beobachtet die Entwicklungen skeptisch. So glauben nicht wenige Medienvertreter, dass es nicht einfach sein werde, die „Geschäftsgebaren der verzweigten Funktionärsoligarchie“[731] zu durchbrechen. Thomas Bach betonte auf der NOK-Vollversammlung im November 2004, dass „der Sport seine strukturellen Probleme allein lösen“ müsse. „Ratschläge von außen – ob aus Wirtschaft oder Politik – seien nur begrenzt von Nutzen“, erklärte er. Passend dazu meinte die *Berliner Zeitung* bereits Monate vorher süffisant: „Quereinsteiger nicht erwünscht, Querdenker schon gar nicht“.[732]

Befürchtungen, dass viele überholte (und sowie aus wissenschaftlicher als auch wirtschaftlicher Sicht kaum nachvollziehbare) Strukturen nach einer organisatorischen Neuordnung des deutschen Sports weiterhin bestehen bleiben, erscheinen durchaus berechtigt. Die beiden Verbände scheinen an einer schnellen Neuordnung nur wenig Interesse zu haben. „Wir lassen uns nicht hetzten oder treiben“[733], meinte Klaus Steinbach zu diesem Thema.

---

[731] Berliner Zeitung, 4.6.2004
[732] Ebenda
[733] Berliner Zeitung, 8.11.2004

Weitaus engagierter scheinen die Sportfunktionäre derzeit eine neuerliche Olympiabewerbung Deutschlands vorantreiben zu wollen. Hatte man nach dem Ausscheiden Leipzigs noch betont, zunächst die Strukturprobleme des deutschen Sports lösen zu wollen, scheint eine erneute Olympia-Offerte für die Winterspiele 2014 nicht mehr abwegig zu sein. Manfred von Richthofen „findet die Idee mittlerweile attraktiv genug, um die bayrische Landeshauptstadt [München] als deutschen Kandidaten für die Winterspiele 2014 zu fordern“.[734] Auch NOK-Ehrenpräsident Walther Tröger teilte bereits mit: „München wäre bestens geeignet“.[735] Die in München ansässige *Süddeutsche Zeitung* zeigt sich entsetzt über den aktuellen Vorstoß: „Leipzig 2012 – war da was?“, fragte sie unlängst und warf dem NOK eine „Rolle rückwärts“ vor.[736] Mit einem erneuten Anlauf würde das NOK ihr verkündetes Prinzip über den Haufen werfen, befand die Zeitung und schrieb fast konsterniert: „Im Dilettantismus bleibt sich das NOK treu“.[737] Dabei hält sich Klaus Steinbach in der aktuellen Debatte scheinbar bedeckt und rät zur „Zurückhaltung.“[738] Sein NOK-Vizepräsident, Graf Landsberg-Velen betonte indes, dass „der laufende Prozess der Strukturreform im deutschen Sport kein Hindernis“ für eine erneute Olympiakandidatur darstellen würde. „Das ist absolut kein Grund“.[739]

Nach eingehender Analyse der Leipziger Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 sei der Sportpolitik angeraten, vor einem erneuten Olympia-Wettstreit die dringend notwendigen strukturellen Probleme des deutschen Sports und der Sportpolitik zu lösen. Zwar bieten Olympiabewerbungen eine große, internationale, gesellschaftliche Bühne, doch sollten zunächst die internen Angelegenheiten gelöst, und die Fusionsfrage des NOK mit dem DSB unter einem Dach entschieden werden. Höchstwahrscheinlich wird es aufgrund der zeitlich nahen Bewerbungsfrist vom 28. Juni 2005 nicht zu einer tatsächlichen deutschen Bewerbung für die Winterspiele 2014 kommen. Über dieses Jahr hinaus, wird es von der deutschen Sportpolitik selbst abhängen, ob Deutschland zukünftig eine aussichtsreichere Olympiabewerbung beim IOC einreichen kann.

---

[734] sid, 10.1.2005
[735] Ebenda
[736] SZ, 11.1.2005
[737] Ebenda
[738] sid, 10.1.2005
[739] Ebenda

C, FAZIT

Mit der vorliegenden Arbeit wurde eine ausführliche, wissenschaftliche Betrachtung der Leipziger Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 vorgelegt. Im Verlauf konnten dabei verschiedene Themenkomplexe isoliert und fundierte Thesen aufgestellt werden. Die beschriebenen Entwicklungen haben dabei aufzeigen können, welche Fehler von Seiten der Olympia-Organisatoren gemacht wurden und aus welchen Gründen das Vorhaben letztlich scheiterte. Die gewählte wissenschaftliche Methode einer Kombination von Inhalts- und Diskursanalyse hat sich bewährt, da mit ihrer Hilfe eindeutige Aussagen zur Fragestellung der Arbeit getroffen werden konnten. Die Gegenüberstellung verschiedener Quellen war für die Ergebnisfindung richtig und notwendig, da die Betrachtung von einer oder zwei Publikationen allein nur einen eingeschränkten Blick erlaubt hätte.

Es wurde herausgearbeitet, dass es für das Scheitern des Projektes Leipzig 2012 kein festes Datum gegeben hat. Vielmehr war die Zielverfehlung das Ergebnis vieler Ereignisse und der Handlungen der in die Entwicklung des Vorhabens involvierten Personen. Das Fehlschlagen der Bewerbung war somit ein Resultat der ineinander verzahnten Diskursstränge. Diese, so hat sich gezeigt, waren an das Handeln der in ihr wirkenden Personen gekoppelt, die mit ihrem Agieren bestimmte Wirkungen erzielten. Die (vorherrschenden) Diskurse konnten in der vorliegenden Arbeit kritisiert und problematisiert werden. So ergaben sich bei der fortschreitenden Analyse immer wieder „zeitweilig gültige Wahrheiten“, wie sie auch von der Literatur Siegfried Jägers zur Diskurstheorie beschrieben werden. Als Betrachter kann man demnach nicht außerhalb des Diskurses stehen, sondern ist selbst ein Teil dessen. Durch diese eventuelle Parteinahme kann man sich auch nicht auf *die* „Wahrheit“ berufen, da die durch diese Arbeit eingenommene Position das Resultat des diskursiven Prozesses selbst ist. Man kann daher die Standpunkte verteidigen und gegebenenfalls auch modifizieren.

Die Diskursanalyse hat das zum Thema Sagbare erfasst. In Kombination mit der quantitativen Analyse im Rahmen der Erhebung, hat sie die Arbeit in einer enormen qualitativen Bandbreite bereichert und so Trendaussagen möglich gemacht. Die Vielzahl der verflochtenen Diskurse, bei Jäger als das „Wuchern der Diskurse“ beschrieben, machten die Aufarbeitung des Themas dabei nicht immer leicht. So muss der angewendeten Methode postum nachteilig beschieden werden, dass sie durch die Gegenüberstellung von Meinungen oftmals „auszuufern“ droht. Der Umfang dieser Arbeit könnte darauf hinweisen, doch es sei betont, dass sich bei der Analyse auf die vorherrschenden Diskurse

konzentriert wurde. Hätten beispielsweise noch Nebenstränge des Themas Berücksichtigung gefunden, hätte die Arbeit noch umfangreicher sein können. Die Gegenüberstellung der Standpunkte und deren Beleg erforderten jedoch eine sehr detaillierte Quellendokumentation und ist für den Lesefluss nicht immer von Vorteil.

Am Beispiel der Betrachtung der Leipziger Olympiabewerbung ist Jägers Annahme bestätigt worden, dass Diskurse eine Art „Eigenleben“ führen, obwohl sie Wirklichkeit prägen und gestalten, ja erst ermöglichen. Bei der Analyse der gescheiterten Leipziger Bewerbung ging es daher einerseits um die Deutung des Vorhandenen, andererseits aber auch um die von den handelnden Personen geschaffen Wirklichkeiten. Es handelt sich bei der Betrachtung demnach um einen historischen Prozess, in dessen Folge das Projekt scheiterte. Durch die Einbeziehung umfangreicher Quellen konnte die Analyse trotz der als anfangs nachteilig angesehenen Tatsache gelingen, dass Originalunterlagen und -dokumente zum Thema nicht zu beschaffen waren.

In Bezug auf die Presse und deren Berichterstattung ließen sich dabei in der Arbeit eindeutige Positionen feststellen. Während die überregionalen Zeitungen vermehrt kritisch bis sehr kritisch über den Bewerbungsverlauf berichteten, war die Berichterstattung der lokalen Presseerzeugnisse vor allem durch lokalpatriotische Tendenzen geprägt. Oftmals ging die *LVZ* darüber sogar darüber hinaus und verbreitete so unter den Lesern ein wenig realistisches Bild vom Stand des Projektes. Die regionale *Sächsische Zeitung* verlagerte ihre Berichterstattung nach dem Beschluss des Kompaktkonzepts vom Sport ins Regionale Zeitgeschehen und reagierte damit auf die Entwicklungen der Bewerbung. Es fand also eindeutig eine Interaktion statt. So konnte herausgearbeitet werden, dass die Ausrichtungen und Standpunkte der verschiedenen Presseerzeugnisse dabei bezüglich der Themen und Inhalte unterschiedlich waren. Es hat sich gezeigt, dass das Scheitern der Bewerbung nicht auf die kritische Berichterstattung der Presse zurückzuführen war. Die Vielzahl der Meinungsbeiträge kann als überraschend angesehen werden, spricht jedoch offenkundig für die Emotionalität des Themas.

Leipzig war der falsche deutsche Kandidat für den internationalen Wettbewerb. Auch wenn die Wahl der Stadt im nationalen Ausscheid durch die starke politische Intervention der Bundesregierung eine logische Folge war, hatte sie auf internationaler Ebene nicht wirklich eine realistische Chance besessen. Ein Grund für das Scheitern war demnach das NOK-Evaluierungsverfahren im nationalen Ausscheid. Leipzig galt für die Ausrichtung Olympischer Spiele als zu klein und verfügte nur über begrenzte Kapazitäten im Beherbergungs-, Infrastruktur- und Sportstättenbereich, die eine Durchführung

eines derartig großen Projektes nicht zuließen. Zudem war die Stadt sportpolitisch international unbekannt. Die Konzeptüberarbeitung der regionalen Bewerbung hin zu einem allein auf Leipzig fokussierten Entwurf war richtig und notwendig. Die Konsequenzen, die sich aus diesem Schritt ergaben wurden von den Verantwortlichen jedoch nur unzureichend analysiert. Eine Anpassung an die neue Konstellation erfolgte nicht oder nur in Ansätzen.

In und um die Leipziger Bewerbung ist viel falsch gemacht worden. Dies lag an den am Entscheidungsprozess beteiligten Personen. Es gab Fehleinschätzungen von Verantwortlichen und eine Vielzahl von strukturellen und personellen Problemen. Vorrangig wurden dabei in der Presse vor allem Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee und NOK-Chef Klaus Steinbach für die Entwicklungen verantwortlich gemacht. Erstaunlicher Weise hat das Scheitern beiden kaum geschadet. Tiefensee ist weiterhin Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, und auch Steinbach muss von Seiten der deutschen Sportpolitik scheinbar ebenfalls keine Konsequenzen im Hinblick auf sein Amt befürchten.

Andere an der Bewerbung beteiligten Personen haben durch die Entwicklungen der Olympiabewerbung offensichtlich persönlich Schaden genommen. Neben dem Geschäftsführer der Bewerbungsgesellschaft Dirk Thärichen, dem Olympia-Staatssekretär Wolfram Köhler schied auch der Olympia-Beauftragte Burkhard Jung im Zeitverlauf aus seiner Position aus. Die Debatte um Dirk Thärichen gab dabei den Anstoß zu einer enormen Umfangsteigerung, was die Berichterstattung über die Olympiabewerbung anging. Aus dem Diskurs um seine Person bildeten sich viele weitere Diskursstränge um das Thema Leipzig 2012. So entwickelten sich neben Diskussionen um mögliche Stasivergangenheiten und aufkommende „Ost-West-Konflikte“ auch Debatten um unsaubere Geschäftspraktiken der Olympia-GmbH. Alle genanten Debatten behinderten die strukturelle und konzeptionelle Weiterentwicklung der Bewerbung.

Die vorliegende Analyse hat beantwortet, in welchem gesellschaftlichen Rahmen die Bewerbung eingebettet war. Sie hat aufgezeigt, dass sie im Zeitverlauf verstärkt zwischen parteipolitische und sportpolitische Interessenlagen geriet. Nach der Affäre um Burkhard Jung riss die Bundespolitik, die eigentlich innerhalb der Bewerbungsgesellschaft laut Gesellschaftervertrag keinen Führungsanspruch besaß, die Bewerbung an sich und stellte damit dem deutschen Sport und den sportpolitischen Funktionären ein Armutszeugnis aus. Die Berufung des Wirtschaftsvertreters Peter Zühlsdorff und die

Integration externer Experten aus Wirtschaft und Politik kam zu spät und konnte die Bewerbungsaussichten Leipzigs nicht nachhaltig steigern.

Die Zurückhaltung der deutschen Wirtschaft gegenüber der Olympiabewerbung war aus vielen Gründen nachvollziehbar. So boten das zeitaufwendige zweistufige Bewerbungsverfahren und das anschließende zweistufige IOC-Auswahlverfahren in Kombination mit der zeitlichen Entfernung des Großereignisses wenig Anreize für die Wirtschaft, sich bereits zum damaligen Zeitpunkt für das Olympia-Vorhaben zu engagieren. Die Ereignisse des Herbstes haben zusätzlich eine bessere Sponsorenakquise verhindert.

Anhaltspunkte und Gründe für das Scheitern der Bewerbung gab es demnach genug, zumal festgestellt werden konnte, dass eine konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen (NOK, Freistaat Sachen, Stadt Leipzig und dem Bund) definitiv nicht stattgefunden hat. Diese fehlende Kooperationsbereitschaft hat den Bewerbungsaussichten geschadet.

Aus wissenschaftlicher Sicht sehr erstaunliche Ergebnisse brachte die Analyse der IOC-Evaluation der Bewerberstädte. Es konnte zweifelsfrei dargelegt werden, dass Defizite in der Messung der vom IOC angewandten Methode bestehen. Nach den Berechnungen dieser Arbeit steht fest, dass nicht allein technische Kriterien über die Abschlussbewertung der Bewerber entschieden haben. Wäre es danach gegangen, hätte Leipzig im Abschluss-Ranking vor Moskau stehen müssen. Diese Konstellation ist deshalb von großer Bedeutung, da Leipzig so an der Endrunde der internationalen Ausscheidung hätte teilnehmen können. Aufgrund anderer Umstände sah das IOC jedoch die russische Hauptstadt vor Leipzig und schloss den deutschen Bewerber aus dem weiteren Verfahren aus. Wissenschaftliche Erklärungsmodelle für diesen Sachverhalt gibt es nicht, und die Evaluationsergebnisse des IOC-Reports bieten nicht die gewünschte Transparenz, um nachvollziehen zu können, wie es schlussendlich zur Ablehnung Leipzigs kam. Von der Presse sind Berechnungen in diese Richtung weder angestellt noch publiziert worden. Scheinbar stellen die Ausführungen daher eine völlig neue Grundlage für einen Blick auf die Olympiabewerbung 2012 dar.

Im Endergebnis ergibt sich so eine etwas eigenwillige Konstellation: Die Frage nach den Gründen des Scheiterns lässt sich aus zwei Richtungen erklären. Zum einen gab es die Entwicklungen um die Bewerbung an sich, die viele Gründe für eine Nichtberücksichtigung hervorgebracht hatte. Zum anderen stand die autarke und nicht angreifbare Entscheidung des IOC im Raum. Demnach scheiterte Leipzig nicht aufgrund fehlender Hotelkapazitäten und einer mangelnden Infrastruktur, die als so genannte „K.o-

Kriterien“ von der Presse tituliert wurden, sondern schlicht daran, dass man von der IOC-Exekutive als Kandidat nicht gewollt war. Gründe für eine Ablehnung des deutschen Kandidaten hätte es reichlich gegeben. Warum die IOC-Exekutive nicht diese als vordergründige Argumentation für den Ausschluss Leipzigs aufnahm, bleibt rätselhaft. Und so stellen auch die Zahlen des IOC wiederum nur „zeitweilig gültige Wahrheiten“ dar, da sie durch die Berechnungen dieser Arbeit in Frage gestellt und in Teilen widerlegt sind.

Für das Resümee der Arbeit ergibt sich daher ebenso eine ungewöhnliche Sachlage. Zum einen war es möglich, Gründe für das Scheitern durch den Vergleich der Pressebeiträge herauszuarbeiten. Diese sind in den Hypothesen dargelegt. Das IOC wiederum wählte eine ganz andere Vorgehensweise, um Leipzig nach der Vorrunde auszuschließen. So sind die Entwicklungen rund um die Bewerbung gar nicht so entscheidend gewesen. Verkompliziert wurde das ganze Verfahren dann noch dadurch, dass die IOC-Erhebung keinen Anspruch auf Validität und Reliabilität erheben kann, da augenscheinlich neben den technischen Kriterien, die für die Messung und die Bewertung der Bewerber ausschlaggebend sein sollten, durch andere, vom IOC nicht näher benannte Kriterien verwässert wurden. Da das Urteil keiner Gerichtsbarkeit unterworfen ist, kann es von den Bewerbern auch nicht angefochten werden.

In Zeiten, in denen verstärkt Forderungen nach Transparenz aufkommen, wird es sich weder das auf nationaler Ebene agierende NOK, noch das auf internationaler Ebene tätige IOC erlauben können, zukünftig derartig undurchsichtige und in der Messung nachweislich falsche Bewertungskriterien als Maßstab für die Klassifizierung von Bewerbern zu verwenden. Das IOC fordert selbst eine solche Transparenz, hat aber durch ihre Evaluierung nicht dazu beigetragen. Das deutsche NOK hat als Reaktion auf die Kritik an der nationalen Evaluierung bereits einen 10-Punkte-Programm beschlossen, nachdem die bisher angewandte Methode keine Anwendung mehr finden soll. Nach den Ergebnissen dieser Arbeit eine richtige und längst fällige Entscheidung. Ungleich schwerer fällt den Funktionären der deutschen Sportpolitik das notwendige weitere Vorgehen, um zukünftige Bewerbungen für das Großereignis Olympia aussichtsreicher zu gestalten. Zwingend erforderlich ist eine sowohl in struktureller als auch personeller Hinsicht geartete Neuordnung der Organisation innerhalb des deutschen Sports. Die derzeit im Raum stehende Überlegung einer Fusion des NOK mit dem DSB, wäre ein durchaus denkbarer Weg – aber auch nur dann, wenn die möglichen Entwicklungen

nicht durch die Einzelinteressen von Verantwortlichen der deutschen Sportpolitik behindert, und die Ergebnisse der Öffentlichkeit transparent dargelegt werden.

Mit der Durchsichtigkeit oder Offenlegung hat nicht nur die deutsche Sportpolitik Probleme: Das Gerichtsverfahren von Dirk Thärichen, der gegen seine Kündigung vom Oktober 2003 klagt, ist knapp 15 Monate nach seiner Entlassung noch immer anhängig. Die Politik und Justiz haben offenbar kein wirkliches Interesse daran, die Angelegenheiten zu klären. Auch die von Thärichen scheinbar begünstigten Unternehmer Ziegfeld und Radosevic haben Klagen eingereicht, über die noch nicht entschieden wurden. Der im November 2003 entlassene Olympia-Beauftragte Burkhard Jung hingegen, der sich wegen zweifelhaften Provisionszahlungen verantworten musste, erhielt nach einem einjährigen Disziplinarverfahren lediglich einen Verweis vom Regierungspräsidium. Die mildeste Strafe, die von der Kommunalaufsicht verhängt werden kann.

Ob eine erneute deutsche Olympiabewerbung nach dem Scheitern Sinn macht, bleibt Spekulation. Sicher ist, dass, falls eine europäische Stadt die Ausscheidung für 2012 gewinnt, eine erneute Bewerbung erst wieder für die Olympischen Sommerspiele 2020 in Frage kommt. Aktuell kam in Deutschland daher die Idee auf, sich für die Winterspiele zu bewerben. Bestrebungen, diese bereits für das Jahr 2014 nach Deutschland zu holen, sind – nicht zuletzt nach den in dieser Arbeit geschilderten Problemen – verfrüht und wenig durchdacht. Aus wissenschaftlicher Sicht muss daher von derlei Überlegungen abgeraten werden. Die verantwortlichen Funktionäre sollten deshalb neben der notwendigen Neustrukturierung des deutschen Sports vor allem die Gründe für die fehlgeschlagene Olympiabewerbung Leipzigs eingehend analysieren.

Literaturnachweis:

Anti-Olympisches-Komitee (AOK) Leipzig: No-lympia. Reader der Antiolympischen Bewegung Leipzig, Vereinigte Linke, Leipzig, 2004

Batsilas, Athanaios-Defkalion: Die Bewerbung Athens um die Olympischen Spiele 1996 im Spiegel der internationalen Presse ; Gießen, 2002

Baumhöver, Karin: Olympische Werte in der Berichterstattung der Printmedien Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung von 1952 bis 1988 ; Lang-Verlag, Frankfurt, 1992

Beck, Daniel: Die Entwicklung der Sportberichterstattung in Schweizer Tageszeitungen ; Projekt der Universität Freiburg von 2000-2003

Behning, Stefan: Die Sportberichterstattung der Süddeutschen Zeitung. Universität Göttingen, 1999

Behning, Stefan / Hoffmann, Christian / von Düring, Maximilian / Engelhaupt, Michael / Biß, Malte: Geschichte und Analyse der Sportberichterstattung im „Aktuellen Sportstudio“ (ZDF); Universität Göttingen, 2000

Bien, Markus: Dicke Luft in Leipzig. In: Journalist 09/2004, S.36f

Binnewies, Harald: Sportberichterstattung in Tageszeitungen. In: Digel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung, Reinbeck, 1983, S. 114-122

Brinkmann, Thomas: Sport und Medien – Die Auflösung einer ursprünglichen Interessengemeinschaft? Sportvermarktung und Berichterstattung im Widerstreit. In: Media-Perspektiven, Heft 11/2000, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2000

Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen; Reinbeck, 1995

Digel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung, Reinbeck, 1983

Digel, Helmut: Atlanta und was daraus zu lernen ist. In: Leistungssport, Münster, 1997, S.37-43

Duden: Die deutsche Rechtschreibung ; 22. Auflage, Dudenverlag, Mannheim, 2000

Emig, Jürgen: Barrieren eines investigativen Sportjournalismus. Eine empirische Untersuchung zu Bedingungen und Selektionskriterien beim Informationstransport ; Bochum, 1987

Franz, Peter / Kronthaler, Franz: Regionalökonomische Effekte bei Durchführung der Olympischen Spiele 2012 in der Sadt Leipzig einschließlich ihrer Partnerstädte. Eine Analyse für den Bereich der Infrastrukturinvestitionen ; Institut für Wissenschaftsforschung Halle (IWH), Halle, 2003

Frey, Lutz G. / Klein, Herbert / Koch, Alexander: Zeitungsverlage im Umbruch. Stimmungen und Perspektiven ; Studie der Ernst & Young AG, Eschborn, 2003

Fuchs, Friedrich: Zur Presseberichterstattung ausgewählter Bewerberstädte für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 im Zeitraum der IOC-Abstimmung; Mainz, 1997

Fuge, Jens / Mädge, Marko: Das Ergebnis heißt Leipzig. Auf dem Weg zu den Spielen 2012 ; Connewitzer-Verlagsbuchhandlung, Leipzig, 2003

Gleich, Uli: Merkmale und Funktionen der Sportberichterstattung. Sport und Medien – ein Forschungsüberblick. In: Media-Perspektiven, Heft 11/2000, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt/Main, 2000

Görner, Felix: Vom Außenseiter zum Aufsteiger. Ergebnisse der ersten repräsentativen Befragung von Sportjournalisten in Deutschland, Band 4, Berlin, 1995

Güldenpfennig, Sven: Olympische Idee und Olympische Politik auf dem Prüfstand. In: Olympisches Feuer; Teil 2, Celle, 1999, S. 9-15

Hackforth, Joseph: Sportmedien und Mediensport; Berlin, 1988

Hackforth, Joseph: „Der Fußball wird vom Fernsehen „kaputtgesendet". In: Die Welt, 10.02.1999, S. 18

Hackforth, Joseph / Fischer, Christoph (Hrsg.): ABC des Sportjournalismus ; Reihe Praktischer Journalismus, Band 11, Verlag Ölschläger GmbH, München, 1994

Hartmann, Grit / Jeske, Cornelia / Weinreich, Jens: Operation 2012. Leipzigs deutscher Olympiatrip ; Forum Verlag Leipzig, Leipzig, 2004

Heinemann, Klaus: Einführung in Methoden und Techniken empirischer Forschung im Sport; Schorndorf, 1998

Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.): Neue Medienstrukturen – neue Sportberichterstattung ? ; Hamburg, 1988

Höfer, Andreas: Olympia – oder die Suche nach der heilen Welt des Sports. In: Grupe, Ommo (Hrsg.): Einblicke. Aspekte olympischer Sportentwicklung, Schorndorf, 1999, s. 65-71

Jäger, Siegfried: Text- und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte ; 4. Auflage, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg, 1993

Jäger, Siegfried: Die Wirklichkeit ist diskursiv. Vortrag auf dem DISS-Sommer-Workshop 1996 vom 13.-15. Juni in Lünen

Jäger, Siegfried : Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung ; 2.Auflage, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Duisburg, 1999

Jäger, Siegfried / Jäger, Margarete: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus; Münster, 2003

Jäger, Siegfried: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, Uni Duisburg, 2004

Keller, Rainer: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen ; Leske & Budrich, Opladen, 2004

Keller, Reiner / Hirsefeld, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Theorien und Methoden, Band 1 ; Leske & Budrich, Opladen, 2004

Kistner, Thomas: Fairness auf deutsche Art. Deutschen Sportjournalisten fehlt es an Watchdog-Mentalität und Misstrauen. Beobachtungen eines investigativen Sportjournalisten über Anbiederei, National-Pathos und unengagierte Chefs. In: message. Internationale Fachzeitschrift für Journalismus; Heft 3/2004, Konstanz, 2004, S. 10-14

Kistner, Thomas / Weinreich, Jens: Der Olympische Sumpf. Die Machenschaften des IOC ; Pieper Verlag, München, 2000

Kistner, Thomas / Weinreich, Jens: Das Milliardenspiel. Fußball, Geld und Medien ; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main, 1998

Krüger, Antje: Die argentinische Diktatur im Spiegel der ost- und westdeutschen Presse am Beispiel der Berichterstattung über die Fußballweltmeisterschaft 1978. Diplomarbeit, FU Berlin, 2001

Laaser / van Djik: Discourse and Communication. New Approaches to the Analysis off Mass Media. Berlin, New York, 1985

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien ; Westdeutscher Verlag, Opladen, 1996

Maciejewski, Franz: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Beiträge zur Habermas-Luhmann-Diskussion. Band 1: Theorien ; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1973

Merten, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis ; 2.Auflage, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1995

Noelle-Neumann, Elisabeth / Schultz, Winfried / Wilke, Jürgen (Hrsg.): Das Fischer Lexikon. Publizistik – Massenkommunikation ; 5. Auflage, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1999

Pasquay, Anja: Zur Lage der Zeitungen in Deutschland 2004 ; In: www.bdzv.de – Markttrends und Daten, Abruf am 23.09.2004

Röper, Horst: Bewegung im Zeitungsmarkt 2004. In: Media Perspektiven 6/2004, ARD-Werbung Sales & Services GmbH, Frankfurt, 2004

Schantz, Otto: Die Paralympischen Spiele von Atlanta 1996 im Spiegel überregionaler deutscher Tageszeitungen. In: Messing, Manfred / Müller, Norbert: Blickpunkt Olympia. Entdeckungen, Erkenntnisse, Impulse; Band 5, Kassel, 2000

Scharf, Wilfried: Anmerkungen zur Diskursanalyse. Ein Merkblatt des Zentrums für interdisziplinäre Medienwissenschaft, Uni Göttingen, 2004

Scharff, Michaela / Ahrens, Maria, Dausenau Jens: Inhaltsanalyse – Analyse der Pressebericherstattung der Region Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele ; Arbeit an der Universität Leipzig, 2003

Schneider, Wolf: Sport und Sprache unter dem Brennglas. In: Honauer, Urs: Sport & Wort. Sportberichterstattung – zwischen Strohfeuerjournalismus und kritischer Reportage. ; Zürich, 1990, S. 35

Schnell, Rainer / Hill, Paul B. / Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung. 4. Auflage, R. Oldenbourg Verlag GmbH, München, 1993

Schwier, Jürgen / Schauerte, Thorsten: Sport und Massenmedien. Untersuchung der Universität Gießen, 2001

Sitarek, Jens: Quo vadis, IOC? Der Korruptionsskandal um die Vergabe der Olympischen Winterspiele an Salt Lake City und die Folgen ; Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen, 2004

Tewes, Günther: Kritik der Sportberichterstattung. Der Sport in den Tageszeitungen zwischen Bildungs-Journalismus, Unterhaltungsjournalismus und „1:0-Berichterstattung“. Eine empirische Untersuchung ; Dissertation, Düsseldorf, 1991

Voeth, Markus / Schumacher, Arne / Spohrer, Jürgen: Stuttgarts gescheiterte Olympiabewerbung: Ursachen und Auswirkungen. In: Hohenheimer Arbeits- und Projektberichte zum Marketing Nr. 10 ; Förderverein für Marketing an der Universität Hohenheim e.V. , Hohenheim, 2003

Weinreich, Jens: Bunte Storys über Olympia. Seit etwa zehn Jahren etabliert sich ein weltweites Netz kritischer Sportjournalisten. Doping und Korruption enthüllen sie ebenso wie windige PR-Aktionen und Olympia-Organisatoren. In: message. Internationale Fachzeitschrift für Journalismus; Heft 3/2004, Konstanz, 2004, S. 16-21

Weinreich, Jens: Was kosten die Spiele. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2003

Weischenberg, Siegfried: Die Außenseiter der Redaktion. Struktur, Funktion und Bedingungen des Sportjournalismus: Theorie und Analyse im Rahmen eines allgemeinen Konzepts komplexer Kommunikatorforschung, Bochum, 1976

Weischenberg, Siegfried: Beruf und Rolle des Sportjournalisten. In: Digel, Helmut (Hrsg.): Sport und Berichterstattung ; Reinbek, 1983, S. 125-134

Winko, Simone: Diskursanalyse, Diskursgeschichte. In: Arnold, Heinz Ludwig: Die westdeutsche Literatur 1945-1990. Ein kritischer Überblick. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 1996

Wipper, Herdin: Sportpresse unter Druck. Die Entwicklung der Fußballberichterstattung in den bundesdeutschen Printmedien. Eine komparative Studie am Beispiel der Fußball-Weltmeisterschaften 1990 und 1998 ; Dissertation, Berlin 2003

<u>Sonstige Quellen</u>

International Olympic Committee: Games of the XXX Olympiad 2012. Report by the IOC candidature acceptance working group to the IOC executive board, Lausanne, 2004

Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH: Alle für Leipzig. Die Olympiaentscheidung am 12.4.2003 in München (DVD), Leipzig, 2003

NOK Deutschland: Olympische Spiele 2012 in Deutschland. Evaluierungsbericht des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland. Bewerberstädte ; Frankfurt/Main, 2003

Schück, Holger: Der Fall Klaus Steinbach. Von einem Fettnäpfchen ins nächste ; Sendung im Deutschlandfunk, 31.5.2004

Telefoninterviews / Interviews via E-Mail

Björn Achenbach (Kreuzer Stadtmagazin)

Christoph Hümmeler (Stadtplanungsamt Leipzig, Abteilung Stadtentwicklung)

Dr. Fritz Jaeckel (Mitarbeiter der Sächsischen Staatskanzlei)

Cornelia Jeske (freie Autorin und Redakteurin)

Wolfgang Kleinwächter (Uni Aarhus/Uni Halle)

Jürgen Kochinke (LVZ),Bernhard Schwank (Generalsekretär des NOK Deutschland)

Erich Laaser (Präsident des Verbands deutscher Sportjournalisten)

Uwe Müller (Die Welt)

Michael Reinsch (FAZ)

Ulrike Spitz (Frankfurter Rundschau)

Christian Tröger (ehemaliger Leistungsschwimmer)

Mike De Vries (Geschäftsführer Olympia-GmbH, heute bei der DSM)

Markus Voeth (Universität Hohenheim)

Winfried Wächter (LVZ)

Jens Weinreich (Berliner Zeitung)

Internetquellen

Sphinx.de
www.bdzv.de
www.berlinonline.de
www.bild.de
www.deutschlandfunk.de
www.dsb.de
www.faz.de
www.kreuzer-leipzig.de
www.leipzig.de
www.lvz.de
www.mdr.de
www.media-perspektiven.de
www.message-online.de
www.nein-zu-olympia.de
www.netzeitung.de
www.nok.de
www.olympia-leipzig-2012.de
www.olympiabewerber.de
www.saechsische-zeitung.de
www.spiegel-online.de
www.sportgate.de
www.sueddeutsche.de
www.taz.de
www.uni-hohenheim.de
www.welt.de
www.zeit.de

Abbildungsnachweis

	Name und Nachweis der Abbildung
Umschlag-vorderseite:	Mit freundlicher Genehmigung von Forchner-Grafik, Herr Ulrich Forchner, Eisenacher Str. 9, 04155 Leipzig, forchner-grafik@virtuelle-galerie.de
Abbildung 1	Das duale Finanzzierungskonzept in der Umbruchphase
Abbildung 2	Ursachen für die weitere Konsolidierung auf dem deutschen Tageszeitungs-markt, In Anlehnung an Frey/ Klein/Koch (2003), S. 36
Abbildung 3	Anzahl der Beiträge nach Presseerzeugnissen im Untersuchungszeitraum
Abbildung 4	Anzahl der Beträge im Phasenverlauf
Abbildung 5	Anzahl der Beiträge pro Presseerzeugnis im Phasenverlauf
Abbildung 6	Aufschlüsselung der verwendeten journalistischen Darstellungsformen
Abbildung 7	Aufschlüsselung der journalistischen Darstellungsformen nach Presseerzeugnis
Abbildung 8	Anzahl der Autoren je Presseerzeugnis im Untersuchungszeitraum
Abbildung 9	Das Verhältnis von Journalisten und Journalistinnen
Abbildung 10	Die Stimmenverteilung der nationalen Ausscheidung am 12. April 2003
Abbildung 11	Stärken/Schwächen – Chancen/Risikenanalyse
Abbildung 12	Die Kostendebatte im Vergleich
Abbildung 13	Bewerberstädte für die Olympischen Spiele 2012
Abbildung 14	Die Bewertungskriterien des IOC und deren Gewichtung
Abbildung 15	Die Bewertung der Leipziger Bewerbung durch das IOC
Abbildung 16	Endergebnis der Vorauswahl der Bewerberstädte nach der IOC-Evaluierung
Abbildung 17	Die Bewertungen Leipzigs und Moskaus im Vergleich
Abbildung 18	Die NOK- und IOC-Evaluierung im Vergleich
Umschlag-rückseite	Karikaturen. Entnommen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10.11.2003, 14.11.2003 und 10.12.2003

Chronologie der Leipziger Olympiabewerbung für 2012

Datum	Ereignis
04.11.2000	Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee verkündet vor der NOK-Mitgliederversammlung, dass Leipzig eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 plant.
27.06.2001	Offizielle Bewerbung beim NOK.
03.11.2001	Das NOK entscheidet sich für eine Teilnahme einer deutschen Bewerbung für 2012
04.02.2003	Leipzig reicht fristgerecht die geforderten Garantien und Beschlüsse beim NOK ein. Es werden 30 Millionen Euro für die Bewerbungsphase eingeplant.
13.03.2003	Leipzigs Bewerbung wird von der NOK-Evaluierungskommission als Zweitbeste hinter Hamburg bewertet.
12.04.2003	Leipzig gewinnt gegen Hamburg mit 81:51 Stimmen. Zuvor waren Stuttgart, Frankfurt / Main und Düsseldorf ausgeschieden. Über 40.000 Menschen feiern auf dem Leipziger Marktplatz. Die Segelwettbewerbe werden Rostock bereits im ersten Wahlgang zugesprochen.
14.04.2003	NOK-Präsident Klaus Steinbach übernimmt den Vorsitz der neu gegründeten Bewerbungsgesellschaft «Leipzig 2012 GmbH». OB Wolfgang Tiefensee wird sein Stellvertreter. Das NOK erhält die Mehrheit mit 50,1 Prozent. 45 % gehen an die Stadt Leipzig und das Land Sachsen, 4,9 % an Segelbewerber Rostock.
16.04.2003	Dirk Thärichen wird Geschäftsführer der GmbH, zwei Wochen danach kommt Mike de Vries.
16.07.2003	Das IOC gibt die Liste der internationalen Bewerber heraus. Neben Leipzig gehen Havanna, Istanbul, London, Madrid, Moskau New York, Paris und Rio de Janeiro ins Rennen für 2012.
30.08.2003	Der Aufsichtsrat beschließt das konzentrierte Sportstättenkonzept im 10-km-Radius mit Ausnahme von Segeln (Rostock) und Reiten (Dresden-Moritzburg).
04.10.2003	Geschäftsführer Dirk Thärichen (33) wird seine fünfmonatige Zugehörigkeit beim MfS-Wachregiment der Stasi vorgeworfen. Tiefensee stellt sich in einer Pressekonferenz demonstrativ hinter seinen Schützling.
06.10.2003	Schwimm-Olympiasieger Michael Groß soll neuer erster Geschäftsführer der Bewerbungs-GmbH werden. Heiß diskutiert wird sein angebliches Jahressalär: zwischen 300 000 und 400 000 Euro. Thärichen soll nicht fallen gelassen werden. Thüringens Stasibeauftragter betont, dass der Dienst im Wachregiment nicht mit einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Stasi-Mitarbeiter zu vergleichen ist.
07.10.2003	Der enttarnte Stasi-IM Harald Lochotzke tritt als Chef des Rostocker Wirtschafts-Fördervereins zurück. In Leipzig wird Stasi-IM Jochen Lohse, Beiratsmitglied im Leipziger Förderverein, abgelöst. Weitere Dokumente werden in der Presse publiziert. Dabei handelt es sich um einen Perspektivplan, Demnach für Thärichen eine Parteikarriere vorgesehen war. Dieser bestreitet die Vorwürfe
08.10.2003	Dirk Thärichen lässt sein Amt ruhen. Erste Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten und unsaubere Praktiken im Geschäftsbetrieb werden laut. T. spricht von einer Rufmordkampagne & kündigt rechtliche Schritte an.
09.10.2003	NOK-Vizepräsident Landsberg-Velen bestätigt Michael Groß als neuen Chefplaner der Leipziger Bewerbungs GmbH. Kritiker sehen in Groß, dessen Mitarbeit an der misslungene der misslungenen Olympia-Bewerbung von Berlin schon großzügig bezahlte worden war, wird wieder der "Abkassierer" gesehen.
10.10.2003	Mit den Anwälten Lothar de Maiziére und Udo Blümel will Thärichen gegen die „Rufmordkampagne“ vorgehen. Unterdessen wird bekannt, dass es bereits am 30. August ein Gespräch zum Thema gegeben hat.

Anhang a, – Chronologie der Ereignisse

Datum	Ereignis
13.10.2003	In der MDR-Sendung "Elis und Escher" diskutierten Leipzigs OB Tiefensee, Ex-Stasi-Beauftragter Gauck, Olympia-Staatssekretär Köhler und "Welt"-Journalist Müller über den Fall Thärichen. Dabei wurde klar, dass es schlecht für Thärichen steht.
14.10.2003	Krisengipfel mit Tiefensee, Steinbach und Schily. Erstmals wird über einen Rückzug der Bewerbung nachgedacht. Schily ist dagegen. Michael Groß kommt definitiv nicht.
15.10.2003	Erstmals werden Dokumente über Thärichens zweifelhaftes Geschäftsgebaren publiziert. Nach Vorlage einer dubiosen Rechnung der PR-Firma Pentacom, die Thärichens ehemaligen Arbeitgebern gehört, kündigt Tiefensee (der von Pentacoms Leistungen profitierte) eine Tiefenprüfung an. Er behauptet, weder er noch die Stadt Leipzig hätten sich je in die Belange der Olympia-GmbH eingemischt und würden auch keine Geschäftsbeziehungen zu Pentacom oder anderen Firmen unterhalten, für die Ivan Radosevic und Henner Ziegfeld tätig sind (bzw. die ihnen gehören). Im Gespräch als neues Gesicht der Bewerbung ist Katarina Witt.
16.10.2003	Georg Milbradt (CDU) kündigt eine Überprüfung der in Auflösung befindlichen „Leipzig, Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH“ an.
17.10.2003	Erneut bringt die "Die Welt" Brisanz in den Fall Thärichen: Sie berichtet von Zahlungen, die Thärichen ohne rechtliche Grundlage geleistet hätte. Zudem wird vom "Zuschanzen" hoch dotierter Beraterverträge an Vertraute Thärichens gesprochen. Die Beschuldigten wehren sich mit einstweiligen Verfügungen.
18.10.2003	Der Aufsichtsrat tagt in Düsseldorf und entlässt Dirk Thärichen wegen Verdachts der Untreue. Tiefensee rückt vollständig von Thärichen ab. Michael Groß wird nicht sein Nachfolger. Dafür rücken der ehemalige Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff und Architekt Bernd Rauch der Olympia GmbH nach. Neuer Geschäftsführer soll der Wirtschaftsmanager Peter Zühlsdorff werden. Das neue Logo "Feuer und Flamme" wird vorgestellt.
19.10.2003	Der Anwalt des entlassenen Olympia-Geschäftsführers Thärichen kritisiert "unfairen Umgang" mit seinem Mandanten. So sei ein Brief von Thärichen unterschlagen worden.
22.10.2003	Ein neuer Stasi-Fall sorgt für Aufregung. Jens Fuge, Geschäftsführer der PR-Agentur Westend, die für die Olympia-GmbH die Pressearbeit leistete, war als IM registriert - kann aber auch auf eine Opfer-Akte verweisen. Die Zusammenarbeit mit der Olympia-GmbH erklärt Mike de Vries kurze Zeit später für beendet.
23.10.2003	Die Telekom-Tochter T-Mobile engagiert sich als erster Großsponsor mit einer Million Euro.
28.10.2003	Sachsens Landessportbund-Präsident Hermann Winkler lässt sein Mandat im Olympia-Aufsichtsrat ruhen. Als Generalsekretär der sächsischen CDU ist er hauptverantwortlich für den Landtagswahlkampf 2004. Er will die Bewerbung Leipzigs entpolitisieren, erhöht mit seinem Schritt jedoch den politischen Druck auf Tiefensee.
30.10.2003	Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt versetzt Olympiastaatssekretär Wolfram Köhler in den einstweiligen Ruhestand. Köhler, Vater der Olympia-Idee, sieht sich dem Vorwurf der Vetternwirtschaft ausgesetzt.
03.11.2003	Der unter Druck geratene Tiefensee verzichtet auf die SPD-Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2004
05.11.2003	Jung gerät nach Veröffentlichung eines brisanten Dokuments unter Druck. Er soll der Marketingfirma SCI (Geschäftsführer: Radosevic) Provisionen auf städtische Mittel für die Olympia GmbH zugebilligt haben. Das Regierungspräsidium leitet ein Prüfverfahren gegen die Leipziger Verwaltungsspitze um Tiefensee ein. Auch die Staatsanwaltschaft ist längst mit den Vorgängen befasst.

Anhang a, – Chronologie der Ereignisse

Datum	Ereignis
06.11.2003	Tiefensee rückt von Jung ab. Jung, der zuvor eine Unschuldsbeteuerung samt eidesstattlicher Erklärung abgab, tritt von seinen Ämtern zurück. Die Entscheidung wird erst am 7.11. bekannt gegeben.
07.11.2003	Jungs Rücktritt wird offiziell bekannt gegeben. Er soll ungerechtfertigte Provisionszahlungen der alten Olympia-GmbH und an die SCI genehmigt haben.
08.11.2003	DSB-Chef Manfred von Richthofen fordert auf der NOK-Mitgliederversammlung in Leipzig „schonungslose Aufklärung“. Bei einem weiteren Skandal sollte man die Bewerbung zurückzuziehen.
11.11.2003	Klaus Steinbach kritisiert Manfred von Richthofen öffentlich. Tiefensee hält flammenden Appell für eine Fortführung der Olympiabewerbung.
15.11.2003	Tiefensee wird von dem Vorwurf entlastet, aktiv in unlautere Provisionszahlungen der früheren Bewerbungsgesellschaft verwickelt gewesen zu sein. Gegen Horst Köhler nimmt die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auf.
17.11.2003	3000 Leipziger bekunden mit einem Friedensgebet und anschließender Montagsdemonstration ihre ungebrochene Unterstützung.
19.11.2003	Der Unternehmer Peter Zühlsdorff (63) wird vom Aufsichtsrat zum neuen ersten Geschäftsführer berufen. Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher übernimmt den Vorsitz im Kuratorium.
27.11.2003	Die Staatsanwaltschaft Leipzig leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Thärichen ein. Ermittelt wird wegen des Verdachts auf Untreue. Vom Verdacht auf Beihilfe zur Untreue wurde dagegen Burkhard Jung entlastet.
10.12.2003	Neuesten Berichten zufolge sollen Thärichen und Jung die Vernichtung von Akten angeordnet haben. Die "Leipziger Volkszeitung" und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreiben außerdem, dass Aufträge nicht ausgeschrieben worden seien. Elf von fünfzehn der mit neuen GmbH abgeschlossenen Verträge, Sollen demnach nur mündlich vereinbart worden sein.
18.12.2003	Bund und Länder setzen im Kanzleramt ihre Unterschriften unter die finanzielle Bürgschaft. Als neuer Slogan wird "one family" vorgestellt; er löst das Motto "Spiele mit uns" ab.
15.01.2004	Leipzig gibt beim in Lausanne den Fragebogen mit einem komplett überarbeiteten Konzept ab. Die Grundidee verspricht kompakte Spiele im Herzen der Stadt. Leipzig ist sich sicher, alle Auflagen erfüllt zu haben.
02.04.2004	Vier Automobil-Konzerne (BMW, DaimlerChrysler, Porsche und Volkswagen) neu im Sponsorenpool.
11.04.2004	Seit Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den entlassenen Olympia-Manager Dirk Thärichen. Die Verhandlungen sollen dem Ende entgegen gehen.
12.04.2004	Ein Jahr nach dem Wahlsieg von München startet ein Non-Stop-Staffellauf durch die Leipziger City. Er soll nach fünf Wochen am 18. Mai am «Tag der Entscheidung» enden.
19.04.2004	Jacque Rogge in Leipzig. Er bescheinigt dem deutschen Bewerber ein gut durchdachtes Konzept und betonte: : «Die Größe der Stadt ist nicht der entscheidende Fakt für den Erfolg der Spiele.»
	Das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Leipziger Olympia-Manager Dirk Thärichen soll eingestellt werden. Dieser Ansicht ist zumindest Thärichen-Anwalt Rolf-Dieter Ruppert.
14.05.2004	Die Wirtschaftunterstützt die Bewerbung mit ca. 6 Millionen Euro. Sponsorenzahl weniger, als erhofft.
18.05.2004	Die Exekutive des IOC entscheidet in Lausanne über die offiziellen Kandidaten für die Wahl am 6. Juli 2005 in Singapur. Leipzig belegt in der Computerauswertung als erster Verlierer Platz sechs und scheidet aus. Als Kandidatenstädte bleiben Paris, Madrid, London, New York und Moskau.

Anhang – b, Charakterisierung der einzelnen Presseerzeugnisse

Zeitungstitel	Intervall	Charakter	Verlag	Chefredakteur	Verkaufte Auflage	
Leipziger Volkszeitung	Mo.-Sa.	Lokalzeitung	Axel Springer Madsack Leipziger Verlag & Druckerei	Bernd Hilder (seit Beginn 2004); zuvor Hartwig Hochstein	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	288.738 Exemplare 284.263 “ 285.163 “ 282.875 “ 279.116 “
Sächsische Zeitung	Mo.-So.	Regionalzeitung	Dresdner Druck & Verlagshaus (60 Prozent Tochter von Gruner & Jahr); 40 % SPD	Wolfgang Schütze	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	314.706 Exemplare 310.159 “ 310.646 “ 307.540 “ 301.753 “
Berliner Zeitung	Mo.-Sa.	überregionale Tageszeitung	100% Gruner & Jahr	Dr. Uwe Vorkötter	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	193.306 Exemplare 188.763 “ 192.176 “ 192.513 “ 188.931 “
Frankfurter Allgemeine Zeitung	Mo.-So.	überregionale Tageszeitung	Verlagsgruppe FAZ		2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	381.318 Exemplare 388.465 “ 388.507 “ 386.196 “ 442.297 “
Süddeutsche Zeitung	Mo.-Sa.	überregionale Tageszeitung	Süddeutsche Zeitung GmbH, Süddeutscher Verlag 100%	H.W. Kilz, Dr. G.Sittner	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	432.875 Exemplare 426.533 “ 437.077 “ 437.124 “ 442.297 “
Die Welt	Mo.-So.	überregionale Tageszeitung	Springer Verlags-gruppe	Jan Eric Peters	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	221.207 Exemplare 219.062 “ 202.168 “ 202.671 “ 208.862 “
Taz	Mo.-Sa.	überregionale Tageszeitung	Verlagsgenossen-schaft	Bascha Mika	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	61.009 Exemplare 57.645 “ 59.558 “ 58.284 “ 60.194 “
Der Spiegel	wöchentlich montags	überregionales Nachrichtenmagazin	Spiegel Verlagsgrup-pe	Mathias Müller v. Blumencron	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	1.069.047 Exemplare 1.124.240 “ 1.108.083 “ 1.080.873 “ 1.088.932 “
Die Zeit	wöchentlich donnerstags	überregionale Wochenzeitung	Holzbrink, Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG	Dr. Josef Joffe, Dr. Michael Naumann	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	447.310 Exemplare 453.070 “ 451.945 “ 460.024 “ 471.707 “
Kreuzer Stadtmagazin	monatlich	Leipziger Stadtmagazin	Kreuzer Medien GmbH	Björn Achenbach	2. Quartal 2003 3. Quartal 2003 4. Quartal 2003 1. Quartal 2004 2. Quartal 2004	10.764 Exemplare 10.709 “ 10.522 “ 11.315 “ 10.803 “

Datenquelle: http://www.ivw.de/auflagen2/web/registriert/index_regged.htm, Abruf: 1.8.2004

Ergebnisse der NOK-Evaluierung im März 2003

Kriterium / (Gewichtung)	Düsseldorf Rhein-Ruhr	Frankfurt Rhein-Main	Hamburg	Leipzig und Region	Stuttgart
Unterstützung / Öff. Meinung (1)	7,65	8,07	8,30	**8,90**	8,26
Allgemeine Infrastruktur (5)	44,65 (8,93 x 5)	48,85 (9,77 x 5)	47,70 (9,54 x 5)	**49,00** (9,80 x 5)	45,75 (9,15 x 5)
Sportinfrastruktur (4)	34,16 (8,54 x 4)	**35,04** (8,76 x 4)	32,92 (8,23 x 4)	34, 04 (8,51 x 4)	33,20 (8,30 x 4)
Olympisches Dorf (4)	28,84 (7,21 x 4)	36,32 (9,08 x 4)	**36,88** (9,22 x 4)	34,84 (8,71 x 4)	33,52 (8,38 x 4)
Umwelt (2)	16,94 (8,47 x 2)	17,08 (8,54 x 2)	**18,86** (9,43 x 2)	18,20 (9,10 x 2)	18,50 (9,25 x 2)
Beherbergung (5)	44,70 (8,94 x 5)	42,75 (8,55 x 5)	**45,60** (9,12 x 5)	44,25 (8,85 x 5)	42,30 (8,46 x 5)
Transport (4)	36,76 (9,19 x 4)	**40,00** (10,00 x 4)	39,52 (9,88 x 4)	38,20 (9,55 x 4)	37,48 (9,37 x 4)
Großereignisse (2)	**16,42** (8,21 x 2)	12,04 (6,02 x 2)	11,48 (5,74 x 2)	12,22 (6,11 x 2)	12,54 (6,27 x 2)
Finanzierung (3)	27,24 (9,08 x 3)	**28,26** (9,42 x 3)	**28,26** (9,42 x 3)	26,22 (8,74 x 3)	26,01 (8,67 x 3)
Generelles Bewerbungskonzept (3)	27,00 (9,00 x 3)	27,99 (9,33 x 3)	**30,00** (10,0 x 3)	29,49 (9,83 x 3)	28,50 (9,50 x 3)
Regionaler Sport (4)	**35,88** (8,97 x 4)	34,96 (8,74 x 4)	34,52 (8,63 x 4)	35,08 (8,77 x 4)	35,36 (8,84 x 4)
Kultur (1)	**10,00**	9,33	9,67	9,33	9,67
Jugendlager (1)	8,56	8,11	**8,89**	8,44	**8,89**
Paralympics (4)	35,64 (8,91 x 4)	34,52 (8,63 x 4)	**36,32** (9,08 x 4)	35,16 (8,79 x 4)	34,08 (8,52 x 4)
Reason Why (2)	15,50 (7,75 x 2)	16,50 (8,25 x 2)	**19,76** (9,88 x 2)	18,50 (9,25 x 2)	16,76 (8,38 x 2)
Leitmotiv (2)	**19,50** (9,75 x 2)	17,50 (8,75 x 2)	**19,50** (9,75 x 2)	**19,50** (9,75 x 2)	17,50 (8,75 x 2)

Die Bewertung der nationalen Bewerberstädte im Rahmen der Evaluierung von Seiten des deutschen NOK . (Datenquelle: NOK-Evaluierung); Eigene Darstellung

(Der Sieger der des jeweiligen Kriteriums ist fettgedruckt hervorgehoben worden)

Förderer der Leipziger Olympiabewerbung (Datenquelle: www.olympia-leipzig-2012.de)

Nationale Förderer:

T-Mobile Deutschland GmbH

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft

Wall AG

BMW AG

DaimlerChrysler AG

Porsche AG

Volkswagen AG

GfK AG

Regionale Förderer I.

Illeburger Sachsen-Quelle

MALBERG EDV-Systemberatung GmbH

Gesellschaft zur Förderung des Regionalmarketing für Mitteldeutschland mbH

The Westin Leipzig

Leipziger Brauhaus zu Reudnitz GmbH

ARGE Transportbeton Leipzig Spiele 2012

Handwerkskammer zu Leipzig

Industrie- und Handelskammer zu Leipzig

HOCHTIEF

VNG-Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft

ABB Gebäudetechnik AG

Lichtenauer Mineralquellen GmbH

Stadtwerke Leipzig GmbH

Konsumgenossenschaft Leipzig e. G.

envia Mitteldeutsche Energie AG

Leipziger Messe GmbH

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH

Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH

Obstland Dürrweitzschen GmbH

Rothkegel Baufachhandel GmbH

Neumann & Müller GmbH

Sparkasse Leipzig

Ingenieurkammer Sachsen- und Ingenieure für Olympia e.V.

Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband

DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH

Regionale Förderer II.

Das Herbarium

Auerbachs Keller Leipzig

PrismaCom Region Leipzig GmbH & Co. KG

ProSoft Krippner GmbH

Fantastic Gesellschaft für restaurants & Caterin mbH

Hotel Fürstenhof Leipzig

Marsh GmbH

Nacap GmbH

Panorama restaurant im City-Hochhaus

Leipzig Mariott Hotel

IKON Office Solutions GmbH

Sparkasse Delitzsch-Eilenburg

VIOSYS AG

DREFA Media Service GmbH

Renaissance Hotel Leipzig

AvH Systemhaus GmbH

Sächsische Software Center OHG

Sage KHK Software GmbH & Co. KG

GVT Taucha GmbH

GP Günter Papenburg AG

Patent- und Rechtsanwälte Grosse Bockhorni Schumacher

Autohaus Heil OHG

ICC Sprachinstitut

GDA Gesellschaft für digitale Außenwerbung mbH

Siemens AG

smow GmbH

Süß-Bau GmbH

Rechtsanwälte Schwarz Kelwing Wicke Westpfahl

Objektform GmbH

Sobotta Büroorganisation Vertriebsgesellschaft mbH

PrismaCom Region Leipzig

LE Vision

Nationale / Regionale Medienpartner

Erstes Deutsches Fernsehen (ARD), Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), BUNTE (Burda People Group), PSR Mediengruppe

Fragebogen zur Erreichung des Status einer „Candidate city“ für die Olympischen Spiele 2012

I. Einleitung: Motivation, Konzept und öffentliche Meinung

1. Einleitung

a) Was ist ihre prinzipielle Begründung, die Olympischen Spiele auszurichten?

b) Was würde der Einfluss und das Vermächtnis für Ihre Stadt/Region bedeuten, Gastgeber der Olympischen Spiele zu sein?

2. Konzept

a) Beschreiben Sie kurz Ihre Visionen der Olympischen Spiele in Ihrer Stadt/Region. Schildern Sie ausführlich folgende Aspekte: Motivation hinter der Standortwahl der olympischen Hauptinfrastrukturen, erwartete Vorteile zum Zeitpunkt der Spiele und der nacholympischen Nutzung. Erklären Sie, wie Ihre Visionen der Spiele in der langfristigen Planungsstrategien Ihrer Stadt passt

b) Stellen Sie eine Karte Ihrer Stadt/Region zur Verfügung, auf welcher Ihr Projekt hinzugefügt ist und somit eine vollständige Anschauungsübersicht Ihres Projektes gewährleistet (Karte A: siehe Einleitung). Diese Karte sollte den Standort aller wichtigen olympischen Infrastrukturen beinhalten (Sportstätten, olympische(s) Dorf/Dörfer, Medienunterkunft/Dörfer, Main Press Center (MPC), International Broadcast Centre (IBC), Haupthotelbereich, hauptsächliche Verkehrsinfrastruktur – Flughäfen, Autobahnen, etc.)

3. Öffentliche Meinung

a) Wie lautet die allgemeine öffentliche Meinung, in Ihrer Stadt/Region und Land hinsichtlich Ihres Projektes, die Olympischen Spiele auszurichten? Falls Sie Meinungsumfragen durchführen, machen Sie bitte genaue Angaben zu folgenden Bereichen: gestellte Fragen, umfasstes Gebiet, Zeitpunkt der Umfrage, Stichprobenumfang.

b) Welchen Widerspruch gibt es zu Ihrem Projekt? Bitte erläutern Sie genau.

II. Politische Unterstützung

4. Unterstützung durch die Regierung

a) Wie ist es um die Unterstützung durch die Staatsverwaltung, Ortsbehörden sowie regionalen und nationalen Regierungen für Ihre Bewerbung und für die Veranstaltung der Olympischen Spiele in Ihrer Stadt/Region bestellt?

b) Beschaffen Sie einen Vertrag der Regierung Ihres Landes, der Folgendes aussagt: „Name/n des/r vorschriftsmäßigen Bevollmächtigten bestätigt/en hiermit, dass die Regierung des Gastgeberlandes die Anerkennung der Olympischen Charta gewährleistet; dass sie akzeptiert, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen und dass der freie Zugang zu dem Gastgeberland und die freie Bewegung im Land für alle akkreditierten Personen auf der Grundlage eines Passes (oder gleichwertigen Dokuments) und der Olympischen Identitäts- und Akkreditierungskarte, die die Olympischen Spiele vorsieht, gewährleistet ist“

c) Bitte geben Sie die Termine aller Wahlen an, die in Ihrer Stadt/Region/Land zwischen dem jetzigen Zeitpunkt und der Wahl der Gastgeberstadt (Juli 2005) stattfinden werden.

NOK und städtische Unterstützung: Stellen Sie ein Garantiedokument bereit, das vom NOK Ihres Landes und Ihrer Stadtverwaltung unterzeichnet ist und Folgendes aussagt: „Die vorschriftsmäßig bevollmächtigten Unterzeichnenden bestätigt hiermit, dass das NOK des Gastgeberlandes und die Stadtverwaltung XY allen Verpflichtungen nachkommen werden, die in der Olympischen Charta niedergeschrieben sind“.

5. Zukünftiges Bewerbungskomitee

Wie wäre Ihr Bewerbungskomitee aufgebaut und zusammengesetzt, wenn Ihre Stadt als Kandidat angenommen werden sollte, um die Olympischen Spiele 2012 auszutragen? Geben Sie genau an, welche öffentlichen oder privaten Institutionen, Organisationen oder Körperschaften sowie deren jeweilige Behördenebenen in Ihrem Bewerbungskomitee vertreten sein werden.

- NOK-Beauftragte müssen Mitglieder Ihres Bewerbungskomitees sein (siehe Olympische Charta, Paragraph 1 der Ausführungsbestimmunen zu Regel 37);
- IOC-Mitglieder in Ihrem Land müssen, auf Ihren Wunsch hin, auch Mitglieder Ihres Bewerbungskomitees sein.

6. Gesetzliche Aspekte

a) Was sind die (falls vorhanden) gesetzlichen Hindernisse hinsichtlich der Organisation der Olympischen Spiele in Ihrem Land?

b) Ziehen Sie die Ausführungen neuer Gesetze in betracht, um die Organisation der Olympischen Spiele zu erleichtern? Erläutern Sie!

c) Verlangt die Gesetzgebung in Ihrem Land von Ihnen einen Volksentscheid, um ein Projekt dieser Art durchzuführen? (Falls ein Volksentscheid erforderlich ist, sollte dieser vor der Annahme als „Kandidatenstadt“ durchgeführt werden.

d) Wie lauten die bestehenden Gesetze in Ihrem Land, die mit dem Sport verbunden sind?

e) Wie lauten die Gesetze oder andere Mittel in Ihrem Land, die das Doping im Sport bekämpfen?

f) Haben die zuständigen Behörden in Ihrem Land eine Vereinbarung mit der World Anti-Doping Agancy (WADA) unterzeichnet? Verwendet Ihr Land momentan einen Doping Code? Erläutern Sie! (Bitte beachten Sie, dass in der Kandidaturphase von Ihnen eine Garantie von der zuständigen nationalen Behörde verlangt wird, die bestätigt, dass der dann gültige „Olympic Movement Anti-Doping-Code“ in Kraft gesetzt und völlig akzeptiert wird.)

III. Finanzen

7. Kandidaturbudget

Sollten Sie als Kandidatenstadt angenommen werden, um die Olympischen Spiele 2012 auszurichten, beschreiben Sie, wie und von wem Ihre Kandidatur finanziert wird. Was ist Ihr Budget (in USD) für: Phase I (Bewerbung), Phase II (Kandidatur)?

8. Veranstaltungsbudget

Wie wird Ihr Veranstaltungsbudget strukturiert sein (private kontra öffentliche Finanzierung)? Regierungsbeiträge: Welche finanziell verbindlichen Zusagen haben Sie von Ihrer nationalen, regionalen und örtlichen Regierung und Stadtverwaltungen erhalten?

Bitte beachten Sie, dass es in der Kandidaturphase für Sie wichtig ist, neben anderen folgende verbindliche Zusagen von den öffentlichen Behörden zu bekommen, weil sie ein wesentlicher Bestandteil für die Durchführung der Olympischen Spiele sind:

- eine Verpflichtung, alle Sicherheits-, medizinische-, Zoll- und andere regierungsbezogene Dienstleistungen bereitzustellen, ohne dass dem Organisationskomitee (OCOG) Kosten entstehen;
- eine Verpflichtung, alle den öffentlichen den Behörden gehörenden und nichtsportlichen Veranstaltungsorte dem OCOG zur Verfügung zu stellen, entweder kostenlos oder für Mietkosten, die vorher vom IOC genehmigt werden müssen;
- die Deckung eines möglichen wirtschaftlichen Fehlbetrags des OCOG;

- eineVerpflichtung, die notwendigen Entwicklungen der Infrastruktur zu übernehmen und zu finanzieren.

In Anbetracht der Finanzierungspläne der Olympischen Spiele sollte daran gedacht werden, dass es zwei verschiedene Budgets gibt:

- OCOG Budget: dies ist Betriebsbudget für die Organisation der Olympischen Spiele. Die Entwicklungskosten der Infrastruktur für Sportstätten, das Olympische Dorf, das IBC, das MPC oder andere wichtige Infrastrukturprojekte dürfen nicht im OCOG Budget enthalten sein.
- Nicht OCOG Budget: für die Baufinanzierung der für die Spiele notwendigen Haupt- und Sport-Infrastruktur, welche ein langfristiges Vermächtnis sein wird. Die Finanzierung solcher Investitionen sollte von den öffentlichen Behörden oder dem privaten Sektor übernommen werden.

9. OCOG Einnahmepotenzial

Welche Einnahmen können Sie nach Ihrer Erwartung zusätzlich zum finanziellen Beitrag, den Sie vom IOC erhalten werden, erzielt werden? Bitte geben Sie Quellen, geschätzten Betrag und Hintergrundinformationen an, wie diese Schätzungen erreicht wurden.

IV. Austragungsorte

A. Austragungsorte der Wettkämpfe

10. Mittels Charts 1 füllen sie Folgendes aus

a) Vorhandene Sportstätten: Geben Sie die vorhandenen Sportstätten an, die voraussichtlich für die Olympischen Spiele genutzt werden. Vervollständigen Sie alle erforderlichen Einzelheiten in der Tabelle.

b) Geplante Sportstätten: Geben Sie die bereits unabhängig von dem Bewerbungsangebot für die Olympischen Spiele geplanten Sportstätten an, die für die Olympischen Wettbewerbe verwendet werden. Vervollständigen Sie alle anderen erforderlichen Einzelheiten in der Tabelle.

c) Zusätzliche Austragungsschauplätze: Führen Sie die zusätzlichen Sportstätten auf, die Sie für die Ausrichtung der Olympischen Spiele für notwendig erachten. Vervollständigen Sie alle anderen erforderlichen Einzelheiten in der Tabelle. Notieren Sie für jeden Austragungsort, ob er als permanente Einrichtung oder temporär geplant ist.

11. Erstellen Sie eine Karte B (siehe Richtlinien)

Dies ist die Karte Ihrer Stadt/Region, auf der Sie bitte den Standort der Sportstätten hinzufügen, die Sie in Frage 10 aufgeführt haben, sowie auch die Olympischen Dörfer, IBC/MPC und Mediendörfer (Mehrzahl falls notwendig), unter Verwendung codierter Farben nach den Richtlinien, um zwischen vorhandenen, geplanten und zusätzlichen Sportstätten zu unterscheiden.

B. Nicht-Wettkampf-Austragungsorte

12. Olympisches Dorf/Dörfer

a) Beschreiben Sie Ihr Konzept für das Dorf/die Dörfer der Athleten, sowie Ihre Pläne für deren nacholympischen Nutzung.

b) Geben Sie genau an, wer de Errichtung der Dörfer für die Athleten finanzieren wird.

c) Bitte legen Sie dar, ob zusätzliche Dörfer für Athleten oder alternative Unterkünfte geplant/erforderlich sind. Bitte beschreiben Sie die (falls gegeben) alternative Unterbringung, die Sie nutzen wollen.

International Broadcast Centre (IBC) / Main Press Centre (MPC)

a) Beschreiben Sie Ihr Konzept für das IBC/MPC und auch Ihre Pläne für deren nacholympische Nutzung. (Standort, vorhandene oder neue Errichtung, gemeinsame oder separate Einrichtungen)

b) Geben Sie genau an, wer die Erreichtung des IBC/MPC finanzieren wird.

V. Unterbringung

13. Hotels

a) Bitte vervollständigen Sie Tabelle II (siehe Modell im Anhang) und geben Sie die Anzahl der Hotels und Hotelzimmer an, die sich innerhalb eines Umkreises von 10 km von Ihrem Stadtzentrum und innerhalb eines Umkreises von zehn bis 50 km von Ihrem Stadtzentrum befinden.

b) Für Austragungsstätten außerhalb der Stadt geben Sie die Anzahl der Hotelzimmer innerhalb des Umkreises von 10 km von der Austragungsstätte an. (Bitte stellen Sie sicher, dass die Zimmer nicht doppelt gezählt werden.)

c) Bitte geben Sie die durchschnittlichen Tagespreissätze vom Jahr 2003 für 3-,4- und 5-Sterne-Hotels während des Monats der Spiele an, inklusive Frühstück und allen anfallenden Steuern.

14. Medienbeherbergung

Medienvertreter sollten, wo immer möglich, in Hotels untergebracht werden. Wo die Hotel-Infrastruktur der Gastgeberstadt unzureichend ist, um die Bedürfnisse der Medien zu befriedigen, muss das OCOG ein Mediendorf zur Verfügung stellen (oder mehr als eins, abhängig von der Gestaltung der Olympischen Veranstaltungsorte). Falls Sie in Betracht ziehen, ein Mediendorf zu nutzen: Beschreiben Sie Ihr Konzept für das Mediendorf, sowie auch Ihre Pläne für seine nacholympische Nutzung. Erläutern Sie genau, wer die Errichtung des Mediendorfes finanziert.

VI. Verkehrsinfrastruktur

15. Mittels Tabelle III. stellen sie Folgendes bereit

a) Vorhandene Verkehrsinfrastruktur: Geben Sie Ihre vorhandene Verkehrsinfrastruktur an: Autobahnen, wichtiges städtisches Straßenhauptverkehrsnetz, Vorstadtbahn/S-Bahnen, U-Bahn, Kleinbahn und andere Verkehrssysteme.

b) Geplante Verkehrsinfrastruktur: Geben Sie alle geplanten Entwicklungen der Verkehrsinfrastruktur an, die unabhängig von Ihrer Bewerbung sind, aber einen möglichen Einfluss auf die Erreichbarkeit von olympischen Einrichtungen haben.

c) Zusätzliche Verkehrsinfrastruktur: Geben die zusätzliche Verkehrsinfrastruktur an, die für die Ausrichtung der Olympischen Spiele notwendig ist.

Für jeden der oben aufgeführten Punkte machen Sie genaue Angaben über: Länge und Kapazität (Anzahl der Spuren oder Gleise); wie und vom wem diese finanziert werden (falls zutreffend); Einrichtungszeitraum (falls zutreffend). Bitte differenzieren Sie zwischen Verkehrsinfrastruktur im Stadtbereich und von der Stadtgrenze zu außerhalb gelegenen Veranstaltungsorten.

16. Flughafen

a) Welcher ist der internationale Hauptflughafen, den Sie für die Olympischen Spiele nutzen wollen? Bringen Sie Ihre Gründe vor.

b) Welche anderen Flughäfen beabsichtigen Sie für die Olympischen Spiele zu nutzen? Bringen Sie Ihre Gründe vor.

c) Für jeden Flughafen, den Sie benutzen wollen, geben Sie bitte die Kapazität (Anzahl der Start- und Landebahnen, Anzahl der Flugsteige, Terminalkapazität für die Passagiere), die Entfernung zum Stadtzentrum und vorhandene und geplante öffentliche Verkehrsmittelverbindungen zum Stadtzentrum an.

17. Stellen Sie Karte B bereit

Dies ist die Karte Ihrer Stadt/Region, auf welcher wir Sie bitten, die gesamte Infrastruktur der Verkehrsmittel, die Sie in Frage 15 oben angeführt haben, hinzufügen, sowie die Farbcodierung übereinstimmend mit den Richtlinien anzuwenden, um zwischen vorhandener, geplanter und zusätzlicher Infrastruktur der Verkehrsmittel zu unterscheiden. (Bitte vergewissern Sie sich, dass Ihr internationaler Hauptflughafen auf dieser Karte eingezeichnet ist.)

18. Welche momentanen Verkehrsherausforderungen weist Ihre Stadt auf und wie beabsichtigen Sie, diese zum Zeitpunkt der Spiele zu bewältigen?

Bitte vervollständigen Sie Tabelle IV (siehe Modell im Anhang). Geben Sie alle Entfernungen (in km) und Reisezeiten von 2003 für die angemessenste Busstrecke (in Minuten) an. Falls eine Bahnverbindung zur Verfügung steht, fügen Sie (rail) in Klammern der geeigneten Verbindung hinzu.

19. Transport

VII. Allgemeine Bedingungen, Logistiken und Erfahrungswerte

20. Daten der Olympischen Spiele

Die Spiele der XXX. Olympiade sollen innerhalb des folgenden Zeitraumes veranstaltet werden: 15. Juli bis 31. August 2012. Begründen Sie Ihre vorgeschlagenen Daten für die Ausrichtung der XXX. Olympiade und erläutern Sie Ihre Gründe genauer.

21. Bevölkerung

Geben Sie die folgenden momentanen Bevölkerungszahlen an, sowie die geschätzte Bevölkerung im Jahre 2012: Land; Stadt; Stadt einschließlich Großstadtgebiet (falls zutreffend).

22. Meteorologische Verhältnisse

Bitte vervollständigen Sie die Tabelle V (siehe Modell im Anhang).

23. Umwelt

a) Stellen Sie eine Einschätzung der aktuellen Umweltbedingungen in Ihrer Stadt bereit.

b) Stellen Sie Einzelheiten von fortlaufenden Umweltprojekten und deren Organisation bereit.

c) Stellen Sie eine Einschätzung des Umwelteinflusses auf die Veranstaltung der Olympischen Spiele in Ihrer Stadt bereit.

d) Wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen an einem Ihrer vorgeschlagenen Veranstaltungsorte durchgeführt, und verlangt die Gesetzgebung Ihres Landes, Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen? Wenn dies so ist, in welcher Planphase?

24. Erfahrungen

Welche Erfahrungen konnten Sie aufgrund der Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen und Multi-Sportveranstaltungen sammeln? Bitte listen Sie maximal zehn wichtige Veranstaltungen über die letzten zehn Jahre hinweg mit Angabe von Daten auf.

25. Sicherheit

a) Wer wird die oberste Verantwortung für die Sicherheit während der Olympischen Spiele tragen?

b) Welche Sicherheitsmittel planen Sie für die Olympischen Spiele bereitszustellen (Human Ressources – öffentlicher und/oder privater Berech – und Technologie)?

c) Erlaubt die Gesetzgebung Ihres Landes eine effektive Alleinentscheidungsbefugnis?

Wäre Ihre Regierung bereit, neue Gesetze in Kraft zu setzen, um eine effiziente Struktur und einen Sicherheitseinsatz zu gewährleisten, der den besonderen Umständen der Olympischen Spiele entspricht?

(Quelle: Entnommen bei Hartmann/Jeske/Weinreich, S.83ff)

Der Fragebogen an Journalisten und Wissenschaftler (Telefoninterview, schriftliche Befragung)

A, Einführung:

1. Wer trägt Ihrer Meinung nach die Verantwortung für das Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung?
2. Bitte nennen Sie die Stärken und Schwächen der Bewerbung aus Ihrer Sicht!

B, Sportpolitik:

3. War Leipzig im nationalen Ausscheid der richtige Kandidat?
4. Das Scheitern der Bewerbung lässt bei vielen Beobachtern den Ruf nach politischen und sportpolitischen Konsequenzen lauter werden. Wie sehr wurden die Herren Tiefensee und Steinbach beschädigt?
5. Wie beurteilen Sie nach dem Scheitern die Situation innerhalb der deutschen Sportpolitik?
6. Sind die Strukturen im NOK und DSB aus Ihrer Sicht noch zeitgemäß? Welche Maßnahmen schlagen Sie ggf. vor?
7. Würden Sie die These stützen, dass Deutschland innerhalb des internationalen Sports als isoliert angesehen werden kann? Bitte begründen Sie!

C, Gründe des Scheiterns der Bewerbung:

8. Die letztendlichen K.O-Kriterien sind bekannt: Fehlende Infrastruktur und Beherbergungsprobleme u.ä. Welche Gründe sehen Sie darüber hinaus für das Scheitern der Bewerbung?
9. Waren Einzelinteressen von höherer Bedeutung als der Wunsch, Olympia nach Deutschland zu holen? Wer oder welche Institutionen haben versagt?
10. Hat Leipzig zu irgendeinem Zeitpunkt eine Chance gehabt, es in die Endrunde der IOC-Entscheidung zu schaffen? Wenn ja, wann?

D, Wirtschaft und Politik:

11. Warum hat sich die Wirtschaft für die Olympiabewerbung nicht stärker engagiert? Liegt dies einzig in der derzeitigen konjunkturellen Lage begründet?
12. Warum hat die Bundespolitik so spät in die Bewerbung eingegriffen? Kam Schilys Machtwort und die Installation von Peter Zühlsdorff zu spät?

E, Ost-West-Konflikte:

13. Würden Sie die These stützen, dass Ost-West-Konflikte die Bewerbung belastet haben? Oder war die kontroverse Debatte nur eine gekünstelte Inszenierung? Bitte begründen Sie!
14. Das „Stasi-Thema“ hat die Olympiabewerbung belastet. Wie beurteilen Sie die Aufarbeitung der Stasi-Debatte innerhalb der Berichterstattung? Hat es die Bewerbung belastet?

F, Presse:

15. War das Scheitern der Leipziger Olympiabewerbung ein Ergebnis der kritischen Berichterstattung?
16. Wie erklären Sie sich die zum Teil höchst unterschiedliche Berichterstattung deutscher Presseerzeugnisse in Bezug auf die Bewerbung? (lokale – regionale - überregionale Presse)

G, Ausblick:

17. Wer ist aus Ihrer Sicht der große Verlierer der Olympiabewerbung?
18. Halten Sie eine deutsche Bewerbung für Olympia 2016 für sinnvoll? Bitte begründen Sie!
19. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um eine eventuelle deutsche Olympiabewerbung erfolgreicher zu gestalten?

Vielen Dank für Ihre Teilnahme und die damit verbundene Mühe!

Das 10-Punkte-Programm des NOK nach der gescheiterten Olympiabewerbung

1. Das NOK für Deutschland sieht in der Durchführung Olympischer Spiele unverändert eine große Chance für die Entwicklung des Sports in der Bundesrepublik Deutschland. Das NOK wird sich daher zu einem geeigneten Zeitpunkt erneut um die Olympischen Spiele bewerben. Es wird gemeinsam mit den Sportfachverbänden prüfen, ob eine Bewerbung für die Sommer- oder für die Winterspiele erfolgen wird.

2. Leitlinie einer zukünftigen Bewerbung um Olympische Spiele ist die alleinige Ausrichtung an der internationalen Durchsetzungsfähigkeit der Bewerberstadt. Dabei werden ausschließlich die für die Auswahl der Bewerberstädte gültigen Kriterien des IOC maßgeblich sein. Zukünftige Entscheidungen des IOC bei der Vergabe von Olympischen Spielen werden berücksichtigt.

3. Das NOK für Deutschland stellt fest, dass ein nationales Bewerbungs- und Auswahlverfahren in der praktizierten Form nicht mehr durchgeführt wird.

4. Die Auswahl einer zukünftigen Bewerberstadt wird durch das Präsidium des NOK für Deutschland vorgenommen und der Mitgliederversammlung des NOK zur Beschlussfassung empfohlen. Bei Interesse mehrerer Städte wird das NOK für Deutschland einen internen, eng gesteuerten Auswahlprozess durchführen.

5. Die Bewerberstadt muss die jeweils geforderten Kriterien des Internationalen Olympischen Komitees als eine Bewerberstadt unzweifelhaft erfüllen können. Sie muss bereit sein auch für wiederholte Bewerbungen zur Verfügung zu stehen.

6. Ein zukünftiger Bewerbungsprozess um Olympische Spiele erfordert eine starke zentrale und eng geführte Steuerung durch das NOK für Deutschland in enger Kooperation mit den anderen Gremien des deutschen Sports. Dem Sachverstand internationaler Experten und den deutschen Vertretern in internationalen Fachverbänden und Gremien wird hierbei hohe Bedeutung beigemessen.

7. Eine erneute Bewerbung um Olympische Spiele kann nur erfolgreich sein, wenn sie als nationales Anliegen von allen Regionen des Landes gewollt und mitgetragen wird. Dieser „nationale Schulterschluss“ erfordert einen engen Verbund von Sport, Politik und Wirtschaft und deren klares Bekenntnis zu einer nationalen Aufgabe „Olympische Spiele“. Der deutsche Sport muss sich kraftvoll hinter einer Bewerbung um Olympische Spiele bündeln. Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland wird dieser Aufgabe in engster Partnerschaft zu DSB und den Sportfachverbänden nachkommen. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung ist es erforderlich, dass Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern vor Eintritt in eine Bewerbung ihren uneingeschränkten Willen zur Bewerbung um Olympische Spiele manifestieren. Unabdingbare Voraussetzung für eine Bewerbung ist die Unterstützungszusage der deutschen Wirtschaft vor Eintritt in die Bewerbung um Olympische Spiele.

8. Der deutsche Sport wird sich die Verstärkung seiner internationalen Präsenz und Sportpolitik zur Aufgabe machen. Eine intensive Unterstützung zukünftiger Bewerbungen durch die auswärtige Kulturpolitik sowie durch die Maßnahmen zur Förderung des Sports in Ländern der Dritten Welt sind unabdingbar.

9. Um unverändert seinen Beitrag zur Sicherung Deutschlands als Standort internationaler Sportereignisse zu leisten, wird sich der deutsche Sport wie bisher auch in Zukunft um internationale Sportgroßveranstaltungen wie Welt- und Europameisterschaften in Deutschland bewerben. Das NOK weist darauf hin, dass dafür die jeweils steuerrechtlichen Rahmenbedingungen bestehen müssen.

10. Das NOK für Deutschland wird zum Zwecke der ständigen Befassung mit dem Thema „Bewerbung um Olympische Spiele“ eine Präsidialkommission einrichten, die das Präsidium laufend über entsprechende Entwicklungen unterrichtet.

(Quelle: FAZ, 30.6.2004)

Danksagung

Meinem Vater: dafür, dass er mich zu dem gemacht hat, was ich bin. Dass er nicht nur mein Vater, sondern immer Freund, Autoritätsperson, Unterstützer und Kritiker war. Ich wünschte, er könnte diese Arbeit noch lesen. Ich denke jeden Tag an dich, Didi, du fehlst mir!

Meiner Mutter: für Ihre Kraft, in schweren Zeiten für meine Schwester und mich da zu sein. Für Ihre Ruhe und Fürsorge, Unterstützung, Halt und gute Gespräche.

Andrea: Für Ihr Lachen und Ihre Tollpatschigkeit. Für Ihre Liebe und die Ausdauer im Ertragen meiner Launen. Dafür, dass Sie mich fordert und fördert, mir eine Schulter zum Weinen gibt und mich durch Ihre Macken zum Lachen bringt.

Tina & Lily: Meiner Schwester für Ihre Sorgen, Ihr Plappern und einen unverwechselbaren Berliner Dialekt. Dem Sonnenschein Lily, bei der ich alles um mich herum vergessen kann.

Fish: Für Seelenverwandtschaft und kluge Ratschläge; Unterstützung in jeder Lebenslage, grandiose Auswärtsfahrten und das Gefühl, einen wahren Freund zu haben.

Claas: Für seine soziale Kompetenz und ein immer offenes Ohr. Für sein ansteckendes Lachen, Diskussionsrunden über Fußball und den Rest der Welt. Für nötige Kritik, die Vermittlung der Frisbee-Regeln und die grandiose Zeit in Göttingen.

Ingmar: Dafür, dass er mir nach nur zwei Tagen in Göttingen Asyl gewährte. Für eine Freundschaft, die nicht vieler Worte bedarf. Für seine Macken, unnachahmlichen Einlagen und großes Tennis. Dafür, dass er mein Leben bereichert hat und trotz vieler Rückschläge sein Ding durchzieht.

René: Für gemeinsame Chemie-Stunden, Freundschaft in harten Zeiten, „endlose Läufe“ von Lichtenberg zum Alexanderplatz, unseren Bulgarien-Trip und edle Tropfen aus der Hausbar.

Ali & Familie: Meinem Freund Ali dafür, dass er mich ohne Worte versteht; mir beim Fußball Rückdeckung gibt, wenn ich wieder zu offensiv spiele. Für seinen legendären Satz: „It´s not my turn“. Seiner „Frau“ Patty für Ihre Art und den zwei Kleinen dafür, dass Sie immer wieder so grandios schön lachen.

Jens: für unermüdliche Korrekturen, Denkanstösse, aufbauende Wort und Freundschaft

Dresch: Für seine Lebensfreude und echte Klatsche; für Fotos, auf denen er nie normal aussieht; Döner-Fress-Orgien und die Bum-Bum-Mucke in seinem Auto.

Herrn Bökel: Für die Vermittlung von Literatur und den Anstoß zu kritischer Hinterfragung von Themen und Sachverhalten.

Dr. Wilfried Scharf: Für Witz und Autorität, seine Art der Wissensvermittlung und die Einstellung zur Lehre. Für Denkanstösse, die Unterstützung in vielen Fragen und natürlich seine legendäre Art der Beantwortung von Emails.

EHC Eisbären Berlin: Für echte Begeisterung, legendäre Touren durch die „Republik“, Heiserkeit und fassungslos-ungläubige Blicke gegnerischer Fans. Für Tränen und Ratlosigkeit, Freudentaumel und Dramatik, für den Wellblechpalast und die Farbe „Dynamo-Rot“.

Russland: Einem aufregenden Land mit tollen Menschen. Für prägende Eindrücke und Begegnungen, neue Perspektiven und unglaubliche Gastfreundschaft.

Experten und Journalisten: Dafür, dass Sie dieses Projekt mit Ihren Erfahrungen, Beiträgen, Stimmen, Anstößen und kontroversen Standpunkten bereichert haben.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, Stefan Behning, dass ich die vorliegende Arbeit in allen Teilen selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen stammen, sind als solche unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht.
Diese Arbeit wurde nicht bereits als Doktor- oder Diplomarbeit an einer anderen Hochschule, nicht als Zulassungs- oder Facharbeit oder als Teil einer solchen Arbeit eingereicht.

Göttingen, d. 20.01.2005

Stefan Behning

Hypothesenkatalog: Die Gründe des Scheiterns im Überblick

1. Der Prüfbericht des NOK stellt kein Abbild der realistischen Chancen der deutschen Bewerbung im internationalen Vergleich dar. Die Bewertungen der Kategorien fielen zu optimistisch aus und täuschten so eine vermeidliche Tauglichkeit aller nationalen Bewerberstädte vor. Zwar wurde mit Auswahl der Kategorien eine in der Richtung annehmbare Bemessungsgrundlage getroffen, die Benotung orientierte sich jedoch zu wenig an den Standards des IOC. Die unzureichende Kommunikation nach innen und außen verursachte im weiteren Verlauf Spannungen, die durch eine stringentere Messung hätten verhindert werden können.
2. Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Wahl Leipzigs spiegelten sich in einer divergenten Berichterstattung wider. Die Gründe für das große Meinungsspektrum lagen vor allem im jeweiligen regionalen Bezug der Presseerzeugnisse zu den einzelnen Bewerberstädten. Bei den überregionalen Publikationen war eine kritischere Haltung gegenüber dem Ergebnis zu konstatieren, völlig eindeutige Tendenzen ließen sich innerhalb der analysierten Presseerzeugnisse jedoch nicht finden. Als Hauptargumente für den Leipzigs nationalen Erfolg wurden innerhalb der Presseberichterstattung vor allem politische Gründe vor dem Hintergrund einer Weiterführung des „Aufbau Ost“ genannt. Neben der politischen Intervention haben Unstimmigkeiten der Leipziger Konkurrenten untereinander und die stark emotionale Abschlusspräsentation der Leipziger zum Gewinn der nationalen Ausscheidung beigetragen.
3. Der olympische Stellungskampf nach dem Gewinn der nationalen Ausscheidung hat der Bewerbung geschadet. Statt einem Schulterschluss aller Beteiligten kam es zu einem Machtgerangel unter den Protagonisten der Bewerbung, die neben Geld auch viel Zeit gekostet hat. Die Innen- und Außendarstellung der neu gegründeten Olympia-GmbH war geprägt von Kommunikationsproblemen, die einer stringenten Weiterentwicklung der Bewerbung entgegenstanden. Vom Disput zwischen Steinbach und Tiefensee und den damit verbundenen Auseinandersetzungen auf diversen Nebenschauplätzen hat keiner der beteiligten Personen profitiert, sodass die Debatte als unnötig eingestuft werden kann.
4. Die Idee der Überarbeitung des Sportstättenplans hin zu einem kompakten, allein auf Leipzig abgestimmten Konzept war eine in der Grundausrichtung nachvollziehbare Entscheidung. Der Versuch der Schaffung eines Alleinstellungsmerkmals gegenüber der internationalen Konkurrenz war richtig, wurde von den verantwortlichen Personen jedoch nur einseitig umgesetzt. Zwar wurde mit der Erstellung des 10-Kilometer-Radiuses die Kompaktheit des Konzeptes untermauert, doch die daraus resultierenden Probleme und Auswirkungen nur unzureichend analysiert. Neben infrastrukturellen und transporttechnischen Defiziten ist vor al-

lem die Beherbergungsfrage und das Problem der Nachnutzung der Sportstätten ungenügend thematisiert worden. Eine denkbare Kompromisslösung durch eine Untersuchung möglicher Alternativen wurde nicht vorgenommen, was zu einer spürbaren regionalen Verärgerung führte. Die zeitgleiche Personaldebatte innerhalb der Olympiabewerbergesellschaft behinderte eine effektive Bearbeitung der bekannten Schwächen der Bewerbung.

5. Die Thärichen-Debatte gab den Anstoß zu einer quantitativ deutlich umfangreicheren Berichterstattung über die Leipziger Olympiabewerbung. Die Form und Art der Berichterstattung machte dabei eine differenzierte Betrachtung der Vorkommnisse nicht einfacher. Teilweise wurden Tatsachen und Zusammenhänge von Seiten der Presse nur unzureichend dargestellt und erläutert. Besonders die fehlende Abgrenzung des „Stasibegriffs“ in Bezug zu den Begriffen „Ministerium für Staatssicherheit (MfS), „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) und der Wortbedeutung „Spitzel“ ist in Teilen der Presseerzeugnisse auffällig und muss bemängelt werden. Letztlich entscheidend für die Entwicklung der Debatte war jedoch vorrangig Thärichen selbst, der durch sein passives Kommunikationsverhalten Sachverhalte und Fakten immer erst dann einräumte, wenn diese bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Dieser Vorwurf trifft ebenso auf den Leipziger Oberbürgermeister Tiefensee zu, der bestimmte Tatbestände viel zu spät kommunizierte. Die neuerliche Personaldebatte hatte wiederum die sichtbaren Probleme und bekannten Schwächen der Bewerbung überlagert. Das Vorhaben in Leipzig war somit keinen Schritt vorangekommen, sondern wurde vielmehr in ihrer Entwicklung zurückgeworfen.

6. Das Stasi-Thema war geprägt vom fehlenden Einfühlungsvermögen der handelnden Personen. Die Medien reagierten bei der Berichterstattung reflexhaft, was die Qualität der Aufarbeitung minderte. Die Berichterstattung war nötig, die Gleichsetzung Thärichens mit einem Stasispitzel und den damit verbundenen Spekulationen jedoch unrichtig und die Recherche auf diesem Gebiet oft unzureichend. Seine Verfehlungen sind in Bezug zu den anderen publizierten Fällen (mit Ausnahme des Falls Fuge) als marginal einzustufen. Fraglich bleibt, warum NOK-Chef Klaus Steinbach die Öffentlichkeit nicht informierte, obwohl er seit März 2003 über Details der Stasi-Akte Thärichens unterrichtet war. Der Ost-West-Konflikt entstand aus der politischen Entscheidung, Leipzig als nationalen Sieger zu küren, gekoppelt mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, die vermuten lassen, dass fünfzehn Jahre nach der Wiedervereinigung größere Unterschiede zwischen Ost und West vorherrschen, als dies von politischer Seite gewollt ist. Dass die Berichterstattung so intensiv geführt wurde, ist eher zufällig und keineswegs eine Kampagne der (West-) Medien. Die Debatte ist vielmehr durch die hervorgerufen und beschleunigt worden, die die Konflikte am lautesten beklagten – die *Leipziger Volkszeitung* und Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee. Als Ergebnis kann ein Imageschaden für die Bewerbung festgestellt werden, der für die spätere Entscheidung des IOC aber nur eine unwesentliche Rolle spielen sollte. Viel-